Tyma Kraitt (Hg.)

IRAK



Ein Staat zerfällt.

Hintergründe, Analysen, Berichte

PROMEDIA

Tyma Kraitt
Irak



© 2015 Promedia Druck- und Verlagsgesellschaft m.b.H., Wien

ISBN: 978-3-85371-827-8
(ISBN der gedruckten Ausgabe: 978-3-85371-385-3)

Fordern Sie unsere Kataloge an:
Promedia Verlag
Wickenburggasse 5/12
A-1080 Wien

E-Mail: promedia@mediashop.at
Internet: www.mediashop.at
www.verlag-promedia.de

Inhaltsverzeichnis

Tyma Kraitt - Vorwort
Liselotte Abid - Ein Land in Fragmenten: Ethnien, Kulturen, Religionen im Irak
Karin Kneissl - Von der Entstehung und Zerstörung des Irak im Namen des Erdöls
Tyma Kraitt - Zum Scheitern verurteilt. Irak zwischen Fremdherrschaft und Diktatur
Hans-Christof von Sponeck - Irak, die Sanktionspolitik des UN-Sicherheitsrats und die humanitäre Ausnahmeregelung
Joachim Guilliard - Neoliberaler Kolonialismus: Irak unter US-Besatzung
Myassa Kraitt - Frauen im Abseits: Wie Frauenrechte zurückgedrängt werden
Nikolaus Brauns - Die Kurden im Irak. Vom Bürgerkrieg über die Autonomie zur Unabhängigkeit?
Ali-Cem Deniz - Die Achse Ankara-Erbil-Bagdad. Beziehungsstatus: kompliziert
Werner Ruf - Blutige Grenzen: Wie Öl, Gas und Geostrategie die Landkarte des Nahen und Mittleren Ostens verändern
Reza Nourbakhch-Sabet - Wasser, Krieg und Ökozid im südlichen Mesopotamien
Zeittafel
Literaturliste
Die AutorInnen
Anmerkungen
Landkarten
Weitere E-Books von Promedia

Tyma Kraitt

Vorwort

»Kein Blut für Öl«, lautete das Motto der globalen Anti-Kriegsbewegung im März 2003 gegen die US-geführte Invasion des Irak. Und treffender hätte es nicht sein können. In wohl keinem anderen Land des Nahen und Mittleren Ostens hat der Reichtum an »Schwarzem Gold« einen derart hohen Blutzoll gefordert wie im Zweistromland. Der Irak-Krieg von 2003 und die daraufolgende Besatzung hinterließen ein entlang konfessioneller und ethnischer Linien zerrissenes Land. Das politische Establishment versank in Korruption, Plünderungen und internen Machtkämpfen. Dennoch wandte sich der Fokus internationaler Berichterstattung bald darauf vom kriegszerrütteten Irak ab; die Folgen der sogenannten »Arabellion« mit neuen Brennpunkten in Libyen und Syrien hielten die Weltöffentlichkeit in Atem. Viel zu wenig wurde über den »Irakischen Frühling« 2012, dem von der sunnitischen Bevölkerung initiierten zivilen Aufstand gegen die Regierung al-Maliki, berichtet, und noch viel weniger über dessen brutale Niederschlagung. Dabei handelte es sich um ein wesentliches Motiv für den neu entflammten Bürgerkrieg und den Aufstieg des »Islamischen Staates« (IS). Die Extremisten des IS stellen nicht nur aufgrund ihrer Brutalität eine neue Herausforderung dar – ihr Vormarsch ist zugleich auch ein Angriff auf die territoriale Integrität und die bestehenden Nationalgrenzen in der gesamten Region. Deswegen können sie eines Tages auch mächtigen Golfstaaten wie Saudi-Arabien, die selbst für die Unterstützung und den Export von dschihadistischem Extremismus mitverantwortlich sind, gefährlich werden. Angesichts der unklaren Machtverhältnisse vor Ort und der fragilen Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Volksgruppen im Irak sind Prognosen über den Ausgang der aktuellen Krise kaum

denkbar. Sie machen aber eine Auseinandersetzung mit den grundlegenden gesellschaftlichen Konfliktlinien und politischen Entwicklungen dringlicher denn je. An dieser Stelle möchte der Band »Irak – Ein Staat zerfällt« anknüpfen. Eine Annäherung an den Konfliktherd soll damit ermöglicht und Einblicke in die Hintergründe geboten werden.

Als Einstieg sei auf den Beitrag *»Ein Land in Fragmenten: Ethnien, Kulturen, Religionen im Irak«* von *Liselotte Abid* verwiesen, der überblicksartig die heterogene irakische Gesellschaft skizziert. Die Nahostexpertin *Karin Kneissl* wiederum beschreibt in ihrem historischen Grundlagentext *»Von der Entstehung und Zerstörung des Irak im Namen des Erdöls«* die enge Verflechtung von Öl und Macht im Nahen und Mittleren Osten. Die turbulente Geschichte des Irak im 20. Jahrhundert – vom Unabhängigkeitskampf bis zur Militärdiktatur Saddam Husseins – wird von mir im Beitrag *»Zum Scheitern verurteilt. Irak zwischen Fremdherrschaft und Diktatur«* behandelt.

Die durch den Golfkrieg von 1990/1991 ausgelösten Folgen für die einstige Regionalmacht bilden den Ausgangspunkt für den Text des früheren UN-Koordinators für humanitäre Hilfe im Irak, *Hans-Christof von Sponeck*: *»Irak, die Sanktionspolitik des UN-Sicherheitsrats und die humanitäre Ausnahmeregelung«*. Dabei handelt es sich um eine kritische Auseinandersetzung mit der Rolle der Vereinten Nationen im Konflikt mit dem Irak und ihrem Unvermögen, die irakische Bevölkerung während der 1990er Jahre vor der humanitären Katastrophe zu bewahren. Das UN-Embargo hinterließ einen völlig geschwächten Staat, der nach dem Krieg von 2003 der Willkür der westlichen Besatzungsmächte ausgeliefert war. Ein Aspekt, der im Kapitel *»Neoliberaler Kolonialismus: Irak unter US-Besatzung«* von *Joachim Guilliard* näher beleuchtet wird. Mit gesellschaftspolitischen Folgen von Krieg und Besatzung befasst sich Myassa Kraitt im Beitrag »*Frauen im Abseits: Wie Frauenrechte zurückgedrängt werden*«.

Wesentliche Abschnitte des Bandes widmen sich allerdings nicht nur innenpolitischen, sondern auch geopolitischen Entwicklungen, die aus dem Irak letztlich einen Austragungsort regionaler Rivalitäten machten. Ein entsprechender Einblick in den regionalen

Kampf um das Wasser, verwoben mit der Geschichte des legendären irakischen Marschlandes, findet sich in *»Wasser, Krieg und Ökozid im südlichen Mesopotamien«* von *Reza Nourbakhch-Sabet*. Von besonderer Brisanz ist die Kurdistan-Frage, da sie auch eine Herausforderung für Nachbarstaaten wie die Türkei, Syrien oder den Iran darstellt, in denen große kurdische Minderheiten leben. Der Beitrag *»Die Kurden im Irak. Vom Bürgerkrieg über die Autonomie zur Unabhängigkeit?«* von *Nikolaus Brauns* bietet einen Überblick über die politische Landschaft in Irakisch-Kurdistan und veranschaulicht innere wie äußere Konfliktlinien, die bislang einer vollständigen Unabhängigkeit im Wege stehen. Die Türkei nimmt hierbei eine interessante Rolle zwischen Rivalität und Partnerschaft ein. Die sich wandelnde und oftmals widersprüchlich anmutende türkische Außenpolitik steht daher auch im Zentrum des Textes von *Ali-Cem Deniz*: *»Die Achse Ankara-Erbil-Bagdad«*. Er untersucht die politische und ökonomische Interessenlage der Türkei im Nachbarland.

Eine geopolitische Analyse zu den jüngsten Entwicklungen in der Region rundet das Buch ab. In *»Blutige Grenzen: Wie Öl, Gas und Geostrategie die Landkarte des Nahen und Mittleren Ostens verändern«* zeigt Friedensforscher *Werner Ruf* jene Auseinandersetzungen auf, die dem Aufstieg des »Islamischen Staates« den Weg ebneten. Dazu gehören nicht nur der Kampf um die Pipelines, sondern auch die Herstellung marktwirtschaftlicher Verhältnisse unter einer neokonservativen Prämisse, wie sie die Bush-Administration nach den Anschlägen vom 11. September 2001 im sogenannten »Greater Middle East«-Programm als Losung ausgegeben hat. Mit seinem Rekurs auf den »Islamischen Staat« und den Zerfall der territorialen Ordnung ist Werner Rufs Beitrag von besonderer Aktualität.

Abschließend möchten ich mich noch beim Verlag Promedia und dessen Programmleiter Hannes Hofbauer bedanken, der die Idee zu dieser Publikation von Anfang an unterstützt und trotz Zeitdrucks und der Unsicherheit, ob der Irak bei Redaktionsschluss überhaupt noch bestehen würde, an dem Projekt festgehalten hat.

Tyma Kraitt
Wien, im Februar 2015

Liselotte Abid

Ein Land in Fragmenten: Ethnien, Kulturen, Religionen im Irak

Al-Iraq. Schon die Etymologie des Landesnamens ist nicht eindeutig geklärt. Möglicherweise geht er auf das sumerische *Uruk* (Stadt) zurück, das jedoch auch andere Interpretationen wie »gut bewässert« oder »fruchtbar« zulässt. Im Arabischen bezeichnet der Begriff ein »tiefliegendes Land« und beschreibt damit die Topografie großer Landesteile.[1] Doch so weitgehend eben das Gelände ist, so »uneben« erscheinen in jüngster Geschichte die Beziehungen zwischen Völkern und Volksgruppen, die in diesem Land leben.

Die historische Bezeichnung Mesopotamien (arab. *Bilad ma bayna-n-Nahrayn*) nimmt auf die beiden großen Flüsse Bezug, die den Irak von Nord nach Süd – genauer in leicht nordwestlicher nach südöstlicher Richtung – durchziehen und beschreibt damit das »Zwischenstromland«, eine der ältesten Wiegen menschlicher Zivilisation und Kultur.

Diese Bedingungen sind es auch, die den Irak von frühester Geschichte an zum Siedlungsgebiet, Durchzugsland und begehrten Herrschaftsraum werden ließen, wobei Völker und Herrscher, Kulturen und Religionen immer wieder wechselten. Nach der stetigen, oft turbulenten oder kriegerischen historischen Entwicklung haben das 20. und das beginnende 21. Jahrhundert bis in die Gegenwart einen teils hektischen und oft gewaltsamen Verlauf genommen. Wesentlichster Ausgangspunkt dafür war um die 1920er Jahre die Entdeckung von Erdöl unter dem Wüstenboden, was zeitlich mit dem Übergang zur Mandatszeit zusammenfällt. Aus dieser Zeit stammen auch die über weite Strecken geradlinigen Grenzen des seit 1932 unabhängigen Nationalstaats.[2] Einzig die fast

1.500 Kilometer lange Grenze zum Iran verläuft entlang der alten Grenzlinie zwischen dem Osmanischen Reich und Persien.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts dominierte ein staatlich getragener Säkularismus nicht nur das politische, sondern auch das kulturelle Leben und das Erziehungswesen. Unter den pro-westlichen Regierungen in den 1930er Jahren konnte jedoch eine gewisse Vielfalt an nationalistischen und linken/marxistischen Vereinigungen entstehen. Islamisch ausgerichtete Gruppierungen traten erst um die Mitte der 1940er Jahre auf die politische Bühne. 1951 wurde die Muslimbruderschaft offiziell gegründet. Obgleich mehrheitlich sunnitisch, war es ihr ein Anliegen, beide Glaubensrichtungen, Sunniten und Schiiten, zu repräsentieren. Die Muslimbruderschaft wandte sich an die höchste schiitische Autorität, Groß-Ayatollah Sayyid Muhsin al-Hakim, der eine Zusammenarbeit jedoch ablehnte, obwohl namhafte schiitische Geistliche ebenso wie die Muslimbrüder gegen wachsende kommunistische Trends Stellung bezogen. 1958 wurde die Da'wa-Partei (*Ad-Da'wa al-islamiya*, deutsch »Der islamische Ruf« bzw. »Ruf des Islam«) als politische Partei der Schiiten gegründet. Beide Parteien sind nach einer wechselvollen Geschichte und in unterschiedlichen Allianzen bis heute aktiv. Neben diesen und anderen Akteuren und Bündnissen sind die Parteien ethnisch-religiöser Minderheiten Ausdruck der Vielfalt der irakischen Gesellschaft.

Ethnien in ungefähren Zahlen

Alle Angaben über die irakische Bevölkerung beruhen derzeit auf Schätzungen – mit schwankenden Zahlenangaben in unterschiedlichen Quellen. Die letzte Volkszählung, die auch die kurdische Bevölkerung einschloss, wurde 1987 durchgeführt. Zehn Jahre später wurde erneut eine Volkszählung abgehalten, diesmal jedoch nur außerhalb der kurdischen Autonomiegebiete. Eine Volkszählung, die für 2007 geplant war, wurde auf unbegrenzte Zeit verschoben. Ein wesentlicher Grund dafür war die Uneinigkeit

darüber, ob die Stadt Kirkuk der Autonomen Region Kurdistan zuzurechnen sei, wie von kurdischer Seite gefordert. Dagegen wehren sich jedoch die arabischen und turkmenischen Bewohner im Raum von Kirkuk. Weitere geplante Volkszählungen wurden ebenfalls verschoben oder ohne die kurdischen Autonomiegebiete durchgeführt.[3] Ebenso wie andere virulente Fragen im heutigen Irak hat die Auseinandersetzung nicht nur einen ethnischen Hintergrund: in der Gegend von Kirkuk liegen reiche Ölvorkommen.

Die Bevölkerung des Irak wurde für 2014 auf knapp 32,6 Millionen geschätzt.[4] Andere Schätzungen nennen bereits für 2013 33,5 Millionen.[5] Über 66 Prozent davon leben in Städten[6] – ein Grad der Urbanisierung, der sich weitgehend mit vergleichbaren Ländern in der Region deckt. Allein im Großraum Bagdad leben fast sieben Millionen Menschen. Weitere Ballungsräume sind die Gouvernorate um die Städte Basra an der Wasserstraße Schatt al-Arab (pers. *Arvandrud*) und Sulaymaniya im Nordosten nahe der iranischen Grenze, jeweils mit fast zwei Millionen, sowie mit ca. 1,5 Millionen Einwohnern Mosul (arab. *Al-Mawsil,* kurd. *Mûsil*), die Hauptstadt der Provinz Niniveh. Letztere Provinz hat annähernd drei Millionen Einwohner.

Vorsichtige Schätzungen beziffern die arabische Bevölkerungsmehrheit mit ca. 75–80 Prozent, die kurdische Bevölkerung auf 15–20 Prozent und andere ethnische Minderheiten wie Turkmenen, Assyrer bzw. Aramäer auf gemeinsam 5–10 Prozent.[7] In den Sumpfgebieten am Schatt al-Arab leben zwischen 20.000 und 50.000 sogenannter »Marsch-Araber« – eigentlich keine ethnische, sondern eine sozio-kulturelle Minderheit.

Offizielle Sprachen sind Arabisch und Kurdisch. Außerdem haben Turkmenisch sowie Aramäisch (Neo-Assyrisch) in Gebieten mit entsprechender Bevölkerungsmehrheit einen offiziellen Status.[8] Armenisch wird von der armenischen Minderheit gesprochen.

Ethnien, Stämme, Religionen und Kulturen sind im Irak eng miteinander verwoben, überschneiden sich aber auch in vielen Gebieten und Bereichen. Insgesamt gibt es rund 150 größere und kleinere Stämme im Irak, die etwa 75 Prozent der Bevölkerung umfassen und in Clans und familiäre Einheiten unterteilt sind.[9]

Innerhalb großer Stämme gibt es regional teils unterschiedliche religiös-konfessionelle Zugehörigkeiten. Die ca. dreißig größten Stämme sowie diverse Bündnisse und Stammesföderationen haben auch politische Vertretungen unterschiedlicher Ausrichtung und mit wechselndem Einfluss.

Im Folgenden kann nur versucht werden, dieses komplexe Muster in einem Überblick darzustellen – immer in dem Bewusstsein, dass die Bevölkerungsstruktur in dieser Konfliktregion durch Flucht und Kriegshandlungen laufend einschneidenden Veränderungen unterworfen war und ist. Dieser Prozess betrifft nicht nur die jüngsten dramatischen Entwicklungen sondern erlangte speziell seit den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts eine besondere Dynamik durch die sukzessiven Irak-Kriege: Irak – Iran 1980 bis 88 (1. Golfkrieg), Irak – Kuwait 1990/91 (2. Golfkrieg), 2003 US-Invasion (3. Golfkrieg; mit unterschiedlichen Bezeichnungen). Doch schon davor und parallel dazu haben auch wirtschaftliche Entwicklungen und politische Zwangsmaßnahmen (wie Umsiedelungen) Veränderungen der Bevölkerungsstruktur ergeben.

Religionen und Kulturen

Häufig wird eine grobe Einteilung des Irak in fünf Kulturräume vorgenommen, die auch geografisch definiert sind: die kurdische und turkmenische Kultur im Nordirak, die sunnitische Kultur in den westlichen und zentralen Provinzen, die schiitische Kultur um die heiligen Städte Nadschaf und Karbala sowie die südirakische Provinz Basra, die assyrisch-christliche Kultur mit Zentren in einigen Städten des Nordens und die Kultur des südlichen Marschlandes (Marsch-Araber bzw. Mandäer). Die sozio-kulturelle Struktur des Irak ist jedoch wesentlich komplexer und durch zahlreiche historisch-politische Brüche gekennzeichnet, die in der jüngsten Geschichte an Intensität zugenommen haben.

Im Zuge der islamischen Expansion Richtung Osten wurden die Ebenen Mesopotamiens bereits in den Jahren 638 bis 642 unter dem

zweiten Kalifen Umar ibn al-Khattab eingenommen. Damals wurde der Islam zu einem prägenden Element. Muslime stellen nach offiziellen Angaben heute ca. 97 Prozent (nach anderen Quellen 99 Prozent) der Bevölkerung; etwa 60–65 Prozent sind Schiiten, 32–37 Prozent Sunniten.[10] Jüdische und christliche Minderheiten werden mit jeweils unter einem Prozent angegeben. Neueren Daten zufolge könnte der Bevölkerungsanteil der Christen auf 0,8 Prozent gesunken sein.[11] 2003 (Beginn des 3. Golfkriegs) zählte die jüdische Minderheit weniger als zwei Dutzend Menschen.[12] Der Anteil der Yeziden und lokaler religiöser Gruppen liegt je nach Schätzungen bei einigen Prozent oder – ähnlich wie der der Mandäer/Sabier – um ein Prozent.

Die beiden großen Glaubensrichtungen des Islam, die der Sunniten und der Zwölfer-Schiiten, erstrecken sich im Irak sowohl auf große Teile der arabischen wie auch der kurdischen Bevölkerung. Der Großteil der schiitischen Bevölkerungsmehrheit sind Araber; für den Anteil der Schiiten unter den Kurden gibt es (nach Bevölkerungsverschiebungen, siehe unten) kaum verlässliche Zahlen, er soll 2014 nur rund zwei Prozent betragen haben.[13]

Detailliertere Schätzungen für weitere Gruppen finden sich im »World Directory of Minorities and Indigenous Peoples«, wobei auf stark differierende Angaben verwiesen wird.[14] Diese Quelle nennt außerdem 50.000 bis 200.000 Roma.

Arabische Schiiten

Für die schiitische Mehrheit ist der Irak ein Kernland ihrer Glaubensrichtung. Dies begann mit dem vierten Kalifen Ali ibn Abu-Talib (656 bis 661 n.Chr.), der seinen Regierungssitz nach Kufa verlegte, um angesichts innerer Auseinandersetzungen das östliche Hinterland abzusichern. Aus der Sicht seiner Anhänger, der Schia (*Schiat-Ali*, deutsch »Partei Alis«), hätte Ali (als Vetter und Schwiegersohn Muhammads) erster Nachfolger des Propheten werden sollen. Nachdem Ali schließlich zum vierten Kalifen gewählt worden war, regierte er bis zu seiner Ermordung von Kufa aus –

ursprünglich ein arabisches Heerlager am Ufer des Euphrat. Schon davor hatte die unentschiedene Schlacht von Siffin (im heutigen Syrien, 657) gegen die Truppen des Umayyaden Mu'awiya eine folgenschwere Entwicklung eingeleitet: Das Umayyaden-Kalifat in Damaskus (661 bis 750) wurde zum neuen politischen Machtzentrum und trotz der Kritik frommer Muslime von sunnitischer Seite weitgehend anerkannt. Mittlerweile hatte Hasan, der ältere Sohn Alis und der Prophetentochter Fatima, mit Mu'awiya ein Abkommen geschlossen, in dem er für die Lebenszeit Mu'awiyas auf das Kalifat verzichtete; danach sollte es wieder auf die Nachkommen des Propheten übergehen. Jedoch übergab Mu'awiya das Kalifat seinem Sohn Yazid und begründete damit eine erbliche Monarchie. Husayn (Hussein), der jüngere Spross der Prophetenfamilie, erhob sich 680 gegen die Umayyaden, nachdem ihm die Einwohner von Kufa die Führung angeboten hatten, um ihnen gegen die Repressionen des Usurpators Yazid beizustehen. Eingeschüchtert von einem harschen Gouverneur ließen sie Husayn und seine kleine Gruppe von Getreuen jedoch im Stich, als ihn umayyadische Truppen abdrängten und zwangen, nach Karbala weiterzuziehen. Dort kam es am Muharram, dem zehnten Tag des arabischen Monats zur Tragödie, in der Husayn und seine 72 männlichen Mitstreiter von einer aus Damaskus verstärkten Übermacht brutal niedergemetzelt und enthauptet wurden. Frauen und Kinder, die Husayns Gruppe begleitet hatten, wurden in die Gefangenschaft nach Damaskus geführt. Husayns Schwester Zaynab war es gelungen, einen Sohn Husayns, der zum Zeitpunkt der Schlacht erkrankt war, zu retten: nach Ali, Hasan und Husayn wurde er der vierte Imam der Schiiten.

Das Ereignis von Karbala – nach dem zehnten Muharram »Aschura« genannt (von arab. *caschara*, d.h. zehn) – wurde zum Schlüsselereignis für die Schiiten, und zum »point of no return« für die Trennung der Muslime in Schiiten und Sunniten als Hauptströmungen. Die Städte Nadschaf mit dem Mausoleum Alis und Karbala mit den Schreinen Husayns und seines Halbbruders und Fahnenträgers Abul-Fazl Abbas gelten als die größten Heiligtümer der Schiiten. Jährlich finden dort umfangreiche Trauerzeremonien

statt, bei denen sich gewaltige Pilgerströme zu den heiligen Stätten begeben. *Arba'in* wird vierzig Tage nach Aschura begangen. Aus diesem Anlass beteiligten sich in den letzten Jahren Millionen Schiiten und Schiitinnen aus allen Teilen der Welt an Fußmärschen von Nadschaf nach Karbala. Terroranschläge haben bei solchen Anlässen schon zahlreiche Opfer gefordert.

Alle diese Gedenkfeiern mit ihren besonderen Bräuchen und Riten waren unter Saddam Hussein strengstens verboten. Nach seinem Sturz brandeten sie wie eine gewaltige Welle hoch. Radikalen Sunniten, insbesondere den Salafisten, sind diese »Gräberkulte« ein Dorn im Auge, zumal Schiiten aus der Sicht extremistischer Sunniten als Ungläubige betrachtet werden. Der dichte schiitische Festkalender enthält auch die Geburtstage des Propheten, seiner Tochter Fatima und der zwölf Imame sowie Gedenktage anlässlich ihres Ablebens – Anlässe, die für Sunniten (teils mit Ausnahme von Muhammads Geburtstag) unbedeutend sind und von den Salafisten sogar als *Bid'a* (unzulässige Neuerung, Häresie) scharf verurteilt werden. Doch auch aus moderner, volkswirtschaftlicher Sicht werden die Auswirkungen der hohen Zahl an Feiertagen diskutiert – nicht nur schiitischer, da durch die religiöse Vielfalt des Landes insgesamt 150 öffentliche Feiertage anerkannt sind (mit regionalen Unterschieden).[15] Andererseits sind die Pilgerströme zu den verschiedenen Heiligtümern ein nicht zu vernachlässigender Wirtschaftsfaktor.

Im schiitischen Islam bildete sich eine ausgeprägte Gelehrten-Hierarchie heraus, die Institution der sogenannten *Marja'iya*. Hohe schiitische Geistliche fungieren als *Marja'* (Pl. *Maraje'*), als »Instanz der Nachahmung« für »Laien« bzw. Gläubige ohne theologische Ausbildung. Diese Emulation betrifft sowohl den rituellen wie auch den sozialen, »weltlichen« Bereich. Auch in (gesellschafts-)politischen Fragen orientieren sich Schiiten am Beispiel und den *Fatwas* (Weisungen, religiöse Gutachten) ihrer *Maraje'*.[16] In der Geschichte des Irak (ebenso wie des Iran) verhielten sich schiitische Geistliche teils quietistisch gegenüber der politischen Macht und zogen sich auf den strikt religiösen Bereich zurück. Andere jedoch bezogen politisch Stellung, lehnten z.B. die

Mitgliedschaft in der irakischen Baath-Partei ab und hatten mit Repressionen und Verfolgung zu rechnen.[17] So wurden unter Saddam Hussein beispielsweise bedeutende schiitische Gelehrte wie Muhammad Baqir as-Sadr[18] und seine Schwester Amina as-Sadr (die Autorin »*Bint al-Huda*«) hingerichtet.

Die theologischen Hochschulen (arab./pers. *Hawza ilmiya*) in den irakischen Städten Nadschaf und Karbala gehören zu den bedeutendsten Lehrstätten des schiitischen Islam. Schon seit der Gründung der *Hawza* von Nadschaf im 11. Jahrhundert durch den aus Chorassan (heute Nordost-Iran) stammenden Gelehrten Scheich at-Tusi gab es einen regen Austausch und eine wechselseitige Migration zwischen den Zentren der Gelehrsamkeit in den heutigen Staatsgebieten von Irak und Iran. Im 20. Jahrhundert kamen politische Beweggründe für diese Migration hinzu, gleichzeitig entstanden Familienbande. Etliche iranische Geistliche und spätere Politiker (z.B. die Larijani-Brüder und der ehemalige iranische Justizminister Schahrudi) wurden im Irak geboren und studierten teilweise dort. Zwischen 1970 und 1978 lebte auch Ruhollah Khomeini im irakischen Nadschaf im Exil. Umgekehrt gründete Groß-Ayatollah Maraschi-Nadschafi, der 1897 ebenfalls in Nadschaf geboren wurde und dort studierte, mit seiner privaten Handschriftensammlung später die berühmteste Bibliothek in der heiligen Stadt Qom im Iran. Maraschi-Nadschafi war für mehr als 67 Jahre führender Professor der *Hawza ilmiya* in Qom. Die meisten seiner Schriften sind in Arabisch verfasst.

Doch auch zwischen der Bevölkerung der irakisch-iranischen Grenzgebiete gab es Wanderungsbewegungen und Stammesverwandtschaften. Derartige Verbindungen – selbst wenn sie Generationen zurücklagen – boten Saddam Hussein während des Krieges gegen den Iran einen Anlass zur Ausweisung und Deportation hunderttausender irakischer Schiiten über die Grenze in den benachbarten Iran. Sie wurden der fehlenden Loyalität zur Baath-Partei beschuldigt, ihre irakische Staatsangehörigkeit in Zweifel gezogen oder ihnen aberkannt und ihre Besitztümer konfisziert.[19] Viele dieser Vertriebenen leben nun als iranische Staatsbürger im Iran, manche emigrierten in westliche Länder.

Ein nicht aufgearbeitetes Kapitel der jüngeren Geschichte sind die Massengräber getöteter schiitischer Aufständischer aus den frühen 1990er Jahren. Die Aushebung begann erst um 2005, zahlreiche Opfer sind nicht identifiziert oder gelten als vermisst. Es sind Wunden, die in der heutigen irakischen Gesellschaft noch immer zu spüren sind.

Arabische Sunniten

Unter der sunnitischen Bevölkerung ist das traditionelle Stammeswesen nach wie vor von Bedeutung, obwohl die nationalistischen und sozialistischen Regierungen der Republik Irak in den 1950er Jahren versuchten, die Stammesstrukturen zu zerschlagen. Die Gebiete der einflussreichsten Stämme liegen im sogenannten »sunnitischen Dreieck« zwischen der Hauptstadt Bagdad und den Städten Ramadi im Westen sowie Tikrit im Norden. Der Anteil der beduinischen Araber ging durch Ansiedelungsmaßnahmen auf höchstens zwei Prozent zurück. Elemente der angestammten nomadischen Kultur sind aber nach wie vor in den Stämmen präsent.

Schon ab 2005 bildeten sunnitische Stämme eine Art Bürgerwehr gegen Al-Qaida, die *As-Sahwa*-Milizen. Die Auflösung der irakischen Armee im Gefolge der US-Invasion 2003 hatte hauptsächlich sunnitischen Militärs die Existenzgrundlage entzogen, was viele in die Hände extremistischer Gruppierungen trieb, die für die militärische Expertise auch zahlen konnten. Die Stämme sahen sich nicht selten in einer »Zwickmühle« zwischen Eigeninteressen, Stammesloyalität und finanziellen Verlockungen (auch von Seiten der Amerikaner). Um 2008 sollen rund 100.000 Mann auf der Gehaltsliste der US-Administration gestanden und monatlich umrechnet ca. je 230 Euro erhalten haben. Das Konzept der sunnitischen Bürgerwehren war erfolgreich, die Stammeskämpfer hielten Al-Qaida und andere extremistische Gruppen aus ihren Gebieten fern. In Anbetracht des Rückzugs der US-Truppen 2011 gab es die Idee, die sunnitische *Sahwa* in die regulären irakischen

Streitkräfte zu integrieren. Dies scheiterte offenbar am Widerstand des schiitischen Premierministers Nuri al-Maliki, der auch die Zahlungen an die sunnitischen Stammeshäupter unterband: »Eine Folge war, dass sich manche Sahwa-Milizionäre wieder Al-Qaida im Irak zuwandten; und deren Nachfolgeorganisation, dem ›Islamischen Staat‹.«[20] Seit dem Rücktritt Nuri al-Malikis und angesichts der Bedrohung durch den »Islamischen Staat« (IS), wird die »Wiedererweckung der *Sahwa*« erneut intensiv diskutiert.[21]

Die gleichberechtigte Partizipation der Sunniten wird für die Zukunft des Irak entscheidend sein. Neben den politischen Parteien sind mittlerweile Organisationen von Intellektuellen und gemäßigt-religiösen Kräften entstanden, die nicht exklusiv auf die konfessionelle Zugehörigkeit setzen. Neben solch modernen zivilgesellschaftlichen Vereinigungen sind es jedoch auch die traditionellen Institutionen der Stämme, denen in der politischen Landschaft eines innerlich und äußerlich befriedeten Irak eine gestaltende Rolle zukommen müsste.

Turkmenen (Turkomanen)

Zur sunnitischen Bevölkerung zählen mehrheitlich auch die Turkmenen, die mit etwa fünf Prozent die drittgrößte Ethnie des Irak nach Arabern und Kurden stellen. Es gab und gibt jedoch sehr unterschiedliche Schätzungen des turkmenischen Bevölkerungsanteils, die von unter zwei Prozent bis über 16 Prozent reichen.[22] Gründe dafür sind, dass die turkmenische Bevölkerung aufgrund in- oder ausländischer Interessen nicht in allen Regionen separat wahrgenommen oder registriert wurde. Ferner sind auch Migrationsbewegungen zu nennen.

Gesprochen wird Turkmenisch, eine süd-azerbaidschanische Turksprache (südliches Azeri). Zweisprachigkeit mit Arabisch ist allerdings irakische Normalität. Hauptsiedlungsgebiet der Turkmenen, das sie *Turkmeneli* nennen, erstreckt sich im Nordosten von der syrischen und türkischen Grenze bis östlich von Bagdad. Als ihr wichtigstes Zentrum gilt die Stadt Kirkuk. Doch auch in Tal Afar,

Mosul und Arbil stellen sie bedeutende Bevölkerungsanteile. Darüber hinaus leben Turkmenen auch verstreut in anderen Landesteilen. Sie sind wie andere Ethnien ebenso in politischen Parteien organisiert und betreiben eigene Medien in ihrer Sprache.

Die Arabisierungspolitik unter dem Baath-Regime hat eine Durchmischung der Bevölkerung mit sich gebracht, die latente ethnische Spannungen nicht überwinden konnte, sondern sie zum Teil verstärkt hat. Nach dem Sturz Saddam Husseins forderten Turkmenen-Vertreter die Kontrolle über Städte mit bedeutender turkmenischer Bevölkerung, die allerdings in der »Autonomen Region Kurdistan« liegen. Forderungen der Turkmenen betreffen vor allem die Stadt Kirkuk, deren Zugehörigkeit zu den Kurdengebieten strittig ist.

Die lokalen Spannungen treten vor allem zutage, sobald Volkszählungen angesetzt sind. Beispielsweise berichtete die Wiener Tageszeitung *Der Standard* über Versuche, die Bevölkerungsanteile vor einer 2010 geplanten Volkszählung zugunsten des kurdischen Teils und zum Nachteil der Turkmenen zu manipulieren, was wiederum von kurdischen Verantwortlichen bestritten wurde.[23]

Religiöse Diversität und lokale Allianzen der Kurden

Die kurdische Bevölkerung setzt sich zu etwa 80 Prozent aus Sunniten zusammen, die hauptsächlich der schafi'itischen Rechtsschule folgen. Eine Minderheit in der Umgebung von Tikrit gehört der hanafitischen Rechtsschule an.[24] Im Raum von Kirkuk und Arbil leben schiitische Kurden, ebenso im Südosten der Autonomen Region Kurdistan, besonders in der Provinz Sulaymaniya.

Historisch gesehen wurden die Kurden-Gebiete im heutigen Irak Anfang des 16. Jahrhunderts dem Osmanischen Reich eingegliedert, nachdem sich ihre Stammeshäupter und Clan-Chefs 1514 dahingehend geeinigt hatten. Als es in jenem Jahr zum Krieg zwischen den Reichen der sunnitischen Osmanen und der schiitischen Safaviden kam, trug der Einsatz der Kurden zur

Niederlage der Safaviden bei und brachte den Osmanen bedeutende Gebietsgewinne.[25] Grob gesprochen standen sich damals ein sunnitisches und ein schiitisches Imperium im Kampf gegenüber – im Detail erscheinen unterschiedliche religiöse Zugehörigkeiten und Affiliationen lokaler kurdischer Clans jedoch wesentlich komplexer.

Die Position der Kurden im Osmanischen Reich begann sich mit dem Aufschwung des türkischen Nationalismus zu ändern; es kam zu einer Stärkung ethnischer auf Kosten religiöser Loyalitäten im schwächelnden und schließlich zerfallenden osmanischen Kalifat. Schon im Osmanischen Reich des späten 19. Jahrhunderts wurden Kurden unter Ausnutzung der sozialen und geografischen Lage kurdischer Stämme 1894 bis 1896 zu Pogromen und Massakern an christlichen Armeniern angestachelt.[26] Die Deportationen der Armenier 1915 bis 1917 führten auch durch kurdisches Gebiet im heutigen Nordirak.[27]

In der Kultur der sunnitischen Kurden spielen mystische Strömungen (»Sufi-Orden«) seit Jahrhunderten eine bedeutende Rolle. Obgleich der Einfluss des Sufismus, der islamischen Mystik, im 20. Jahrhundert zurückging, erleben politisch-aktivistische Ausprägungen vor allem des sunnitischen Naqshbandi-Ordens (*Naqshabandiya, Naqshibandi*) in den jüngsten Auseinandersetzungen einen Aufschwung als eine Art »identitärer Klammer«. Seinen Ursprung hat der Naqshbandi-Orden im 14. Jahrhundert im heutigen Usbekistan. Die Naqshbandiya ist der einzige Sufi-Orden, der seine mystische Tradition vom ersten Kalifen Abu-Bakr (regierte 632 bis 634) herleitet. Alle anderen sunnitischen Sufi-Orden beziehen ihre mystische Spiritualität auf den vierten Kalifen Ali ibn Abu-Talib (regierte 656 bis 661), der gleichzeitig erster Imam der Schiiten ist und als solcher auch herausragende Bedeutung für die schiitische Mystik hat.

Der durchwegs sunnitische Naqshbandi-Orden hat eine traditionelle Anhängerschaft unter den Kurden, andererseits bestehen gewisse Naqshbandi-Loyalitäten unter Parteigängern des ehemaligen Staatspräsidenten Saddam Hussein. Durch die sunnitischen Aufstände und Proteste gegen die Marginalisierung der Sunniten wurden solche Verbindungen in jüngerer Zeit

wiederbelebt. Schon seit Jahren operiert eine Rebellengruppe, die sogenannte »Naqshbandi Army«, in Tikrit, der Heimatstadt Saddam Husseins.[28] Es gibt jedoch auch Berichte über eine Präsenz in Mosul, wo die »Naqshbandi Army«, geführt von ehemals hochrangigen Baathisten, eine teilweise »Gebietsverwaltung« vom IS übernommen haben soll.[29]

Ein weiterer einflussreicher Orden ist jener der Qadiri (*Qadiriya* oder *Jilaniya*), dessen Ursprung auf Abdul-Qadir al-Jaylani (*Jilani*; pers. *Gilani*) zurückgeht. Zu erwähnen ist noch der Suhrawardi-Orden, dessen Gründer Scheich Suhrawardi (12. Jahrhundert) aus kurdischem Gebiet im Nordirak stammte. Über die letztgenannten Orden gibt es jedoch keine Berichte politischer Affinitäten. Allerdings wurden Sufi-Orden, ihre Anhängerschaft und ihre Versammlungsstätten (*Takiya, Tekiye*) immer wieder von politischen Autoritäten je nach Bedarf umworben oder auch schikaniert.[30]

Die religiöse Diversität unter der muslimisch-kurdischen Bevölkerung zeigt sich auch in Gruppen wie den Haqqah (persisch: *Haqq-shenasan*, »Die, die Wahrheit/das Recht kennen«), den Mama Riza und den Hama Sur.

Ein iranischer Autor, Muhammad Ra'uf Tavakoli (Tokali), schreibt den Einfluss des Sufismus im Nordirak dem Nurbakhshi-Orden zu, der sich ab dem 15. Jahrhundert in Kaschmir, Indien und Iran verbreitete und dessen Zweige auch Anhängerschaft in anderen Ländern haben.

Fraglich erscheint, ob die Popularität mystischer Strömungen etwas mit der zoroastrischen Vergangenheit großer Teile der kurdischen Bevölkerung im heutigen Irak zu tun hat, wie von manchen Autoren vermutet.[31] Tatsache ist, dass vor-islamische Riten von religiösen Gruppen wie den Ahl al-Haqq (auch *Kaka'i*, kurdisch *Yarsan* oder *Yaresan*, pers. *Ahl-e Haqq*) in ihr religiöses Leben integriert und teils bis heute praktiziert werden. Deren Wurzeln in älteren Religionen sind nach wie vor Gegenstand der Forschung.

Des Weiteren gibt es Gruppen wie die schiitischen (auch als heterodox bezeichneten) Schabak, die dem theologischen

Mainstream der Schiiten als »Übertreiber« (arab. *Ghulat*) gelten. Kleinere Gruppen von Schabak sind auch im Iran vertreten.

Ähnliche Übergänge finden sich in Gestalt der Sarlu, die von manchen Autoren den Ahl al-Haqq zugerechnet werden, von anderen als zum Islam konvertierte Yeziden bezeichnet werden und sich teilweise yezidische Bräuche bewahrt haben.

Charakteristisch für alle diese Gruppen erscheint, dass Details ihrer Lehre (wenn überhaupt) nur in Bruchstücken schriftlich niedergelegt wurden, jedoch von einzelnen Gelehrten und Eingeweihten als Geheimnis gewahrt und mündlich tradiert werden.

Abgesehen von neuen, politisierten Segmenten mancher Sufi-Orden erlangten Stammesverbindungen wie jene der Barzani im irakischen Nationalstaat in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts politische Bedeutung. Die Bezeichnung wird teils auch für eine Stammeskonföderation verwendet, die die Clans der Zibari und Shirwani einschließt.[32] Dass sich solche Allianzen herausbildeten, geht teilweise auf lokale Auseinandersetzungen um Grund und Boden unter feudalen Besitzverhältnissen zurück. Bei Aufständen mit sozialem Hintergrund um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert standen nicht selten die »Scheichs« als religiöse Autorität und die »Aghas« (Grundherren) einander gegenüber, was auch zur Spaltung von Stämmen führte.[33]

Schiitische Kurden wie die »*Fayli*«[34] und jene, die nahe der iranischen Grenze leben, sind Imamiten (Zwölfer-Schiiten). Bevölkerungszahlen im Irak sind aus bereits genannten Gründen schwierig zu eruieren. Fayli-Kurden lebten schon im Osmanischen Reich auf dem Gebiet des heutigen Irak. Shourush[35] nennt eine Schätzung von einer Viertelmillion (gegen Ende des 20. Jahrhunderts), erwähnt jedoch Veränderungen wegen Deportationen von Fayli-Kurden nach 1972 aus dem Irak in den Iran. Mindestens 50.000 von ihnen wurden während der 1970er Jahre vertrieben und bis 1987 emigrierten weitere 50.000 in den Iran. Vor dem ersten Golfkrieg gegen Iran soll rund eine Million westlich von Bagdad gelebt haben. Unter dem Vorwand, sie wären eigentlich Iraner, wurde vielen während des Krieges die irakische

Staatsbürgerschaft aberkannt, ihr Eigentum konfisziert, sie wurden deportiert oder zur Flucht in den Iran gezwungen.[36]

Ein einschneidendes Ereignis der jüngeren Vergangenheit, das die kurdische Bevölkerung – weitgehend unabhängig von der Religionszugehörigkeit – mit voller Wucht traf, waren die sogenannten *Anfal*-Operationen unter dem Diktator Saddam Hussein. Dieser war während seines Krieges gegen den Iran bestrebt, eine »Sicherheitszone« im Grenzbereich einzurichten; außerdem sollten aufständische Kurden vernichtet werden. Zwischen 1987 und 1989 wurden tausende Dörfer irakischer Kurden zerstört, das Schicksal von 182.000 Menschen ist teilweise ungeklärt – viele von ihnen wurden ermordet oder deportiert. Die moralische und emotionale Belastung der erst um 2005 exhumierten Massengräber ist bis heute nicht aufgearbeitet.[37] Die grausamsten Ereignisse waren die Giftgasangriffe, die Saddam Hussein nicht nur gegen den Kriegsgegner Iran, sondern ab 1987 auch gegen die eigene kurdische Bevölkerung richtete. Im März 1988 wurden beim größten Giftgasangriff auf die grenznahe Stadt Halabdscha ca. 5.000 Menschen getötet.[38]

Christliche Gemeinden

Geschichte, Kultur und ethnische Herkunft orientalischer Christen sind äußerst vielfältig. Auf dem Staatsgebiet des heutigen Irak betrug der Anteil der christlichen Bevölkerung 1991 ungefähr sechs Prozent (etwa 1,5 Millionen); 2003 dürften es weniger als 700.000 gewesen sein,[39] denn man schätzt, dass etwa die Hälfte der christlichen Bevölkerung bereits emigriert war.[40] 2010 lebten rund 700.000 irakische Christen im Ausland, etwa 150.000 waren zu Binnenflüchtlingen geworden. 2012 wurde die Zahl im Irak lebender Christen nur mehr auf 400.000 geschätzt.[41]

Neben den ethnisch-religiösen Minderheiten der Assyrer und Armenier bestehen die christlichen Gemeinden im Irak aus

arabischen und kurdischen Christen. Die wichtigsten Konfessionen im Überblick sind:

- Chaldäer, im 16. Jahrhundert mit Rom uniert, größte Gemeinschaft mit ca. 200.000 bis 330.000 Mitgliedern
- Assyrer: Assyrische Kirche des Ostens (Nestorianer), alte Kirche des Ostens
- Syrisch-Orthodoxe Kirche (Aramäer) und Syrisch-Katholische Kirche
- Armenisch-Apostolische und Armenisch-Katholische Kirche
- Protestanten (Lutherische Gemeinde, evangelikale Gruppierungen)
- Lateinische Katholiken.

Das Christentum hat auch unter der kurdischen Bevölkerung eine lange Geschichte, vor allem in an Syrien (und teils auch Jordanien) grenzende Gebiete. Der Apostel Thomas zog bereits um das Jahr 52 durch Kurdengebiete, spätere christliche Missionare folgten ihm. Es gibt Hinweise auf christliche Klöster der Nestorianer und Chaldäer, in denen auch zum Christentum konvertierte Zoroastrier gewirkt haben sollen. Im 6. Jahrhundert unterstanden Teile der kurdischen Siedlungsgebiete der byzantinischen Herrschaft, angrenzende Gebiete dem Perserreich. Ursprünglich waren die christlichen Gemeinden im Kurdengebiet Chaldäer, Assyrer und Armenier, die unter der muslimischen Bevölkerung lebten. Seit der Unabhängigkeit des Irak im Jahre 1932 sind jedoch viele Christen ins Ausland emigriert, Kriege und Bürgerkriege haben diesen Trend verstärkt.

Yeziden (Yazidi, Yezidi)

Die meisten der mehrere hunderttausend Menschen[42] zählenden Yeziden im Irak leben in den nördlichen, von Kurden bewohnten Landesteilen. Ihr Glaube wird von Yeziden selbst als Monotheismus beschrieben, der Ursprung des Yezidentums auf etwa 2000 v. Chr.

verlegt.[43] Die yezidische Lehre wurde bisher mündlich tradiert, vorhandene Schriften gelten nicht als verbindliche heilige Bücher. Eine zentrale Rolle kommt dem Engel »Tausi-Melek« zu, der durch einen Pfau symbolisiert wird. Fälschlich wurden die Yeziden früher als »Teufelsanbeter« bezeichnet. Tausi-Melek repräsentiert jedoch nicht das Böse. Während der Satan im Islam als »gefallener Engel« gilt, wird die Weigerung des Tausi-Melek, Adam zu huldigen, von den Yeziden als Anerkennung der Allmacht Gottes gewertet.

Der Ursprung der Bezeichnung »Yeziden« oder »Yaziden« (Selbstbezeichung *Ezidi* oder *Ezdi*) ist ungeklärt. Er wird von manchen Forschern auf das alt-iranische *Yazata* (göttliches Wesen) zurückgeführt. Nach anderen soll er sich auf den zweiten Umayyaden-Kalifen Yazid b. Mu'awiya (680 bis 683 n.Chr.) beziehen, der von Yeziden als Inkarnation einer göttlichen Gestalt betrachtet wird.[44] Der muslimische Historiker Schahrastani (11./12. Jahrhundert) brachte die Bezeichnung mit Yazid Unaysa in Verbindung, einem Prediger eines charidschitischen Zweiges des Islam.

Weitere Glaubensinhalte der Yeziden betreffen die Seelenwanderung und die Wiedergeburt, jedoch keine Theorie von Paradies und Hölle. Die religiös-sozialen Beziehungen innerhalb der Gemeinschaft werden durch eine Art »Kastenwesen« geregelt, das verschiedene Ebenen von Geistlichen und Laien kennt. Eheschließungen finden traditionell nur innerhalb der yezidischen Gemeinschaft statt; die Heirat mit Andersgläubigen würde den Ausschluss aus der yezidischen Glaubensgemeinschaft bedeuten.

Das zentrale Heiligtum der Yeziden, der Schrein des Scheich Adi aus dem 12. Jahrhundert, liegt in Lalish (Lalesh) in einem Tal unweit der Stadt Mosul. Im Zuge des Vormarsches des »Islamischen Staates« im Sommer 2014 kamen zigtausende Yeziden, die von den radikalen Sunniten als Gottlose betrachtet werden, in Bedrängnis. Restaurierungsarbeiten am religiösen Zentrum Lalish werden von der Regierung der »Autonomen Region Kurdistan« finanziell unterstützt.

Mandäer/Sabier/Sabäer

Diese Minderheit zählte im südlichen Irak Anfang des 21. Jahrhunderts noch etwa 30.000 Menschen. Ihre Zahl soll sich vor allem durch Auswanderung auf 5.000 reduziert haben.[45] Die Bezeichnung Mandäer leitet sich vermutlich vom Aramäischen »*manda*«, deutsch: Erkenntnis, Gnosis; oder vom aramäischen Verb *ts bha'* »er tauchte sich ein (in Wasser)« (d.h. getauft) her. Die Taufe hat in ihrer Glaubenspraxis zentrale Bedeutung. Johannes der Täufer gilt ihnen als letzter Prophet (weshalb sie früher als »Johannes-Christen« bezeichnet wurden). Sie sind nicht zu verwechseln mit den sogenannten »Sabiern von Harran«, einer nicht mehr existenten Religionsgemeinschaft auf dem Gebiet der heutigen Türkei. In manchen Literaturstellen werden sie auch als »Sabäer« bezeichnet.

Auch frühe Propheten spielen im Glauben der Mandäer eine bedeutende Rolle, nicht jedoch die Linie Abrahams sowie Moses und Jesus. Ihre monotheistischen Glaubensinhalte und Riten[46] sind in mehreren Schriften niedergelegt. Das Mandäische, eine ost-aramäische Sprache, dient heute nur noch als Kultsprache.[47]

Im Koran werden die »Sabier« zu den Monotheisten gezählt (Sure 2: Vers 62, ebenso 5:69 und 22:17); sie werden jedoch von den Sabäern unterschieden (Königin von Saba in Sure 27:22-44, Dammbruch von Ma'rib 34:15-19). Ihre Diskriminierung und Verfolgung hat viele zur Emigration, auch ins europäische Ausland, gezwungen. Sarah Reinke von der »Gesellschaft für bedrohte Völker« beschreibt die paradoxe Situation folgendermaßen: »Für die muslimische Mehrheitsbevölkerung gelten die Mandäer nicht als eine im Koran erwähnte »Buchreligion« und genießen daher nicht den Schutz der islamischen Gemeinschaft. Auch Christen respektierten ihre Religion nicht. So versuchten portugiesische Missionare im 19. Jahrhundert, die mandäische Gemeinde im Irak nach Muskat, Goa oder Ceylon umzusiedeln, um sie leichter zum katholischen Glauben bekehren zu können.«[48] Reinke schildert auch die politische Unterdrückung der Mandäer in deutlichen Worten: »Nach dem Machtantritt von Saddam Hussein 1979 sahen sich die

Mandäer verstärkt Anfeindungen ausgesetzt: Von 1991 bis 1993 wurden die in den Marschen (Sumpfgebiete im Süden des Irak) lebenden Mandäer Opfer eines Vernichtungsfeldzuges. Das Regime ging mit brutaler Härte gegen die Bevölkerung in den Sümpfen zwischen Basra, Samara und Nasirija vor. Davon waren insbesondere die ›Marscharaber‹ betroffen, eine Gruppe, die seit 5.000 Jahren in den Marschgebieten lebte. Als nach Aufständen der Schiiten in der Folge des 2. Golfkrieges 1991 zahlreiche Aufständische und Deserteure in das unwegsame, 150.000 Quadratkilometer weite Gebiet flüchteten, nahm Saddam Hussein dies zum Anlass, die gesamte Region trocken zu legen. Davon waren auch die Mandäer betroffen. Die Gemeinde in den Marschgebieten schrumpfte von 5.000 bis 7.000 Mandäern auf 1.000 bis 2.000. Außerdem wurden die Zentren ihrer Kultur zerstört. Sie verloren ihre Heimat, in der sie nachweislich seit dem 5. Jahrhundert n. Chr. gelebt hatten. Überlebende flüchteten in die größeren Städte des Irak.«[49]

Migration, Flucht, Vertreibung, Exil

Dies sind Schicksale, die zahlreiche Iraker und Irakerinnen fast jeder ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit in den vergangenen Jahrzehnten betrafen. Zwar saß die (arabisch-)sunnitische Minderheit an den Hebeln der Macht[50], die politische Linie wurde jedoch von der säkular-sozialistischen Ideologie der Baath-Partei bestimmt. Im säkularen Irak unter der Baath-Herrschaft gab es eine offiziell weitreichende Religionsfreiheit. Sobald jedoch die nationalistische Staatsideologie infrage gestellt und politische Forderungen vorgebracht wurden, setzten Repressionsmaßnahmen ein. Diese trafen alle oppositionellen Gruppen gleichermaßen.

Die während der Baath-Herrschaft begangenen Verbrechen wurden bisher nur unzureichend aufgearbeitet. Bis Mitte 2005 waren über 300 Massengräber ausgehoben worden. Das irakische Ministerium für Menschenrechte nannte eine Zahl von bis zu einer Million Vermisster, in den Massengräbern könnten bis zu einer

halben Million Leichen liegen.[51] Es gibt kaum eine Familie, die keine Opfer zu beklagen hat, doch eine umfassende Identifizierung wird wegen der schlechten Sicherheitslage und begrenzt verfügbaren Einrichtungen verzögert.

Bereits zur Zeit Saddam Husseins verließen viele Iraker das Land, Ende 2002 waren ca. 400.000 Flüchtlinge weltweit registriert. Doch das Ende der Baath-Herrschaft brachte kein Ende der Menschenrechtsverletzungen, in die landesweit verschiedenste Gruppen und Einzelindividuen involviert bzw. davon betroffen waren. Von 2003 bis 2013 gingen fast zwei Millionen Menschen wegen der andauernd schlechten Sicherheitslage ins Ausland. Das UNO-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) schätzte, dass während der bürgerkriegsähnlichen Gewaltexzesse 2006 bis 2007 monatlich rund 100.000 Iraker und Irakerinnen ihr Land verließen. Die Zahl der Binnenflüchtlinge wurde damals auf ca. 1,6 Millionen geschätzt.[52]

Es sind jedoch nicht nur Kriegshandlungen oder die prekäre Sicherheitslage, die Menschen zur Migration treiben. Schätzungen aus 2009 gehen davon aus, dass in mehreren Jahren aufeinanderfolgender Trockenheit rund 100.000 Menschen ihre angestammten Wohnorte vor allem im Nordirak verließen. Moderne Pumpstationen können nur aus begrenzten Grundwasserressourcen schöpfen, das traditionelle Bewässerungssystem der unterirdischen Kanäle (*Karez, Qanat*) ist weitgehend verfallen.[53]

Angesichts der Eskalation der Gewalt im Jahr 2014 tauchen immer wieder Überlegungen auf, eine föderale Dezentralisierung könnte den Irak stabilisieren, und regionale Autonomieregelungen ähnlich wie für die Kurdengebiete könnten längerfristig die Lage beruhigen. Doch ob mit oder ohne Föderalismus – die immer wieder beschworene »nationale Einheit« wird nach dem Ausgang der Kämpfe gegen den IS nur durch generell forcierten Wiederaufbau und Durchsetzung gleicher Bürgerrechte für alle ethnischen, religiösen und kulturellen Gruppen stabilisiert werden können.

Karin Kneissl

Von der Entstehung und Zerstörung des Irak im Namen des Erdöls

Der Erste Weltkrieg ist im Nahen Osten noch nicht zu Ende gegangen, denn die politische Landkarte ist die unmittelbare Folge jenes großen Krieges. Die Briten nannten ihn zwar wegen seiner abschreckenden Grausamkeiten den »war to end all wars«, doch tatsächlich wirkt er bis in unsere Zeit hinein. Dies gilt ganz besonders für jene Nationalstaaten, die aus der Konkursmasse des Osmanischen Reiches entstanden. Dass einige dieser gegenwärtig von Kriegen gebeutelten Staaten angesichts eines grenzüberschreitenden Kalifats oder anderer geopolitischer Umwälzungen zerfallen könnten, sorgt seit geraumer Zeit für große Unruhe. In welchem Umfang Energieinteressen hierbei stets eine Rolle spielen, will dieser Beitrag erläutern.

Die Entstehung des modernen Irak ist beispielhaft für europäische Kabinettspolitik, die Staaten ohne Rücksicht auf historische und geographische Gegebenheiten schuf. Über den Rohstoffreichtum Mesopotamiens, wie die Region des Zweistromlands seit der Antike aufgrund der beiden Flüsse Euphrat und Tigris traditionell genannt wurde, wusste man in London um 1900 gut Bescheid. Was manche den »Ölsegen« nennen, wurde im Fall des Irak zweifellos zum »Ölfluch«. Denn angesichts der Erdölbegierden der Großmächte konnten die Iraker zu keinem Zeitpunkt das Recht auf Selbstbestimmung ausüben, übrigens auch ein Resultat des Ersten Weltkriegs. Das Primat der Energieinteressen zieht sich wie ein roter Faden durch die jüngere Geschichte dieser ältesten Zivilisation, denn in Mesopotamien wurde die Landwirtschaft ebenso wie das Rechtswesen oder der Monotheismus

erfunden. Dieses Land verfügt über so viel natürlichen Reichtum, wie fruchtbare Böden und archäologische Stätten, dass es in diese Rohstoffabhängigkeit nicht hätte gelangen müssen.[54] Doch das als »Dutch Disease« bezeichnete Phänomen des schnell erworbenen Reichtums aus Rohstoffexport hat auch etablierte Industriestaaten, wie eben die Niederlande in den späten 1970er Jahren, oder 30 Jahre später Russland erfasst.

Die Kriege der vergangenen 25 Jahre, die der Westen immer wieder in den Irak hineintrug, wurden stets im Namen des Erdöls geführt. Und die Ölinteressen standen auch am Anfang des modernen Irak. Zunächst wurden die Pipeline-Trassen verlegt, dann erst die Grenzen zwischen dem Irak und seinen Nachbarn in der »Anglo-French Convention 1923« festgelegt. Denn das Ölabkommen der Konferenz von San Remo im April 1920, an welchem vorrangig die Vertreter von Ölkonzernen und nicht Staatenvertreter die Details zur Aufteilung des Iraks aushandelten, steht am Beginn der territorialen Neuordnung.[55]

Als die USA und ihre Verbündeten die Irakinvasion vom 19. März 2003 vorbereiteten, ging es ebenso um den alten Wunsch, physischen Zugang zu den zweitwichtigsten Erdölreserven der Welt zu erlangen. Die Menschen, die gegen jenen Krieg von London bis New York protestierten, skandierten völlig zu Recht: »No blood for oil«. Wie sehr Rohstoffinteressen und nicht etwa andere Kriegsziele, wie die vermeintliche Vernichtung von Waffen, vorrangig waren, lässt sich in den Memoiren von Alan Greenspan, dem ehemaligen US-Notenbankchef, nachlesen. Demnach ging es bei jenem Kriegsgang ganz offensichtlich um das irakische Erdöl.[56] Und jener Krieg von 2003 holt die restliche Welt mit dem Aufstieg des Islamischen Staats bzw. Daesh[57], wie das arabische Akronym lautet, seit Sommer 2014 heftig ein. Doch blicken wir zunächst auf den Ersten Weltkrieg und die damalige Grenzziehung zurück.

Der erste Krieg im Namen der Mobilität

Zwar zog noch eine mächtige Kavallerie in den Krieg, der im Sommer 1914 von Wien ausgehend seinen Anfang nahm, doch im Kriegsverlauf zeigte sich rasch die Bedeutung der neuen Mobilität, die Treibstoff benötigte. Eben erst war das Flugzeug erfunden und schon tobten Luftschlachten. Gepanzerte Fahrzeuge und Unterseeboote läuteten eine neue Ära der Kriegsführung ein. Dass Winston Churchill als Lord der britischen Admiralität im Rüstungswettlauf mit dem Deutschen Kaiserreich noch vor Kriegsausbruch nach deutschem Vorbild die britische Flotte von Kohle auf Diesel umstellte, sollte den Kriegsausgang mitentscheiden. Churchill sah sich anfänglich heftiger Kritik ausgesetzt, denn seine Kabinettskollegen konnten angesichts des heimischen britischen Kohlereichtums den Erdölimporten nicht viel abgewinnen. Doch der spätere Premier hatte bereits ein Auge auf die legendären Erdölfelder im nördlichen Mesopotamien geworfen.[58] Die Zoroastrier feierten bereits vor Jahrtausenden ihre Feuerkulte zu Ehren Zarathustras, indem sie einige der Öllagerstätten einfach anzündeten. Das Erdöl dieser Region, u. a. in der Region um Kirkuk und Mosul, ist so nahe der Erdoberfläche, dass man wahrlich nicht tief bohren muss. Zudem ist es aufgrund seiner chemischen Zusammensetzung leicht und süß, was besonders hohe Qualität in der Treibstofferzeugung auszeichnet.

Mit der »Arabischen Revolte« 1916 bis 1918 unter Führung der Haschemiten gelang die Vertreibung der Osmanen. Doch London und Paris arrangierten zwischen 1915 und 1916 mittels Geheimkorrespondenz eine Vereinbarung, die unter dem Titel »Sykes-Picot-Abkommen« im Zuge der Oktoberrevolution 1917 durch Zufall publik wurde. Denn Mark Sykes und Georges Picot hatten im Namen ihrer Regierungen eine Nachkriegsordnung auf dem Gebiet des ehemaligen Osmanischen Reiches im Vorderen Orient angestrebt, die eine Aufteilung in britische und französische Einflusszonen unterschiedlichen Grades vorsah. Auf diplomatische Zusagen, wie jene an die arabischen Stämme in der Hussein-McMahon-Korrespondenz oder die Balfour-Deklaration an die Zionisten, nahmen die Siegermächte Großbritannien und Frankreich keine Rücksicht. Doch die Karte von Sykes und Picot sollte nicht

umgesetzt werden, zumal Frankreichs anfänglich große territoriale Ambitionen im Sinne einer »Asie Française« den britischen Militärerfolgen – nicht zuletzt dank Londons arabischer Verbündeter – weichen mussten. Vielmehr erfolgte die politische Neuordnung auf Grundlage eines Ölabkommens in San Remo 1920. Bagdad sollte aufgrund der neuen Energiebedürfnisse in den Fokus internationaler Interessen geraten, nachdem das einstige Machtzentrum der Abassiden im Jahre 1258 durch die Mongolen zerstört wurde und im Machtkampf mit den Persern geschwächt war. Im Laufe der vier Jahrhunderte osmanischer Fremdherrschaft wurde es an die Peripherie gedrängt. Während sich die Hohe Pforte stark auf dem Balkan und in der gesamten Levante engagierte, eine türkische Immigration auch die demographischen Verhältnisse veränderte, blieb der Irak unter osmanischer Okkupation gleichsam eine kulturelle Fortsetzung der Arabischen Halbinsel. Wie weit weg diese Region von Istanbul betrachtet erschien, illustriert folgendes türkisches Sprichwort, das noch um 1900 im Umlauf war: »Ein falscher Bericht kommt selbst aus Bagdad zurück …«.

Die Grenzziehungen 1920 – ein Ergebnis britisch-französischer Erdölinteressen

Es war im April 1920, als an der italienischen Riviera in San Remo die Ölbarone jener Zeit im Hotel Londra zu ihren Beratungen eintrafen. Die USA waren nicht eingebunden, auch nicht die Außenministerien der Siegermächte. Vielmehr traten Ölkonzerne erstmals öffentlich als politische Akteure auf. Und wenn die Anekdote richtig überliefert wurde, so skizzierten die Herren auf einem Tischtuch die Linien für die Pipeline-Trassen und schufen damit die Eckpunkte für die späteren Grenzen, welche die »Anglo-French Convention« drei Jahre später, im Jahre 1923, berichtigte.[59] Der Erste Weltkrieg war etwas über ein Jahr zuvor mit folgender Einsicht zu Ende gegangen: »Physischer Zugang zu den strategischen Erdölreserven wird die kommenden Kriege entscheiden«. Das wussten Verlierer und Sieger des großen Krieges gleichermaßen.

Denn auch wenn 30 Millionen Pferde zwischen 1914 und 1918 neben all den menschlichen Opfern getötet wurden, so war es doch der erste Krieg im Zeichen von Erdöl. Der Krieg erwies sich wieder einmal als Innovationsmotor. Hatte ein französischer Premier namens Georges Clemenceau noch vor dem Krieg ironisch gemeint »Wenn ich Benzin brauche, so kaufe ich es bei meinem Apotheker«, stand nun die Kontrolle nahöstlicher Erdölfelder auf der Agenda. Und das nördliche Mesopotamien stand bereits im Zentrum westlicher Begierden.

Eine britische Pipeline von Mosul nach Haifa und französische Wegerechte

Winston Churchill hat die richtige Nase für gewisse Entwicklungen bewiesen, indem er sich zusehends für das mesopotamische Erdöl interessierte. Einer seiner Berater war der Gründer der britisch-holländischen Shell Company, Marcus Samuel, der ursprünglich im Muschelhandel tätig war, was das Logo und den Namen von Shell erklärt. Samuel überzeugte Churchill davon, dass Erdöl mit seiner Energiedichte, der leichten Transportierbarkeit und seines flexiblen Einsatzes der Rohstoff der Zukunft sei.[60] Seit 1912 verfügte Shell über Konzessionen in der Region. Im nördlichen Mesopotamien war zeitgleich die von dem armenischen Ölhändler Calouste Gulbenkian gegründete Turkish Petroleum Company tätig. An ihr beteiligte sich in wachsendem Umfang die APOC, Anglo-Persian Oil Company, die später zu BP werden sollte. Letztere versuchte separat im nördlichen Mesopotamien Fuß zu fassen, was trotz intensiver britischer Bemühungen letztlich nicht gelang. Auch Churchill war zu diesem Zweck als Konsulent und Lobbyist engagiert worden. Mit erfolgreichen Explorationen im Raum Kirkuk wurde die Turkish Petroleum Company immer einflussreicher und nannte sich ab 1927 Iraq Petroleum Company. Die Briten hatten die Hand auf die irakischen Ölfelder gelegt. Zwar sah das Ölabkommen von San Remo vor, dass das Mandat Irak 20 Prozent an der Firma übernehmen sollte, falls sie darin investieren wollten. Doch die

anderen Eigentümer, u.a. die der Vorläufer von Exxon und Mobil, verwehrten sich dagegen.

Um das Erdöl aus dem nördlichen Irak in Richtung Europa zu transportieren, wurde eine Pipeline von Mosul in die Hafenstadt Haifa geplant. Beide Gebiete befanden sich fortan unter britischer Mandatsherrschaft. Für diese Verbindung mussten zunächst Wegerechte durch das französisch kontrollierte Mandatsgebiet Syrien verhandelt werden. Nach der Klärung von Transit sowie Eisenbahnlinien und auch Wasserrechten zwischen Libanon und Palästina normierte die »Anglo-French Border Convention« am 4. Dezember 1920 die zukünftigen Grenzverläufe. Eine gemischte britisch-französische Kommission übernahm die genaue Festlegung des Grenzverlaufs zwischen den Mandatsgebieten. Die Ergebnisse wurden im Februar 1922 vorgelegt und von der britischen und französischen Regierung im März 1923 unterzeichnet und ratifiziert. Diese Demarkation mit Grenzsteinen ist noch heute für die Festlegung der libanesisch-israelischen Grenze, wie sie von der UN-Friedenstruppe UNIFIL u.a. unternommen wird, von großer Relevanz für die Sicherung der aktuellen Staatsgrenze; dies auch in Abwesenheit eines Friedensvertrags, denn Grenzverträge wirken bei einer Staatennachfolge fort.[61] Die Mosul-Haifa Pipeline trägt auch den Namen »Mittelmeer Pipeline« und wurde letztlich zwischen 1932 und 1934 von der Iraq Petroleum Company gebaut. Sie operierte bis zur Staatsgründung Israels 1948. Während des Zweiten Weltkriegs versorgte sie die britischen und US-Truppen mit Rohöl, das in Haifa raffiniert wurde.

Auf politischer Ebene löste der mit der Gebietsaufteilung einhergehende Verrat der Europäer an den arabischen Stämmen einen gewaltvollen Aufstand aus. Denn im Juli 1920 war der haschemitische Emir Faisal, der die Arabische Revolte angeführt hatte, bei Khan Maysaloun nahe Damaskus von der französischen Armee in einer Vormittagsschlacht besiegt worden. Während Faisal nach Italien floh, kehrten die irakischen Kämpfer Faisals in ihre Heimat zurück, wo sie nun die neue Revolte gegen die Briten mittrugen. Im August 1920 befanden sich weite Teile Iraks, bis auf Bagdad sowie Basra und Mosul, nicht mehr unter britischer

Kontrolle. Der sunnitisch dominierte »Irakische Bund« und die eher schiitisch geprägten »Hüter der Unabhängigkeit« kämpften in einer Allianz. Die Kurden verhielten sich abwartend, da sie einerseits mit dem arabischen Nationalismus nichts zu tun haben wollten. Andererseits hatten ihnen die Großmächte im Vertrag von Sèvres 1920 einen kurdischen Nationalstaat zugesagt. Der Arabische Aufstand erreichte zumindest, dass die Briten den Irak nicht wie Indien durch direkte Herrschaft kontrollieren würden. Im März 1921 beschloss das Colonial Office unter Leitung von Churchill auf der Konferenz von Kairo den Übergang zu einer indirekten Herrschaft. Die Haschemiten erhielten für das nicht verwirklichte Vereinigte Arabische Königreich mit Damaskus als Hauptstadt das neu geschaffene Transjordanien und den Thron in Bagdad als Trostpflaster. Faisal wurde im August 1921 zum König proklamiert. 1932 wurde der Irak de iure unabhängig, tatsächlich mischte aber Großbritannien in der Politik des Landes vor allem über seine Erdölinteressen intensiv mit. Die Okkupation belastete das britische Budget indes derart, dass Winston Churchill, Schöpfer des Irak in seinen aktuellen Grenzen, 1926 als Schatzkanzler gejammert haben soll: »Ich hasse den Irak, ich wünschte, ich wäre dort niemals hingegangen.« Und Churchill verglich die britische Präsenz im Irak mit einem »Aufenthalt auf einem undankbaren Vulkan«. Einige Lektionen der britischen Irakpolitik hätten jene Personen in den US-Denkfabriken und innerhalb des Weißen Hauses studieren sollen, die ab 2002 für den Einmarsch im Irak auftraten.[62]

Die »Seven Sisters« kontrollieren den souveränen Irak

Den Begriff der »Seven Sisters« schuf der italienische Erdölmanager Enrico Mattei, der mit seinem Konzern Eni auch in diese angelsächsisch dominierte Liga aufsteigen wollte. Die darin vertretenen Ölkonzerne traten tatsächlich als ein Kartell auf, zumal sie vom »upstream«, also dem eigentlichen Förderbereich, über den Transport (midstream) bis hin zu Raffinierung und Verarbeitung (downstream) alle Bereiche untereinander aufteilten und

kontrollierten. Erst in den 1970er Jahren wurde im Zuge der Verstaatlichungen und mit der Gründung nationaler Erdölkonzerne diese Machtstellung der internationalen Ölkonzerne gebrochen. In den Anfangsjahren zählten dazu: Standard Oil of New Jersey (Esso, später mit Mobil zu ExxonMobil fusioniert), Royal Dutch Shell, Anglo-Persian Oil Company (die spätere BP) Standard Oil of New York, Standard Oil of California (daraus wurde Chevron), Gulf Oil sowie Texaco.

Bereits 1925 befanden sich über 60 Prozent des irakischen Staatsgebiets unter indirekter Kontrolle einiger dieser Firmen, die über ihre Anteile an der Turkish Petroleum Company die Konzessionen erworben hatten. Um 1950 war der Irak der sechstwichtigste Ölproduzent weltweit und somit auch wesentlich für den neu wachsenden Wohlstand in den Industriestaaten mit dem Boom des Wiederaufbaus nach 1945 verantwortlich.[63]

Aus der Ölförderung erhielt das Produktionsland eine Quote, die sogenannte »Royalty«, welche die Konzerne fixierten. Im Fall von Änderungen, ob in der Produktionsquote oder dem Verkaufspreis, der damals lange vor der Schaffung von Spotmärkten und Termingeschäften tatsächlich noch festgesetzt werden konnte, wurden aber die Regierungen der Länder, deren Erdöl gefördert wurde, nicht in Beratungen einbezogen. Den wachsameren Politikern unter den großen Produktionsländern Venezuela, Saudi-Arabien wie auch im Irak wurde immer klarer, dass sie absolut vom Wohlwollen der Seven Sisters abhängig waren und ihre wesentliche Einnahmequelle eine nicht erneuerbare Ressource bildete.

Es war damit auch kein Zufall, dass die Gründung der OPEC in Bagdad im September 1960 erfolgte. Die internationale Kontrolle über die nahöstlichen Ölfelder sollte sich ändern, denn wo zuvor die Großmächte Konzessionen aushandelten, traten nun verstärkt panarabische Bestrebungen auf den Plan.[64] So hatte sich bereits der ägyptische Staatspräsident Gamal Abdel Nasser für die Errichtung eines solchen Erdölforums politisch engagiert. Seine Idee war aber, dieses als eine Abteilung der in Kairo ansässigen Arabischen Liga zu gründen. Dem widersetzte sich der irakische Premier Abd al-Karim Qasim vehement. Er war im Zuge der Revolution im Sommer 1958

an die Machte gekommen und hatte in Reaktion auf den Bagdad-Pakt des Königs Faisal II mit der früheren Besatzungsmacht Großbritannien den Aufstand der Freien Offiziere angeführt. Die Monarchie wurde hierbei nicht nur gestürzt, sondern die Angehörigen des Königshauses auf brutale Weise vernichtet. Die neue Regierung unter Qasim konzentrierte sich in der Folge auf die Erdölfrage, entzog der Iraq Petroleum Company die Konzession und versuchte auch, das benachbarte Emirat Kuwait mit den grenzüberschreitenden Erdölfeldern zu annektieren, was die Briten aber verhinderten.

Anfänglich nahm die OPEC international kaum jemand wahr, zumal die Ölproduktion de facto noch immer von den Konzernen kontrolliert wurde. Dies sollte sich erst mit der Nationalisierungswelle, die ab 1969 von Libyen ausging, ändern. Zwar hatte der Iran unter der Mossadegh-Regierung bereits 1951 einen solchen Schritt der Verstaatlichung gesetzt, was die internationale Politik damals heftig erschütterte und 1953 zur Intervention der CIA und dem Sturz des demokratisch gewählten Mossadegh führte. Doch die Seven Sisters würden jenseits des Iran die folgenden 20 Jahre weiterhin das Ölgeschäft kontrollieren. Die arabischen Regierungen jedoch begannen aufzubegehren und forderten neue Quoten. Es folgte Druck auf die schwächeren Ölkonzerne und schließlich rollte eine Serie von Verstaatlichungen durch die ölreichen Staaten, was die Energiewelt nachhaltig veränderte und der OPEC fortan auch einen völlig anderen Stand gab. Die OPEC konnte nun über Quoten die Produktion ihrer Mitglieder verbindlich steuern.

Die Verstaatlichungen verliefen von Land zu Land unterschiedlich. Während Aramco (Arab American Company) zu Saudi Aramco wurde und die Entschädigung über Handschlag und Ehrenwort auf den Cent genau erfolgte, kam in vielen anderen Staaten die Verstaatlichung ohne Kompensation der nun enteigneten Ölkonzerne zustande. Im Irak erfolgte die nationale Kontrolle über die Erdölfelder in mehreren Schritten. Bereits 1964 wurde die Iraq National Oil Company (INOC) gegründet, doch sie verfügte nur über beschränkte Befugnisse. Denn die Iraq Petroleum Company hatte

trotz des Entzugs der Konzession immer noch die wesentliche Kontrolle. Die Iraker forderten vergeblich jene 20 Prozent Anteile an den Konzessionen ein, welche ihnen in der San Remo-Konferenz zugesagt worden waren. Doch auf völkerrechtlicher Ebene zeichnete sich eine grundlegende Veränderung ab. Im Dezember 1962 beschloss die UN-Generalversammlung die Resolution »Permanent Sovereignty over Natural Resources«. Damit erhielten die Forderungen der Erdöl produzierenden Staaten nach Kontrolle über ihre Rohstoffe neues Gewicht, da sie nun auch international abgesichert waren. Es sollte aber noch Jahrzehnte dauern, bis diese Entwicklung mental in den Köpfen der Vertreter von Wirtschaft und Politik in der nordwestlichen Hemisphäre angelangt war.[65] Mit der Machtübernahme der sozialistisch-nationalistischen Baath Partei Ende der 1960er Jahre trat ein wirtschaftlicher Nationalismus auf den Plan. Die Iraq Petroleum Company (IPC) versuchte zwar noch im Mai 1972 dem Staat mehr Eigentum und Vorauszahlungen auf die Royalty zu konzedieren. Doch ein Monat später enteignete die irakische Regierung alles Eigentum der IPC. Es war ein gewisser Saddam Hussein, der als Vizepräsident von Ahmed Hassan al-Bakr die Verstaatlichung durchführte.[66] Nicht betroffen waren aber die Niederlassungen in Mosul und Basra, die eigentlich wesentlichen Teile der IPC. Es folgte ein Rechtsstreit, doch 1973 hatten Regierung und IPC folgende Regelung vereinbart: IPC würde 350 Mio. US-Dollar als Entschädigung für entgangene Gewinne des Irak zahlen. Im Gegenzug erhielt IPC 15 Millionen Tonnen Rohöl aus Kirkuk, was damals 300 Mio. US-Dollar entsprach. Die Mosul Petroleum Company überließ ihre Konzession der Regierung. Die Verstaatlichung der Basra Oil Company sollte länger dauern, wurde dann vom Erdöl-Embargo 1973 überschattet. Im Dezember 1975 war der gesamte Verstaatlichungsprozess schließlich abgeschlossen.

Die Iraq National Oil Company (INOC) besteht trotz allen Umbrüchen auch heute noch, obwohl es ein wesentliches Kriegsziel der USA 2003 war, die irakische Erdölindustrie zu »liberalisieren«, sprich zu zerschlagen. Wie stark die Ölinteressen im Krieg von 2003 im Vordergrund standen, zeigte sich in der Bewachung des

Ölministeriums, während das Nationalmuseum und viele andere staatliche Einrichtungen den Plünderern überlassen wurden.

Die vielen Kriege im Namen des Erdöls

Der Irak verfügt über die weltweit zweitgrößten Erdölreserven, die auf ca. 280 Milliarden Fass geschätzt werden. Es war und ist dieser Rohstoffreichtum, welcher den Irak immer mehr zum Objekt der Begierden werden ließ. Die Anschläge vom 11. September 2001 bewogen die USA wohl auch, sich mehr für das irakische Erdöl zu interessieren, da man befürchtete, dass Saudi-Arabien wegbrechen könnte, immerhin hatten 15 von 19 Attentätern saudische Staatsbürgerschaft. Der wesentliche Mastermind der Invasion von 2003 war der damals stellvertretende US-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz. Sein Kalkül, das er zuvor in Seminaren an der Johns Hopkins-Universität in Washington bereits durchgespielt hatte, war, dass der Irak seinen Wiederaufbau gleichsam selbst aus Erdöleinnahmen finanzieren würde. Wie dies möglich sein sollte angesichts der verlorenen Jahrzehnte aufgrund kriegerischer Zerstörung und fehlender Investitionen, ließen Wolfowitz und seine Berater offen. Doch sie gewannen wesentliche Kriegsverbündete in Spanien, Italien, Großbritannien und vielen anderen Staaten, da sie mit lukrativen Explorationsverträgen lockten und somit Repsol, Eni und BP wie viele andere kriegsbegeistert mitmarschierten. Wolfowitz schwebte sogar vor, die seit 1948 stillgelegte Pipeline von Mosul nach Haifa wieder zu aktivieren.[67] Zwar wurde die Idee wohl nicht zuletzt wegen der systematischen Sabotage sämtlicher Pipelines wieder fallen gelassen, doch Israel nahm die bereits in den 1960er Jahren erfolgte Ausbildung und Ausrüstung kurdischer Milizen auf.[68] Mittlerweile exportieren auch kurdische Ölhändler Erdöl an israelische Partner.[69]

Dennoch war der Irak bereits vor dem März 2003 ein kriegszerstörtes Land. Von 1980 bis 1988 hatte der sogenannte erste Golfkrieg getobt. Offizieller Kriegsgrund war ein langer Grenzstreit um den Fluss Shatt al-Arab, inoffiziell ging es sehr wohl um den

Einfluss am Golf und die Kontrolle über Terminals und Ölfelder.[70] Es war ein Krieg, den Saddam Hussein begonnen hatte und nicht mehr beenden konnte, obwohl er vom Westen massiv gegen die allen als Bedrohung erscheinende Islamische Republik Iran unterstützt wurde. Es war ein Krieg, der eigentlich vielen behagte. Die Kurden hofften schon damals auf mehr Autonomie, Israel war zufrieden, so auch Syrien. Die Golfstaaten fürchteten mehr ein Ende des Kriegs als einen Sieg eines der Streithähne.[71] Diese gewaltige Materialschlacht wurde zum Stellungs- und Zermürbungskrieg mit Einsatz von Chemiewaffen gegen den Iran. Der Erdölpreis verfiel trotz des teuren Tanker-Krieges, der die Erdöllieferungen aus dem Golf teilweise ganz zum Erliegen brachte. Denn auch damals steckte die Welt in einer Wirtschaftskrise und es wurden neue Fördergebiete, so jene zu relativ hohen Kosten in der Nordsee, erschlossen.

Im Sommer 1990 marschierte Saddam Hussein in Kuwait ein. Auch hier war einer der offiziell von Bagdad genannten Kriegsgründe ein energiepolitischer. Denn Saddam Hussein beschuldigte Kuwait, die grenzüberschreitenden Erdölfelder unrechtmäßig anzuzapfen. Im Jänner 1991 wurde die irakische Armee auf Basis einer UN-Sicherheitsratsresolution unter militärischem Oberbefehl der USA aus Kuwait vertrieben. Es folgte im Zuge der vom UN-Sicherheitsrat massiv verhängten Sanktionen eine starke Einschränkung der irakischen Erdölindustrie. Nur über das sogenannte »Oil for Food«-Programm konnte der Irak von 1991 bis 2003 Erdöl explorieren. Inoffiziell boomte jedoch der Erdölschmuggel, u.a. in den kurdischen Gebieten innerhalb der sogenannten Flugverbotszone, was den neuen Wohlstand in den kurdischen Provinzen mitbegründete.

Der Irakkrieg von 2003 war, wie bereits erläutert, ein von Erdöl-Interessen geleiteter. Die Ölspur, die sich mit kriegerischer Gewalt durch dieses rohstoffreiche Land zieht, erreichte im Sommer 2014 einen weiteren Höhepunkt. Denn die radikalmuslimische Miliz Daesh, die von Musab az-Zarqawi, dem Al-Qaida Chef im Irak, 2005 gegründet wurde, breitete sich von Nordsyrien in den Irak aus. Mit der raschen Einnahme von Mosul Anfang Juni 2014 infolge

sofortiger Kapitulation der irakischen Armee, falscher Einschätzung der US-Behörden, die im Irak über 10.000 Diplomaten stationiert haben und Rückendeckung der irakischen Sunniten, stieg Daesh zum neuen gleichsam globalen Akteur auf. Noch im Juni 2014 proklamierte der Daesh-Führer Abu Bakr al-Baghdadi ein Kalifat mit dem Namen Islamischer Staat. Damit ist er in den Augen seiner Anhänger nunmehr Befehlshaber der Muslime, denn das bis 1923 in Istanbul ansässige Kalifat wurde von Kemal Atatürk aufgelöst.

Das grenzüberschreitende Kalifat und der mögliche Zerfall des Irak

Mit der Eroberung von Mosul am 10. Juni 2014 rückte diese alte Stadt irakischer Petroindustrie in den internationalen Fokus. Die relativ gut organisierte Führung von Daesh übernahm indirekt die Führung der Erdölproduktion und v.a. der Raffinierung. Die Pipeline Irak-Türkei ist seither unter Daesh-Kontrolle. Ein wesentlicher Teil der Finanzen dieser auf Terror basierenden Organisation stammt aus dem Schmuggel von Erdöl. Übte Daesh die Kontrolle über Ölfelder und Terminals anfänglich in Form von Schutzgeldern aus, so suchen die relativ gut organisierten Verwaltungsapparate des »Islamischen Staats« indes Erdölingenieure per Anzeige.

Der Aufstieg des IS bzw. Daesh und die Schaffung einer neuen Entität, die junge Dschihadisten aus aller Welt anzieht, sorgen für neue Bruchlinien in dem ohnehin fragilen Irak. Ein anderer Grund, der schon seit bald 25 Jahren die irakische Staatlichkeit bedroht, ist die verfestigte kurdische Autonomie. Mit der Errichtung einer Flugverbotszone im April 1991 legten die USA, Frankreich und Großbritannien die Grundlage für eine massive Stärkung kurdischer Staatlichkeit, was sich vor allem in der Erdölwirtschaft niederschlägt.

Die »Kurdische Regionalregierung« (KRG) veröffentlichte in der Publikation »Kurdistan Oil and Gas Year« von 2014 eine Karte, die tiefliegende territoriale Zwiste aufzeigt. Denn Gebiete jenseits der von Bagdad anerkannten »Autonomen Region Kurdistan« werden

von der KRG beansprucht: dazu gehört die Region Kirkuk und Teile der Provinz Ninive. Die provisorische Grenzlinie bezeichnet die KRG als »disputed territory border«. Für Bagdad sollte sich das kurdische Territorium auf die Provinzen von Erbil, Suleimaniah und Dohuk begrenzen. Doch die Erdölexplorationsblöcke, die von der KRG betrieben werden, gehen auf dieser Karte weit darüber hinaus.[72]

Nach Jahren des Patts in der Frage der Verteilung von Erdölkonzessionen und Einnahmen vereinbarten die KRG und die irakische Bundesregierung Ende November 2014 ein Abkommen zur gemeinsamen Verwaltung der Erdöl- und Erdgasreserven. Demzufolge übergibt die »Kurdische Regionalregierung« die Tagesproduktion von 250.000 Fass der staatlichen Vermarktungsagentur SOMO. Jahrelang hatte die kurdische Seite dies blockiert, weil sie darin einen Eingriff in ihre Autonomie sah. Zudem sollen die Kirkuk-Exporte in die Türkei im Umfang von täglich 300.000 Fass über ein Treuhandkonto der Federal Reserve Bank of New York den irakischen Bundesbehörden zur Verfügung gestellt werden.[73] Im Gegenzug wird Bagdad fortan 17 Prozent des Bundesbudgets an Erbil, die kurdische Hauptstadt, überweisen. Dieser Betrag übersteigt jene Einnahmen, welche die kurdische Regionalregierung aus eigenem Ölverkauf erzielt. Ebenso wird die Zentralregierung zu 50 Prozent die Gehälter der kurdischen Peschmerga im Umfang von 1,2 Milliarden US-Dollar übernehmen. Diese kurdischen Einheiten sollen die Nordgrenzen schützen. Im Herbst 2014 gelang den Peschmerga, die Ölfelder von Kirkuk vor einer Einnahme durch Daesh zu schützen. Der besondere Status von Kirkuk ist ein steter Zankapfel, da die Stadt mit ihrer immer noch stark durchmischten Bevölkerung von Kurden, Arabern und anderen Volksgruppen gleichermaßen beansprucht wird.

Die Regierung unter Premier Haidar al-Abadi, die seit Herbst 2014 im Amt ist, zeigt sich pragmatisch und relativ effizient. Die 2005 von den USA auferlegte Föderalisierung des Iraks, die bislang mehr zur Zersplitterung denn zum nationalen Zusammenhalt führte, soll neu gestaltet werden. Ein wesentlicher Schritt wurde mit der Lösung der Erdölförderung nunmehr erreicht. Es ist auch die Rede von mehr Autonomie für Regionen und auch Gemeinden. Der Irak

exportierte im Herbst 2014 2,5 Millionen Fass pro Tag, könnte aber seine Produktion verdoppeln. Das Abkommen mit der »Kurdischen Regionalregierung« folgt einer Logik des Pragmatismus, gemeinsam in Zeiten der Bedrohung durch den Islamischen Staat und sinkender Ölpreise eine gewisse Stabilität in den nationalen Energiemarkt zu bringen.

Wenn der Rohstoff-Fluch noch zum Manna wird?

Der Irak erreichte Ende 2014 eine Tagesproduktion von 2,64 Millionen Fass der Sorte Basra Light, die am Basra Terminal verladen wird. Das Abkommen zwischen der irakischen Regierung und der KRG ist offenbar mit ein Grund für diesen beeindruckenden Anstieg der Produktion im kriegsgebeutelten Land.[74] Die wichtigsten Erdölfelder und Terminals im Norden und im Süden sind von der Gewaltherrschaft des Islamischen Staats bislang unberührt.

Zu den wesentlichen Produzenten im Irak zählen der russische Konzern Lukoil, der acht Millionen Fass in den West-Qurna-2 Projekten exploriert, wo Russland bereits vor dem Kriegsausbruch 2003 über wichtige Konzessionen verfügte. Danach folgt BP mit drei Millionen Fass in West Qurna und Rumaila. Die Asiaten sind mit Petrochina hier ebenso vertreten wie Malaysias Petronas. Die wesentlichen Basra-Exporte gehen auch nach Asien. Denn 80 Prozent der irakischen Ölproduktion sind für China, Indien, Japan und Südkorea bestimmt.

Die Exporte via Pipeline aus dem Nordirak in Richtung Türkei lassen sich schwieriger quantifizieren. Aus Quellen der Industrie heißt es, dass rund 400.000 Fass in den türkischen Hafen Ceyhan gepumpt werden. Es handelt sich hierbei um einen Mix aus kurdischer Produktion, u.a. produziert von Anglo-Turkish Genel Energy und Norwegens DNO. Diese Exploration umgeht vollkommen die irakische Ölwirtschaft.

Trotz des massiven Einbruchs des Ölpreises seit Sommer 2014 und allen geopolitischen Turbulenzen bilden die offiziellen

Erdöleinnahmen weiterhin den größten Teil des irakischen Budgets. Der Irak ist gegenwärtig die Nummer Zwei hinter Saudi-Arabien innerhalb der OPEC. Sollten die Sanktionen gegen den Iran aufgehoben werden, würde zweifellos die alte Rivalität mit Saudi-Arabien neu aufbrechen, denn das Quotenregime innerhalb der OPEC müsste neu kalkuliert werden.

Ob aus dem Fluch des Ölreichtums einmal ein Wohlstandsfaktor wird, hofften schon viele irakische Ingenieure und Erdölexperten. Unter den interessantesten Erdölanalytikern finden sich regelmäßig irakische Staatsbürger, ebenso verfügt das Land trotz der kriegsbedingten Emigration immer noch über eine hohe Anzahl exzellenter Fachkräfte in der Erdölindustrie. Angesichts der wachsenden Zahl an Konfliktherden auch in den etablierten Golfstaaten könnte der Irak eher zu einer gewissen Stabilität als seine südlichen Nachbarn finden, da die Gesellschaft immer noch funktioniert und nicht von ausländischer Arbeitskraft abhängig ist. Die autokratischen Regierungen in den Petro-Monarchien von Saudi-Arabien bis Bahrain und den Emiraten könnten rasch wie Dominosteine kippen. Es ist nur eine Frage der Zeit, dass es auch hier zu Umstürzen kommt.[75] Wenn sich die Gebiete und v.a. die Kontrolle über die Erdölfelder neu ordnen, könnte der Irak mit seiner Erfahrung eine Rolle in der Neugestaltung spielen. Es werden dann wohl auch nicht mehr britische oder US-amerikanische Interessen, sondern vielmehr asiatische den Lauf der Geschichte beeinflussen, was zu weniger Einmischung in innere Angelegenheiten führen könnte.

Der Irak entstand entlang von Pipelines, durchlebte chaotische Perioden aufgrund von Erdölinteressen, das Land könnte aber auch nach all diesem Blutzoll, den die Menschen für den Rohstoffreichtum entrichten mussten, die Öleinnahmen klug nützen. Es handelt sich immerhin um die älteste Zivilisation der Welt, die dann endlich in der Moderne angekommen wäre. Angesichts all der Kriege und Invasionen von den Mongolen bis zu den westlichen Armeen, die das Land bislang überlebt hat, darf man ein wenig Zuversicht für die Zukunft des Irak hegen, denn die Menschen richten ihren Staat allen Widrigkeiten zum Trotz immer wieder auf.

Tyma Kraitt

Zum Scheitern verurteilt. Irak zwischen Fremdherrschaft und Diktatur

Die turbulente Geschichte des modernen Irak ist eine Geschichte gewaltsamer Umbrüche, geleitet vom Wunsch nach Selbstbestimmung und dem Kampf gegen Fremdherrschaft. Friedliche Zeiten kennt dieser junge Staat wahrlich kaum, ebenso wenig die politischen Traditionen und sozialen Bewegungen, die ihn von der einstigen Monarchie unter britischer Mandatsverwaltung zur Republik werden ließen. Sie verschwanden während eines jahrzehntelangen Militärregimes und langwieriger Kriege. Übrig blieb ein ideologisches Vakuum, das durch ultra-nationalistische und religiöse Narrative gefüllt wurde. Doch der steinige Weg in die Unabhängigkeit, gefolgt von blutigen Machtkämpfen und der Diktatur Saddam Husseins veranschaulicht nur, dass der Irak stets vor einer Zerreißprobe stand und wider aller Erwartungen bei Redaktionsschluss dieses Buches noch immer nicht von der Landkarte verschwunden ist.

Von osmanischer zu britischer Fremdherrschaft

Das Aufbegehren in der arabischen Welt setzte zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein, zu einer Zeit, in der reformistische Bewegungen in der gesamten Region immer populärer wurden. Beeinflusst von der konstitutionellen Revolution im Iran 1906 oder dem Wiederbeleben des osmanischen Parlaments nach der Jungtürkischen Revolution von 1908 erhofften sich nun auch die Araber einen politischen Wandel.[76]

Die osmanische Dominanz über den arabischen Raum existierte bereits seit dem 16. Jahrhundert. Die Gewährung eines gewissen Maßes an nationaler, religiöser und kultureller Autonomie war sicherlich einer der wesentlichen Gründe für das lange Fortbestehen des Reiches. Doch die Situation änderte sich wegen der zunehmenden Angst vor einem Reichszerfall und dem erwachenden türkischen Nationalismus, der nun auch das politische Klima im osmanischen Parlament in Istanbul bestimmte.[77] Hier waren auch die arabischen Bewohner des Reiches durch eigene Repräsentanten vertreten. Diese forderten jedoch eine Gleichstellung mit ihren türkischen Pendants – was genauso wie der Wunsch nach mehr Autonomie blockiert wurde. Schließlich brach eine arabische Rebellion aus, angeführt vom Haschemiten Emir Faisal I. (Faisal bin Hussein bin Ali al-Hashimi) und unterstützt von Großbritannien.

Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges und der Niederlage der Osmanen bot sich den europäischen Imperialmächten Großbritannien und Frankreich nun die Gelegenheit, im Nahen Osten die Erbfolge anzutreten und das Reich unter sich aufzuteilen. So geschehen mit dem 1916 abgeschlossenen geheimen Sykes-Picot-Abkommen, dass zwar noch keine Staatsgrenzen definierte, jedoch die französischen und britischen Einflusszonen festlegte.[78] In den kommenden Jahren sollten noch die Balfour-Deklaration von 1917, die Konferenz von San Remo 1920, die Verträge von Sèvres 1920 und Lausanne 1923 folgen und der Region ihre heutige Gestalt verleihen. Dies hatte für das ehemalige Mesopotamien zur Folge, dass dessen drei Provinzen, die ehemaligen osmanischen Vilâyets Bagdad, Basra und Mosul, in einen Staat zusammengefügt wurden – dessen Grenzen waren oftmals linear gezogen, wiesen aber auch eine Durchlässigkeit auf, die noch im späteren 20. Jahrhundert für territoriale Dispute mit Nachbarländern wie Iran oder Kuwait sorgen sollte.

Die Briten stützten ihre Macht in den neu erworbenen Gebieten auf eine kleine sunnitische Elite unter der Führung von König Faisal I.[79] Doch der haschemitische Monarch fand sich in einem Land wieder, in dem er kaum mit Unterstützung rechnen konnte. Als die Liga der Nationen im Jahre 1920 Großbritannien das Mandat über

den Irak zusprach, befand sich das Land inmitten eines Aufstandes. Die politische Unruhe hielt die vorsichtigen Briten von einer direkten Kontrolle des Zweistromlandes ab. Sie wählten den indirekten Weg einer arabischen Fassade in Form einer aufoktroyierten Monarchie. Damit sollte nicht nur dem nationalen Bestreben nach Eigenständigkeit Einhalt geboten, sondern auch die von Europa ausgehenden sozialistischen Ideen bekämpft werden.[80] Ein dubioses, wenn auch aussagekräftiges, Detail am Rande: Die Krönung von Faisal I. fand zu den Klängen der britischen Hymne »God save the King« statt, da zu jener Zeit noch keine irakische Nationalhymne existierte.[81]

Die Revolte Anfang der 1920er Jahre wurde von der arabischen Bevölkerung gleichermaßen getragen. Ebenso auch von den Kurden, die ursprünglich den Briten wohlgesonnen waren. Sie probten nun den Aufstand, da man ihnen jede Autonomie verwehrte. Ihre Revolte wurde jedoch 1922 mit dem Einsatz von Luftwaffe und Bodentruppen niedergeschlagen. Die britische Mandatsmacht sah sich von Nord bis Süd mit einem Volksaufstand konfrontiert, der sich immer auch aus sozialer Unzufriedenheit speiste. Die nationalistischen Bestrebungen wurden durch die wachsende soziale Kluft vertieft. Die ökonomischen Rahmenbedingungen der irakischen Gesellschaft änderten sich rasant und nicht ohne Folgen für deren soziale Zusammensetzung. Es entstand eine neue Klasse von Landbesitzern, die ihren Einfluss mit der Landreform von 1932 ausbauen konnte und das ökonomische System bis in die 1950er Jahre hinein dominierte.[82] Aus den ehemaligen Stammesscheichs, die zuvor noch von Schutzgeldern der Kleinbauern und von Überfällen lebten, wurden mächtige Grundbesitzer. Ihr Aufstieg drängte Bauern und Landpächter zunehmend in die Armut. Viele von ihnen mussten in die Städte migrieren, wo neue Handelseliten bereits von Investitionen aus dem Ausland profitierten. Aber auch die neue Reform kam den Unternehmern im urbanen Raum zugute, denn nun konnten auch sie in Grund und Boden investieren. Unter diesen veränderten ökonomischen Bedingungen entstand eine neue Oligarchie, die wiederum der jungen Monarchie die Stange hielt. Und Verbündete hatten die Haschemiten im Irak mehr als nötig.

Nicht zuletzt deshalb, weil sie als ein sunnitisches Herrschaftshaus von der schiitischen Bevölkerung, damals schon die größte Glaubensgruppe im Irak, wenig Unterstützung erwarten konnten.

Unter diesen Umständen konnte sich Faisal nicht vom Einfluss der Briten lösen und geriet immer weiter in Abhängigkeit einer kleinen Gruppe ehemaliger osmanischer Offiziere. Einer von ihnen war Nuri as-Said, der zwischen 1930 und 1958 vierzehnmal als Premierminister fungierte und für seine pro-britische Haltung bekannt war, innerhalb der Bevölkerung aber stark abgelehnt wurde.[83] Nicht nur sein militärisches Handwerk erwarb Nuri as-Said in den osmanischen Streitkräften, auch sein politisches Gespür, denn immerhin durfte er die Implosion osmanischer Herrschaft als Offizier von innen mitansehen. Dadurch hatte er sich ein Wissen erworben, das ihn in Hinblick auf das fragile neue Staatswesen im Irak stets begleitete und zum Vorgehen mit eiserner Faust gegen jeglichen politischen Dissens verleitete.

Nachdem König Faisal I. 1933 in Bern einem Herzinfarkt erlag, trat sein ältester Sohn Ghazi I. die Nachfolge an. Dieser schien in keiner Weise dem politischen Pfad seines Vaters folgen zu wollen. Ganz im Gegenteil stellte sich bald schon heraus, dass der neue König selbst eine nationalistische Agenda verfolgte. Er lehnte jedoch nicht nur die Briten ab, die trotz des offiziellen Endes des Mandatsverhältnisses im Jahre 1929 den Irak noch immer militärisch und wirtschaftlich dominierten, auch die politische Elite, insbesondere Politiker wie as-Said, waren dem jungen Regenten ein Dorn im Auge. Ghazi I. machte aus seinen Ansichten keinen großen Hehl, er ließ sie sogar aus seinem eigenen anti-britischen Radiosender, den er im Palast unterhielt, verkünden. Dies brachte ihm große Sympathien der Bevölkerung wie auch von nationalistischen Kreisen innerhalb der Armee ein. Der streitbare König starb jedoch schon 1939 bei einem Autounfall, den er laut offizieller Version alkoholisiert selbst verursacht haben soll. Dass er mit seinem Sportwagen an einen Laternenpfahl geprallt sei und dabei eine tödliche Schädelfraktur erlitten habe, wurde von Seiten der Bevölkerung stark angezweifelt, zumal weder sein Wagen noch der Laternenpfahl bei der Ortsbesichtigung ernsthafte Schäden

aufwiesen und Dienstboten wie Funker auf mysteriöse Weise verschwanden.[84] Über Ghazis Tod finden sich viele Spekulationen, allerdings konnte ein Mordkomplott bis heute nicht nachgewiesen werden. Die verbreitete Skepsis gegenüber der offiziellen Version vom Tode König Ghazi I. verdeutlicht allerdings die politische Stimmung, die damals in der Bevölkerung vorherrschte. Denn der Zeitpunkt des Unfalls kam seinen Kontrahenten mehr als gelegen. Die Popularität Ghazis I. war von den Briten zunehmend als Bedrohung angesehen worden. Als der junge König dann zu Lebzeiten noch seine nationalistische Gangart gegen die Briten verstärkte und über seinen Radiosender die Menschen in Kuwait aufrief, den dortigen pro-britischen Regenten zu stürzen und sich dem Irak anzuschließen, alarmierte das seine Gegner. Durch den Tod des aufbegehrenden Monarchen konnten sie ihren Einfluss wie auch den ihrer treuesten Verbündeten wahren. Spekuliert wurde aber auch über eine Beteiligung der Königsfamilie am Mordkomplott, insbesondere von Ghazis Ehefrau Aliya, die sich wegen seines ausschweifenden Lebenswandels und seiner Bisexualität von ihm abgewandt haben könnte; oder aber seines Schwagers Prinz Abdallah, der nach Ghazis Tod seinen politischen Einfluss ausbauen konnte und ein politisches Naheverhältnis zu Nuri as-Said pflegte.[85] Auch diese Theorie war weit verbreitet, ohne dass sie je bewiesen werden konnte. Sie deutet aber darauf hin, wie unpopulär die Königsfamilie war und ist vielleicht auch eine Erklärung für ihre spätere brutale Auslöschung im Zuge der Revolution von 1958.

Vom Aufstand zum Sturz der Monarchie

Ab den 1940er Jahren kam es zu einem erneuten Aufschwung von Protestbewegungen, die damit auch dem irakischen Nationalismus einen neuen Antrieb gaben.[86] Hunderttausende Iraker engagierten sich nun in einer nationalen Befreiungsbewegung, die sich längst schon nicht mehr nur gegen die Briten richtete, sondern genauso gegen die eigene Oligarchie, gegen die Großgrundbesitzer, das heißt

gegen all jene gesellschaftlichen Kräfte, die die Monarchie nach wie vor unterstützten. Während die Revolten der vergangenen Jahrzehnte oftmals in den ländlichen Peripherien losgetreten worden waren, erfasste die Politik der Straße nun auch den urbanen Raum. Die großen Erhebungen lassen sich hier allerdings auch durch die Landflucht erklären. Zahlreiche deklassierte Bauern zog es in die Städte, wo die Armenviertel weiter anschwollen und sich immer mehr zu Zentren des Widerstands entwickelten. Im Jänner 1948 fegte schließlich ein regelrechter Proteststurm über die Hauptstadt Bagdad, entfacht von der irakischen Regierung und ihrem Vorhaben, den letzten anglo-irakischen-Vertrag vom 30. Juni 1930 wiederzubeleben und das Land damit wieder zu einem Protektorat Großbritanniens zu degradieren. Die Briten nahmen im Zuge des Zweiten Weltkrieges de facto wieder die Rolle einer Besatzungsmacht ein.[87] Der Vertrag hätte ihnen über einen Zeitraum von weiteren 25 Jahren die Kontrolle der irakischen Außenpolitik sowie die uneingeschränkte Unterhaltung der militärischen Basen in Basra und Anbar gewährt, wenn auch in der Version von 1948 ein gemeinsames militärisches Gremium vorgesehen war.[88] Der britische Abzug aus dem Irak sollte dadurch ohne einen regionalen Machtverlust Londons ermöglicht werden.

Es folgte eine Welle der Empörung in der irakischen Hauptstadt. Den Anfang machten Studentenproteste, die ihren ersten Höhepunkt mit einer Massenmobilisierung am 20. Jänner 1948 erreichten. Ausgehend von den Hörsälen der Universitäten schlossen sich immer mehr Menschen aus anderen Gesellschaftsschichten dieser Protestwelle an, die fortan al-Wathbah (»Der Sprung«) genannt wurde. Bald schon war zu erkennen, dass ihr Auslöser zwar das Abkommen mit den Briten, sie aber von tiefer liegende Motiven gekennzeichnet war. Und diese lagen in der sozialen Kluft begründet. Sie speisten sich aus der Not der unteren Schichten, von den Arbeitern bis hin zu den Tagelöhnern der heruntergekommenen Bagdader Außenbezirke. Die Irakische Kommunistische Partei (IKP) nahm in den Protesten eine zunehmend tragende Rolle ein. Es gelang ihr, die Eisenbahner (Schalchiyyah) zu mobilisieren wie auch die Zuwanderer aus dem Südosten des Landes (Shargawiyyin). Die

Polizei reagierte mit aller Härte und eröffnete bereits am 20. Jänner 1948 das Feuer auf die Demonstranten. Die Eskalation hin zur Revolte war nicht mehr aufzuhalten. Menschen aus allen Stadtteilen schlossen sich nun den Protesten an. Unter den politischen Kräften dominierten die Kommunisten klar, allerdings waren im Bündnis auch andere Parteien wie die Kurdischen Demokraten, Progressive Demokraten, Nationalisten und Studentenorganisationen vertreten. Nur eine Woche später ordnete die Regierung sogar den Einsatz von Panzer an. Am Ende des Monats waren die Proteste niedergeschlagen. Hunderte Menschen haben im Zuge dessen ihr Leben verloren, viele andere wurden festgenommen oder hingerichtet. Dieses Schicksal ereilte auch den Kommunistenführer Salman Yusuf Salman, auch Fahd genannt, der ab 1947 in Haft saß. Der assyrische Christ, ein Kommunist der ersten Stunde, wurde am 10. Februar 1949 gehängt. Damit versuchte die Regierung ein Exempel gegen die ansteigenden Aktivitäten der Kommunisten zu statuieren. Trotzdem mauserte sich die IKP zu einer Massenorganisation und zog tausende Menschen unabhängig von ihrer konfessionellen oder ethnischen Zugehörigkeit war.

Doch Widerstand formierte sich auch in einem ganz anderen Milieu: 1934 war die Wehrpflicht eingeführt worden, was eine soziale Durchmischung in der Armee zur Folge hatte. Die Streitkräfte sollten dadurch eine Vorbildfunktion für die Schaffung einer neuen irakischen Identität einnehmen, die sich zudem auch noch zur Monarchie bekannte. Die Öffnung der Armee für unterschiedlichste Gesellschaftsschichten hatte jedoch auch ganz andere Konsequenzen. Dadurch konnten nun auch Männer, die mit radikaleren Ideen sympathisierten, sich in der Armee engagieren. So ist es nicht verwunderlich, dass sich in den 1950er Jahren wie zuvor in Ägypten auch in der irakischen Armee »Freie Offiziere« organisierten. Sie sympathisierten mit Gamal Abdel Nasser und waren empört über die militärische und außenpolitische Linie der Regierung, die sich seit dem 1955 unterzeichneten Bagdad-Pakt in einem Militärbündnis mit Großbritannien, Iran, Pakistan und der Türkei befand.[89] Im Februar 1957 schloss sich die Opposition bestehend aus nationalistischen, kommunistischen und liberalen

Parteien zusammen. Sie gründeten die Vereinigte Nationale Front und forderten auch ihre Unterstützer im Militär auf, einen Coup d'état zu planen. Die Freie Offiziers-Bewegung hatte bereits ein Oberstes Komitee formiert, das aus zwölf Offizieren (eigentlich aus zehn Obersten, einem Brigadier und einem Major) bestand.[90] Sie gründeten nun eine Reihe von Unterkomitees und versuchten in den wichtigsten und größten Militäreinheiten Fuß zu fassen und an Einfluss zu gewinnen. Dabei stießen sie auf den General Abdel Karim Qasim, der selbst schon eine Gruppe junger nationalistischer Offiziere um sich geschart hatte. Qasim wurde bald schon zum Vorsitzenden des Obersten Komitees, was nicht allein auf seinen hohen Rang zurückzuführen war. Ausschlaggebend war wohl auch seine persönliche Herkunft, denn als Sohn eines arabischen Sunniten und einer kurdischen Schiitin verkörperte er wie kein anderer die nationale Einheit des Irak. Unter seiner Führung stürzten die Freien Offiziere am 14. Juli 1958 die Regierung und erklärten den Irak zu einer Republik. Der gerade einmal 23-jährige König Faisal II. wurde gemeinsam mit seinem Onkel Abdallah in einer Schießerei getötet. Premierminister Nuri as-Said wollte – als Frau verkleidet – flüchten, wurde aber erkannt und hingerichtet. Im ganzen Land begleiteten spontane Massendemonstrationen den Putsch. Allein in Bagdad gingen hunderttausende Menschen zur Unterstützung der Freien Offiziere auf der Straße.[91]

Machtkämpfe in der Republik

Die Unabhängigkeit brachte noch lange nicht die ersehnte Stabilität. Zunächst galt es, große wirtschaftliche und innenpolitische Herausforderungen in Angriff zu nehmen. Die neue Regierung musste mit dem Erbe der britischen Mandatsverwaltung brechen. Denn im Irak kontrollierten noch immer 23 Familien, darunter z.B. die berüchtigten Chalabis, etwa 56 Prozent des privaten Handels und des Industriekapitals.[92] Eine der wichtigsten Einkommensquelle, das Erdöl, kam der britischen Iraqi Petroleum Company zugute. In einem mühsamen und langwierigen Prozess,

der sich noch über Jahrzehnte erstrecken sollte, wurden Schlüsselindustrien wie jene des Erdöls verstaatlicht und radikale Landreformen durchgesetzt.

Außenpolitisch orientierte sich Abdel Karim Qasim an Ägypten, nahm jedoch Abstand von Gamal Abdel Nasser und der Vereinigten Arabischen Republik (VAR), einen von 1958 bis 1961 bestehenden Zusammenschluss der beiden arabischen Länder Ägypten und Syrien. Qasim lehnte einen Beitritt zur VAR ab, da diese von Ägypten dominiert wurde und er einen Machtverlust zugunsten Nassers nicht hinnehmen wollte. Dabei wurde er von den irakischen Kommunisten unterstützt, die genauso wie er für eine Föderation ohne Souveränitätsverlust der einzelnen Staaten sowie eine gemeinsame arabische Außen- und Verteidigungspolitik eintraten. Dennoch war die Unterstützung für die VAR im Irak groß – sowohl in der Bevölkerung, als auch im Militär selbst. Dies hatte interne Machtkämpfe zur Folge, denen Qasim nur mehr mit großer Mühe Herr werden konnte, und auch nur indem er die Kommunisten geschickt gegen die Nasseristen und die mittlerweile auch im Irak stark engagierten Baathisten ausspielte. Die IKP sah sich wiederum schwerer Kritik und dem Misstrauen der anderen Parteien ausgesetzt. Die Unterstützer Nassers und die Baathisten sahen in den Kommunisten nichts weiter als den verlängerten Arm Moskaus. Eine Kritik, die sie mit den Vorwürfen untermauerten, dass sich die Kommunisten während des Zweiten Weltkrieges nicht am Widerstand gegen die europäischen Kolonialmächte beteiligten (viele Linke hatten damals dem Kampf gegen den Faschismus mehr Priorität eingeräumt als jenem gegen den Kolonialismus) und dass sie 1948 der sowjetischen Linie entsprechend die Staatsgründung Israels unterstützt hatten. Die Tatsache, dass Premierminister Qasim ausgerechnet auf die IKP setzte, ließ die Skepsis auch bei seinen Weggefährten wachsen – allen voran bei Vizepremier und Innenminister Abdel Salam Arif.

Als Oberst und Freier Offizier war Arif maßgeblich am Umsturz von 1958 beteiligt und schon bald sollte er sich auf Seiten der Baathisten wiederfinden. Michel Aflaq, Mitbegründer und damalige Generalsekretär der Baath-Partei, reiste bereits kurz nach der Juli-

Revolution von 1958 in den Irak. Dass seine Partei hier noch weit davon entfernt war, eine Massenorganisation zu sein, hinderte Aflaq nicht daran, Vizepremier Arif für seine panarabische Vision zu gewinnen.[93] Daraufhin verschärften sich die Rivalitäten zwischen den einstigen Weggefährten Qasim und Arif, sodass letzterer nach nur wenigen Wochen in der Revolutionsregierung all seiner Ämter enthoben und auch als stellvertretender Oberbefehlshaber der irakischen Streitkräfte abgesetzt wurde. Es folgte eine Polarisierung, die im Oktober 1959 in einem fehlgeschlagenen Mordanschlag gegen Qasim gipfelte. Das Attentat wurde im Auftrag der Baath-Partei von einer Spezialeinheit ausgeübt, an der sich auch der damals 22-jährige Saddam Hussein[94] beteiligte. Der Premier wurde zwar schwer verletzt, zum geplanten Staatsstreich kam es schließlich doch nicht – ein Verdienst der Kommunisten, denen es rechtzeitig gelang, ihre Anhänger auf die Straße zu bringen und eine Revolte anzuzetteln. Gleichzeitig mobilisierten sie ihre Anhänger aus der Armee, die erfolgreich das Verteidigungsministerium besetzten.

Die Dankbarkeit Qasims hielt sich in Grenzen. Vielmehr verunsicherte ihn die Tatsache, dass es der IKP so schnell gelang, ein Schlüsselministerium wie das Verteidigungsministerium zu übernehmen. Und so führte er eine Säuberungskampagne gegen die Kommunisten in Armee und Regierung durch. Er versuchte sogar, die IKP zu verbieten. Doch die Antwort der Kommunisten ließ nicht lange auf sich warten. Sie organisierten am 1. Mai 1959 einen riesigen Aufmarsch in Bagdad und bewiesen damit erneut, wie leicht ihnen die Massen auf die Straßen folgten. Allerdings legte es die Führung der IKP auf Wunsch Moskaus nicht auf eine direkte Konfrontation mit Qasim an, schließlich war der irakische Machthaber außenpolitisch der Sowjetunion weitaus mehr als dem Westen zugeneigt. Letztlich isolierte sich Abdel Karim Qasim mit seinem Vorgehen gegen die Kommunisten selbst. Er war weder so stark wie Gamal Abdel Nasser, der »Held der arabischen Straßen«, noch verfügte er über die Organisationsstrukturen und die gesellschaftliche Verankerung der IKP. Als die Baath-Partei am 8. Februar 1963 zum ersten Mal erfolgreich putschte, war der irakische

Premierminister auf sich allein gestellt. Im Gegensatz zu dem Attentat vier Jahre zuvor konnte er nicht mehr mit der Unterstützung der Straße rechnen. Die Baathisten machten kurzen Prozess und ließen Revolutionsführer Qasim einen Tag später hinrichten.

Aufstieg des Baathismus

Wer waren nun diese Baathisten, die trotz ihrer verhältnismäßig geringen Zahl die Macht im Irak an sich rissen? Gegründet wurde die Bewegung von den syrischen Intellektuellen Michel Aflaq und Salah Bitar in den 1940er Jahren. Während ihrer Studienzeit in Frankreich sympathisierten beide noch stark mit dem Kommunismus, wandten sich dann aber im Laufe der Zeit von ihm ab, da sich die Kommunistische Partei Frankreichs damals weigerte, die Lösung der kolonialen Frage in ihre Agenda aufzunehmen. Desillusioniert vom »westlichen« Kommunismus, der sich lieber zum Sprachrohr sowjetischer Befindlichkeiten machte, als sich für die Unabhängigkeitsbestrebungen der Menschen in den Kolonien einzusetzen, begannen Aflaq und Bitar mit dem arabischen Nationalismus zu sympathisieren.[95] Sie entwickelten eine Ideologie, die vom Gedanken einer panarabischen Einheit getragen war und dabei sozialistische und nationalistische Versatzstücke miteinander verband. Der Name Baath (arabisch für »Erwachen«) steht für das Erwachen eines Nationalbewusstseins. Dieses wurde später immer wieder zu einem Streitgegenstand innerhalb der Parteien und ihrer Fraktionen in Irak und Syrien, die den Nationalismus entweder regionalistisch (bzw. »realpolitisch«) oder – wie Aflaq und Bitar – panarabisch auslegten.

Am 8. März 1963 gelang der Baath-Partei der Staatsstreich in Syrien. Doch mit dem wachsenden Einfluss der Bewegung in Syrien und später im Irak begann auch das Ansehen ihrer Gründerväter zu schwinden, die allmählich einer neuen Generation von Aktivisten weichen musste – eine Entwicklung, die Michel Aflaq um jeden Preis verhindern wollte. Der Generationenkonflikt spitzte sich schließlich

im Oktober 1963 am 6. Parteikongress in Damaskus zu. Die »Radikalen« innerhalb der syrischen und irakischen Delegationen schlossen sich zusammen und erlangten dadurch eine Mehrheit auf dem Kongress, um anschließend eine Resolution zu verabschieden, in der sie sich für eine sozialistische Planwirtschaft sowie eine Kollektivierung der Landwirtschaft aussprachen und für gewählte Bauernkomitees und demokratische Arbeiterkontrolle eintraten.[96] Das alles geschah zum Missfallen der Gründergeneration, die trotz ihres Bekenntnisses zu sozialistischen Grundgedanken (z.B. soziale Wohlfahrt, staatlich gelenkte Wirtschaft etc.) dem Kommunismus insgesamt sehr kritisch gegenüberstand. Ideologisch interessant ist auch der Fokus der radikalen Baathisten auf Arbeiter und Bauern, während etwa Aflaq und Bitar ihr »revolutionäres Subjekt« stets in einem aufstrebenden Kleinbürgertum verorteten. Dabei handelte es sich durchaus um einen strategischen Schwenk, denn die junge Parteigeneration hatte erkannt, dass sie den Einfluss der Kommunisten auf wichtige Organisationen wie Gewerkschaften und Bauernunionen nur brechen kann, wenn sie deren Forderungen aufgreift. Dies war vor allem für die irakische Baath-Partei von großer Bedeutung, da sie über keine nur annähernd starke Basis wie jene der irakischen Kommunisten verfügte.

Unter der Führung von Ali Saleh as-Saadi kehrte die irakische Delegation vom 6. Parteikongress aus Damaskus zurück und bereitete die Umsetzung der neuen Beschlüsse vor. Doch Michel Aflaq war darauf erpicht, diesen Kurswechsel mit allen Mitteln zu verhindern und rief seine Anhänger im Militär zum Gegenschlag auf. An dieser Stelle sei angemerkt, dass die Fraktionskämpfe zwischen Panarabisten und Radikalen teilweise auch mit den Rivalitäten zwischen militärischem und zivilem Flügel deckungsgleich waren. Aflaqs irakischen Gefolgsleuten gelang es im November 1963, die Resolution des 6. Parteikongress zu verhindern. Bewaffnete Offiziere stürmten den außerordentlichen Parteitag und zwangen die Delegierten, gegen den Mehrheitsführer Saleh as-Saadi zu stimmen.

Das Vorgehen der Offiziere löste eine Welle der Empörung in der Parteibasis aus, die nun auf die Barrikaden ging. Der Machtkampf innerhalb der Partei entlud sich auf der Straße. Der militärische

Flügel wollte die Armee gegen den Aufstand einsetzen, was aber vom Premierminister verhindert wurde; schließlich hätte dies die Zerschlagung der eigenen Anhängerschaft bedeutet. Die Selbstzerfleischung der Baath-Partei bot nun dem Präsidenten Abdel Salam Arif, der in der parlamentarischen Republik hauptsächlich eine repräsentative Funktion innehatte, die Gelegenheit zur Machtübernahme. Der ehemalige Weggefährte und Gegner von Revolutionsführer Abdel Karim Qasim orchestrierte noch im November 1963 einen Staatsstreich und verwandelte den Irak über Nacht in eine Präsidialrepublik. Endlich an der Macht, konnte sich aber auch Arif nur wenige Jahre halten. Bereits 1966 kam er bei einem Hubschrauberabsturz ums Leben. Die Nachfolge übernahm sein Bruder Abdelrahman, der wiederum nur zwei Jahre später von der Baath-Partei gestürzt wurde.

Die Baathisten erholte sich nur sehr schwer von dieser Niederlage. Ihre Partei brach komplett zusammen und musste von Michel Aflaq neu aufgebaut werden. Dieser ernannte nun Hassan al-Bakr zum Präsidenten des Revolutionären Kommandorats und seinen Vetter Saddam Hussein zum Generalsekretär der Baath-Partei. Beide nutzen geschickt das Vakuum in der Armee, das der Tod Arifs hinterlassen hatte. Eine ähnliche Strategie verfolgte auch Hafez al-Assad in Syrien. Indem sich Michel Aflaq dem Mehrheitsbeschluss widersetzte, leitete er die Verdrängung des zivilen Flügels der Baath-Partei ein. Sowohl Assad, als auch später Hussein verkörperten in gewisser Weise die vollständige Militarisierung des Baathismus.

Saddam Husseins Machtergreifung

Auf ihre zweite Machtübernahme 1968 waren die Baathisten besser vorbereitet, da ihre Partei nun homogener und straffer organisiert war. Al-Bakr und Hussein organisierten bereits in der Armee eine Garde von Gleichgesinnten, die obendrein auch noch dem selben Stamm aus Tikrit angehörten. Damit setzten sie den Keim für den späteren Einzug von Stammeswesen und Vetternwirtschaft als

tragende Elemente des Regimes. Doch zu allererst musste die Machtbasis des Baath-Regimes erweitert werden. Die Erfahrungen der Vergangenheit hatten gezeigt, dass keine Regierung sich ohne eine weitreichende Verankerung in der Gesellschaft auf Dauer halten konnte. Aus diesem Grund standen die 1970er Jahre ganz im Sinne sozialer Reformen. 1972 wurde die irakische Ölindustrie verstaatlicht, was dem Regime genug finanzielle Ressourcen für weitläufige Investitionen in Infrastruktur, staatliche Wohlfahrt, Gesundheitswesen und Bildung gab. Mit der Verstaatlichung der Erdölindustrie[97] wuchs der ökonomische Spielraum des Regimes und ermöglichte eine soziale Umverteilung, die eine neue Mittelschicht entstehen ließ.

In ihrem Bestreben, das Regime auf ein breites Fundament zu stellen, mussten die Baathisten ihre politischen Gegner verdrängen, allen voran die Kommunistische Partei. Hierbei gingen sie durchaus behutsam vor und boten der IKP eine Regierungsbeteiligung im Rahmen einer gemeinsamen Nationalen Front an (auch wenn sie letztlich keinerlei Schlüsselpositionen erhielten). Trotz anfänglichem Misstrauen willigte die Führung der IKP ein. Immerhin unterhielt die Baath-Partei enge Beziehungen zur Sowjetunion, was das Vertrauen der IKP-Führung weckte. Und so unterzeichneten diese im Juli 1973 einen Pakt mit den Baathisten. Damit leiteten sie ihren eigenen Niedergang ein. Der irakisch-britische Soziologe Sami Ramadani beschreibt diese Entwicklung folgendermaßen: »Iraks größte Massenorganisation von den 1940er- bis zu den 1960er Jahren war die Irakische Kommunistische Partei, die von Aktivisten aus allen religiösen und ethnischen Gruppen gegründet wurde. Sie war die stärkste Partei in Irakisch-Kurdistan bis zum Entschluss ihrer Führung, sich 1973 Saddams Regime anzuschließen – gegen den Willen der meisten Parteimitglieder.«[98] Saddam Hussein bereitete sorgfältig seine eigene Machtübernahme vor. Er verdrängte die Kommunisten schon nach wenigen Jahren aus der Nationale Front. Im Vergleich zu den Jahrzehnten zuvor verfügte die IKP längst nicht mehr über große Mobilisierungskapazitäten. Ihre eigene Basis hatte sich entpolitisiert und angesichts der Koalition mit den Baathisten von ihr abgewandt. Als schließlich noch eine

Gewaltwelle gegen die Kommunisten losgetreten wurde und Tausende ihrer Mitglieder festgenommen und exekutiert wurden, war die IKP völlig isoliert.

Nun galt es jedoch auch interne Rivalen auszuschalten. Hierfür zeigte sich Saddam Hussein sehr einfallsreich. Er kündigte gemeinsam mit dem syrischen Präsidenten Hafez al-Assad eine Annäherung beider Länder an und eröffnete die Debatte um eine mögliche Vereinigung – diesmal jedoch ohne Ägypten, das im Rahmen des Camp-David-Abkommens 1978 einem Separatfrieden mit Israel zustimmte. Eine irakisch-syrische Union war daher auch aus regionalpolitischen Gründen nicht abwegig. »Wir werden ein einziger Staat sein: eine Armee, ein Außenministerium, eine Nationalhymne, eine Flagge, eben alles, was zu einem Staat gehört«, erklärte Saddam Hussein noch Anfang Juli 1979.[99] Doch die Gespräche zwischen Irak und Syrien wurden schon bald abgebrochen. In der Zwischenzeit nutzte Hussein seine Chance und identifizierte all jene Parteigänger, die besonders euphorisch für einen Zusammenschluss und die Zusammenarbeit mit Assad eingetreten waren, als potenzielle Dissidenten.[100] Im Zuge seiner totalen Machtergreifung Mitte Juli1979 entmachtete er nicht nur seinen eigenen Cousin Hassan al-Bakr, einen Anhänger der irakisch-syrischen Vereinigung, sondern ließ auch eine beispiellose Säuberung durchführen. Bei einer von ihm einberufenen Parteiversammlung musste der Generalsekretär des Revolutionären Kommandorates, Mohje Abdel Hussein, vor mehr als tausend Delegierten ein Geständnis über seine Beteiligung an einer (von Syrien mitgesponserten) Verschwörung gegen Saddam Hussein ablegen. In einer Ausgabe von *Der Spiegel* aus dem Jahre 1979 wird die Aktion folgendermaßen beschrieben: »Noch einmal gestand Mohje Hussein, um die 200 Namen nannte er, und jedesmal, wenn ein Name fiel, erhob sich der Würdenträger – meist aus dem Kommandorat, der höchsten politischen Instanz des Irak, aber auch aus der Partei oder der Armee – und wurde von Militärpolizisten abgeführt. Ein gewaltiger Aderlaß unter der Politprominenz war beschlossen. Nach einer geheimen Sondergerichtsverhandlung wurden 22 Todesurteile wegen Verschwörung und Hochverrats

ausgesprochen, eins davon in Abwesenheit des Verurteilten, 33 Gefängnisstrafen bis zu 15 Jahren verhängt.«[101]

An der Spitze des Staates angelangt, bewertete Hussein das Verhältnis zu Moskau neu und intensivierte die Zusammenarbeit mit den USA und Großbritannien. Die USA waren ihrerseits um einen neuen Verbündeten in der Region bemüht, da sich der Iran im Zuge der Islamischen Revolution 1979 nicht mehr als Partner eignete. Der neue irakische Machthaber war mehr als willig, dessen Platz anzunehmen. 1980 führte Saddam Hussein sein Land in einen langwierigen und zermürbenden Krieg gegen den iranischen Nachbarn. Er ließ sich von der Fehleinschätzung leiten, dass ein schneller Sieg gegen die Iraner seine eigene Position absichern würde und sich die Iraker im Rahmen eines nationalen Schulterschlusses hinter ihren Führer stellen würden. Hussein irrte. Zwar befand sich der Iran in einem höchst instabilen Zustand, doch er war alles andere als ein leichter Gegner. Fatalerweise zementierte der erste Golfkrieg von 1980 bis 1988 zwischen Irak und Iran gleichermaßen die Macht Saddam Husseins und Ayatollah Khomeinis in ihren Ländern ein. Im Zuge des Krieges schalteten beide ihre jeweiligen Oppositionen aus. Im Irak litten dadurch insbesondere die Kurden, die dem radikalen arabischen Nationalismus der Baathisten ihren eigenen gegenüberstellten, und schließlich auch die schiitische Opposition, die von Hussein blutig bekämpft wurde.

Ein Islamismus schiitischer Prägung konnte sich im Irak erst etablieren, als der Großteil anderer Oppositionsgruppen, allen voran die Kommunistische Partei, ausgeschaltet war. Unter autoritärer Baath-Herrschaft blieben nur mehr die Moscheen als Räume für politische Agitation und Debatte übrig. Das leitete schließlich jene »Islamisierung« der Opposition ein, die bis heute das politische Leben dominiert und die konfessionellen Rivalitäten zwischen schiitischer Mehrheit und sunnitischer Minderheit stets aufs Neue aufflammen lässt. Die aktuelle Instabilität ist daher nicht nur als Erbe des US-Feldzuges von 2003 und der anschließenden Besatzung des Irak zu betrachten, sondern auch zu einem guten Teil ein Erbe Saddam Husseins, der im Zuge der US-geführten Invasion 2003

gestürzt und 2006 hingerichtet wurde. Gleichzeitig aber verdeutlicht die turbulente Geschichte des Irak eine Kontinuität von Gewalt und Unsicherheit. Der Traum von echter Unabhängig und Einheit wurde stets den Machtinteressen Weniger geopfert. Damit reiht sich auch die aktuelle Krise in eine lange Folge blutiger Auseinandersetzungen. Der Irak hat sehr früh gelernt, mit dem eigenen Scheitern zu leben. Ob er das als Staat auf Dauer überleben kann, wird sich noch zeigen.

Hans-Christof von Sponeck

Irak, die Sanktionspolitik des UN-Sicherheitsrats und die humanitäre Ausnahmeregelung

Nur vier Tage nach Saddam Husseins Kuwait-Invasion am 2. August 1990 verhängten die Vereinten Nationen umfangreiche Sanktionen gegen den Irak.[102] Sie wurden erst 13 Jahre später aufgehoben, nämlich zwei Monate nach dem Beginn der US-geführten Invasion vom 19. März 2003.[103]

Eine starke internationale Reaktion gegen den irakischen Einfall auf das Nachbarland Kuwait war notwendig. Dementsprechend gerechtfertigt war der Entschluss des UN-Sicherheitsrats, Sanktionen zu verhängen. Sie hätten allerdings von sorgfältig durchdachten humanitären Ausnahmeregelungen begleitet werden müssen, um sicherzustellen, dass die Zivilbevölkerung noch einen Zugriff auf die nötigsten Mittel für ein würdevolles Überleben hat, dazu zählen u.a. Lebensmittel, Medikamente, sauberes Wasser und Elektrizität.

Sanktionen und das Menschenrecht auf würdevolles Überleben

Dreizehn Jahre des wohl umfassendsten Wirtschaftsembargos, das die Vereinten Nationen jemals eingesetzt hatten, veränderten das Leben der irakischen Zivilbevölkerung drastisch zum Schlechteren.[104] Die ersten Jahre der Sanktionszeit (1990–1995) vergingen, ohne dass eine humanitäre Ausnahmeregelung zur Prävention von Mangelernährung, Krankheit und Armut aufgenommen wurde. Jegliche Hinweise für eine sich vertiefende

humanitäre Katastrophe – die bereits 1991 durch zwei hochrangige UN-Missionen[105] erkannt worden waren – wurden sowohl von der irakischen Regierung als auch vom UN-Sicherheitsrat (UNSC) weitgehend ignoriert. Obwohl bereits allen UNSC-Mitgliedern bekannt war, dass internationale Hilfe dringend benötigt wurde, hat man umfangreiche Sanktionen ohne ein soziales Absicherungsnetz durchgesetzt.

Hierbei hat der Sicherheitsrat fundamentale Prinzipien der Menschenrechte, wie sie sich auch in der UN-Charta[106] wiederfinden, aufgehoben sowie jene des internationalen humanitären Rechts ignoriert. Die Linderung der widrigen Folgen des UN-Embargos wurde freiwilligen externen Initiativen überlassen. Diesbezüglich muss auch darauf hingewiesen werden, dass während des 1991er-Krieges zivile Infrastruktur, d.h. Elektrizitäts- und Wasseranlagen, sanitäre Einrichtungen, Brücken und Straßen (vor allem im Südirak) von den US-geführten Koalitionstruppen bewusst angegriffen und zerstört wurden. Dies machte die humanitäre Hilfe durch das Ausland nicht nur notwendiger, sondern auch schwieriger.

Das Sekretariat der Vereinten Nationen, nicht der Sicherheitsrat, appellierte zwischen 1992 bis 1996 fünfmal an die internationale Gemeinschaft, Hilfsgelder in einer Höhe von 1,2 Mrd. US-Dollar zur Verfügung zu stellen. Doch das Ergebnis war ernüchternd: gerade einmal 420 Mio. US-Dollar wurden eingebracht.[107] Die Weltöffentlichkeit wie auch viele Regierungen hatten ihre Schwierigkeiten, hinter das diktatorische Regime von Saddam Hussein zu blicken und waren daher nicht in der Lage, die negativen Folgen der UNSC-Sanktionspolitik für die Bevölkerung zu erkennen und die erforderliche Hilfe zu leisten. Weder das UN-Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA) noch der Rest des UN-Systems konnten diese Realität vermitteln, weil die »politische Feindseligkeit zwischen Irak und dem Westen […] die Entwicklung einer Verhandlungsdynamik verhinderte und die politische Krise und die Qual des irakischen Volkes unnötigerweise verlängerte«.[108]

So entstand ein multilaterales Sanktionsregime, das unwiderruflich an eine Abrüstung des Irak gebunden war. An dieser Stelle sei daran erinnert, dass infolge der von 34 Staaten unterstützten und US-geführten »Operation Wüstensturm« Anfang 1991 ein Importembargo für Waffen und anderes militärisches Equipment wesentlich erweitert wurde.[109] Der UN-Sicherheitsrat beschloss, die Sanktionen fortzusetzen, bis der Irak alle Massenvernichtungswaffen vernichtet[110] und zugesagt hatte, Entschädigung an alle – Einzelpersonen, Unternehmen und Regierungen – zu zahlen, die aufgrund der Kuwait-Invasion Ansprüche stellen konnten. Diese neue Abhängigkeit vertiefte die Konfrontation zwischen den Regierungen in Bagdad und jenen in Washington und London; zum Nachteil der irakischen Bevölkerung, denn ihr Wohlergehen wurde damit zu einer verhandelbaren Ware, menschliches Leid ein unvermeidbarer Kollateralschaden.

Unstimmigkeiten im UN-Sicherheitsrat

Resolutionen des Sicherheitsrats, die oftmals die UN-Vertretungen der USA und Großbritanniens in New York formuliert hatten, wurden zu hilfreichen Instrumenten für diese beiden Staaten, um ihre Irak-Agenden durchzusetzen; »hilfreich«, weil sie als sogenannte »Consensus«-Resolutionen auslegbare Deutungen oder Formulierungen beinhalteten, um dadurch auch von der Mehrheit der Ratsmitglieder entsprechend angenommen werden zu können. Die Sanktionen sollten daher bestehen bleiben, bis der Irak »alle geforderten Handlungen abgeschlossen hatte«[111] und »in jeglicher Hinsicht kooperierte«[112]. Einzig die Sorge hinsichtlich der irakischen Massenvernichtungswaffen vermochte es, alle im Sicherheitsrat zu einen. Dies mag erklären, weshalb sich alle Ratsmitglieder bei den Abstimmungen hinter die USA und Großbritannien stellten oder sich enthielten, anstatt dagegen zu stimmen.

Was diese Resolutionen allerdings nicht offenlegten, war die Entschlossenheit der Regierungen in den USA und Großbritannien, einen irakischen Regimewechsel um jeden Preis herbeizuführen.

Erst Jahre später gaben die USA öffentlich solche Absichten, die im »Iraq Liberation Act«[113] von 1998 enthüllt wurden, zu.

Von Spannungen innerhalb des UN-Sicherheitsrats blieb auch das UN-Sekretariat nicht verschont. Aus der Sicht des UN-Büros in Bagdad sah es oft danach aus, als spiegelten sich die Spaltungen innerhalb des Sicherheitsrats in dem Verhalten leitender UN-Vertreter in New York wider.

Die politischen Debatten rund um die Lebensmittelausgabe veranschaulichen das Problem deutlich. Während die US-Regierung in ihrer Meinung darauf beharrte, dass die irakische Regierung monatliche Lebensmittelrationen absichtlich von bestimmten Bevölkerungsgruppen fernhielt, war das Welternährungsprogramm der UNO völlig zufrieden mit der Verteilung, die durch regelmäßige Kontrollen der 54.000 Ausgabezentren im ganzen Land bestätigt wurde. Aus dem Politikum der Lebensmitteldistribution ergab sich jedoch eine weitere Dimension des Konflikts: denn die Regierung in Bagdad hegte nun den Verdacht, dass die von der UNO gesammelten Informationen politisiert wurden – wenn nicht von den Vereinten Nationen selbst, dann von einzelnen Regierungen. Nicht ungerechtfertigt bezog sich die Kritik der irakischen Regierung hierbei auf den Umgang mit den Kindersterblichkeits- und Bildungsstatistiken der UNICEF: Jahrelang wurde von US-Vertretern sowie Experten argumentiert, dass die Kindersterblichkeitsstudie der UNICEF im Grunde genommen auf Zahlen der irakischen Regierung basierte. Sie kritisierten, dass die eigentliche Ursache der hohen Kindersterblichkeit, nämlich eine absichtliche Vernachlässigung von Kinderernährungsprogrammen durch das Regime, nicht in Betracht gezogen wurde. Jedoch konnten diese Anschuldigungen im Kontext eines höchst bürokratisierten und politisierten »Oil-for-Food«-Programms (»Öl für Lebensmittel«) niemals bestätigt werden, sie wurden besonders von UNICEF zurückgewiesen.

»Öl-für-Lebensmittel« als humanitäre Ausnahmeregelung

Nach fünf Jahren wenig fruchtender Verhandlungen auf zwei Ebenen, jene des UN-Sicherheitsrats und der irakischen Regierung auf der politischen Seite und jene von UNO und irakischen Funktionären in Bagdad auf der operationalen Seite, kam es endlich zu einer Einigung auf humanitäre Hilfe. Im Jänner 1996 wurde zwischen UN-Generalsekretär Boutros Boutros Ghali und dem Vizepremierminister Tariq Aziz das Oil-for-Food-Programm (OFFP) ausgehandelt, um sicherzustellen, dass 23 Millionen Irakern ein würdevolles Überleben unter den Sanktionen ermöglicht wird. Vier Monate später unterzeichneten die UN-Rechtabteilung und der irakische UN-Botschafter das Abkommen.[114] Weitgehend unbemerkt wurde das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) von einem neu geschaffenen UN-Büro für das Irakprogramm (OIP) ersetzt, um humanitäre Ausnahmeregeln als eine getrennte Operation zu verwalten.[115]

Wegen der Größe des Oil-for-Food-Programms (OFFP) – es handelte sich um das umfassendste humanitäre Programm, das je von den Vereinten Nationen durchgeführt wurde – war es sinnvoll, eine Spezialeinheit im UN-Sekretariat in New York aufzubauen. Weniger einleuchtend war der Umstand, dass das OFFP während seines ganzen Bestehens völlig unabhängig und isoliert war. Ursprünglich im gleichen Stockwerk des UN-Sekretariatsgebäudes angesiedelt, gab es trotzdem keinen Kontakt zwischen beiden humanitären Einheiten. Die Frage, wer hinter dieser Entscheidung stand, bleibt unbeantwortet; ebenso ist nicht geklärt, warum UN-Generalsekretär Boutros Ghali dieser Trennung zustimmte. Es liegt die Vermutung nahe, dass eine solch isolierte Einheit wie das UN-Büro für das Irakprogramm (OIP) leichter zu kontrollieren war. In jedem Fall war die Existenz zweier Einheiten kostspielig, ineffizient und vor allem beraubte es das Irak-Programm der Möglichkeit, die umfassende und globale OCHA-Sanktionserfahrung zu nutzen.

Eine weitere strukturelle Anomalie mit äußerst negativen Konsequenzen für die »effektive« Durchführung der humanitären Ausnahme bestand im Irak. Es hatte mit dem eingeführten Management des Oil-for-Food-Programms in Bagdad zu tun. Das UN-Büro des humanitären Koordinators im Irak (UNOHCI) wurde

von einem Assistenzgeneralsekretär geführt, der für vier Einheiten zuständig war. Zwei davon mussten ihm persönlich Bericht erstatten, die anderen direkt ans UN-Hauptquartier in New York. Solch getrennte Strukturen konnten nur in Unordnung und Konflikten resultieren.

Sehr schnell war klar, dass der begrenzte Verkauf des irakischen Öls in den wesentlichen Jahren des OFFP (1996 und 1997) nur 2,6 Mrd. US-Dollar über einen Zeitraum von sechs Monaten einbrachte und ein würdevolles Überleben der Mehrheit aller Iraker unmöglich machte. Auch das Verdoppeln des Betrages auf 5,2 Mrd. US-Dollar im Jahre 1998 infolge einer Einigung in Bagdad zwischen UN-Generalsekretär Kofi Annan und Präsident Saddam Hussein konnte die miserablen Bedingungen nicht wesentlich ändern.[116]

Fehlinformationen aus politischem Kalkül

Als Reaktion auf die sich intensivierende humanitäre Katastrophe verabschiedete der UN-Sicherheitsrat im Dezember 1999 die Resolution 1284. Damit sollte den Sanktionsgrausamkeiten ein Ende gesetzt werden.[117] Die Regierung Großbritanniens verkündete, dass diese Resolution »die Obergrenze […] für Öl, das der Irak exportieren darf, abschafft […]«.[118] Sollte dadurch das Elend der Bevölkerung nicht beendet werden, argumentierten die Regierungen Großbritanniens und der USA, würde dies erneut bestätigen, dass Saddam Hussein und seine Regierung der wesentliche Grund für das irakische Leid seien. Dabei handelte es sich allerdings um eine infame politische List. Denn beide Regierungen wurden von ihren Geheimdiensten sowie von den jährlichen Öl-Sektor-Überprüfungsberichten der UNO bestens darüber informiert, dass 1.) Iraks Ölindustrie – die einzig erlaubte Einkommensquelle – sich in einer sehr prekären Lage oder laut Ölexperten sogar in einem »gefährlichen« Zustand befand und dass 2.) deren Erneuerung mit Ausnahme kleinerer Reparaturen unter Sanktionen nicht erlaubt war.

Es war offensichtlich, dass der Irak nicht in der Lage sein würde, die Leistung seiner Ölförderung auf über 2,2 Millionen Barrel pro Tag zu erhöhen. Dieser Betrag durfte auf dem internationalen Ölmarkt verkauft werden, bevor der UNSC beschloss, die bisherige Obergrenze abzuschaffen.

Absichtliche Fehlinformationen, die von den USA und Großbritannien verbreitet und häufig von den Medien im Westen übernommen wurden, haben die Tatsache, dass die steigenden Öleinnahmen 1999/2000 zur Gänze auf den hohen Ölpreis zurückzuführen waren und eben nicht auf eine höhere Produktion, unterschlagen.[119] Genauso irreführend war die Behauptung des US-State Departments, dass der »irakische Ölexport (1999) jetzt beinahe schon die Höhe der Vorkriegszeit erreicht hat.«[120] Hier wurde der Umstand ignoriert, dass die Öleinnahmen während der Sanktionsjahre die einzig legale Einkommensquelle darstellten, da ein gewöhnlicher privater Sektor und eine staatliche Wirtschaft völlig fehlten.

Während der 13 Jahre des Embargos waren alle im UN-System und die NGO-Gemeinschaft, die die humanitäre Hilfe unterstützte, kontinuierlich mit derartigen Desinformationen in unterschiedlichsten Bereichen konfrontiert. Beispiele hierfür sind etwa der Vorwurf, dass die Lebensmittelrationen, auf die sich die Bagdader Regierung und die UNO geeinigt hatten, systematisch den Anhängern von Oppositionsgruppen vorenthalten wurden. Das Welternährungsprogramm (WFP) entgegnete, dass das Programm der Lebensmittelausgabe, welches 440.000 Tonnen Nahrung pro Monat umfasste, eines der besten weltweit sei und ohne Anzeichen einer systematischen Politisierung funktioniere. Ein weiterer falscher Vorwurf seitens der USA und Großbritanniens war, dass die irakische Regierung vorsätzlich Medizin und andere besonders wichtige Hilfsmittel hortete. Freilich existierte eine Lagerung von Medizin, jedoch in Übereinstimmung mit den globalen Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation (WHO), um in Zeiten von Epidemie-Ausbrüchen vorbereitet zu sein. Andere OFFP-Hilfsgüter mussten wiederum gelagert werden, weil sie entweder Qualitätskontrollen nicht standhielten oder aber, weil die

Zusatzgeräte noch nicht angekommen waren oder vom Sanktionskomitee der Vereinten Nationen blockiert wurden.[121]

Die USA und Großbritannien hoben regelmäßig hervor, dass das Oil-for-Food-Programm in Irakisch-Kurdistan effizient umgesetzt würde, »weil die Regierung Saddam Hussein dort nicht an der Macht war«.[122] Tatsächlich funktionierte die humanitäre Ausnahmeregelung in den drei kurdischen Provinzen recht gut, allerdings aus wesentlich anderen Gründen, darunter der Tatsache, dass 13 Prozent der hier lebenden irakischen Gesamtbevölkerung rund 20 Prozent aller Öleinnahmen erhielten und Zugang zu Barzahlungen hatten. Oil-for-Food-Projekte mit einer Bargeld-Komponente waren im Gebiet unter der Kontrolle Bagdads nicht existent. Geld wurde jedoch dringend benötig, um Anbieter z.B. für das Installieren von Rohrleitungen, für Elektrizität und sanitäre Ausrüstung oder für den Ankauf von lokal angefertigten Ersatzteilen zu bezahlen. Darüber hinaus wurde im Vergleich zu den großen Mengen an Hilfsmitteln für die Gebiete unter Regierungskontrolle, die von den USA im UN-Sanktionskomitee zurückgehalten oder permanent blockiert wurden, kein einziger Gegenstand von den kurdischen Regionen zurückgehalten.[123] Außerdem waren die Grenzen des Irak mit Iran und der Türkei auf kurdischer Seite viel durchlässiger und erlaubten daher umfangreichen Schmuggel. Und letztlich existierte dank der Höhenlage vieler Gebiete in Irakisch-Kurdistan eine bessere epidemiologische Situation. Durch Wasser übertragene Krankheiten waren beispielsweise weniger häufig im Vergleich zu den wärmeren und feuchten zentralen und südlichen Teilen des Landes. All diese Faktoren erklären, weshalb das OFFP in den kurdischen Gebieten besser umgesetzt wurde.

Das Programm sollte nicht funktionieren

Abseits der systematischen Desinformationskampagne von einzelnen Regierungen gab es andere Maßnahmen, die den UN-Sicherheitsrat als Ganzes involvierten und den Ablauf der humanitären Hilfe schwer beeinträchtigten. Eine davon war die wachsende

Bürokratisierung des Oil-for-Food-Programms. Das UN-Sanktionskomitee sollte ein Übersichtskörper sein, um die Implementierung der humanitären Ausnahmeregelung zu beobachten. Stattdessen wurde es eine Mikro-Verwaltungsautorität und ein wesentlicher Faktor für die Verzögerung der Ankunft dringend benötigter Güter.[124] Schlimmer noch, die US-Regierung beschloss, immer höhere Mengen an Hilfsgütern zurückzuhalten. Im August 2002 erreichte die Höhe der blockierten Verträge eine Summe von 5,2 Mrd. US-Dollar. Inkludiert waren u.a. Impfstoffe, Chemikalien, Pestizide, Elektrizitätsausrüstung und Reserveteile für die Ölindustrie. Auch die wiederholte Zusicherung seitens der Vereinten Nationen in Bagdad gegenüber den Vertretern der USA und Großbritanniens, dass die Kapazitäten der UNO zur Kontrolle der Verwendung solcher Güter existierten, machte keinen Unterschied. Hilfsmittel zu blockieren war Teil einer beabsichtigten Strategie, um ein »effektives« Funktionieren des Oil-for-Food-Programmes zu behindern.

Es war die Zivilbevölkerung im Irak, die dafür einen hohen Preis zahlen musste. Ein dramatisches Beispiel betrifft die Entschädigungszahlungen, zu denen der Irak wegen seiner Invasion von Kuwait gezwungen war. Infolgedessen wurden 30 Prozent der irakischen Öleinkünfte vom Staatskonto, das die UNO verwaltete, automatisch an die UN-Entschädigungskommission (UNCC) in Genf überwiesen. Solche Überweisungen wurden ohne Rücksicht auf die finanziellen Nöte des Oil-for-Food-Programms (OFFP) unternommen und damit auch ohne Rücksichtnahme auf die Not der irakischen Bevölkerung. Dies bedeutete, dass die UNCC gesicherte Einkünfte hatte, während der humanitären Ausnahmeregelung keine Mindestfinanzierung garantiert wurde. Die Gelder für das OFFP wurden nicht von einem festgelegten UN-Etat bestimmt, sondern von der Unbeständigkeit des internationalen Ölmarkts. 1999 berichtete die UNICEF, dass der Irak bereits zu einem jener Länder zählte, in dem weltweit die höchste Kindersterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren existierte.[125] Wäre im UN-Sicherheitsrat zur damaligen Zeit eine humanitäre Gesinnung verbreitet gewesen, so hätte er problemlos intervenieren können und die 30 Prozent

Überweisung an den UNCC zeitweise stoppen oder zumindest reduzieren und die Beträge damit dem Oil-for-Food-Programm zukommen lassen können. Wohlhabenden Staaten wie Kuwait und Unternehmen hätte man erklären können, dass ihre Ansprüche dann berücksichtigt würden, wenn sich die humanitäre Lage im Irak ausreichend gebessert hätte. Zu keiner Zeit hat der UN-Sicherheitsrat eine solche Option bedacht, ebenso wenig wurde sie vom UN-Sekretariat je aufgeworfen.

Dysfunktionale UN-Politik

Es existierte eine unabhängige UN-Behörde, die der Erfüllung des humanitären Mandats im Irak verpflichtet war. Dennoch gab es intervenierende Kräfte im UN-Sekretariat, verbündet mit mächtigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats, die den reibungslosen Ablauf des OFFP geradezu unmöglich machten. Ein beabsichtigtes Erschwernis ergab sich aus dem Verhältnis der vier betrieblichen UN-Einheiten, die vom UN-Sicherheitsrat geschaffen wurden, um die gesamten UN-Entwaffnungs- und humanitären Programme im Irak durchzusetzen.[126]

Obwohl ein Irak-Strategie-Team unter dem Vorsitz der stellvertretenden UN-Generalsekretärin Louise Fréchette im UN-Hauptquartier angesiedelt war, arbeiteten diese vier Einheiten in völliger Isolation voneinander. In Bagdad kooperierten alle UN-Agenturen mit humanitärem Mandat effektiv und forderten einen ähnlich integrativen Ansatz von den anderen drei Einheiten, um Konflikte zu minimieren und Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern. Doch sie wurden ignoriert. Die UN-Sonderkommission (UNSCOM) wollte keinen Kontakt, obwohl sie sich alle im gleichen UN-Gebäude in Bagdad befanden. Ebenso wenig hatte die UN-Entschädigungskommission (UNCC) in Genf Interesse an einem Austausch mit den UN-Büros im Irak.

Nicht einmal der UN-Menschenrechtsberichterstatter in Genf, ein ehemaliger Außenminister der Niederlande, Max van der Stoel, war empfänglich für den Vorschlag einer Zusammenarbeit mit den

humanitären Agenturen der UNO in Bagdad. Nach neun Jahren und einem einzigen Besuch im Irak wurde van der Stoel im Jahre 2000 durch einen ehemaligen Außenminister Zyperns, Andreas Mavromatis, ersetzt. Der neue Sonderberichterstatter verstand das Problem umgehend und besaß den Mut, sein Mandat ohne ein Genehmigungsansuchen auszuweiten und inkludierte in seinen Bericht die UN-Sanktionspolitik und ihre Auswirkung auf die Lebensbedingungen im Irak. Er baute sich nahe Arbeitsbeziehungen zum UN-System in Bagdad auf und war in der Lage, in den Irak zu reisen, um Menschenrechtsbelange mit der Regierung in Bagdad zu diskutieren. Dadurch konnte er im Gegensatz zu seinem Vorgänger viele Menschenrechtsverletzungen aufdecken.

Dysfunktionale Strukturen im UN-Hauptsitz (UNOCHA und UNOIP) und im Feld (innerhalb des UNOHCI) sowie die isolierten Operationen der UN-Einheiten im Irak mit unterschiedlichen Mandaten (Entwaffnung, Entschädigung, Menschenrechte und humanitäre Hilfe) deuteten auf ein großes Führungsvakuum im UN-Sekretariat und erschwerten Bestrebungen zur De-Eskalation des Konflikts. Zudem trugen sie zur Intensivierung der Notlage im Irak bei.

Bittere Realität

An dieser Stelle muss die Frage gestellt werden, ob all diese bedauerlichen Umstände im Verwalten der humanitären Ausnahmeregelung lediglich eine Folge von Inkompetenz, Mangel an Einsatz, Laissez-faire-Einstellung bzw. die Abwesenheit von Vision und Führungskompetenz, oder auf die Einflussnahme äußerer Parteien zurückzuführen waren. Sehr wahrscheinlich war es ein Gebräu aus all diesen Elementen.

In der Regel haben die Vereinten Nationen Schwierigkeiten, angemessene finanzielle Ressourcen für ihre Aufgaben sicherzustellen. Im Falle des irakischen Oil-for-Food-Programms waren aber die ohnehin schon inadäquaten Ressourcen durch die

Sanktionspolitik bestimmt und nicht durch einen finanziellen Rückstand.

»Angemessene Ressourcen«, die dem OFFP in der Absichtserklärung von 1996 versprochen wurden, waren in erster Linie für die administrativen Kosten der UNO erhältlich – nicht genug für den Bedarf der irakischen Bevölkerung, doch mehr als genug für die Finanzierung großzügiger Löhne, Miete für Geschäftsräumlichkeiten, Büroausstattung etc. Letztlich stellte sich heraus, dass das größte aller bisherigen UN-»Projekte« das günstigste war: alle UN-Kosten wurden ja von den irakischen Öleinnahmen beglichen.[127]

Das sich ergebende Gesamtbild inklusive fünf Jahren der Konfrontation zwischen dem Diktator in Bagdad und den Mächtigen im UN-Sicherheitsrat in New York (1990–95) sieht folgendermaßen aus: sechseinhalb Jahre der streng limitierten humanitären Ausnahmeregelungen, einer dysfunktionalen Irak-Strategie-Gruppe am UN-Hauptsitz und der fehlenden Zusammenarbeit zwischen den UN-Schlüsseleinheiten, die mit Entwaffnung, Menschenrechtsbeobachtung, Entschädigung und humanitärer Unterstützung beauftragt waren. Hinzu kamen noch die Auswirkungen der strukturellen Unübersichtlichkeit und der schlechten Verwaltung in den UN-Büros des irakischen Programmes in New York wie in Bagdad. All das zeigt den internationalen Beitrag zur verheerenden humanitären Katastrophe im Irak auf.

Das Ende der umfangreichsten Sanktionen, die je einem Land auferlegt wurden, war nach dreizehn bitteren Jahren im Mai 2003 eine gute Nachricht für die Menschen im Irak. Der UN-Sicherheitsrat verabsäumte jedoch einzugestehen, dass das Aufheben der Sanktionen wiederum einen illegalen Akt begründete, da er dabei nicht bestätigte, dass der Irak »alle geforderten Handlungen abgeschlossen hat« und »in jeglicher Hinsicht kooperierte«, insbesondere in Bezug auf die irakischen Massenvernichtungswaffen. Für die früheren UNSC-Resolutionen war eine solche Bestätigung die Voraussetzung für die Aufhebung der Sanktionen.[128]

Die Anerkennung von Iraks voller Kooperation hätte den Vorwurf bekräftigt, dass die Regierungen der USA und Großbritanniens 2003 unter falschen Voraussetzungen in den Irak einmarschiert waren, so wie es die ganze Zeit über von Vielen in Europa, dem Mittleren Osten und anderen Teilen der Welt argumentiert wurde. Dies wäre höchst blamabel für den UNSC und für zwei seiner permanenten Mitglieder, die USA und Großbritannien, gewesen und nicht ohne ernsthafte politische Konfrontationen abgegangen.

Mit dem Ende der UN-Sanktionen hätte der Sicherheitsrat auch eine detaillierte Überprüfung der Folgen seiner verhängnisvollen Sanktionspolitik im Irak durchführen müssen. Ein solcher Bericht wurde nur unzureichend erstellt. Er zeigte auf, dass der Irak zu Zeiten des Oil-for-Food-Programms (1996-2003) 61 Mrd. US-Dollar durch den Öl-Handel lukrierte. Davon wurden 43 Mrd. US-Dollar der Finanzierung der humanitären Programme zur Verfügung gestellt, aber nur 28 Mrd. US-Dollar für humanitäre Hilfsgüter kamen tatsächlich auch bei der irakischen Bevölkerung an. Hätten die Vereinten Nationen das finanzielle Bild noch weiter zerlegt, so wäre ersichtlich gewesen, dass das pro Kopf gerechnet für die irakische Bevölkerung 158 US-Dollar/Jahr oder 51 Cents/Tag an humanitärer Hilfe bedeutet hat. Dieses extreme Missverhältnis wird noch deutlicher, wenn man bedenkt, dass 60 bis 70 Prozent aller Iraker zur Gänze vom Oil-for-Food-Programm abhängig waren.

Wenig wird in dem UN-Bericht nach der Angemessenheit des Gesamtbetrags gefragt, der vom UNSC zur Verfügung gestellt wurde. Auch wenig liest man vom Abzug der 30 Prozent an Entschädigungszahlungen für Kuwait und andere Parteien, von der unverhältnismäßigen Verteilung der Umsätze aus dem Öl-Handel zugunsten der kurdischen Provinzen, von der lähmenden UN-Bürokratie, die zur irakischen Misere beitrug und von der Tatsache, dass die Beiträge keine Spenden von außen waren, sondern Geld, das der Irak vom Verkauf seines eigenen Öls selbst erwirtschaftet hatte.

An dieser Stelle ist aber noch auf eine andere Kluft hinzuweisen, die in den Hauptstädten jener Staaten, die für das Scheitern des

Schutzes der irakischen Bevölkerung verantwortlich sind, verschwiegen wird. Im April 1995 verkündeten die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats[129] eine Stellungnahme zu den humanitären Folgen von Sanktionen für jene Länder, die davon betroffen sind. In diesem Statement nannten sie drei entscheidende Punkte, nämlich dass »widrige Nebenwirkungen der Sanktionen zu minimalisieren sind«, »humanitäre Kurz- und Langzeitfolgen zu bewerten sind« und »das einfachst mögliche Autorisierungsprozedere für grundlegende Hilfsmittel zu entwickeln ist«. In anderen Worten, die fünf ständigen Sicherheitsratsmitglieder wussten genau, was zu tun gewesen wäre, um die einfache Bevölkerung unter Sanktionsumständen zu schützen. All das wurde im Kontext des Irak-Embargos verworfen. Heraus kam eine Politik der eisernen Hand und eine unmenschliche Implementierung von UN-Sanktionen im Irak.

Die Schlussfolgerung von Botschafter Dato Agam Hasmy, dem Vertreter Malaysias im UN-Sicherheitsrat im Jahre 2000, zu den Folgen der UN-Sanktionen im Irak liest sich düster:

»Wie ironisch, dass die gleiche Politik, die den Irak von seinen Massenvernichtungswaffen hätte entwaffnen sollen, selbst zu einer Massenvernichtungswaffe geworden ist«.[130]

Das Oil-for-Food-Programm war eine innovative und wichtige Ergänzung der UN-Sanktionspolitik. Der umfassende Charakter des Irak-Embargos erforderte eine derartige humanitäre Ausnahmeregelung. Internationaler politischer Druck gegen die Regierung Saddam Husseins musste von einer Verantwortung zum Schutz der unschuldigen Bevölkerung begleitet werden.

Die bittere Realität war jedoch, dass mächtige bilaterale Interessen für einen »Regierungswechsel« Vorrang hatten. Der UN-Sicherheitsrat war gespalten oder widerwillig bzw. nicht in der Lage, die eingeschlagene Richtung zu ändern. UN-Generalsekretär Kofi Annan konnte trotz seiner Bemühungen die ernsten Zerwürfnisse im UN-Sekretariat nicht verhindern. Und so bleibt der Irak eine Mahnung und eine große Herausforderung für die Notwendigkeit einer fundamentalen Erneuerung der Vereinten Nationen und der internationalen Sicherheitsarchitektur.

Joachim Guilliard

Neoliberaler Kolonialismus: Irak unter US-Besatzung

Nach zehnwöchiger Belagerung nahmen am 13. August 1521 die spanischen Eroberer unter Hernán Cortés Tenochtitlán ein. Der Fall der Hauptstadt bedeutete das Ende des Aztekenreiches. Mit der anschließenden Plünderung und Zerstörung der aztekischen Gebäude und Kulturgüter Tenochtitláns wurden auch die Spuren der bisherigen Staatlichkeit gründlich ausgelöscht. Der Fall Bagdads am 9. April 2003, nach mehr als zwölf Jahren Krieg und Belagerung des Landes, erinnerte an diese finstere Epochen des europäischen Kolonialismus. Auch hier folgten Plünderungen und Brandschatzungen öffentlicher und historischer Gebäude der Stadt, Raub und Zerstörung unschätzbarer Kulturgüter.

Angeblich waren die Eroberer nicht auf Polizeiaufgaben vorbereitet gewesen. Doch wie Augenzeugen berichten, hatten US-Einheiten die Plünderungen selbst eingeleitet, indem sie mit Panzern Türen einbrachen und Slumbewohner per Lautsprecher zur Selbstbedienung aufforderten. Während die Plünderungen schnell zum Selbstläufer wurden, musste man bei den Brandstiftungen in den Ministerien und den anderen staatlichen Einrichtungen nachhelfen. Wie Robert Fisk, der renommierte Reporter des britischen *Independent,* berichtete, brachen die Brände erst aus, als die Plünderer mit ihrer Beute schon längst abgezogen waren. Sie wurden, wie Fisk zum Teil selbst beobachten konnte, systematisch gelegt. Die US-amerikanischen Besatzungstruppen griffen auch auf Aufforderung nicht ein. Am 16. April 2003, zum Zeitpunkt seines Berichtes, standen 35 Ministerien in Flammen – das Ministerium für landwirtschaftliche Bewässerung unmittelbar neben dem von US-

Truppen schwer bewachten Ölministerium.[131] Fünf Tage später waren nach seiner Zählung 158 Regierungsgebäude und mit ihm »die Basis einer neuen Regierung und der kulturellen Identität des Irak« ausgebrannt.[132]

Welches Interesse, fragte sich Fisk, könnte hinter »der Zerstörung des kulturellen Erbes« des Landes stecken, »der Plünderung der archäologischen Schätze des Nationalmuseums, dem Niederbrennen des gesamten Osmanischen-, Königlichen- und Staats-Archivs, der Koranbibliothek und der gesamten Infrastruktur einer Nation, die wir angeblich aufbauen wollen?«

Wäre es nur um die Ersetzung eines Regimes gegangen, hätten die Invasoren wohl in der Tat versucht, z.B. die für den irakischen Staat unverzichtbaren Unterlagen über das zum Teil jahrhundertealte Bewässerungssystem oder die Akten des Handelsministeriums zu sichern. Offensichtlich hatten die neuen Herren jedoch kein Interesse am Erhalt des bisherigen, unabhängigen Staatswesens, im Gegenteil: der Weg zurück wurde gründlich verbaut.

Viel Staat war von Seiten der Eroberer beim »Wiederaufbau« ohnehin nicht mehr vorgesehen. Der Großteil dessen, was zuvor staatlich organisiert war – von der Wasserversorgung bis zum Bildungs- und Gesundheitswesen – sollte nun in die Hände von Großkonzernen gelegt werden – vor allem in die Hände jener Firmen, die personell eng mit der US-Administration verbunden waren. So ging z.B. das Management der landwirtschaftlichen Bewässerung sofort in die Hände der »Bechtel Group« über, die drei Jahre zuvor im Zusammenhang mit der Wasserversorgung von Cochabamba in Bolivien massiv in die Kritik geraten war. Sie erhielt dennoch auch den Zuschlag für den Wiederaufbau von irakischen Wasserversorgungs- und Abwassersystemen, Häfen und Schulen.

Das Land würde als »leere Tafel betrachtet«, schrieb Naomi Klein 2003, »auf der die ideologischen Verfechter des Neoliberalismus in Washington ihre Traumwirtschaft planen können: vollkommen privatisiert, im Besitz ausländischer Unternehmen und offen für den Handel.«[133] Der neue Kolonialismus werde ein korporativer sein, Bechtel, Halliburton und andere Großkonzerne treten in die

Fußstapfen der einstigen britischen Ostindien-Kompanie, gefolgt von den Ölkonzernen, die bis zu ihrem Rauswurf Anfang der 1970er Jahre das Sagen im Lande hatten.[134]

Nicht nur das Öl

Selbstverständlich ging es, wie der langjährige Chef der US-amerikanischen Zentralbank Alan Greenspan in seinen Memoiren freimütig zugab, beim Feldzug gegen den Irak im Wesentlichen um Öl. Allerdings hatten die Strategen in Washington nicht nur die Rohstoffe des Irak im Blick, der damals mit 115 Milliarden Barrel über die zweitgrößten nachgewiesenen Reserven der Welt verfügte[135], sondern die der gesamten Region. Wenn es darum gehe, so der damalige Vizepräsident Dick Cheney, die explodierende Nachfrage nach Erdöl zu befriedigen, sei der »Mittlere Osten, mit zwei Dritteln der Ölreserven der Welt und den niedrigsten Kosten nach wie vor der Ort, wo der ultimative Preis liegt«.[136]

Die Kriegspläne beschränkten sich jedoch nicht auf die bloße Ersetzung einer unliebsamen Regierung durch US-hörige Marionetten und den direkten Zugriff aufs irakische Öl. Ziel war vor allem die nachhaltige Zerstörung einer Regionalmacht und die permanente Stationierung eigener Truppen – als Ausgangsbasis für die Umgestaltung bzw. Unterwerfung der gesamten Region. Dahinter stand die strategische Absicht, die beherrschende Stellung der USA nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion dauerhaft zu sichern und mit allen Mitteln zu verhindern, dass eine neue Macht oder Allianz von Mächten diese Vormachtstellung gefährden könnte. »Das erfordert, dass keine feindliche Macht eine Region dominiert, deren Ressourcen eine ausreichende Grundlage für den Aufbau einer Weltmacht wären«, heißt es in einem bereits 1992 für den damaligen Verteidigungsminister Dick Cheney erstellten Strategiepapier.[137]

Das Bestreben, die Region wieder unter stärkere Kontrolle zu nehmen, war eine Konstante der US-amerikanischen Außenpolitik, seit sie mit dem Sturz des Schahs 1979 ihren wichtigsten Statthalter

verloren hatten. Die als »Neocons« bezeichneten Falken, die mit Cheney an der Spitze die Bush-Administration dominierten, verfolgten jedoch noch weit ambitioniertere Pläne – mit verheerenden Folgen für die Iraker. Das Land sollte demnach nie wieder als starker, eigenständiger, sich an nationalen Interessen orientierender Staat auferstehen können. Aus den Ruinen des alten Irak sollte vielmehr ein schwacher Staat entstehen, als neoliberales Modell, das ausländischem Kapital vollen Zugriff auf die heimische Wirtschaft und Ressourcen gewährt und ausländische Konzerne frei von jeglichen Restriktionen agieren lässt. Man wollte eine völlig freie Marktwirtschaft stehen, von Grund auf neu, ohne jeglichen alten, historischen Ballast.

Durch seinen Modellcharakter und die dauerhafte Stationierung einer massiven US-amerikanischen Streitmacht sollte das besetzte Land als Basis für die Umwandlung der gesamten Region dienen – als Hebel des »Greater Middle East«-Projekts der Bush-Administration, das unter den Stichworten Modernisierung und Demokratisierung die Transformation der islamischen Staaten von Nordafrika bis zum Kaspischen Meer in formaldemokratische, prowestliche und neoliberale Marktwirtschaften vorantreiben soll, mit dem vorrangigen Ziel, US-Konzernen privilegierten Zugang zur Wirtschaft der Länder dieser Region zu gewähren.

Der Irak war, wie John Gibson, Chef der »Halliburton Energy Service Group« im Mai 2003 ausführte, »der erste Dominostein«, dem Libyen und Iran folgen sollten. »Wir mögen es nicht, von Märkten ausgeschlossen zu sein.«[138]

Zunächst war unter Federführung des State Departements General Jay Garner 2003 als Statthalter in Bagdad eingesetzt worden, der gemäß den Vorstellungen der Diplomaten unter Außenminister Colin Powell die staatlichen Strukturen weitgehend intakt lassen und durch rasche Wiederherstellung der Infrastruktur, mit Beschäftigungsprogrammen und baldigen Wahlen eine schnelle Stabilisierung erreichen sollte. Auf Druck der neokonservativen Falken wurde Garner jedoch nach wenigen Wochen durch Paul Bremer abgelöst, der sofort begann, deren radikale Pläne umzusetzen. Allen Warnungen zum Trotz wurden nun Armee und

Polizei ersatzlos aufgelöst. Da die Besatzer nur mit einem Drittel der Truppenstärke einmarschierten, die der US-Generalstab ursprünglich als notwendig für die Kontrolle eines Landes dieser Größe erachtete, war der Zusammenbruch jeglicher Ordnung vorprogrammiert.

Im Rahmen einer sogenannten »Ent-Baathifizierung« wurde auch ein großer Teil der Angestellten in der Verwaltung des Staates und der staatlichen Unternehmen entfernt. Aus dem Amt gejagt wurden dabei nicht nur die aktiven Kader unter den 1,5 Millionen Mitgliedern der Partei, sondern auch viele einfache Mitglieder. Da für führende Positionen eine Mitgliedschaft meist obligatorisch war, verlor das Land so einen Großteil seiner erfahrenen Führungsschicht und Fachkräfte: 85.000 Beamte, Verwaltungsfachleute, Ingenieure etc. wurden von ihren Posten entfernt und mit ihnen der administrative und technologische Erfahrungsschatz des Landes.

Die USA setzten beim Neuaufbau von Polizei, Armee und Verwaltung weitgehend auf ihre Verbündeten, die beiden kurdischen Parteien PUK und KDP und aus dem Exil zurückkehrende Kräfte, insbesondere auf die radikal-schiitischen Organisationen »Oberster Islamischer Rat im Irak« (SCIRI) und »Islamische Dawa Partei«. Alle Ämter und Posten wurden nun nach Maßgabe eines im Irak bisher nicht gekannten ethnisch-konfessionellen Proporzes sowie nach Partei- und Clanzugehörigkeit vergeben. Korruption, Klientelwirtschaft, ethnische und konfessionelle Spannungen beherrschen seither das politische System.

Nach Abschluss der ersten Periode der Besatzung, in der die USA über die Behörde unter Bremer die direkte Kontrolle über den Irak ausübten und die entscheidenden Weichen für die weitere Entwicklung stellten, wurde auf dieser Grundlage im Juni 2004 eine erste Übergangsregierung eingesetzt. Im Mai 2005 folgte nach ersten Wahlen eine zweite Interimsregierung und nach einem erneuten Urnengang im Dezember 2005, auf Basis einer neuen Verfassung, die erste international anerkannte Regierung mit dem Premierminister Nuri al-Maliki an der Spitze. Dieser unterlag zwar bei den nächsten Wahlen 2009, konnte sich aber als Regierungschef halten und die Macht weiter in seinen Händen konzentrieren. Die

unter Kriegs- und Besatzungsbedingungen durchgeführten Urnengänge, bei denen der größte Teil der Besatzungsgegner von der Kandidatur ausgeschlossen blieb, hatten mit Demokratie wenig zu tun. Kurdische und schiitische Parteien dominierten die Regierungen, deren sektiererischer Charakter blieb bestehen.

»Shock and Awe«-Therapie

Die militärische Strategie des »Shock and Awe« (Schockieren und Einschüchtern), mit der die US-geführten Truppen in das Zweistromland einfielen, wurde sofort mit einer neoliberalen »Schock-Therapie« fortgesetzt. Ihre Konzeption legte die Bush-Regierung konsequenterweise in privatwirtschaftliche Hände, in die des international agierenden Consulting-Konzerns »Bearing Point«. Dieser erstellte einen regelrechten Masterplan für das ökonomische Design des zukünftigen Irak, mit genauen Zeitplänen, der Festlegung von Verantwortlichkeiten, Entwürfen von Gesetzen, Zuweisung von Aufgaben zu spezifischen künftigen irakischen Ministerien. Selbst die Agenda der zukünftigen irakischen Regierungen wurde schon für viele Jahre vorgezeichnet.

Die Besatzungsbehörde begann sofort mit der Umsetzung. US-Statthalter Paul Bremer erließ in kurzer Zeit Dutzende von Verordnungen, die das britische Wirtschaftsblatt *The Economist* im September 2003 als Erfüllung der »Wunschliste internationaler Investoren« bezeichnete.[139] Auf einen Schlag wurden alle bisherigen Investitionsgesetze außer Kraft gesetzt und die gesamte Wirtschaft des Landes, mit Ausnahme des Rohstoffsektors, für ausländische Unternehmen vollständig geöffnet. Staatliche Subventionen für Nahrung, Gesundheit und Bildung wurden auf Druck von IWF und Weltbank drastisch gesenkt, Zölle weitgehend aufgehoben und die durch zwölf Jahre Embargo stark geschädigten Firmen und Bauern schutzlos der internationaler Konkurrenz ausgeliefert. Für die meisten bedeutete dies den Ruin. Die Arbeitslosigkeit kletterte auf über 70 Prozent.[140] Ein »kapitalistischer Traum« schwärmte

hingegen *The Economist*. Bremers Erlasse sind größtenteils auch heute noch in Kraft.[141]

Der Vorsitzende der irakischen »Gewerkschaft der Industrien« schätzte 2008, dass als Folge der Maßnahmen seit 2003 ca. 36.000 kleine und mittlere Unternehmen, das sind 90 Prozent der Firmen des Landes, dicht machen mussten. Auch Teile der 200 staatlichen Großkonzerne, deren Fabriken durch Krieg und jahrelanges Embargo stark heruntergekommen waren, mussten den Betrieb wegen fehlender Investitionen einstellen. Anstatt ihnen Kapital für Instandsetzung und Modernisierung zukommen zu lassen, überließ die Besatzungsmacht sie den »Kräften des Marktes«. 500.000 Beschäftigte landeten dadurch auf der Straße.[142]

Auch die Landwirtschaft, die einst knapp 30 Prozent aller Arbeitsplätze bereitstellte, wurde stark getroffen. Ein Großteil der Bauern und landwirtschaftlichen Genossenschaften musste aufgeben: Teure Treibstoffpreise trieben die Kosten für Bewässerung in die Höhe. Das Kreditsystem, mit dem sie bisher ihre Ausgaben vorfinanzieren konnten, war zusammengebrochen, die staatlichen Subventionen, die ihr Überleben sicherten, hatte Bremer gestrichen, während gleichzeitig nun billige Nahrungsimporte, vor allem aus China, Indien und dem Iran die Märkte füllten. Viele erwerbslose Landbewohner zogen daraufhin in die Städte, deren Slumgürtel unaufhaltsam wuchsen.

Schon im Juni 2003 kündigte US-Statthalter Paul Bremer auch die Privatisierung von 48 der 192 Staatsunternehmen an. Er musste allerdings, wie die *Washington Post* Ende Dezember 2003 vermeldete, seinen Elan bald wieder zügeln. In den betroffenen Betrieben hatte sich entschiedener Widerstand dagegen organisiert, außerhalb wuchs auch der militärische Widerstand rasch. Die Besatzungsmacht musste befürchten, letzterem durch ein zu forsches Vorgehen Teile der Arbeiterschaft in die Hände zu treiben.[143] Auch die ersten Versuche, Teile der Förderung und des Transports von Rohöl sowie die Verwaltung von Hafenanlagen an US-Firmen zu übertragen, scheiterten am Widerstand frisch gegründeter Gewerkschaften.[144]

Ölraub per Gesetz

Neben dem wachsenden Widerstand im Land stand der angestrebten raschen Privatisierung der staatseigenen Konzerne auch die fehlende völkerrechtliche Legitimation von Abkommen unter Besatzungsherrschaft entgegen. Jeder Investor musste fürchten, dass seine Verträge von einer zukünftigen souveränen Regierung für nichtig erklärt würden. Mit einer neuen – auch auf einem Entwurf der Firma »Bearing Point« basierenden – Verfassung schuf man 2005 einen geeigneten rechtlichen Rahmen.

Im Sommer 2007 verabschiedete das irakische Kabinett auch ein passendes, gleichfalls unter Federführung von US-Juristen verfasstes Ölgesetz, das ausländischen Konzernen den Weg zur Kontrolle über den größten Teil des irakischen Öls ebnen sollte, indem es u.a. die Einführung sogenannter »Produktionsteilungsabkommen« (PSA) vorsah. Dies sind sehr langfristige Abkommen über Zeiträume von 25 bis 40 Jahren, die formal die Ölfelder im Besitz des Staates lassen, praktisch jedoch den Konzernen die volle Kontrolle über die Ausbeutung der Ressourcen und den Löwenanteil am Gewinn gewähren. Während die Firmen über die gesamte Laufzeit hinweg vor allen Gesetzesänderungen, die ihren Profit beeinträchtigen könnten, geschützt sind, verliert der Staat die Möglichkeit, die Förderung und den Export an den nationalen Bedürfnissen auszurichten.

Allein die bereits damals geplanten Abkommen für zwölf der 63 dafür vorgesehenen Ölfelder hätten nach konservativen Schätzungen und unter der Annahme eines Ölpreises von 40 US-Dollar pro Barrel dem Irak knapp 200 Milliarden US-Dollar an Öleinnahmen geraubt, bei einem Preis von 100 US-Dollar läge der Verlust schon bei einer halben Billion.[145] Wenn die für den Ausbau der Ölförderung nötigen Milliarden-Investitionen von ausländischen Konzernen übernommen würden, so die Befürworter der »Produktionsteilungsabkommen« (PSA), blieben dem Staat die dringend benötigten Mittel für öffentliche Aufgaben. Da die Erschließung der irakischen Ölfelder technisch gesehen keine Risiken birgt, hat der Irak allerdings kein

Problem, solche Projekte über Kredite zu finanzieren. In keinem der Nachbarländer des Irak haben PSAs eine Chance.

Das Ölgesetz trat trotz mehrfacher Anläufe bis Redaktionsschluss dieses Buches Anfang 2015 nicht in Kraft. Breiter Widerstand in der irakischen Gesellschaft, vor allem von den Gewerkschaften, aber auch von Parteien, die ursprünglich den US-geführten »politischen Prozess« unterstützten, hat seine Annahme im Parlament bisher verhindert.

2009 bot die al-Maliki-Regierung ausländischen Ölkonzernen auf Basis der bisherigen Gesetze Serviceaufträge zum Ausbau der Ölförderung auf den großen, bereits erschlossenen Ölfeldern an. Angeboten wurden reine Dienstleistungsverträge mit dem Ziel, die Fördermengen ausgewählter Ölfelder auf festgelegte Niveaus zu erhöhen. Die Auftragnehmer erhalten dabei lediglich einen festen Betrag – zwischen einem und zwei Dollar – für jedes zusätzlich geförderte Barrel Öl, d.h. weder Anteile am Öl noch Lizenzen. Obwohl angesichts der anvisierten Mengen auch diese Verträge Milliardeneinnahmen ermöglichen, hatten die westlichen Öl-Multis die Angebote zunächst vehement abgelehnt und darauf bestanden, die betroffenen Anlagen in eigener Regie betreiben zu können. Die meisten lenkten dann aber ein, um wenigsten einen Fuß auf die irakischen Ölfelder zu bekommen, die zu den größten der Welt zählen.

Die größten Anteile sicherten sich Firmen aus Asien, vorneweg chinesische und malaysische. Auch BP, Shell und Total beteiligen sich an Konsortien. Mit ExxonMobil und Occidental Petroleum Oil kamen jedoch nur zwei der sieben involvierten US-Konzerne zum Zug.[146] Die anderen wollten oder konnten sich nicht mit den für sie mageren Bedingungen arrangieren.

Auch wenn diese Aufträge eine Öffnung der Ölproduktion bedeuteten, waren sie weit von dem entfernt, was Washington, London und die angelsächsischen Öl-Konzerne angestrebt hatten. Sie drängen seither auf Verbesserungen der Konditionen in bestehenden Verträgen und darauf, mit der Verabschiedung eines neuen Ölgesetzes endlich auch lukrativere Geschäfte zu machen.

Aufgrund der großen Inkompetenz in den Ministerien, der Verwaltung und dem Management der staatlichen Ölfirmen – als Folge der Ersetzung erfahrener Experten durch bloße Parteigänger – und der ungeheuren Korruption, kommen die Konzerne durchaus auf ihre Kosten. Sie bekommen ihr Geld ohne echte Kontrolle über erbrachte Leistungen und können völlig überzogene Aufwandsentschädigungen in Rechnung stellen.[147] In Abwesenheit einer kompetenten Aufsicht erhalten die mächtigen Multis nicht nur immer größeren Einfluss auf die Ölförderung, sondern auch auf die irakische Politik. Angesprochen auf die schlechten Vertragsbedingungen, wies der lokale Chef der britischen BP darauf hin, dass das Rumaila-Ölfeld, auf dem sie arbeiten, die Hälfte des irakischen Staatshaushalts produziert. »Wenn wir wegen etwas frustriert sind, so können wir jederzeit eine Audienz mit dem Öl-Minister bekommen.«[148]

Andere Öl-Multis gehen einen anderen Weg. Mit ExxonMobil und Total sind bereits zwei der großen Multis nach Norden abgedreht und haben Verträge mit der kurdischen Regionalregierung (KRG) abgeschlossen. Da die irakische Regierung alle Firmen, die an Bagdad vorbei Geschäfte machen, von eigenen Aufträgen ausschließt, stellen sie damit ihre Milliarden-Aufträge im Süden zur Disposition. Chevron, hinter Exxon der zweitgrößte US-Öl-Konzern, hatte sich gar nicht erst um einen der unbeliebten Serviceaufträge bemüht und stieg gleich in der »Autonomen Region Kurdistan« ein.[149]

Im Unterschied zu Bagdad bietet die »kurdische Regionalverwaltung« den Ölkonzernen genau die Konditionen an, für die diese seit langem im Irak kämpfen: Produktionsbeteiligungsabkommen. Im kurdischen Autonomiegebiet liegen zwar nur verhältnismäßig kleine Vorkommen. Im Zuge der US-Invasion 2003 konnten die Peschmerga-Verbände von PUK und KDP aber auch einen bis zu 100 Kilometer breiten Streifen südlich und westlich davon unter ihre Kontrolle bringen, der mit Kirkuk die größten Vorkommen im Norden Iraks umfasst. Obwohl Kurden in diesen, »umstrittene Gebiete« genannten Landstrichen meist nur eine mehr oder weniger große Minderheit stellen, beanspruchen

PUK und KDP diesen Streifen als historisch kurdisches Gebiet. Die anderen Bevölkerungsgruppen – Araber, Turkmenen und andere Minderheiten – setzen dem massiven Widerstand entgegen. Anschläge und bewaffnete Auseinandersetzungen sind an der Tagesordnung. Kurdische Peschmerga-Verbände und irakische Armee standen sich bereits mehrfach schussbereit gegenüber. In dieses Pulverfass stießen nun die Ölmultis. Drei der sechs Ölfelder, auf denen Exxon jetzt nach Öl bohren will, liegen in den an die »Autonome Region Kurdistan« angrenzenden Provinzen Ninive und Kirkuk, inmitten der »umstrittenen Gebiete«. Auch eines der beiden Felder, an deren Erschließung sich Chevron beteiligt, liegt in Ninive.[150]

Die Zentralregierung hat bisher alle von der KRG abgeschlossenen Verträge für illegal gehalten und dabei, solange kein neues Ölgesetz dies im Sinne der Kurden regelt, das Recht auf ihrer Seite. Die Differenzen schienen 2014 zu eskalieren, bis der Vormarsch des »Islamischen Staates« beide Parteien zur Jahreswende 2014/2015 zu einem Kompromiss zwang.

Plünderung statt Wiederaufbau

Einen abgestimmten Plan für den Wiederaufbau der Infrastruktur des durch Krieg und Embargo verwüsteten Landes gab es nicht. Ein Teil wurde vom »Iraq Reconstruction and Management Office« (IRMO) organisiert, eine Abteilung des Außenministeriums, ein anderer vom »Project and Contracting Office« (PCO) des Pentagons, das später mit einer Division des »US-Army Corps of Engineers« verschmolzen wurde. Daneben betreibt auch USAID, die für Entwicklung zuständige Behörde des State Department, landesweite Projekte. Ab 2006 ging vieles offiziell in die Hände irakischer Ministerien über. Die Federführung aller größeren Projekte wurde jedoch in die Hände US-amerikanischer Konzerne gelegt.

Die Bilanz des Wiederaufbaus ist trostlos. Obwohl in den ersten zehn Jahren nach Kriegsbeginn 212 Mrd. US-Dollar in entsprechende Projekte flossen – davon 61 Mrd. aus den USA und

138 Mrd. aus dem Irak –, ist von einem wirklichen Wiederaufbau wenig zu sehen. Zwar gibt es Vorzeigeprojekte, z.B. in besonders gesicherten Zonen Bagdads oder in der von den Pilgerströmen profitierenden heiligen Stadt Nadschaf, der Rest des Landes ist jedoch noch immer in einem erbärmlichen Zustand.

»Die Infrastruktur, das Gesundheits- und das Bildungssystem des Irak sind nach wie vor vom Krieg verwüstet,« so die Bilanz des »Costs of War Project« an der Brown University zum zehnten Jahrestag des Krieges. Obwohl enorme Summen zur Verfügung standen, erwiesen sich die Besatzungsmacht und die aufgeblähte, inkompetente und ungeheuer korrupte irakische Regierung und Verwaltung als absolut unfähig, die Basisversorgung und grundlegende Dienstleistungen wiederherzustellen. Der größte Teil dieses Geldes wurde für die militärische Herrschaftssicherung ausgegeben oder ging durch Vergeudung und Betrug verloren.[151]

Bereits 2008 hatte eine Untersuchung der US-Regierung, deren vertraulicher Bericht der *New York Times* zugespielt wurde[152], ergeben, dass die 120 Mrd. US-Dollar, die bis dahin in Wiederaufbauprojekte gepumpt worden waren, aufgrund mangelnder Kontrolle, Inkompetenz und ausufernder Korruption nahezu wirkungslos verpufften. Die exakte Summe, die im vermutlich größten Fall von Betrug und Unterschlagung in der Geschichte vollständig verloren ging, wird nicht mehr genau zu ermitteln sein. Einem Untersuchungsbericht des »US-Special Inspector General for Iraq Reconstruction« (SIGIR) zufolge hat sie aber vermutlich schon 2009 50 Milliarden US-Dollar überstiegen.[153]

Einen großen Teil hatte die Besatzungsbehörde schon im ersten Jahr aus dem »Development Fund for Iraq« (DFI) veruntreut, den die USA 2003 mit Billigung des UN-Sicherheitsrates eingerichtet hatten. In diesen Fonds flossen u.a. die Guthaben aus dem Oil-for-Food-Programm (8,1 Mrd. US-Dollar), das beschlagnahmte irakische Vermögen und die Einnahmen aus Ölverkäufen. Bis Juni 2004 summierte sich dies auf insgesamt mehr als 20 Mrd. US-Dollar, über die die Besatzungsbehörde lange Zeit nach Gutdünken verfügen konnte.[154] Zum Zeitpunkt ihrer Auflösung konnte sie über die Ausgabe von 11,3 Mrd. US-Dollar keine Rechenschaft ablegen.[155]

Insgesamt steckten ausländische Konzerne über die Jahre zig Milliarden Dollar in ihre Taschen ohne nachhaltige Ergebnisse zu hinterlassen. Eine Prüfung der erbrachten Leistung erfolgte häufig nicht.[156] Irakische Firmen standen von Anfang an bereit, für einen Bruchteil der von US-Konzernen geforderten Auftragssummen die Schäden zu beheben. Nach dem Krieg von 1991 hatten sie es trotz Embargo in wenigen Monaten geschafft, die wichtigsten Teile der Infrastruktur in Gang zu bringen. Sie haben das Know How und das Interesse.

Das US-Unternehmen Bechtel beispielsweise hatte es dagegen – trotz üppiger Entlohnung – in 14 Monaten nicht geschafft, auftragsgemäß die drei Hauptklärwerke Bagdads zu reparieren, sodass noch viele Monate lang das Abwasser von 3,8 Millionen Menschen ungeklärt in den Tigris floss.[157]

Obwohl der Öl-Export aufgrund des hohen Ölpreises in den letzten Jahren Rekordeinnahmen in die Staatskasse spülte, leben sieben der ca. 30 Millionen Iraker in extremer Armut, die Lebenserwartung sank im Vergleich zu den Nachbarstaaten um vier Jahre.[158] Rund drei Millionen Kinder waren laut einer UNICEF-Studie von 2011 ohne adäquate Gesundheitsversorgung. 1,5 Millionen Kinder unter fünf Jahren waren akut unterernährt, 100 von ihnen starben jeden Tag.[159] Eine im Dezember 2012 gemeinsam mit der irakischen Regierung durchgeführte Studie ergab, dass nur zehn Prozent aller Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren Zugang zu nötigen Basisdienstleistungen haben, während ein Drittel, das sind 5,3 Millionen, von fast allem ausgeschlossen ist.[160] Der Irak war 1987 von der UNESCO für sein Bildungswesen ausgezeichnet worden, nun stieg die Analphabeten-Rate bereits wieder auf über 22 Prozent und liegt bei Frauen in manchen Gegenden schon bei 40 bis 50 Prozent. Offiziell fiel die Arbeitslosigkeit unter 16 Prozent[161], internationale Organisationen schätzen sie aber auf mindestens die doppelte Rate.[162] Frauen wurden weitgehend aus dem Erwerbsleben gedrängt.

Nach wie vor sind weite Teile der Bevölkerung von der Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung ausgeschlossen. Immer noch produziert das Land weniger als ein Drittel seines

Bedarfs an elektrischer Energie, selbst Privathaushalte erhalten daher durchschnittlich nur 7,6 Stunden am Tag Strom.[163] Während die irakischen Elektrizitätswerke 1990 9.300 Megawatt leisteten, lag 2011, nach über acht Jahren Wideraufbau und der Ausgabe von Milliardensummen (drei Mrd. US-Dollar allein an den US-Konzern General Electrics), die gesamte im Land generierte Leistung noch unter 6.500 Megawatt; das ist weniger als vor dem Krieg und unter dem Embargo, und nur 70 Prozent dessen, was 20 Jahre zuvor für eine wesentlich kleine Bevölkerungszahl erzeugt wurde.[164]

Teile und herrsche

Angesichts ihrer verheerenden Folgen wuchs der Widerstand gegen die Besatzung rapide. Um ihn zu schwächen intensivierten die USA ihre Politik des »Teilens und Herrschens«, indem sie die verbündeten schiitisch-islamistischen Parteien stärkten und Volkszugehörigkeit und Religion zum bestimmenden politischen Faktor machten. In den konsequent nach ethnischen und konfessionellen Kriterien neu aufgebauten politischen Institutionen wie auch in Polizei und Armee dominieren die Anhänger schiitischer und kurdischer Parteien, während Sunniten u.a. durch die sehr einseitig durchgeführte »Ent-Baathifizierung« massiv benachteiligt wurden und werden.

Auf dieser Basis schuf der von den USA eingeleitete »politische Prozess« ein abhängiges Regime, getragen von extremistischen Parteien, die im Windschatten der Besatzung ihre separatistischen bzw. sektiererisch-islamistischen Ziele verfolgen. Ihre Milizen erhielten nicht nur freie Hand zur Jagd auf ihre Gegner, sondern auch die aktive Unterstützung der Besatzer.

Ein im März 2013 ausgestrahlter Dokumentarfilm von *Guardian* und *BBC* schildert detailliert, wie die USA unter Leitung von US-General David Petraeus, dem späteren Oberkommandierenden in Irak und Afghanistan, ab 2004 irakische »Spezialpolizeikommandos« und ein Netz von geheimen Kerkern aufgebaut haben, in denen unter Anleitung und Führung US-amerikanischer Spezialisten

systematisch und auf brutalste Weise gefoltert wurde. Insgesamt 8 Mrd. US-Dollar wurden dafür aus einem inoffiziellen US-Fonds zur Verfügung gestellt. Mit diesem Geld konnte »General Petraeus viel tun, damit die Polizeikommandos zu gefürchteten Todesschwadronen werden«, so die Autorinnen Mona Mahmood und Maggie O'Kane in einem Gastbeitrag für die Wochenzeitung *Freitag* vom März 2013.[165]

Die Doku bestätigt nur, was im Grunde seit langem bekannt war. Der renommierte US-Journalist Seymour M. Hersh hatte bereits im Dezember 2003 über Pläne des Pentagons berichtet, den irakischen Widerstand, der den Besatzern schon nach wenigen Monaten schwer zusetzte, auf diese Weise zu brechen.[166] Laut *Newsweek* vom Januar 2005 lief das Vorhaben intern unter der Bezeichnung »Salvador Option« – in Anknüpfung an die erfolgreiche Anwendung von staatlichem Terror, Folter und Mord gegen oppositionelle Kräfte in Mittelamerika.[167] Peter Maass von der *New York Times* lieferte im Mai 2005 erste ausführliche Informationen über den Aufbau und den Einsatz der von US-Beratern angeleiteten Spezialpolizeikommandos.[168] Die USA rekrutierten, trainierten und finanzierten schließlich mindestens 27 dieser berüchtigten paramilitärischen Verbände, die in den folgenden Jahren Zehntausende inhaftierten, folterten und ermordeten. Dieser schmutzige Krieg richtete sich nicht allein gegen die bewaffneten Widerstandsgruppen, sondern gegen die gesamte Bevölkerung in den überwiegend sunnitischen Zentren des Widerstands: »Die sunnitische Bevölkerung zahlt für die Unterstützung der Terroristen keinen Preis«, zitierte *Newsweek* 2005 einen Offizier aus dem Pentagon. »Aus ihrer Sicht ist das kostenlos. Wir müssen diese Gleichung ändern.«[169]

Das taten sie gründlich. Ab Sommer 2004 nahmen die Besatzer – trotz eindringlicher Warnungen einheimischer und ausländischer Kenner des Landes – auch Angehörige der berüchtigten schiitischen Milizen auf. Unter ihnen waren zahlreiche Kämpfer der Badr-Brigaden, die Miliz des pro-iranischen, radikal-schiitischen »Obersten Rats für die Islamische Revolution im Irak« (SCIRI). Dieser stellte ab Mai 2005 auch einen Teil der von den Besatzern

eingesetzten Übergangsregierung. Der Chef der im Iran ausgebildeten und ausgerüsteten Badr-Brigaden, Bayan al-Jabr, übernahm das Innenministerium. Die Zahl der Attentate, Entführungen und Exekutionen nahm nun sprunghaft zu. Allein das Bagdader Leichenschauhaus registrierte von nun an 800 bis 1100 Tote im Monat. Nach Ermittlungen des damaligen Direktors des Menschenrechtsbüros der UNO im Irak, John Pace, waren für den größten Teil der Morde schiitische Milizen und Sicherheitskräfte verantwortlich, die unter Kontrolle des SCIRI und des Innenministeriums standen.[170]

Der brutale Krieg der Besatzungstruppen gegen sunnitische Besatzungsgegner, der 2004 in zwei verheerenden Angriffen auf die Großstadt Falludscha gipfelte, und das Wüten von Sondereinheiten und schiitischen Milizen gab auf der anderen Seite auch sunnitischen Extremisten Auftrieb. Im Zusammenspiel mit dem Terror Al-Qaida-naher Gruppen eskalierte der schmutzige Krieg der Besatzer ab 2006 zu einer unvorstellbaren Welle religiös motivierter Gewalt, die erst 2008 nach der Vertreibung der jeweiligen lokalen Minderheiten abebbte. Hunderttausende Tote und Millionen Flüchtlinge waren die Folge. Die repressive, diskriminierende Politik der Besatzer wurde jedoch unter den folgenden irakischen Regierungen fortgesetzt.

Massiv betroffen von Mord und Vertreibung waren insbesondere auch die intellektuellen Eliten des Landes. Tausende Ärzte, Wissenschaftler, Fachleute und Künstler wurden von Todesschwadronen ermordet, verschwanden in Kerkern oder mussten ins Ausland fliehen. Einige Experten sprechen in dem von R.W. Baker, Shereen T. Ismael und Tareq Ismael herausgegebenen Sammelband »Kulturelle Säuberung im Irak – warum Museen geplündert, Bibliotheken verbrannt und Akademiker ermordet werden« von regelrechten »kulturelle Säuberungen«.[171] Das von ihnen zusammengetragene Material belege »auf überzeugende Weise, die umfassende Zersetzung der einheitlichen Kultur unter der Besatzung und den Ausbruch sektiererischer Feindseligkeiten, die es zuvor nicht gab«, so das Fazit von Hans von Sponeck, ehemaliger UN-Koordinator für die humanitäre Hilfe im Irak.[172] Die Autoren

liefern zudem auch zahlreiche Indizien dafür, dass es systematische Pläne gab, »den Irak seines Gehirnes zu entledigen« – parallel zu der eingangs beschriebenen Zerstörung des kulturellen und gesellschaftlichen Erbes. Wie viele Eroberer vor ihnen versuchten offensichtlich auch die britisch-amerikanischen Invasoren durch die Zerstörung von Kultur und Identität und durch die Ausschaltung der intellektuellen Eliten das Wiederstarken einer unabhängigen Nation langfristig zu unterbinden.

»Im Fall des Irak erforderte diese Politik den Terrorismus des US-Militärs, die Zerstörung der Infrastruktur und Massaker an Menschen«, so der Amtsvorgänger Hans v. Sponecks im Irak, Dennis Halliday.[173] Ziel war die »Formbarkeit« der irakischen Gesellschaft durch Beseitigung des Teils der Intelligenz, den eine so komplexe Gesellschaft für ihren Zusammenhalt braucht, wie auch die Zerstörung der »zeitlosen und ineinander verwobenen Kultur« – beides »entscheidend für die Anerkennung der einheitlichen Identität« des Landes und des »hart erarbeiteten Nationalbewusstseins durch die verschiedenen Völker des Irak.«

Teufelskreis religiös motivierter Gewalt

Ende 2011 verließen die US-amerikanischen Truppen den Irak, die durch die Besatzung geschaffenen Konflikte wirkten jedoch fort.

Auch wenn der Kurs der Regierung in Bagdad in vielen Punkten quer zu den Interessen Washingtons liegt und er außenpolitisch eher als Verbündeter des Iran agiert, ist der Irak längst nicht völlig unabhängig. Nach dem Abzug ihrer regulären Truppen haben die USA noch einen mächtigen Fuß im Land. Bagdad ist weiterhin auf deren militärische Unterstützung angewiesen. Sie liefern das Gros der Waffen und Ausrüstung für Armee und Sicherheitskräfte und unterstützen diese im Kampf gegen die Gegner des Regimes.

Das sichtbarste US-Machtzentrum, die gigantische Botschaftsfestung im Zentrum von Bagdad, wurde 2012 für 100 Mio. US-Dollar weiter ausgebaut und beschäftigt immer noch rund 5.500 Angestellte sowie 5.000 private Sicherheitskräfte.[174] Nach wie vor

bemühen sich hunderte von »Beratern« in den Ministerien, den Sicherheitskräften, dem Justizapparat und sonstigen Institutionen darum, die Entwicklung des Landes in die gewünschte Richtung zu steuern.

Der 2006 an die Macht gebrachte Premierminister Nuri al-Maliki hatte seine Machtbasis immer weiter ausgebaut. Mit den Ministerien für Militär, Inneres und Nationale Sicherheit hielt er auch die drei machtpolitisch wichtigsten Ministerien in seiner Hand und konnte so alle Schlüsselstellen in der Polizei, den Geheimdiensten und im Militär mit seinen Leuten besetzen. Auch den Obersten Gerichtshof und die Oberste Wahlkommission ordnete er sich unter.

Die Kontrolle über den Repressionsapparat nutzte er massiv zum flächendeckenden Kampf gegen seine Gegner. Die militärische Niederschlagung einer breiten zivilen Protestbewegung, die sich vor allem in den sunnitischen Gebieten gegen ihre systematische Benachteiligung durch das von schiitischen Parteien dominierte Regime ausgebreitet hatte, provozierte einen regelrechten Aufstand weiter Teile der sunnitischen Bevölkerung. Die dschihadistische Miliz »Islamischer Staat im Irak und der Levante« (ISIL) nutzte die Situation für einen Vorstoß im Norden des Landes. Das Versagen der irakischen Armee gegen ISIL und die sunnitischen Aufständischen führten in Reaktion darauf zu einem Aufleben schiitischer Milizen, die mit Unterstützung der Regierung und zum Teil in Kooperation mit Regierungskräften mit einer Brutalität gegen die sunnitische Opposition und deren mutmaßlichen Sympathisanten vorgehen, die der von ISIL kaum nachsteht. Sie greifen zu den gleichen Mitteln – Verschleppung, Ermordung und Vertreibungen – die sie bereits 2005 bis 2008 massenhaft gegen die sunnitische Bevölkerung anwandten. Mit ihrer Förderung durch die Regierung wand sich, so »Amnesty International« in einem Bericht vom Oktober 2014, die Spirale konfessioneller Gewalt durch sunnitische und schiitische Extremisten auf ein Niveau, wie es seit den schlimmsten Tagen zwischen 2006 bis 2007 nicht mehr gesehen wurde. »Indem sie Milizen ihren Segen gibt, die routinemäßig solche fürchterliche Gewaltakte begehen, unterstützt die Regierung Kriegsverbrechen und feuert einen gefährlichen Teufelskreis religiös motivierter

Gewalt an, der das Land zerreißt,« so Donatella Rovera, Krisenbeauftragte von »Amnesty International« in einer Presseerklärung zum Bericht.[175]

Die Hoffnungen, der im September 2014 ins Amt gekommene Regierungschef Haider al-Abadi würde durch ein Eingehen auf die legitimen Forderungen der sunnitischen Opposition und die Eindämmung schiitischer Milizen den Konflikte entschärfen, erfüllten sich nicht. Entgegen seiner beim Amtsantritt im September 2014 gegebenen Versprechen führte die Armee ihre Bombardierung sunnitischer Städte fort. Die Eingliederung schiitischer Milizen in die Sicherheitskräfte erreichte ein Ausmaß, das sie laut »Human Rights Watch« nun faktisch ununterscheidbar macht.

Eine grundsätzliche Änderung der Politik Bagdads war von al-Malikis Nachfolger auch nicht ernsthaft zu erwarten. Das Regime, das vor acht Jahren mit al-Maliki an der Spitze installiert wurde, beruht auf einem Kompromiss zwischen Washington und Teheran. Deren zentrales gemeinsames Ziel bezüglich Irak besteht in der dauerhaften Verhinderung jeglicher Wiederbelebung eines souveränen, arabisch-nationalistisch orientierten irakischen Staates. Die Nominierung al-Abadis, der der gleichen Partei wie al-Maliki angehört, beruht auf demselben Kompromiss.

Eine solche, gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung gerichtete Zielsetzung, lässt sich jedoch nur mit Gewalt durchsetzen, gestützt auf die Betonung religiöser Identität und die Mobilisierung ethnischer und konfessioneller Feindseligkeiten inklusive der Förderung fanatischer Milizen. Solange diese Strategie verfolgt wird, ist ein Eingehen Bagdads auf legitime Forderungen der sunnitischen und säkularen Aufständischen, wie auch der oppositionellen schiitischen Kräfte im Süden ausgeschlossen. Damit werden die bewaffneten Auseinandersetzungen anhalten, ISIL bzw. der »Islamische Staat« und andere radikale Milizen Rückenwind erhalten. Das Land zerfällt weiter.

Myassa Kraitt

Frauen im Abseits: Wie Frauenrechte zurückgedrängt werden

Der Einzug religiöser Kräfte in die irakische Politik, wie er seit dem Sturz Saddam Husseins stattgefunden hat, droht die letzten Reste gesellschaftspolitischer Fortschritte der vergangenen Jahrzehnte zu beseitigen. Frauen sind hiervon besonders betroffen. Sie sind aufgrund des jahrelangen Kriegszustands kontinuierlicher, sexualisierter Gewalt ausgesetzt. Von Seiten der konservativen Regierung des im August 2014 zum Rücktritt gezwungenen Premierministers Nuri al-Maliki – und mit tatkräftiger Unterstützung des schiitischen Klerus – wurden rechtliche Rahmenbedingungen vorangetrieben, die Frauen in zunehmendem Maße entmündigen und Formen sexueller und häuslicher Gewalt legalisieren.

Nadje Sadig Al-Ali, die Präsidentin der »Association of Middle East Women's Studies« (AMEWS), beschreibt die Zeit nach der US-Invasion von 2003 als die grausamste für die irakische Frau. Die US-Besatzung war weit davon entfernt gewesen, irakische Frauen zu befreien, im Gegenteil: neben den Hunderttausenden weiblichen Kriegsopfern wurden Millionen Frauen zu Gefängnisinsassinnen im eigenen Heim.[176]

Die großen Rückschritte in der Frauenpolitik setzten allerdings viel früher ein, nämlich ab dem Golfkrieg 1990/91 und nach der Zerstörung von ziviler Infrastruktur und der Vernichtung von Bildungseinrichtungen im Zuge verheerender, von den USA und ihrer »Koalition der Willigen« geführten Luftangriffe. Frauen wurden zunehmend aus dem öffentlichen Leben gedrängt – aufgrund von tatsächlichen Gefahren und wegen der Zerstörung des kulturellen Lebens. Die anschließenden UN-Wirtschaftssanktionen von 1991 bis

2003 blockierten alle erdenklichen Entwicklungsschritte in Richtung Gleichstellung. Derartige Fortschritte (oder fast schon Entwicklungssprünge) waren in früheren Zeiten durch eine engagierte Frauenbewegung hart erkämpft worden, genossen aber auch die Unterstützung des autoritären Baath-Regimes.

Bildung und Status

Die irakische Frauenbewegung hatte ihre Hochphase während der 1960er- und 1970er Jahre, als Bildungsmaßnahmen und entsprechende Reformen eingeleitet wurden. Laut der Bagdader Universitätsprofessorin und Aktivistin Souad Al-Azzawi waren es vor allem drei Beschlüsse des Baath-Regimes, die den Kampf der Frauen um Selbstbestimmung unterstützten: Erstens bekämpften landesweite Kampagnen – basierend auf einem Gesetzesbeschluss von 1971 – den Analphabetismus erfolgreich. Zweitens wurden mit dem im Jahre 1974 in Kraft getretenen Bildungsgesetz Schul- und Studiengebühren abgeschafft. Und drittens beförderte das Schulpflichtgesetz von 1978 die irakische Frau auf wirtschaftlicher, ziviler und politischer Ebenen in nur zwei Jahrzehnten auf ein vergleichsweise höheres Niveau als es ihre Geschlechtsgenossinnen in den Nachbarländern vorfanden.

Noch 1957 schätzte man die Analphabetismus-Rate unter Frauen auf 91 Prozent. Dies änderte sich in den folgenden Jahrzehnten stetig, sodass die Zahl 1990 nur mehr zwölf Prozent betragen haben soll. In den 1980 Jahren waren zwei Drittel aller Lehrkräfte an Volks-, Sekundar- und Mittelschulen Frauen.[177] Auch der weibliche Anteil der Lehrkörperschaft an den irakischen Universitäten und Forschungszentren schoss in die Höhe. In den 1990er Jahren stellten sie hier über 30 Prozent, das war mehr als beispielsweise der Frauenanteil zur selben Zeit an der Princeton University betrug.

Bildungspolitik war nicht die einzige Maßnahme zur Förderung von Frauen. Eine andere bestand in einem reformierten Personenstandsrecht, das den gesellschaftlichen Status von Frauen spürbar aufwertete. In den meisten muslimischen

Mehrheitsgesellschaften basieren Angelegenheiten zum Personenstand auf der Scharia, dem islamischen Recht. Im Irak hat sich die Situation vor 2003 jedoch etwas anders dargestellt: »Noch 1959 hat der Irak im Gegensatz zu den meisten arabischen Ländern ein Personenstandsrecht erlassen, das die alten Scharia-Gerichtshöfe durch staatlich geführte Personenstandsgerichte ersetzte, deren Urteile auf dem neu kodifizierten Landesgesetz basierten. Auch wenn sich das Gesetz auf religiöse Quellen stützt, ist es ein Amalgam aus liberalen islamischen Regeln und einigen Abweichungen davon.«[178]

Das Personenstandsrecht (»Iraqi Personal Status Code«), auch Gesetz Nr. 188 genannt, das im Irak seit 1959 rechtskräftig ist, wurde über Jahrzehnte hindurch von Rechtsexperten überarbeitet und an die irakische Gesellschaft angepasst.[179] Die nationalistische Baath-Partei, die seit ihrem zweiten Putsch von 1968 durchgehend an der Macht war, vereinheitlichte und kodifizierte dieses Personenstandsrecht. Die Präsidentin der Frauenassoziation AMEWS, Nadje Sadig Al-Ali, beschreibt die Kernpunkt folgendermaßen: »Ein vereinheitlichter Kodex ersetzte die vorher unterschiedliche Behandlung von sunnitischen und schiitischen Frauen und Männern in Hinblick auf ihre Eherechte, auf Scheidung, Sorgerecht für Kinder und Erbe. Obwohl es nach wie vor auf die Scharia (Islamisches Recht) gründete, war das Personenstandsgesetz von 1959 relativ progressiv in der Interpretation und brachte einige radikale Veränderungen zu vorherigen Gesetzen (...). Obwohl diese gesetzlichen Änderungen ohne die Unterstützung der männlichen politischen Elite nicht möglich gewesen wären, waren es das Lobbying und die Kampagnen von Frauen wie auch ihre Partizipation in den legislativen Prozessen beim Ausarbeiten einer neuen Verfassung, die zu einem neuen fortschrittlicheren Personenstandsgesetz führten.«[180]

Das Gesetz Nr. 188 beruht einerseits auf französischem Zivilrecht, andererseits auf sunnitischen und schiitischen Interpretationen der Scharia. Der Gesetzestext galt als einer der fortschrittlichsten und erfolgreichsten Modelle im Nahen und Mittleren Osten. Angesichts der religiösen Grundlage des Kodex

ergeben sich hier dennoch Nachteile für Frauen, da viele zentrale Entscheidungen durch islamisches Recht reguliert werden. So kann etwa durch richterlichen Beschluss Polygamie erlaubt werden. Ebenfalls sind Scheidungsangelegenheiten und Erbrecht zugunsten von Männern formuliert.[181] Beispielsweise steht einer Frau im Gegensatz zu männlichen Familienmitgliedern gemäß der Scharia nur die Hälfte der Erbschaft zu.[182] Gewiss war das Gesetz Nr. 188 bei weitem kein säkulares, jedoch schwächte es den Einfluss religiöser Instanzen ab und schränkte diese in ihrer Fähigkeit ein, Gesetzestexte und zivile Sachverhalte unabhängig vom Staat zu interpretieren.

Darüber hinaus war die Vereinheitlichung des Personenstandsrechts ein Versuch, der Konfessionalisierung der irakischen Gesellschaft von staatlicher Seite entgegenzuwirken. Muslimische Ehen, einschließlich der interkonfessionellen, fallen seit 1959 unter eine einheitliche islamische Gerichtbarkeit. Die Eheschließung zwischen muslimischen Männern und christlichen Frauen war auf Basis der Scharia möglich. Die Eheschließung zwischen christlichen Männern und muslimischen Frauen indes war nur jenen Christen, die zum Islam konvertierten, erlaubt. Religiöse Eheschließungen blieben auch ab 1959 und in der Saddam-Ära staatlich anerkannt, sie waren jedoch gesetzlich reguliert. Aus diesem Grund ist das Gesetz Nr. 188 bis heute von klerikaler Seite umstritten, da es die fundamental-religiöse Auslegung der Scharia einschränkte. Gerade auch von den schiitisch-islamistischen Gegnern Saddam Husseins wurde das Personenstandsrecht daher bekämpft.

Religiöser Backlash

Die Bedeutung klerikal-politischer Kräfte nahm nach dem Irak-Krieg 2003 und der darauffolgenden Besatzungszeit stark zu. Der durch die USA berufene irakische Regierungsrat ernannte Ajatollah Abdul Aziz al-Hakim 2003 zu einem seiner Vorsitzenden. Nach mehr als zwei Jahrzehnten war al-Hakim aus dem Iran zurückgekehrt, wo er

zu Zeiten des Saddam-Regimes im iranischen Exil lebte und von dort auch den »Obersten Rat für die Islamische Revolution im Irak« (SCIRI)[183] anführte. Al-Hakim sprach sich als erster Geistlicher dafür aus, das Personenstandsrecht und zivilrechtliche Angelegenheiten durch religiöse Doktrinen zu ersetzen. Bald schon avancierten die einst unter Saddam Hussein unterdrückten religiösen Oppositionellen zu den politischen Hauptgegnern der ohnehin stark marginalisierten Frauenrechtsbewegung. Konservativen schiitischen Vertretern wie Al-Hakim geht es jedoch nicht allein um eine Beschneidung von Frauenrechten. Mit der Kampfansage gegen das Personenstandsgesetz (Gesetz Nr. 188) sollte auch die Konfessionalisierung der irakischen Gesellschaft vorangetrieben werden.

Beispielsweise waren Mischehen zwischen schiitischen und sunnitischen Bürgern und Bürgerinnen vor 2003 keine Seltenheit im Irak. Diese nahmen nach dem Anstieg religiös motivierter Gewalt jedoch ab, da Familien und Paare mit inter-konfessionellem Hintergrund zunehmend Opfer von Zwangstrennungen und Gewaltakten wurden. Staatliche Angebote, konfessionelle Spannungen abzubauen, blieben spärlich. Die Initiative Tariq al-Hashimis, des ehemaligen irakischen Vize-Präsidenten (bis Ende 2011), bot Mischpaaren einen Geldbetrag in Höhe von 2000 US-Dollar für den Fall einer Eheschließung an. Es war ein zaghafter Versuch, die Kluft zwischen Sunniten und Schiiten zu schließen.[184]

Nun haben nicht nur Kriege und Sanktionen die Menschen- und Frauenrechtslage im Irak zerrüttet. Im Februar 2014 wurden die Legalisierung häuslicher und sexueller Gewalt sowie die Kinderehe vom irakischen Parlament in den Entwurf für ein neues reaktionär-klerikal gefärbtes Personenstandsrecht aufgenommen. Dieses soll insbesondere die thematischen Felder von Scheidung, Erbrecht und Adoption für die schiitische Bevölkerung gesetzlich regeln. Ein erster Versuch zur Abschaffung des Gesetzes Nr. 188 konnte allerdings durch eine große Kampagne von Frauenrechtsorganisationen und zivilgesellschaftlichen Gruppen erfolgreich bekämpft werden, sodass ein entsprechender

Gesetzesantrag des SCIRI-Führers Abdul Aziz al-Hakim im Jahr 2004 zurückgezogen werden musste.[185]

»Die Kampagne für den Erhalt eines einheitlichen und kodifizierten Personenstandsrechts und für die Anerkennung der internationalen Menschenrechtskonvention und Frauenrechte hat parteinahe sowie unabhängige Aktivistinnen aller ethnischen und religiösen Gruppen zusammengebracht und grenzüberschneidende Verbindungen von Aktivistinnen innerhalb und außerhalb des Irak geschaffen.«[186]

Doch nach mehr als zehn Jahren sektiererischer Praktiken kann die Anhängerschaft religiös-konservativer Parteien ihre Agenden in Hinblick auf das irakische Personenstandsrecht immer mehr durchsetzen. So wären mit der Einführung des dschafaritischen Rechts[187] z.B. Eheschließungen ab dem neunten Lebensjahr möglich, eine Praxis, die im Irak besonders nach den starken Bildungsoffensiven und aktiven Frauen- und Zivilrechtsbewegungen der 1970er Jahre nicht mehr üblich war. Das Gesetz Nr. 188 hatte das Heiratsalter für Männer und Frauen noch bei mindestens 18 Jahre angesetzt. Nur in Ausnahmefällen wurde unter Saddam Hussein ein Scharia-Gericht einem staatlichen Gericht hinzugezogen.

Konfessionalisierung auf dem Rücken der Frauen

»Wer glaubt, die Grenze der Frauenrechtsverletzungen wäre schon erreicht, der täuscht sich«, warnte die irakische Schriftstellerin und Frauenrechtsaktivistin Haifa Zangara in einem Kommentar in der britischen Tageszeitung *Guardian*.[188] Zangara kritisiert darin, dass der irakische Ministerrat am 25. Februar 2014 der Änderung des bisherigen Personenstandsrechts zugestimmt und damit traditionelles dschafaritisches Recht etabliert hat. Der Ministerrat genehmigte einen aus 215 Artikeln bestehenden Gesetzesentwurf der schiitischen Fadhila-Partei, der immense Nachteile für irakische Frauen vorsieht.

Um nur einige Beispiele für neue Diskriminierungen von Frauen zu nennen: Artikel 16 legt das gesetzliche Heiratsalter für Mädchen auf neun Jahre und für Jungen auf 15 Jahre fest. Bei der Zustimmung des Erziehungsberechtigten, das sind in der Regel Vater oder Großvater, kann die Altersgrenze sogar noch niedriger sein. Artikel 104 wiederum ermöglicht uneingeschränkte Polygamie, die im Irak der vergangenen Jahrzehnte fast unmöglich war, da die erste angetraute Frau der Heirat einer weiteren Ehefrau zustimmen musste. Auch war der Bildungsstandard viel zu hoch, als dass solch antiquierte Traditionen praktiziert wurden. Artikel 101 des neuen Gesetzesentwurfs spricht Männern das Recht auf uneingeschränkten Sex mit ihren Ehefrauen zu, was einerseits Vergewaltigung in der Ehe und andererseits Zeit-Ehen legalisiert. Artikel 63 verhindert die Eheschließung zwischen muslimischen Männern und nicht-muslimischen Frauen. Ehen auf Zeit und nicht-registrierte Ehen waren vor 2003 verboten. Die steigende Anzahl von Frauen, die von bitterer Armut betroffen sind, oder von Witwen, werden für diese diskriminierenden Eheformen instrumentalisiert und missbraucht. Laut Artikel 126 sind Männer nicht verpflichtet, ihren Frauen Unterhalt zu zahlen, wenn diese nicht in der Lage sind, ihren Mann sexuell zu befriedigen. Dies trifft junge Mädchen und ältere Frauen am härtesten.

In all den genannten Fällen ignoriert der dschafaritische Gesetzesentwurf den Artikel 2 der UN-Deklaration zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen. Darin heißt es gleich zu Beginn: ,,Unter Gewalt gegen Frauen sind, ohne darauf beschränkt zu sein, die folgenden Handlungen zu verstehen: a) körperliche, sexuelle und psychologische Gewalt in der Familie, einschließlich körperlicher Misshandlungen, sexueller Missbrauch im Haushalt, Gewalttätigkeit im Zusammenhang mit der Mitgift, Vergewaltigung in der Ehe (…) und Gewalttätigkeit in Zusammenhang mit Ausbeutung«.[189]

Die parlamentarische Abstimmung wurde aufgrund der jüngsten Krise rund um den Vormarsch des „Islamischen Staates“ vertagt. Falls es aber zur endgültigen Durchsetzung des dschafaritischen Personenstandsgesetzes kommt, so stellt dies nicht nur aus frauenpolitischer Sicht einen massiven Rückschlag für die wenigen

verbliebenen Errungenschaften des 20. Jahrhunderts dar. Vielmehr werden damit auch die anderen religiösen Gemeinschaften, allen voran die Sunniten, aufgefordert, es den Schiiten gleich zu tun und ein eigenes religiös-inspiriertes Personenstandsgesetz festzulegen. Letztlich vertieft sich dadurch die konfessionelle Spaltung des Irak und diese wird nur allzu oft blutig und auf dem Rücken der Frauen ausgetragen.

Nikolaus Brauns

Die Kurden im Irak. Vom Bürgerkrieg über die Autonomie zur Unabhängigkeit?

Zu Ende des Golfkrieges im Frühjahr 1991 ließen sich die Kurden im Norden des Irak von Zusicherungen der US-Führung zu einem Volksaufstand gegen die Diktatur der Baath-Partei ermutigen. Sicherheitskräfte wurden verjagt, Gefängnisse geöffnet und die Kontrolle über kurdische Städte von Volksräten ausgeübt. Doch der Sturz von Saddam Hussein stand zu diesem Zeitpunkt noch nicht auf der Agenda Washingtons, da dort in einem solchen Fall eine Stärkung des iranischen Einflusses über die Schiiten auf den Irak befürchtet wurde. So konnte die irakische Armee die Aufstände der Kurden und Schiiten niederwerfen. Hunderttausende flohen in die Türkei und den Iran. Die USA und Großbritannien errichteten nun unterstützt von Frankreich zwei allerdings nicht völkerrechtlich gedeckte sogenannte Flugverbotszonen über dem kurdischen Norden sowie dem schiitischen Süden des Irak.

Diese Sicherheitszone südlich des 36. Breitengrades ermöglichte den Kurden die Bildung einer international geduldeten Autonomie einschließlich eigenen Parlaments, eigener Fahne und Nationalhymne. An die Ausrufung eines unabhängigen Staates, wie ihn sich viele Kurden als Sicherheitsgarantie erhofft hatten, war dagegen aufgrund der feindlichen Haltung der Türkei und des Iran nicht zu denken. Wirtschaftlich war die unter der Baath-Herrschaft unterentwickelt gehaltene Region von ausländischer humanitärer Hilfe abhängig, da die Landwirtschaft als Folge der Zerstörung tausender Dörfer durch die irakische Armee während der völkermörderischen Anfal-Operationen Ende der 1980er Jahre brachlag.

Schließlich verhinderte die Rivalität zwischen den beiden großen Parteien – der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) von Massud Barzani und der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) unter Jalal Talabani – eine Konsolidierung der Autonomie. Die konservative KDP und die 1975 von ihr abgespaltene, eher sozialdemokratisch orientierte PUK hatten nur noch am Rande etwas mit der historischen kurdischen Widerstandsbewegung unter ihrem legendären Partisanenführer Mollah Mustafa Barzani zu tun. Inzwischen hatten sich die Parteien zu Patronage-Systemen mit einer klientelistischen Machtbasis gewandelt, in denen Stammesloyalitäten und ideologische Zuschreibungen durch die Loyalität zu den Parteien zunehmend überdeckt wurden.[190] Während die KDP die Regionen Dohuk und Erbil beherrschte, blieb Sulaymaniya das Refugium der PUK. Ihrer Rolle als Söldnertruppe kam die nach dem Golfkrieg mit ausländischer Finanzhilfe rund um den Barzani-Stamm als verlässlicher Statthalter für westliche Interessen neu formierte KDP bereits im »Südkrieg« 1991 nach, als sie gemeinsam mit der türkischen Armee und der PUK-Peschmerga gegen die aufgrund ihres pankurdischen Anspruches als Konkurrenz erscheinende linksgerichtete Arbeiterpartei Kurdistans PKK vorging und eine »Sicherheitszone« im irakisch-türkischen Grenzgebiet errichtete.

Zwar bildeten KDP und PUK, die aus Wahlen für das kurdische Regionalparlament im März 1992 fast gleich stark hervorgegangen waren, eine paritätisch besetzte Regionalregierung, doch die Macht lag weiter bei den dieser Regierung nicht angehörenden Parteiführern. Im Mai 1994 eskalierten die Rivalitäten zwischen KDP und PUK über die Sitzverteilung im Parlament. Aus Gebietsstreitigkeiten und Kämpfen um lukrative Zolleinnahmen aus dem Ölschmuggel in die Türkei entwickelte sich ein Bruderkrieg mit tausenden Toten und zehntausenden Vertriebenen. Nachdem Talabani – trotz der Unterstützung des Iran für dschihadistische Gruppen im Grenzgebiet – ein Bündnis mit Teheran geschlossen und PUK-Kämpfer Erbil besetzt hatten, marschierte 1996 die irakische Armee auf ein Hilfeersuchen der KDP hin erstmals seit 1991 wieder mit 30.000 Soldaten in die kurdischen Gebiete ein. Unter dem

Schutz der irakischen Truppen massakrierten KDP-Peschmerga in Erbil hunderte PUK-Mitglieder und nahmen anschließend Sulaymaniya ein, mussten die Stadt aber nach dem Rückzug der irakischen Armee wieder räumen.

1997 startete die türkische Armee eine Militäroperation gegen PKK-Stützpunkte im Nordirak, um anschließend auf Seiten der KDP gegen die zu diesem Zeitpunkt mit der PKK verbündete PUK vorzugehen und so einen Waffenstillstand zwischen den rivalisierenden irakisch-kurdischen Parteien zu erzwingen. Auf Druck der USA schlossen Barzani und Talabani im September 1998 einen »kalten Frieden«

Im Bündnis mit der Besatzungsmacht

Beim Einmarsch der US-Armee und ihrer Verbündeten in den Irak im Frühjahr 2003 stellten sich KDP und PUK an die Seite der Besatzungstruppen, um die neu entstandene Situation nach dem Sturz von Saddam Hussein auszunutzen. Die Peschmerga hielten den US-Streitkräften dabei nicht nur im Norden des Irak den Rücken frei, sondern ließen sich auch in die Aufstandsbekämpfung im Zentralirak einbinden. Diese Kollaboration zahlte sich aus, denn unter dem Schutz der Besatzungsmacht konnten die kurdischen Parteien ihr bereits während der Zeit der Flugverbotszone gelegtes Fundament staatlicher Strukturen ausbauen. Die US-Administration setzte in der irakischen Verfassung ein Föderalismuskonzept durch, das es den Kurden ermöglichte, die drei Provinzen Erbil, Dohuk und Sulaymaniya zu einer Autonomieregion zusammenzufassen. In den von den USA unter ethnisch-religiösem Proporz neu strukturierten Staatsorganen des Irak wurden kurdischen Vertretern wichtige Positionen wie das Amt des Staatspräsidenten, eines von zwei stellvertretenden Ministerpräsidenten, des Außenministers und des Generalstabschef zugesichert.

Die Wahl Jalal Talabani zum irakischen Staatspräsidenten am 6. Mai 2005 wurde von der kurdischen Bevölkerung als Zeichen eines grundlegenden Wandels aufgefasst. Dennoch blieb die Politik der

kurdischen Parteien nicht auf den Gesamtirak ausgerichtet, vielmehr wurde der gewachsene Einfluss zum Ausbau des eigenen Machtbereichs genutzt. Nahziel war die möglichst weitgehende Kontrolle über die kurdischen Siedlungsgebiete, um zu verhindern, dass von der Zentralregierung noch einmal eine tödliche Gefahr für die Kurden ausgehen konnte. Das Fernziel eines unabhängigen Staates wurde dabei nie aus den Augen verloren, sondern lediglich aus taktischen Gründen zurückgestellt. Es sei nur natürlich, wenn »kulturell eigenständige Völker und Nationen in der Regel einen unabhängigen Staat anstreben«, erklärte etwa die PUK. Eine föderale Lösung mit weitgehender Autonomie werde aber vorerst akzeptiert, »weil nicht Herz und Gefühl, sondern Vernunft und Verstand der Leitfaden für das Handeln der kurdischen Parteien in dieser Frage heute sind. Ansonsten wird die einmalige Chance einer endgültigen Gewährleistung der legitimen Rechte der irakischen Kurden vergeben.«[191] Faktisch entwickelte sich die kurdische Autonomieregion unter Präsident Mesud Barzani zu einem Staat im Staate, in dem nur noch die kurdische und nicht mehr die irakische Fahne wehte. Erstmals seit dem Bürgerkrieg bildeten KDP und PUK im Mai 2006 wieder eine paritätisch aufgeteilte Regionalregierung (KRG), wobei die Sicherheitsapparate weiterhin den Parteien unterstehen.

Von Anfang an erhob die Regionalregierung der »Autonomen Region Kurdistan« Gebietsansprüche außerhalb der Autonomiezone von der syrischen Grenze über Mosul und Kirkuk bis zu kurdischen Siedlungsgebieten in den Provinzen Niniwa, Salah al-Din und Diyala an der iranischen Grenze. Seit dem US-Einmarsches 2003 hatten Peschmerga bereits die faktische Kontrolle über einen Teil dieser Gebiete erlangt, in denen neben Kurden auch Turkmenen, Araber, Assyrer-Aramäer und weitere Minderheiten leben und deren Status laut Artikel 140 der irakischen Verfassung eine eigentlich bis Ende 2007 terminisierte Volksabstimmung entscheiden sollte. Deren Durchführung wurde bis zu Redaktionsschluss dieses Buches Anfang 2015 von den USA und den Nachbarstaaten Türkei und Iran sowie der irakischen Zentralregierung blockiert. Streitpunkt ist insbesondere die von kurdischer Seite als zukünftige Hauptstadt der

Region beanspruchte Stadt Kirkuk. Die Beschwörung von Kirkuk als »kurdisches Jerusalem« kann dabei das primäre Interesse am Ölreichtum der Region als ökonomische Voraussetzung für einen unabhängigen Kurdenstaat nicht überdecken. Unter der Baath-Diktatur war Kirkuk einer Arabisierungspolitik mit der Vertreibung kurdischer Einwohner und ihrer Ersetzung durch arabische Siedler ausgesetzt. Nach 2003 gingen die kurdischen Parteien dazu über, ihrerseits die zum Teil seit den 1960er Jahren in der Region ansässigen Araber zu vertreiben, um einen günstigen Zensus zu schaffen. Auch die starke turkmenische Minderheit beansprucht unter Berufung auf eine Volkszählung von 1957 Kirkuk für sich und weiß darin Ankara als Schutzmacht und Finanzier der militanten »Irakischen Turkmenen-Front« hinter sich. Die türkische Regierung bezeichnete eine Eingliederung der Stadt in die kurdische Region als rote Linie für einen Militäreinmarsch.

Mehrfach konnten von den USA militärische Auseinandersetzungen zwischen den Peschmerga und der ab Herbst 2008 offiziell zum Schutz der Ölfelder und der Bekämpfung von Aufständischen bei Kirkuk stationierten 12. Division der irakischen Armee nur knapp abgewendet werden. In einem im Juni 2009 vom kurdischen Parlament verabschiedeten Verfassungsentwurf wird Kirkuk als »geographischer und historischer« Bestandteil der kurdischen Region beansprucht. Dass die Mehrheitsverhältnisse in Kirkuk selbst keineswegs eindeutig sind, machte die Parlamentswahl 2010 deutlich, bei der die zentralstaatlich orientierte Irakische Liste in der Stadt gleichauf mit der kurdische Allianz lag. Die zunehmenden Spannungen zwischen Erbil und Bagdad ließen die USA auf vorsichtige Distanz zu den Kurden als ihren bis dahin loyalsten Verbündeten im Irak gehen – eine Entfremdung, die mit dem von den kurdischen Parteien kritisierten Rückzug der US-Besatzungstruppen aus dem Irak 2011 weiter anwuchs.[192]

Trotz grassierender Unzufriedenheit über Korruption und Vetternwirtschaft sowie fehlender staatlicher Infrastruktur gelang es KDP und PUK lange Zeit unter Verweis auf die durch Bagdad und die Nachbarstaaten bedrohten »kurdischen Interessen«, größere Proteste zu unterbinden. Streiks und Demonstrationen wurden mit

harter Hand niedergeworfen. So eröffneten kurdische Sicherheitskräfte am 16. März 2006 das Feuer auf eine wütende Menschenmenge in Halabdscha, die den herrschenden Parteien vorwarf, das Gedenken an den Giftgasangriff von 1988 zur eigenen Bereicherung zu missbrauchen. Amnesty International beklagte in einer 2009 veröffentlichten Dokumentation zur Menschenrechtslage in den kurdischen Gebieten willkürliche Inhaftierungen und Folter, Angriffe auf die Presse- und Meinungsfreiheit. Die Amnesty-Studie beklagte zudem massive Gewalt gegen Frauen.[193] Denn trotz einiger gesetzlicher Fortschritte wie dem Verbot von Zwangsehen und Genitalverstümmelung sowie einer 30prozentigen Frauenquote im Parlament werden Frauenrechte in der von Stammesdenken und archaischen Ehrbegriffen geprägten Gesellschaft mit einem an der islamischen Scharia orientierten Familienrecht und dem Vordringen religiöser Bruderschaften geringgeschätzt. Allein für das Jahr 2009 vermeldet eine Statistik 87 getötete Frauen im Nordirak sowie rund 400 angebliche Selbstverbrennungen, bei denen es sich ebenfalls häufig um getarnte sogenannte Ehrenmorde handeln dürfte.[194]

Der am 6. Dezember 2013 in der Stadt Kalar auf offener Straße erschossene Kawa Germaynai ist bereits der dritte innerhalb von fünf Jahren einem Mordanschlag zum Opfer gefallene regierungskritische Journalist. Der linksgerichtete Reporter war zuvor aufgrund seiner Berichterstattung über Korruptionsfälle von einem Politbüromitglied der PUK bedroht worden. Kleinere Parteien und »Nichtregierungsorganisationen« hängen entweder am finanziellen Tropf von KDP und PUK oder wurden wie die Kurdische Kommunistische Partei mit einflusslosen Ministerposten in die Regierung eingebunden. Das Machtduopol geriet erst durch die Ende 2006 von der PUK abgespaltene »Bewegung für den Wandel« (Gorran) unter Führung des früheren Peschmerga-Kommandanten und langjährigen Talabani-Stellvertreters Norshirwan Mustafa ins Wanken. Die schnell zur Sammlungsbewegung aller Unzufriedenen angewachsene Gorran-Liste beklagte Korruption und Selbstbedienungsmentalität von KDP und PUK und forderte eine Regierung, die nicht von den Interessen der Politbüros geleitet ist, eine unabhängige Justiz sowie einen transparenten Haushalt. Trotz

massiver Behinderungen ihres Wahlkampfes durch Schlägertrupps und regelrechte Hexenjagden auf Gorran-Anhänger im öffentlichen Dienst gewann Gorran 2009 im 111-köpfigen Regionalparlament 25 Sitze. Dass die KDP in ihrem Einflussgebiet Dohuk und Erbil weiterhin unangefochten führte, wurde von unabhängigen Wahlbeobachtern auf Wahlmanipulation im großen Stil zurückgeführt.

Als tausende Demonstranten 2011, inspiriert vom sogenannten Arabischen Frühling, auch in kurdischen Städten gegen die korrupte Altparteienherrschaft auf die Straße gingen, versuchte sich Gorran mit der Forderung nach einem Rücktritt der Regierung an die Spitze der Proteste zu stellen. Zehn Demonstranten wurden getötet, als Sicherheitskräfte das Feuer auf Kundgebungen und Oppositionssender eröffneten.

Bei den kurdischen Parlamentswahlen im September 2013 wurde Gorran mit 24,2 Prozent zur zweitstärksten Partei hinter der KDP mit 37,8 Prozent und zur führenden Partei in der einstigen PUK-Hochburg Sulaymaniya, während die PUK abgeschlagen auf 17,8 Prozent kam.

Zusätzlich geschwächt wurde die PUK durch die Herzerkrankung ihres Vorsitzenden Jalal Talabani. Auch nach seiner Rückkehr von einer eineinhalbjährigen Behandlung in Deutschland im Sommer 2014 blieb der 81-jährige Talabani der aktiven Politik fern. Sein Nachfolger als irakischer Präsident wurde im Juli 2014 mit Fuad Masum erneut ein Mitbegründer der PUK.

Als es nach monatelangen Querelen im Sommer 2014 endlich zu einer Regierungsneubildung kam, gab Gorran die Oppositionsrolle auf. Die Partei, die selber kaum über bewaffnete Kräfte verfügt, bekam das zwischen KDP und PUK umstrittene Peschmerga-Ministerium, wobei die Mehrheit der Peschmerga weiterhin an die beiden anderen Parteien angebundene Milizen bleiben. Mit der Einbindung in die KDP-dominierte Allparteienregierung läuft Gorran jetzt Gefahr, selbst zum Teil des oligarchischen Systems zu werden. Denn ein von der Partei propagierter Politikwechsel hätte statt der bloßen Forderung nach mehr Transparenz einen prinzipiellen Bruch mit der bisherigen neoliberalen, Ölrenten-basierten Wirtschafts- und

Sozialpolitik durch die Entwicklung einer eigenständigen Industrie und Landwirtschaft erfordert.

Neoliberalismus und Petro-Dollar

Entsprechend den US-Planungen für den Gesamt-Irak wurde auch die kurdische Wirtschaft nach 2003 nach neoliberalen Grundsätzen gestaltet. Ausländische Investoren werden mit Steuerbefreiung umworben. Aus dem Boden schießende luxuriösen Gated Communities und gigantische Shopping Malls lassen kurdische Politiker von Kurdistan als »neuem Dubai« schwärmen. Doch dieser Bauboom wird alleine von Petro-Dollars finanziert, während in der Autonomieregion so gut wie keine Produktion stattfindet und Produkte des täglichen Lebens importiert werden müssen. Die Grundlagen dieser ökonomischen und sozialen Ordnung wurden durch die Zerstörung der kurdischen Landwirtschaft in Folge der Anfal-Operationen Ende der 1980er Jahre und die Sanktions- und Embargopolitik in den 1990er Jahren gelegt, die die kurdische Bevölkerung von ausländischen Hilfsleistungen und innerstaatlichen Zuwendungen abhängig machte.

Die 2005 in Kraft getretene irakische Verfassung sichert der Autonomieregion einen 17-prozentigen Anteil der Einnahmen der Zentralregierung an Energieexporten zu. Diese fließen in einen nicht öffentlichen Haushalt der KRG und versickern anschließend in den klientelistischen Netzwerken der Regierungsparteien. Arbeitsplätze gibt es vor allem in der aufgeblähten Bürokratie sowie den Sicherheitsbehörden. Wirtschaftliche Not führt so zu politscher Abhängigkeit, Loyalität zu den herrschenden Parteien wird mit Patronage belohnt, Kritik führt zum Ausschluss aus dem Vergabesystem von Arbeitsplätzen, Ländereien, Studienplätzen oder Wohnraum. Ein funktionierendes Bankensystem, das der auf Bargeldtransfers beruhenden verallgemeinerten Korruption und Vetternwirtschaft zuwiderliefe, gibt es nicht. Arbeiten bei der Straßenreinigung, auf dem Bau und im Hotelgewerbe werden häufig von zu Hungerlöhnen schuftenden ausländischen Arbeitern aus

Indien und Bangladesch sowie zunehmend von kurdischen Flüchtlingen aus Syrien geleistet.

In den letzten Jahren wurden zahlreiche neue Energievorkommnisse in der kurdischen Region erschlossen, die »Irakisch-Kurdistan« zur »Energiegroßmacht« werden lassen, wie der frühere CDU-Außenpolitiker und jetzige Leiter des Rohstoff-Arbeitskreises der »Atlantik-Brücke« Friedbert Pflüger feststellte. Rechnet man zu den auf 45 Milliarden Barrel geschätzten Ölvorkommen unter der Autonomiezone noch die Ölfelder bei Kirkuk, so verfügt die kurdische Region über die neuntgrößten Öl-Vorkommen der Welt – noch vor Libyen. Mit ihren auf bis zu sechs Billionen Kubikmeter geschätzten Erdgasvorräten steht die Region Kurdistan an achter Stelle.[195]

Laut irakischer Verfassung befinden sich die Energiereichtümer im Besitz »aller Einwohner des Irak in allen Regionen und Provinzen«, wobei die Ausbeutungsrechte der »bereits existierenden Felder« bei der Zentralregierung in Zusammenarbeit mit den Provinzregierungen liegt. Nach Ansicht der kurdischen Regionalregierung (KRG) sind die nach 2005 entdeckten Öl- und Gasfelder von dieser Regelung nicht betroffen. Nachdem Verhandlungen um ein irakisches Erdölgesetz gescheitert waren, schloss die KRG selbstständig Dutzende Verträge mit ausländischen Konzernen. Fast alle großen Ölkonzerne wie Chevron, ExxonMobil, Hess und Total SA sind seit 2011 in das nordirakische Ölgeschäft eingestiegen. Dazu tragen die großzügigeren Konditionen der KRG bei, die ausländischen Konzernen vorab einen festen Anteil an der Öl- und Gasförderung zusichert, während die Zentralregierung lediglich Service- und Managementverträge über Festpreise pro gefördertes Barrel anbietet.

Im Streit um die von Bagdad als illegal angesehenen kurdischen Energiegeschäfte stellte die Zentralregierung zu Jahresbeginn 2014 die Zahlung der der Region Kurdistan zustehenden 17 Prozent aus den irakischen Öleinnahmen ein. Im Gegenzug begann die »Autonome Region Kurdistan« mit Unterstützung der Türkei auf eigene Faust mit dem Ölexport. »Millionen von Barrel, genug, um die Ölmärkte zu beeinflussen und die Geopolitik in Nahost zu

verändern«[196], jubelte das *Wall Street Journal*, nachdem der Tanker United Leadership am 22. Mai 2014 den türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan mit »kurdischem Rohöl« im Wert von 100 Millionen Dollar verlassen hatte. Drohungen des staatlichen irakischen Ölmonopolisten Somo, Abnehmer des Öls auf die schwarze Liste zu setzen, hielten die großen Ölunternehmen und Raffinerien vom Handel mit der Region Kurdistan ab. Als erster Käufer sprang schließlich im Juni Israel in die Bresche. In der israelischen Hafenstadt Aschkelon wurde das Rohöl entladen und 93 Millionen Dollar auf das Bankkonto der KRG bei der staatlichen türkischen Halk Bank überwiesen.[197] Bis November steigerte die kurdische Regierung ihre über die türkischen Mittelmeerhäfen Ceyhan und Mersin laufenden Exporte um 60 Prozent auf 300.000 Barrel am Tag. »Im Interesse der Bevölkerung der Region Kurdistan wird die kurdische Regionalregierung von ihren verfassungsmäßigen Rechten Gebrauch machen, um die natürlichen Ressourcen unter ihrer Kontrolle zu managen, zu produzieren, zu vermarkten und zu verkaufen«, benannte die KRG das Ziel von einer Million geförderter Barrel am Tag bis Anfang 2016.[198] Möglich machen sollen dies die bereits an die Pipeline in die Türkei angeschlossenen Ölfelder von Kirkuk. Doch ungeachtet solcher weitreichenden Zielvorgaben stellte sich das erste halbe Jahr als selbstständiger Ölexporteur für die KRG als ernüchternd heraus. Die für rund 30 Millionen Barrel Öl eingenommenen 2 Milliarden US-Dollar entsprechen nur einem Bruchteil des für die Aufrechterhaltung der Staatsausgaben notwendigen Budgets. Behindert wird der Ölverkauf durch die rechtliche Unsicherheit der im Verborgenen abgewickelten Ölgeschäfte bis hin zu geheimen Boot-zu-Boot-Transfers auf hoher See.[199]

Angesichts dieser spürbaren wirtschaftlichen Verwundbarkeit kehrte die kurdische Regierung an den Verhandlungstisch mit Bagdad zurück. Dazu beigetragen hatte der Druck der USA, die durch den Öl-Streit den gemeinsamen Kampf gegen den »Islamischen Staat« (IS) gefährdet sahen. Ein am 1. Januar 2015 in Kraft getretener Öl-Exportpakt sieht vor, dass Kurdistan täglich 250.000 Barrel Öl exportieren darf. Aus Kirkuk dürfen weitere

300.000 Barrel ausgeführt werden – da die Pipelines über den inneren Irak unter Kontrolle des IS stehen, willigte Bagdad ein, auch dieses Öl über die Türkei zu exportieren. Alle Exporte sollen über das staatliche irakische Ölunternehmen SOMO, bei dem die Kurden mehr Mitsprache erhalten, abgewickelt werden. Im Gegenzug nimmt die irakische Regierung die Zahlungen für den kurdischen Haushalt wieder auf. Das Abkommen ist ein erster offizieller Schritt zur faktischen Anerkennung der Eingliederung von Kirkuk in das kurdische Autonomiegebiet. »Die Vereinbarung stellt einen Sieg für alle Iraker da«, erklärte der kurdische Abgeordnete im irakischen Parlament Masud Haidar. »Es gibt keine Verlierer bei dieser Vereinbarung. Alle sind Gewinner.«[200]

Realpolitik und Unabhängigkeit

Im Sommer 2014 schien der kurdische Traum vom unabhängigen Staat so nah wie nie zuvor.

Als die mit zehntausenden Soldaten in Mossul stationierte irakische Armee im Juni 2014 innerhalb weniger Stunden vor einigen tausend Dschihadisten der Organisation »Islamischer Staat im Irak und Syrien« (ISIS/IS) kapitulierte und sich aus der ganzen Region zurückzog, nutzten die Kurden die Gunst der Stunde. Generalstabsmäßig marschierten Peschmerga in die von der irakischen Armee aufgegebenen Stellungen in Kirkuk und den umstrittenen Gebieten ein und verdoppelten das Einflussgebiet der »Autonomen Region Kurdistan« innerhalb weniger Tage. Mit den Ölfeldern von Kirkuk hatte sich die kurdische Regierung die ökonomische Grundlage für einen unabhängigen Staat gesichert, sodass Präsident Barzani am 5. Juli das Regionalparlament mit der Vorbereitung einer Volksabstimmung über die Bildung eines souveränen kurdischen Staates beauftragte. »Unabhängigkeit ist das natürliche Recht einer Nation. Wer das leugnet, tut den Menschen unrecht«[201], erklärte Barzani, der die Schuld am Zerfall des Irak der Zentralregierung und ihrer Weigerung, Artikel 140 der Verfassung umzusetzen, gab. Die Kurden hätten für den Irak als »künstlichen

Staat« einen hohen Preis bezahlt und wollten nicht mehr weiter aufgrund der Instabilität zwischen Sunniten und Schiiten büßen, erklärte der Außenminister der kurdischen Regionalregierung Mustafa Fallah. »Wir wollen kein gescheitertes Experiment wiederholen.«[202]

Der irakische Ministerpräsident Nuri al-Maliki beschuldige die kurdische Führung, ein Bündnis mit dem IS zur Spaltung des Irak eingegangen zu sein. Auch PKK-nahe Medien behaupteten Absprachen zwischen der KDP und der IS-geführten sunnitischen Aufstandsbewegung.[203] Auffällig war in der Tat, dass sich nur Peschmerga der PUK Gefechte mit den Dschihadisten lieferten, während trotz der Bedrohung der kurdischen Bevölkerung von Mosul ein faktischer Waffenstillstand zwischen dem IS und den KDP-Peschmerga bestand.

Sollte Barzani tatsächlich in der Hoffnung, die Kurden zur Unabhängigkeit zu führen, einen solchen Pakt mit dem »Islamischen Staat« geschlossen haben, so hatte er sich gründlich verrechnet. Denn am 2. August 2014 begann der IS einen Großangriff auf die nur durch einen 100 Kilometer langen schmalen Korridor entlang der syrisch-irakischen Grenze mit der Autonomieregion verbundene Region Sengal (Sindschar) sowie weitere von der KRG beanspruchte »umstrittene Gebiete« bei Suma und Karakosch. Damit zielten die Dschihadisten auf die Kontrolle eines durchgängigen Gebietes zwischen Mosul und den syrischen Teilen ihres »Kalifats«. In seinem englischsprachigen Organ Dabiq erklärte der IS den Kurden nun als angeblichen Apostaten offen den Krieg. Über 600.000 Flüchtlinge – vor allem Yeziden, Christen und schiitische Turkmenen – retteten sich in den folgenden Wochen in die kurdische Autonomiezone, die bereits mehr als 200.000 Flüchtlingen aus Syrien beherbergte.

Angesichts der vorrückenden IS-Kämpfer zogen sich die Peschmerga der KDP trotz zahlenmäßiger Überlegenheit aus der fast ausschließlich von Angehörigen der yezidischen Religionsgemeinschaft bewohnten Region Sengal sowie der irakisch-syrischen Grenzstadt Rabia zurück. Als Dorfbewohner die abziehenden Peschmerga baten, ihnen Waffen zum Selbstschutz dazulassen, nahmen die Peschmerga diesen stattdessen noch die

wenigen eigenen Waffen ab und ließen sie schutzlos zurück. IS-Kämpfer ermordeten nach Angaben yezidischer Verbände 7000 Männer und Jugendliche, die sich weigerten, zum Islam überzutreten. 5000 Yezidinnen sollen in die Sklaverei verschleppt worden sein.

Da die Bedrohung der in den Augen der Dschihadisten als »Teufelsanbeter« geltenden und damit für vogelfrei erklärten Yeziden absehbar gewesen war, hatte die PKK-Führung bereits im Juni angeboten, Guerillakräfte aus den nordirakischen Kandil-Bergen nach Sengal zu schicken. Doch Barzani hatte sich dagegen ebenso gesperrt wie gegen den Ruf der Bevölkerung aus Sengal nach einer Aufstockung der Peschmerga. Zum Schutz der Yeziden überquerten nach Beginn der IS-Angriffe Kämpferinnen und Kämpfer der Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG und YPJ) aus dem kurdischen Selbstverwaltungsgebiet Rojava in Nordsyrien die Grenze zum Irak. Gemeinsam mit Peschmerga vor allem aus der PUK, die den Rückzugsbefehl verweigert hatten, und Guerillaeinheiten der PKK, die über das von der PUK kontrollierte Territorium von ihren Stützpunkten in den Kandil-Bergen nach Sengal gelangten, kämpften sie einen Fluchtkorridor für zehntausende Yeziden und Angehörige anderer bedrohter Minderheiten von den Sengal-Bergen nach Rojava frei.

Die Führung in Erbil rechtfertige den Abzug der Peschmerga mit einem später als Fehler eingestandenen »taktischen Rückzug« bis zum Eintreffen von Verstärkung, einigen Peschmerga-Kommandanten soll offenbar als Bauernopfer der Prozess gemacht werden. PKK-Kreise beschuldigten die KDP dagegen des absichtlichen Verrats an den Yeziden – einer Darstellung, der sich auch bislang PKK-ferne yezidische Exilverbände anschlossen. So scheint unter den Parteisöldnern ohne Kampferfahrung die Motivation nicht all zu groß gewesen zu sein, ihr Leben für die von vielen sunnitischen Kurden verachteten Yeziden zu riskieren. Zum anderen fordert die kurdische Regionalregierung seit langem moderne Waffen für ihre nach unterschiedlichen Angaben zwischen 55.000 und 200.000 Mann starken, aber nur mit veralteten Waffen aus sowjetischen Beständen ausgerüsteten Peschmerga.

Ministerpräsident al-Maliki hatte die Genehmigung für eine solche Aufrüstung der offiziell als Teil der irakischen Armee geltenden kurdischen Truppen bislang blockiert. Es könnte also das Ziel der KDP-Führung gewesen sein, eine Situation heraufzubeschwören, in der eine solche auch für die geplante staatliche Unabhängigkeit notwendige Aufrüstung der Peschmerga nicht mehr zu verweigern ist.

Dem Image Barzanis als kurdischen Führer und dem Mythos der Peschmerga als Kämpfer, »die dem Tod ins Auge sehen«, hat die Niederlage in Sengal schwer geschadet. Yeziden aus Sengal feierten nun die PKK als ihre Retterin. Dem Eingreifen der Guerilla an der Seite der Peschmerga war es – neben Luftangriffen der USA – auch zu verdanken, dass der Vorstoß des IS bei der Kleinstadt Mahmour nur noch 40 Kilometer von der kurdischen Hauptstadt Erbil entfernt, gestoppt werden konnte. An mehreren Fronten im Nordirak kämpfen seitdem PKK und YPG gemeinsam mit den Peschmerga gegen die Dschihadisten. Deutlich wurde so die militärische Schwäche der KRG, die zur Verteidigung ihres Territoriums nicht nur auf ausländische Militärhilfe, sondern auch die Kampfkraft der bislang lediglich in ihren gebirgigen Rückzugsgebieten im türkisch-iranischen Grenzgebiet geduldeten PKK-Guerilla angewiesen war. Barzani musste sich persönlich bei der PKK bedanken.

Unter diesen Umständen konnte die »Autonome Region Kurdistan« ihre bisherige, in einem Hungerembargo gipfelnden Blockadehaltung gegenüber dem nordsyrischen Selbstverwaltungsgebiet Rojava, wo mit der Partei der Demokratischen Union (PYD) eine Schwesterorganisation der PKK die führende politische Kraft darstellt, nicht mehr länger aufrechterhalten. Im Oktober 2014 stimmte das kurdische Regionalparlament mehrheitlich für die Anerkennung der drei Selbstverwaltungskantone Cazira, Kobanê und Afrin in Nordsyrien sowie deren wirtschaftliche und militärische Unterstützung. 150 Peschmerga wurden entstand, um die nur leicht bewaffneten YPG-Einheiten in der vom IS belagerten syrisch-kurdischen Stadt Kobanê mit panzerbrechenden Waffen zu stärken. Die Peschmerga wurden auf ihrem Transit durch die Türkei von tausenden Kurden gefeiert.

Die PKK-nahe Tageszeitung *Yeni Özgür Gündem* titelte »Es lebe die kurdische Einheit«. Doch tatsächlich handelt es sich eher um ein militärisches Zweckbündnis gegen die gemeinsame Bedrohung durch den IS. Denn grundlegende Systemdifferenzen zwischen den libertär-sozialistischen Vorstellungen Abdullah Öcalans und seiner Anhänger einerseits und der feudal-patriarchalischen Prägung der großen irakisch-kurdischen Parteien andererseits können diese Beschwörung der nationalen Einheit wohl nur vorübergehend überdecken.[204] Während die führenden kurdischen Parteien im Irak die Zukunft der Kurden nur in der einen oder anderen Form von Eigenstaatlichkeit geschützt sehen, lehnt Öcalan nationalstaatliche Lösungen als unzeitgemäßes Zwangskorsett über dem Bevölkerungsmosaik des Nahen Ostens ab. Stattdessen tritt der PKK-Vordenker für rätedemokratisch selbstverwalte Regionen in den bestehenden Staatsgrenzen ein, die neben Kurden auch alle weiteren dort lebenden Volksgruppen und Glaubensgemeinschaften einbeziehen sollen. Wie weit sich solche Vorstellungen in Folge des anwachsenden Prestiges der PKK auch unter den irakischen Kurden durchsetzen werden, bleibt abzuwarten.[205]

Zwar lieferten die USA, mehrere europäische Staaten einschließlich Deutschland aber auch der Iran angesichts der Bedrohung durch den IS Waffen an die kurdische Regierung. Doch Panzer oder Luftfahrzeuge haben die Peschmerga bislang nicht erhalten. Vielmehr scheint die US-Regierung, die den Kampf gegen den IS mit Militärberatern und Luftangriffen unterstützt, darum bemüht, ihre kurdischen Schützlinge weiterhin in Abhängigkeit zu halten. Denn entgegen den seit Jahren kursierenden Gerüchten vor allem nationalistischer Kreise in der Türkei steht die Gründung eines unabhängigen Kurdistan derzeit nicht auf der Agenda der USA und ihrer Verbündeten. Washingtons strategisches Ziel ist die Stabilisierung des Irak, wobei den Kurden die Rolle eines verlässlichen prowestlichen Gegengewichts zu den zunehmend unter iranischen Einfluss kommenden irakischen Schiiten zugedacht wird. Eine Veränderung der 100-jährigen Sykes-Picot-Grenzen würde aus Sicht der US-Administration eine Büchse der Pandora mit weitreichenden Folgen bis weit nach Afrika öffnen. Die derzeitige

Prioritätensetzung auf den Erhalt des Irak schließt allerdings anders lautende Planspiele nicht aus. »Im Falle eines weiteren Zerfalls des Irak oder Syriens wäre ein Kurdistan nicht undenkbar«, heißt es im 2012 durch den National Intelligence Council (NIC), dem gemeinsamen Analysezentrum aller US-Nachrichtendienste, vorgelegten Bericht »Global Trends 2030«.[206] Bereits 2006 hatte der pensionierten Oberstleutnant der US-Army, Ralph Peters, im *Armed Forces Journal* eine entlang ethnisch-religiöser »Blutsgrenzen« verlaufende Landkarte für einen zukünftigen Nahen Osten veröffentlicht, die einen vom Nordirak bis weit in die Osttürkei reichenden Staat »freies Kurdistan« zeigt.[207]

Während Vertreter der israelischen Regierung bereits kurz nach Barzanis Ankündigung eines Unabhängigkeitsreferendum ihre Unterstützung für eine kurdische Eigenstaatlichkeit zusicherten, warnte der mit einer eigenen starken kurdischen Minderheit konfrontierte Iran die Kurden im Nachbarland vor »ernsten Konsequenzen«. Neben dem Druckpotenzial durch mögliche Wirtschaftssanktionen vor allem gegen die an den Iran grenzenden PUK-Gebiete versucht Teheran mit seinen an der Seite der PUK-Peshmerga gegen den IS kämpfenden Al Quds-Eliteeinheiten Einfluss zu nehmen. Entsprechend hat sich die PUK von Barzanis Ankündigung eines Unabhängigkeitsreferendums distanziert, da die Bedingungen für eine Eigenstaatlichkeit noch nicht erfüllt seien.

Eine Schlüsselrolle kommt damit ausgerechnet der Türkei zu.[208] Galt die Gründung eines unabhängigen Kurdistan in Ankara vor wenigen Jahren noch als Kriegsgrund, so signalisierten inzwischen hochrangige Politiker der Regierungspartei AKP mögliche Zustimmung für derartige Pläne – und Barzani versicherte im Gegenzug, diesbezügliche Schritte mit Ankara abzustimmen. »Die Türkei könnte damit möglicherweise nicht nur eine Ordnungsrolle der Kurden akzeptieren, sondern auch einen kurdischen Staat im Nordirak, der in den Schutz der Türkei gelangen könnte«[209], meint die Berliner Politologin Gülistan Gürbey unter Verweis auf die wirtschaftlich und energiepolitisch sehr intensivierten strategischen Beziehungen zwischen der Türkei und den irakischen Kurden. 60 Prozent aller im Nordirak registrierten ausländischen Firmen sind

heute türkisch. Insbesondere die Baubranche aber auch der Dienstleistungsbereich wird von türkischen Unternehmen dominiert. Für die Türkei ist der Nordirak als Exportziel bereits auf den zweiten Platz nach Deutschland aufgerückt. Zur Überwindung der türkischen Energieabhängigkeit von Russland und Iran treibt Ankara die wirtschaftliche Integration Irakisch-Kurdistans mit seinem Öl- und Gasreichtums gezielt voran. Die von Ankara der »Autonomen Region Kurdistan« zugedachte ordnungspolitische Rolle beinhaltet auch die Zurückdrängung des Einflusses der PKK. Schmähte Recep Tayyip Erdoğan den kurdischen Präsidenten vor einigen Jahren noch als »Stammesführer« und »Terrorpaten«, so hat er inzwischen in dem konservativ eingestellten und autoritär agierenden Barzani einen Bruder im Geiste gefunden, den er im Buhlen um die Gunst der Kurden im eigenen Land im November 2013 demonstrativ als Staatsgast in der Hochburg der linken kurdischen Befreiungsbewegung Diyarbakir empfing.

Als Bagdad Anfang 2014 die Haushaltszahlungen an Erbil einstellte, musste sich die kurdische Regionalregierung in der Türkei von staatlichen und privaten Geldgebern Geld leihen und die türkische Regierung übernahm sogar das Budget der kurdischen Staatsangestellten für zwei Monate. »Durch die Umgehung von Bagdad hat Ankara und nicht Erbil größere Kontrolle über den Energiesektor und damit verbundene Einnahmen erlangt«, analysiert Denise Natali auf dem Internetportal *Al Monitor*. »Tatsächlich ist die Türkei der neue Finanzpatron der kurdischen Regionalregierung geworden.«[210] Bei der als Beratung der deutschen Bundesregierung fungierenden »Stiftung für Wissenschaft und Politik« (SWP) wird der kurdische Nordirak bereits heute als »eine Art türkisches Protektorat« gesehen.[211] Diese Abhängigkeit wird auch im militärischen Bereich deutlich. Als die türkische Luftwaffe in den vergangenen Jahren mehrfach Angriffe auf nordirakische PKK-Stützpunkte flog, bei denen mehrere Zivilisten getötet und tausende Dorfbewohner in die Flucht getrieben wurden, blieben Proteste der kurdischen Regionalregierung gegen diese Verletzung ihrer territorialen Integrität aus.

Der Handlungsspielraum der Kurden im Irak hängt weiterhin entscheidend von den Interessen und politischen Zielsetzungen der Nachbarstaaten ab. Ob ein von der Türkei wirtschaftlich und militärisch abhängiger, aber vom Iran und Rest-Irak angefeindeter kurdischer Staat seiner Bevölkerung tatsächlich ein mehr an Sicherheit und Demokratie bringen würde, ist zweifelhaft. Sollte zukünftig die kurdische Fahne über Kirkuk als Hauptstadt eines formal unabhängigen Kurdistan wehen, bedeutet dies noch lange kein freies Kurdistan.

Ali-Cem Deniz

Die Achse Ankara-Erbil-Bagdad. Beziehungsstatus: kompliziert

Das Konzept des Nationalstaates scheint in vielen Gesellschaften des Nahen Ostens bedroht zu sein. Die Furcht vor einem Auseinanderbrechen der Region und der Entstehung neuer staatlicher Grenzen ist nicht unbegründet. Die offiziellen Landkarten haben sich zwar – noch – nicht verändert, doch de facto sind spätestens mit dem Irak-Krieg und dem syrischen Bürgerkrieg neue Grenzen entstanden. Die »Autonome Region Kurdistan« im Nordirak konnte nach dem Sturz Saddam Husseins ihre Eigenständigkeit ausbauen und machte sich bei wichtigen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen vom Zentrum in Bagdad unabhängig. So unterhält die kurdische Regionalregierung seit 2009 intensive Beziehungen mit der Türkei. Im Mittelpunkt dieser neuen Zusammenarbeit stehen der Ressourcenhandel und die Bekämpfung bzw. Entwaffnung der kurdischen Arbeiterpartei PKK.[212]

Lange Zeit war die »Autonome Region Kurdistan« in der allgemeinen Wahrnehmung der türkischen Gesellschaft ein unterentwickeltes Hinterland, eine militärische Zone und ein Rückzugsort für die Guerilla-KämpferInnen der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Insbesondere in den 1990er Jahren, bis zur Einigung auf eine Waffenruhe, waren die Operationen der türkischen Armee im Nordirak von abendlichen Nachrichtensendungen im türkischen Fernsehen nicht wegzudenken.

Heute hat die »Autonome Region Kurdistans« in der Türkei ein zunehmend positives Image, das hauptsächlich von der Regierung und regierungsnahen Medien vermittelt wird. Die engen Beziehungen zwischen Ankara und Erbil erreichten am 16.

November 2013 einen Höhepunkt, als Recep Tayyip Erdoğan in Diyarbakır mit Masud Barzani zusammentraf und beide eine Rede hielten. Der gemeinsame Auftritt wurde von Tausenden bejubelt und setzte auch einen symbolischen Meilenstein auf dem Weg zu einer nachhaltigen Lösung des Konflikts zwischen dem türkischen Staat und der kurdischen Minderheit. Von der Regierung und von regierungsnahen Intellektuellen wurde der Besuch Barzanis in Diyarbakır als ein historischer Moment in der türkischen Geschichte gewertet. Die »neue Türkei« sollte keine Berührungsängste mit ihrer kurdischen Minderheit und ihren Nachbarn haben. Kemalistische und nationalistische Stimmen aus der Opposition hingegen sahen im gemeinsamen Auftritt das Ende der propagierten »unteilbaren Einheit« der Türkei. So schrieb der beliebte nationalistische Kolumnist Yılmaz Özdil, dass der Besuch in Diyarbakır der Anfang sei und Barzani die halbe Türkei erobern möchte. Das sei die »neue Türkei«, die die Regierungspartei AKP aufbaue, wetterte er.[213]

Passive und aktive Aggressionen

Die Türkei und der Irak teilen ihre Grenzen und eine Art Schicksalsgemeinschaft als Nationen, die aus dem Osmanischen Reich hervorgegangen sind. Doch die Beziehungen zwischen den beiden Staaten hatten nie besondere nachbarschaftliche Qualitäten. Die geografische Nähe, die ökonomischen Abhängigkeiten, die historischen und kulturellen Gemeinsamkeiten und selbst ein gemeinsamer »Feind« in der Form der kurdischen Minderheit hatten es nicht geschafft, die Distanz zwischen den beiden Ländern zu überwinden.

Das liegt vor allem im Fundament der modernen Türkei, die durch einen radikalen Bruch mit ihrer osmanischen Vergangenheit versuchte, ihre nationale Identität aufzubauen. Ein Paradox im Denken der türkischen Modernisierer unter der Führung von Mustafa Kemal Atatürk hat dabei auch die Außenpolitik geprägt. Die moderne Türkei wollte nichts vom Erbe des Osmanischen Reiches wissen, gleichzeitig wurden aber nicht-türkische

Bevölkerungsgruppen des ehemaligen Vielvölkerstaates für den Untergang des Reichs verantwortlich gemacht. In der stark orientalistischen Sichtweise der Kemalisten wurden insbesondere die Araber für den Verlust von wichtigen Territorien wie Mosul im Irak verantwortlich gemacht. Mustafa Kemal (Atatürk) wollte so schnell wie möglich und so viel wie möglich nach europäischem Fortschrittsmodell modernisieren. Die arabischen Nachbarstaaten und der Iran hingegen waren eine Bedrohung für das säkulare Modernisierungsprojekt. Aus Angst vor islamistischen Gegenbewegungen, die von den arabischen Staaten unterstützt werden könnten, distanzierte sich die Türkei von ihren Nachbarn und scheute eine realpolitische Einschätzung selbst in gemeinsamen »Problemen« wie der Kurdenfrage. Für die arabischen Nationalstaaten hingegen war die Türkei als Nachfolgestaat des Osmanischen Reiches, das die arabischen Unabhängigkeitsbewegungen unterdrückt hatte, ein wenig vertrauenswürdiger Partner. Dazu kamen noch die Partnerschaft der Türkei mit der NATO und ihre aktive Rolle im Golfkrieg 1991, die die Beziehungen zum Irak deutlich verschlechterte. Obwohl es in der türkischen Politik und Gesellschaft viel Widerstand gegen dieses Engagement gab, entschied sich der damalige Ministerpräsident Turgut Özal, der USA beizustehen. Als Gegenmaßnahme unterstützte der Irak den Kampf der PKK im Nachbarland. Die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern wurden daraufhin abgebrochen.[214] Die mächtigste ökonomische Waffe der Türkei war die Öl-Pipeline zwischen Kirkuk und Yumurtalık, die am 8. August 1990 geschlossen wurde. Der Boykott der Türkei war ein zentrales Element des Embargos, das das Saddam-Regime schwächen sollte.[215]

Während sich das Verhältnis beider Länder verschlechterte, erlebte die Türkei radikale innenpolitische Veränderungen, die schließlich auch ihre Außenpolitik beeinflussen sollten. Mit Necmettin Erbakan erreichte 1996 zum ersten Mal ein islamistischer Politiker in der kemalistisch-laizistischen Republik das Amt des Ministerpräsidenten. In dieser Zeit versuchte Erbakan eine vorsichtige Neuausrichtung der türkischen Außenpolitik. Er

bemühte sich um eine Entspannung in den Beziehungen mit dem Irak, allerdings dauerte seine Amtszeit nicht lange.[216] Bereits nach einem Jahr wurde die Regierung Erbakans durch das türkische Militär zum Rücktritt gezwungen. Die Intervention des Militärs, das sich den Schutz des Laizismus zur Aufgabe gemacht hatte, bezweckte sowohl in der Innenpolitik als auch in der Außenpolitik einen »Neustart«. Die Türkei sollte sich wieder am Westen orientieren.

Ein neuer Krieg

Nur wenige Jahre nach der Entmachtung von Erbakan änderte sich die Situation in der Region drastisch. Nach den Anschlägen des 11. September 2001 beschloss die Bush-Regierung einen Regimewechsel im Irak. Die Invasion wurde mit angeblichen Massenvernichtungswaffen legitimiert, doch selbst alte Partner der USA waren von der Notwendigkeit einer Besatzung des Irak nicht überzeugt. Auch die Türkei nicht, die im Gegensatz zum Golfkrieg von 1991 nicht mehr für eine aktive Rolle zu gewinnen war. Außerdem hatte das Embargo nicht nur der irakischen, sondern auch der türkischen Wirtschaft großen Schaden zugefügt. Die Koalitionsregierung unter der Führung des Sozialdemokraten Bülent Ecevit und des späteren Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan, der im Schatten des Irak-Krieges 2003 mit der konservativen AKP die absolute Mehrheit holte, wollten deshalb nicht zulassen, dass die USA erneut von türkischen Boden aus den Irak angriff.[217]

Gleichzeitig hatte sich aber nach dem Golfkrieg der Konflikt mit der PKK verschärft, die Türkei konnte nicht passiv bleiben. Sie wollte deshalb vor allem Mitsprache bei der Entwicklung der »Autonomen Region Kurdistans«, um der Entstehung eines unabhängigen kurdischen Staates entgegenwirken. Das sollte unter anderem durch eine Kooperation mit den Turkmenen der Region erreicht werden. Doch die türkischen Erwartungen wurden nicht erfüllt, denn die USA war auf die kurdische Unterstützung im Norden angewiesen. In den Diskussionen rund um die Beteiligung

der Türkei im Irak-Krieg 2003 offenbarte sich aber ein neues Phänomen: Die Regierungspartei AKP schaffte es, eine aktivere Rolle in der Gestaltung der regionalen Außenpolitik einzunehmen. Das Militär hielt sich vergleichsweise zurück. Infolgedessen gewann die AKP mit ihrer kritischen Haltung an zunehmender Popularität in konservativ-islamistischen Kreisen sowohl in der Türkei als auch international.[218]

Mit dem Regimewechsel im Irak vergrößerte sich der Handlungsspielraum der irakischen Kurden. Masud Barzani entzog der Türkei die Unterstützung im Kampf gegen die PKK. Als Reaktion darauf wollte Ankara die Beziehungen zu Bagdad intensivieren, »wenn auch nur aus dem Glauben heraus, dass eine starke zentrale Autorität ein Gegengewicht zu den kurdischen politischen Ambitionen bildet.«[219]

Einmal mehr dominierte das Paradigma der territorialen Einheit die türkische Außenpolitik. Deswegen wollte Ankara auf Akteure im Irak setzen, die mit ihm auf einer Linie waren. So wurde bei den irakischen Wahlen 2010 die Irakiya-Koaliton unter der Führung des schiitisch-nationalistischen Iyad Allawi unterstützt. Obwohl Allawi die Wahl in Bagdad mit knapper Mehrheit für sich entschied, erhielt Nuri al-Maliki nach monatelanger Pattstellung den Auftrag zur Gründung einer Einheitsregierung. Unter der Führung al-Malikis war jetzt eine Regierung am Werke, die aus türkischer Perspektive selbst zu einer Bedrohung der territorialen Einheit werden könnte.[220] Zwischen Erdoğan und al-Maliki entbrannte ein persönlicher Streit um die Aufnahme des ehemaligen sunnitischen Vizepräsidenten Tariq al-Haschimi durch die Türkei, nachdem das irakische Innenministerium einen Haftbefehl gegen al-Haschimi erlassen hatte.

Bereits ein Jahr vor den irakischen Wahlen hatte die Entdeckung von großen Erdöl- und Gasreserven in der »Autonomen Region Kurdistan« als Katalysator auf die Annäherungen zwischen Ankara und Erbil gewirkt. Diese beiden Faktoren und der Abzug der US-amerikanischen Truppen führten dazu, dass die Türkei sich immer mehr von Bagdad abwandte. Der syrische Bürgerkrieg verhärtete die Fronten zusätzlich. Mit Russland, Iran und der irakischen Regierung

unter al-Maliki waren gleich drei der Energieversoger der Türkei unter den Unterstützern des Assad-Regimes. Spätestens hier war die von der AKP-Regierung propagierte »Null-Problem-Politik« mit den traditionellen Nachbarn gescheitert.

Die »neue« Nachbarin

Die »Autonome Region Kurdistan« nutzte die Gelegenheit und präsentierte sich als alternativen und zuverlässigen Energielieferanten für die Ressourcen-hungrige Türkei. Außerdem brachte die Feindschaft zur PKK Ankara und Erbil einander näher.[221] Die Regierung führt seit 2011 einen sogenannten Friedensprozess, bei dem es nicht nur um den Waffenstillstand mit der PKK geht. Mit der selbstbewussten »Autonomen Region Kurdistan« gibt es einen Akteur, den die türkische Regierung dringend braucht. Der Waffenstillstand hält zwar, aber immer wieder gibt es vereinzelte bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen türkischen Sicherheitskräften und der PKK. Vor allem der Kampf um die syrisch-kurdische Grenzstadt Kobanê zwischen dem »Islamischen Staat« und der kurdischen PYD hat offenbart, dass der Rückzug von PKK-KämpferInnen nur langsam vorangeht und der türkische Staat noch immer sicherheitspolitische Bedenken hat. Von kurdischen Gruppen wurde die Türkei, die sich im syrischen Bürgerkrieg auf die Seite der Aufständischen gestellt hatte, der direkten und indirekten Unterstützung des IS beschuldigt. In der Türkei demonstrierten tausende Kurden auf den Straßen für die Öffnung eines Korridors zu Kobanê /Ain al-Arab, um die lokalen kurdischen PYD-Milizen mit Waffen zu versorgen. Die Türkei hingegen betrachtet die PYD als einen weiteren Ableger der PKK und erklärte sich nur zur Aufnahme von Flüchtlingen bereit, nicht aber für eine direkte Unterstützung der Verteidigungskräfte von Kobanê.[222]

Die Demonstrationen schlugen bald in gewalttätige Auseinandersetzung zwischen Protestierenden und der türkischen Polizei um. Kämpfe gab es jedoch nicht nur zwischen den

Demonstrierenden und den Sicherheitskräften. Es waren hauptsächlich PKK-Anhänger und Sympathisanten der kurdisch-islamistischen Partei HÜDA-PAR, die sich gegenüber standen. In wenigen Tagen starben Dutzende Menschen, Hunderte wurden verletzt, knapp vierhundert Personen verhaftet.[223]

Zerbrochene Tabus

Die radikalen Umwälzungen der vergangenen Jahre und die Annäherungsversuche an die kurdische Minderheit haben letztendlich die Türkei dazu gezwungen, den Nordirak als einen eigenständigen Nachbarn zu akzeptieren. So betont selbst der Ministerpräsident und ehemalige Außenminister Ahmet Davutoğlu, der als Architekt der türkischen Außenpolitik, aber auch als Initiator der gescheiterten »Null-Problem-Politik« gilt, dass sich die irakischen Grenzen de facto geändert hätten.[224] Im bejubelten Auftritt mit Barzani schreckte Erdoğan am 16. November 2013 als erster türkischer Regierungspolitiker nicht davor zurück, das Wort »Kurdistan« in den Mund zu nehmen.[225]

Erdoğan erfreut sich weiterhin großer Popularität und seine Anhängerschaft steht trotz scharfer nationaler und internationaler Kritik an seinem autoritären Stil, den Gezi-Ereignissen und Korruptionsvorwürfen hinter ihm. Doch seine Beliebtheit allein wäre nicht genug gewesen, um das türkische Tabu eines Kurdistans zu brechen, da sich auch unter der AKP-Wählerschaft genug Menschen finden, die in der kurdischen Minderheit weiterhin eine separatistische Gefahr sehen. Der Rassismus gegenüber den Kurden ist zwar nicht mehr salonfähig, doch die Anfeindungen bleiben weiterhin tief verwurzelt.

Die Annäherung zwischen Ankara und Erbil, die in dieser Form noch vor wenigen Jahren unvorstellbar gewesen wäre, zeigt, wie sehr die Ereignisse und Umstürze des Arabischen Frühlings auch die türkische Gesellschaft und Politik verändert haben. In einer Region, in der Staaten nacheinander wie Dominosteine umfallen, bietet das irakische Kurdistan vergleichsweise stabile Strukturen, die für

politische und ökonomische Beziehungen notwendig sind. Die geheimen Treffen, die es zwischen der türkischen Regierung und Vertretern der kurdischen Regionalregierung bereits seit 2007 gibt, haben in den vergangenen Jahren einen offiziellen Charakter erhalten. Im Jahr 2012 stattete selbst Ahmet Davutoğlu als Außenminister der Stadt Kirkuk einen Besuch ab, ohne einen Zwischenstopp in Bagdad einzulegen »und schickte ein klares Signal, dass die Türkei darauf vorbereitet ist, Abkommen zu verletzen, um die eigenen Interessen im Irak zu schützen.«[226] Eine der größten gemeinsamen Interessen ergibt sich aus dem Erdöl. Ankara und Erbil schlossen Verträge ab, die von der Zentralregierung in Bagdad nicht anerkannt werden und als ein Eingriff in die Souveränität des Irak gewertet werden.[227] Anfang 2014 drohte dieser Konflikt zu eskalieren. Doch aufgrund des Druckes durch den Vormarsch des »Islamischen Staates« waren Bagdad und Erbil gezwungen, sich auf einen Öl-Exportpakt zu einigen. Dieser trat unmittelbar darauf, Anfang 2014, in Kraft.

Das Verhältnis zwischen diesen »neuen« Nachbarn ist mittlerweile so stabil, dass selbst die Belagerung von Kobanê und die darauffolgenden Proteste die Kooperation sogar verstärkten. Statt dem internationalen Druck nachzugeben und die Verteidiger von Kobanê direkt mit Waffen zu versorgen, einigte sich die türkische Regierung mit Barzani. Die Kämpfer der Peschmerga durften die türkischen Grenzen passieren, um die PYD-Kräfte in Kobanê zu unterstützen. Außerdem soll die türkische Armee Einheiten der Peschmerga im Kampf ausbilden. Doch gerade in dieser heiklen Zusammenarbeit betonte Davutoğlu, dass die türkische Regierung die Peschmerga als Teil der irakischen Armee sehen.[228] Solche Aussagen offenbaren, dass die Türkei weiterhin an der Vorstellung eines vereinten Irak festhält und sie die Beziehungen zu Bagdad nicht dauerhaft abbrechen will.

Gewiss ist nur das Ungewisse

Die »Null-Problem-Politik« ist gescheitert, vor allem deshalb, weil die Türkei im gesamten Nahen Osten eine viel aktivere Rolle in der Region einnimmt als es vor 2011 noch der Fall war und sie sich nicht mehr in einem luftleeren Raum bewegt. So jung die Beziehungen zwischen der Türkei und der »Autonomen Region Kurdistan« auch sind, verdeutlichen sie dennoch, wie sehr sich die türkische Außenpolitik verändert hat. Die enge Zusammenarbeit beweist eine neue Flexibilität Ankaras.

Im syrischen Bürgerkrieg hingegen verharrt die Türkei auf ihrer Position und fordert offen einen Regimewechsel. Eine mögliche Intervention in Syrien, an der die Türkei teilnehmen könnte, müsste die Entmachtung des Assad-Regimes zum Ziel haben.[229] Wobei sie auch hier auf der Beibehaltung der syrischen Grenzen besteht, sonst würden sich auch hier die Kurden in Zukunft unabhängig machen. Dennoch bleibt die türkische Außenpolitik in vielerlei Hinsicht pragmatisch, selbst in der Zusammenarbeit mit Russland, das weiterhin hinter dem Assad-Regime steht. Trotz gegensätzlicher Positionen im syrischen Bürgerkrieg haben Ankara und Moskau beschlossen, ihren Handel zu verdreifachen; gleichzeitig versprach Russland, den Gaspreis für die Türkei um sechs Prozent zu senken.[230]

Die Energiefrage bestimmt auch die türkisch-kurdische Partnerschaft. Trotzdem wird sie aber eher von politischen Faktoren als von wirtschaftlichen beeinflusst. So wichtig Ankara das eigene Engagement im Nordirak auch ist, verfolgt die türkische Außen- und Energiepolitik eine durchaus widersprüchliche Strategie. So wäre Anfang 2015 die Türkei in der Lage, ihren Energiebedarf ohne große Verluste über Russland zu decken. Damit scheint aus türkischer Perspektive der Friedensprozess vielleicht das wichtigste Motiv, um das enge Verhältnis zur »Autonomen Region Kurdistan« zu pflegen. Die Kobanê-Krise hat diesen Prozess zwar nicht beendet, aber ihre Fragilität offenbart. Die Nachbarschaftsbeziehungen zeigen viele Ungewissheiten auf. Der Ausgang des syrischen Bürgerkriegs oder innenpolitische Veränderungen im Irak und in den irakischen Kurdengebieten könnten diese Beziehungen jederzeit verstärken oder auch gefährden. Trotz dieser Ungewissheiten bleibt eines sicher

– die innenpolitischen Veränderungen in der Türkei spiegeln sich immer mehr in einer eigenständigen Außenpolitik wider.

Werner Ruf

Blutige Grenzen: Wie Öl, Gas und Geostrategie die Landkarte des Nahen und Mittleren Ostens verändern

Als George W. Bush im September 2002 sein ambitiöses Programm für eine Demokratisierung des Nahen und Mittleren Ostens verkündete, wurde dies vor allem in der Region selbst als ein Vorwand für eine real beabsichtigte imperialistische Kontrolle der Region durch die nach Ende der Bipolarität verbliebene einzige Supermacht verstanden.[231] Bereits mit dem nach dem 11. September 2011 verkündeten *»war on terror«* und dem Angriff auf Afghanistan hatte die US-Administration ihren Anspruch als Ordnungsmacht in der Region und weltweit angemeldet, wie dies beispielsweise im neo-konservativen »Project for a New American Century« (PNAC) klar formuliert ist.[232] In der Tat wurde dieser strategische Entwurf als flankierende Maßnahme zum Kampf gegen den von al-Qaida ausgehenden transnationalen Terrorismus präsentiert. Wer jedoch Demokratie im Nahen Osten fordert, müsste unmittelbar an Saudi-Arabien denken, wo es weder Rechtsstaatlichkeit noch Gewaltenteilung, geschweige denn eine durch Wahlen legitimierte Exekutive gibt. Nicht zuletzt stammten fünfzehn der neunzehn Attentäter von 9/11 aus Saudi-Arabien. Aber: als herausragender Feind der Demokratie wurde das Regime von Saddam Hussein im Irak ausgemacht, das bis Beginn der 1990er Jahre verlässlicher Verbündeter im Kampf gegen den Iran gewesen war.

Der Slogan »Democratizing the Middle East« implizierte immer auch jene andere, unmittelbar mit dem Begriff Demokratie verbundene amerikanische Zielvorstellung, die »*market economy*«, also die Herstellung marktwirtschaftlicher Verhältnisse. Hier dürfte

der Schlüssel für den Krieg des Jahres 2003 gegen den Irak liegen, denn der staatliche Ölsektor des Landes entsprach in keiner Weise marktliberalen Ordnungsvorstellungen, verhinderte er doch den Zugriff privater (US-amerikanischer) Konzerne auf die irakische Ölproduktion und Vermarktung. Nicht zufällig besetzten daher die US-Truppen sofort das Erdölministerium, während beispielsweise das Nationale Museum tagelang Plünderern überlassen blieb.[233]

Das von der Bush-Administration vorangetriebene Projekt des »Greater Middle East[234], das zunächst im Krieg gegen den Irak und dem »Regierungswechsel« in diesem Land gipfelte, ermöglichte mit dem von den USA durchgesetzten neuen Ölgesetz den internationalen Konzernen den Zugriff auf die riesigen Erdölreserven dieses Landes, die bis dahin staatlicher irakischer Kontrolle unterstanden. Das einzige Land des *Greater Middle East* (der sich je nach Lesart von der Atlantikküste Afrikas bis Pakistan oder auch bis Indonesien erstreckt), das noch nicht unter zumindest indirekter Kontrolle der USA steht, ist der Iran. Das Land verfügt über rund zehn Prozent der weltweit bekannten Ölreserven, die Erdgasvorräte werden noch weit höher geschätzt. Iran kooperiert sowohl mit den westlichen Industrieländern wie mit deren harten Konkurrenten: Allein die Verträge mit China sehen für die nächsten 25 Jahre Investitionen in Höhe von mehr als 100 Milliarden Dollar vor. Bereits abgeschlossen ist ein Vertrag zwischen der »National Iranian Oil Company« (NIOC) mit der »China National Petroleum Corporation« (CNPC) zur Erschließung des Erdgasfelds »South Pars«, das als größtes Erdgasfeld der Welt gilt – die Exploration des Erdgasfeldes »North Pars« steht bevor. Mit Russland hat Iran einen Vertrag geschlossen, der den Bau einer asiatischen Pipeline zur Belieferung Indiens und Chinas vorsieht. Mit beiden Ländern hat Iran langfristige Lieferverträge abgeschlossen. Iran ist so zu einem Schlüsselstaat für die aufsteigenden Großmächte China und Indien und zu einem wichtigen Partner und Konkurrenten Russlands geworden. Guido Steinberg von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) sieht daher Iran als einen »heißen Kandidaten für eine geopolitische Umorientierung, also eine Abkehr vom Westen«[235]. Noch immer in der Schwebe ist die Diskussion um die Gründung

eines sich am Vorbild der OPEC orientierenden Kartells der Erdgas produzierenden Staaten.[236]

Der Kampf um die Pipelines

Seit »peak oil«, sprich der Höhepunkt der Öl- und Gasförderung erreicht, wenn nicht gar überschritten zu sein scheint, wachsen einerseits zwar die Bemühungen um alternative Energien, andererseits sind Öl und Gas für viele Wirtschaftsbereiche noch immer unersetzbar, sodass die Energiesicherung massiv in den Vordergrund staatlicher Interessen gerät. Und hierbei geht es nicht nur um die Sicherung der Rohstoffquellen, sondern vor allem der Transportwege auf globaler Ebene: Nicht zufällig schreibt Frederick Starr, Leiter des Kaukasus-Instituts der John Hopkins University: »Wer bestimmen kann, wie die Pipeline-Karte aussieht, […] wird die Zukunft eines riesigen Teils der Welt bestimmen.«[237]

Da Europa und Asien eine gewaltige Landmasse bilden, kann der Energiefluss von Ost nach West relativ leicht über Pipelines organisiert werden. Aufgrund dieser territorialen Gebundenheit des Energietransports spielen geostrategische Erwägungen eine zentrale Rolle. So führt eine Pipeline aus dem Südiran über Täbris durch Armenien ins türkische Erzerum und von dort zum Erdölhafen Ceyhan. In Erzerum sollte sie angeschlossen werden an die geplante Pipeline Nabucco, die von der EU gebaut werden und Erdöl und Erdgas aus dem Kaspischen Becken via Baku und Tiflis unter Vermeidung russischen und serbischen Territoriums nach Österreich und nach Tschechien pumpen sollte. Nachdem der deutsche Konzern RWE aus wirtschaftlichen Gründen aus dem Trägerkonsortium ausgeschieden ist, wurde das Projekt 2013 aufgegeben.

Damit hätte Russland mit seiner unter dem Namen »Southstream« geplanten Pipeline, dem Gegenstück zur Ostsee-Pipeline »Northstream«, den Wettlauf der beiden Mega-Projekte gewonnen. »Northstream«, dessen Aktionärsausschuss der ehemalige deutsche Bundeskanzler Schröder vorsitzt, sichert Deutschland eine privilegierte Versorgung mit russischem, meist aus Sibirien

stammenden Gas, da die Pipeline unter Umgehung der EU-Staaten und den NATO-Mitgliedern Polen, Litauen, Lettland und Estland direkt aus der Nähe von Sankt Petersburg nach Travemünde führt. Blockaden durch Drittstaaten sind damit ausgeschlossen – ebenso aber die Energieversorgung der vorgenannten Staaten mit russischem Gas.

Die russische Pipeline »Southstream« hätte ebenfalls von Baku über Tiflis, dann aber über russisches Territorium und durch das Schwarze Meer via Belgrad nach Wien und Prag geführt werden sollen. Die Trassenführung verlief so weit wie möglich über russisches und dann »befreundetes« serbisches Territorium. Im Zuge der Auseinandersetzungen in der und um die Ukraine 2014 haben jedoch EU und NATO den Bündnispartner Bulgarien unter Druck gesetzt, den bereits genehmigten Bau der Pipeline durch sein Territorium zu verbieten. Nach dem Aus für Nabucco hat schließlich auch der russischer Konkurrent aufgegeben. Das Projekt »Southstream« ist Dezember 2014 aufgegeben worden.

An diesen gigantischen Projekten zur Energieversorgung werden die geostrategischen Zusammenhänge beispielhaft sichtbar, die die Bedeutung Georgiens in der Konfrontation zwischen NATO und Russland aufzeigen. Wäre Georgien im August 2008 Mitglied der NATO gewesen, wie die USA es wollten und noch immer wollen, das Eskalationspotenzial dieses Konflikts hätte die schlimmsten Vorstellungen der Zeit des Kalten Krieges wahr werden lassen können – so wie die Krise um die Ukraine Ähnliches erahnen lässt.[238]

Das Scheitern von Nabucco brachte gravierende Folgen für die Projekte Katars und des Iran mit sich:[239] Die iranische Pipeline sollte vom Feld South Pars, das Iran gemeinsam mit Katar ausbeutet, über Irak und Syrien in der Türkei an Nabucco herangeführt werden. So bleibt nur der mögliche Anschluss an die Baku-Tiflis-Ceyhan Pipeline (BTC), die 2006 in Betrieb ging und über 1760 Kilometer vom Kaspischen Meer zum Mittelmeer führt. Die BTC ist jedoch eine Öl-Leitung, eine Gas-Leitung müsste zusätzlich gebaut werden. Zwar ist die Verflüssigung von Gas kein technisches Problem mehr, so dass Ceyhan auch zum Gas-Hafen umgebaut

werden könnten, jedoch frisst die Verflüssigung von Gas und das Kühlen auf eine Temperatur von -160° auf den Transportschiffen Teile der transportierten Energie.

Dieses Problem trifft auch die geplante Pipeline vom iranischen Teil von South Pars, die ebenfalls an Nabucco angeschlossen werden wollte. Im Juli 2011 wurde der Abschluss eines Vertrags zwischen Iran, Irak und Syrien vereinbart, der dieses Projekt realisieren sollte. Dabei wurde auch daran gedacht, dafür eine bis nach Mitteleuropa führende Pipeline zu bauen. Dagegen standen die Sanktionen gegen den Iran, und schließlich machte der Krieg in Syrien diese Pläne zumindest vorläufig zunichte. Mit dem Auftauchen des »Islamischen Staates« auf internationaler Ebene scheint sich eine Revision der westlichen Politik gegenüber Iran anzubahnen: Die geostrategischen Zwänge und die daraus resultierenden Interessen (einschließlich der Verschlechterung der Beziehungen des Westens zu Russland) könnten ihrerseits zu einer Neuaufteilung der geopolitischen Landkarte in Greater Middle East beitragen.

Die Weiterungen des Krieges in Syrien

Im Krieg in Syrien zeigt sich wie in einem Brennglas das wirre Knäuel politischer und geostrategischer Interessen der großen wie der regionalen Mächte.[240] Der Arabische Frühling brachte eine gewaltige Verschiebung der regionalen Machtkonstellation mit sich: Er führte zum Sturz mehrerer säkularer Regime und deren Ablösung durch islamistische Kräfte mit sehr unterschiedlichen Artikulationen. Allein das kleine und energiepolitisch wie geostrategisch unwichtige Tunesien scheint in der Lage, eine funktionierende und einigermaßen selbstbestimmte Demokratie aufzubauen, wie dies die Wahlen vom 26. Oktober 2014 erhoffen lassen: Stärkste Kraft wurde die säkulare, bürgerliche Partei Nidaa Tunis (Ruf Tunesiens) mit 86 Sitzen. Die islamistische Partei en-Nahda (die Wiedergeburt), die 2011 bei den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung mit Abstand stärkste Kraft geworden war, fiel auf 69 Mandate zurück.

Mit der »Arabellion« verschwanden bis auf die relative Ausnahme Tunesien wichtige säkulare Systeme der Region wie Ägypten und Libyen, die Islamisten gingen insgesamt gestärkt aus den Umstürzen hervor und verstärkten ihren Einfluss vor allem in Marokko und Jordanien. Erstmals in ihrer mehr als fünfzigjährigen Geschichte wurde die Arabische Liga politisch handlungsfähig, als sie mit ihrer Resolution zu Libyen die Vorlage für die Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrats lieferte, die die sogenannte Flugverbotszone über Libyen verfügte. Unter Berufung auf diese Resolution begannen Frankreich und Großbritannien ihre Boden-Bombardements, um Gaddafis Armee und schließlich ihn selbst zu vernichten. Dass dieser Krieg in keiner Weise von der Resolution des Sicherheitsrats gedeckt war, kümmerte weder die beiden verblichenen Großmächte noch die NATO, die schließlich die Kriegsführung übernahm.[241] Der seit 2011 andauernde Krieg in Syrien mit dem Ziel der Vernichtung des Assad-Regimes wäre vorläufig das letzte Glied in der Kette der säkularen und multikonfessionellen Staaten, deren Sturz die endgültige Konfessionalisierung der Region mit sich bringen würde. Der arabische Raum (und die angrenzende Sahel-Region) werden nach der »Arabellion« von den Despotien am Golf genutzt, um durch eine Stärkung des politischen Islam die eigene reaktionäre Herrschaft im geopolitischen Vorfeld zu sichern.

Bereits der »Regierungswechsel« in Irak hatte mit Hilfe der USA zur Etablierung einer (korrupten) schiitischen Regierung geführt: Im Gegensatz zum säkularen Regime Saddam Husseins hatten die USA Religion zum Herrschaftskriterium gemacht. Die Säuberung des Staatsapparats und der Armee von Mitgliedern und Anhängern der Staatspartei schien den USA wichtiger als die Nähe eines schiitischen Regimes zum Erzfeind Iran. Diese Entscheidung Washingtons erscheint im Rückblick umso grotesker, als die erlogenen Massenvernichtungsmittel des Irak als Kriegsgrund für die Zerstörung des weitgehend säkularen Irak herhalten mussten. Dieser hatte bis zum zweiten Golfkrieg (1991) jenes Gegengewicht gegen den Iran dargestellt, das die USA (Erster Golfkrieg 1980 bis 1988) bis dahin für ihre Politik gegen Teheran instrumentalisiert hatten.

Durch die Konfessionalisierung der Politik wurde in Nah- und Mittelost ein neues politisches Paradigma etabliert, das auch der Fluch des Samuel Huntington genannt werden könnte: Er hatte die »Kulturen« weitestgehend mit Religionen gleichgesetzt und die Kämpfe zwischen ihnen als entscheidendes Paradigma der Konflikte im 21. Jahrhundert bezeichnet.[242] Werden Religion bzw. Konfession anstelle der Nation zum neuen politische Identifikationsmuster gemacht (und durch die reale Politik wie in Irak seit 2003 praktiziert), dann wird nicht nur die politische Landkarte des gesamten arabischen Raums in Frage gestellt – das Huntingtonsche Paradigma wirkt wie ein Brandbeschleuniger in der multikonfessionellen und multiethnischen Region. Dies gilt erst recht, nachdem der sich abzeichnende Machtverlust des US-Hegemons den regionalen Akteuren größere Spielräume beschert hat.

Die Instrumentalisierung der Religion zum Zweck der Erweiterung der eigenen Herrschaft und der Ausdehnung des Einflusses ist dabei keineswegs monolithisch oder kohärent. Jenseits der von den Golfstaaten beförderten Islamisierung zeigen sich Gegensätze im Lager der vom wahabitischen Islam geprägten Despotien am Golf: Saudi-Arabien, die VAR und Kuwait verschärften ihren Kurs gegen die Muslimbrüder, was schließlich – offensichtlich zum Leidwesen der USA – zum Putsch des Militärs in Ägypten und zum Rücktritt der *en-nahda*-Regierung in Tunesien führte. Katar dagegen setzte bis Ende 2014 auf die Karte der Muslimbrüder, was schließlich zur Abberufung der Botschafter der drei oben genannten Staaten aus Doha führte: Grund dafür war, dass der Emir von Katar sich weigerte, die Freitagspredigten des geistigen Führers der Muslimbrüder, Youssef al Qaradaoui, aus dem Programm des arabischen Senders *Al Jazeera* zu nehmen.

Dieses Ringen um Hegemonie auf der Arabischen Halbinsel zeigt sich insbesondere in der finanziellen und militärischen Unterstützung der unterschiedlichen in Syrien kämpfenden Milizen, die dort nach dem Prinzip privater militärischer Unternehmen agieren, wie jene nicht-staatlichen Gewaltakteure, die im Auftrag der USA schon auf dem Balkan, im Irak und in Afghanistan, aber

auch – weniger auffällig – in Afrika tätig sind.[243] Jenseits der Golfstaaten verfolgte die Türkei ihre eigenen Ziele im syrischen Konflikt, indem sie sich auf die Seite der Muslimbrüder stellte, aber offensichtlich auch dschihadistisch-wahabitische Gruppen unterstützte.[244] Dabei scheinen die Fronten der Unterstützer nicht konsequent entlang der die dschihadistischen Gruppen trennenden ideologischen Grenzen zu verlaufen: So unterstütz(t)en Katar und die Türkei auch wahabitisch-salafistische Gruppen, wahrscheinlich um ihren Einfluss auf diese geltend zu machen und um sie nicht allein Saudi-Arabien zu überlassen. Die *Washington Post* spricht von etwa eintausend Milizen (nicht: Kämpfern!), die auf den syrischen Schlachtfeldern unterwegs sind – viele von ihnen mit ausländischer Unterstützung.[245]

Diese Gewaltakteure, in unseren Medien meist fälschlicherweise als »Gotteskrieger« bezeichnet, verfügen über schier unendliche personelle Ressourcen und haben längst eigene Gewaltökonomien aufgebaut: Entführungen, Erpressungen, Wegelagerei, Drogen- und Waffenhandel sind einträgliche Einkommensquellen, die es diesen Banden erlauben, sich von ihren »Auftraggebern« mehr oder weniger unabhängig zu machen und auf eigene Rechnung sehr irdische Ziele zu verfolgen.[246] Dies gilt offensichtlich auch für die Rekrutierung der Dschihadisten, die beispielsweise in Tunesien bei der Anwerbung ein Handgeld zwischen 6.000 und 10.000 US-Dollar[247] und einen täglichen Sold von rund 300 US-Dollar[248] erhalten sollen.

Exkurs: Der »Islamische Staat«

Diese Gruppierung kämpfte – neben vielen anderen – unter wechselnden Namen (zuletzt: ISIS, Islamischer Staat im Irak und Syrien) zuvor in Syrien. In die Schlagzeilen unserer Medien geriet sie erst, als sie im Norden des Irak die Armee überrannte und mittlerweile bis vor die Tore von Bagdad vorstieß. Sie zeichnet sich durch ungeheure Grausamkeit und Brutalität gegen nicht-sunnitische Minderheiten, aber auch gegen Sunniten aus. Die

medienwirksam verbreiteten Scheußlichkeiten beging sie auch drei Jahre lang zuvor in Syrien. Da der Terror formal aber gegen das Regime Assads gerichtet war, fanden ihre Brutalitäten in unseren Medien wenig Beachtung. Der ausgeübte Terror verfolgt das Ziel, durch die Verbreitung von Angst und Schrecken die Herrschaft ihres »islamischen« Systems zu sichern. Neu aber ist, dass der »Islamische Staat« nicht nur destruktiv handelt, sondern staatliche Funktionen wahrnimmt: Erstmals seit Jahren funktioniert in den von ihm okkupierten Gebieten im Norden des Irak die Grundversorgung der (sunnitischen) Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Strom und Wasser wieder einigermaßen.

Der »Islamische Staat« (IS) kann dies leisten, weil er über gewaltige Finanzmittel verfügt. Auch zahlt der IS anscheinend wesentlich mehr Sold als die anderen Terrorgruppen, was viele Kämpfer motiviert, zu ihm überzulaufen. Auch hier also: Es geht nicht um Religion, sondern um Geld. Die Schätzungen über die Truppenstärke des »Islamischen Staats« überschlagen sich während der Fertigstellung dieses Manuskripts fast täglich, letzte von der CIA gelieferte Zahlen belaufen sich auf »bis zu 31.500 Kämpfer«.[249] Andere Schätzungen sprechen inzwischen von 50.000 Söldnern. Die Vereinten Nationen schätzen die derzeit am Krieg beteiligten ausländischen Kämpfer auf etwa 15.000.[250]

Die Einnahmen des IS werden auf zwei Millionen US-Dollar/Tag geschätzt.[251] Wie jede andere dieser terroristisch operierenden Organisationen stammen die Einnahmen aus Erpressung, »Steuern« (insbesondere Kopfsteuern von nicht-sunnitischen Personen, Wegezöllen an Straßensperren etc.), Schutzgelderpressungen, Entführungen und abgepressten Lösegeldern. Hinzu kommen Banküberfälle in großem Stil und die Plünderung der archäologischen Schätze des Landes (Museen, Ausgrabungsstätten, Kirchen).[252] Im Falle des IS kommt als Finanzquelle der Verkauf von Öl aus Syrien und dem Nordirak hinzu: kontrolliert werden zu Redaktionsschluss dieses Buches Anfang 2015 sieben Ölfelder und zwei Raffinerien im Nordirak und sechs der zehn Ölfelder in Ostsyrien. Über türkische Mittelsmänner wird das Öl vermarktet,

etwa zum halben Preis der Börsennotierungen. Bereits hier zeigt sich, dass diese Praktiken offensichtlich toleriert werden.

Ihre Finanzierungsquellen erlauben es den Banden, sich von ihren ausländischen Geldgebern (meist auf der Arabischen Halbinsel) unabhängig zu machen: Ähnlich wie die Taliban, die noch während des Krieges gegen die Sowjetunion in Afghanistan von den Saudis finanziert und von der CIA ausgebildet wurden, emanzipieren sich die in Syrien agierenden Gruppen von ihren Förderern und Auftraggebern und arbeiten auf eigene Rechnung. Dieser Prozess scheint selbst in Saudi-Arabien zu einem Umdenken zu führen: Die saudische Despotie beginnt wohl die Gefahr zu begreifen, die für sie selbst von diesen Gruppen ausgehen kann, wie jüngste Beschlüsse Saudi-Arabiens, der VAR und Kuwaits zur Terrorbekämpfung zeigen.[253] Nicht auszuschließen ist allerdings auch, dass es sich bei diesen »Maßnahmen« um Lippenbekenntnisse gegenüber den westlichen Staaten handelt. Die »privaten« Geber in den Staaten der Arabischen Halbinsel sind von der veränderten Politik (so dies wirklich der Fall sein sollte) des Hauses Saud ohnehin nicht betroffen.

Barbarei, territoriale Unordnung – und das Öl

Mit dem Erscheinen des »Islamischen Staates« auf der internationalen Bühne scheint allerdings eine neue Art von nicht- oder prä-staatlichen Gewaltakteuren auf den Plan zu treten. Diese Gruppe hat es erstmals geschafft, die Eigenfinanzierung auf ein Niveau zu bringen, das sie von staatlichen und parastaatlichen Akteuren unabhängig macht. Es ist nicht der Schrecken, den der »Islamische Staat« in Irak verbreitet (und drei Jahre lang mit westlicher Billigung in Syrien verbreiten durfte), der in professionellen Sicherheitskreisen Nervosität verursacht, sondern das Erscheinen einer brutalen und zugleich disziplinierten, hierarchisch aufgebauten Truppe, die eigenständig und unabhängig von fernen Auftraggebern agiert. Bedrohlich ist im Grunde auch nicht die brutale Durchsetzung einer scheinbar gottgewollten

reaktionären Ordnung. Diese besteht längst anderswo und wird vom Westen akzeptiert, beispielsweise in Saudi-Arabien, wo die Enthauptungen von Menschen wöchentlich auf öffentlichen Plätzen durchgeführt werden. Jedoch: Saudi-Arabien ist ein umworbener Kunde beim Waffenexport und »einer der wichtigsten Anker der Stabilität in der Region«[254], wie es der damalige deutsche Verteidigungsminister Thomas de Maizière ausdrückte.

Mit dem Auftreten des IS und der Ausrufung eines Kalifats durch den Kalifen mit dem Kriegsnamen Abu Bakr al Baghdadi ist das Chaos im Mittleren Osten in eine neue Phase getreten: Im Gegensatz zu al-Qaida, die sich dem Kampf gegen »den Westen« verschworen hat, erhebt »Kalif Ibrahim« erstmals den Anspruch auf Territorialität und eine Staatlichkeit, die Syrien und wesentliche Gebiete des Irak umfassen soll. Tatsächlich werden im Herrschaftsgebiet des IS (para-) staatliche Strukturen geschaffen. Mit seinem Kriegsnamen knüpft »der Kalif« an den ersten rechtgeleiteten Kalifen und Nachfolger des Propheten an. Mit »al Baghdadi« verweist der in Samarra geborene Dschihadist auf das Abassiden-Reich, das die Stadt Bagdad 762 gegründet hatte. In den von ihm kontrollierten Gebieten in Syrien und Irak hat sich der »Islamische Staat« eine territoriale Basis geschaffen, die die bestehende territoriale Ordnung des Nahen und Mittleren Ostens konkret in Frage stellt.

Dieses »Kalifat« könnte hundert Jahre nach Beginn des Ersten Weltkriegs der Ordnung von Sèvres, die auf dem britisch-französischen Sykes-Picot-Abkommen von 1916 basierte, den endgültigen Todesstoß versetzen: Im Pariser Vorort Sèvres war 1920 das Osmanische Reich von den Siegermächten aufgeteilt worden. Die imperialistischen Großmächte hatten damals jene bis heute gültigen Grenzen gezogen und Regime installiert (oder destabilisiert) wie dies ihren Interessen, keinesfalls aber den ethnischen oder religiös-kulturellen Gegebenheiten der Region entsprach. All dies, und nicht nur die damals ungelöste Kurdenfrage und das Palästinaproblem, kommt nun wieder auf die politische Tagesordnung. Der Regimewechsel im Irak und der jetzt mittels gewalttätiger Subunternehmer versuchte Umsturz in Syrien erweisen

sich als ein Sprengsatz, der seine Erfinder unmittelbar zu bedrohen scheint.

Zerfall der territorialen Ordnung

Sicher ist, dass der Export von Öl und Gas weiterhin die finanzielle Basis nahezu aller staatlichen Gebilde in diesem Raum sein wird – mit all den gravierenden Folgen, die eine Rentenökonomie für diese Gesellschaften hat. Zwar ermöglichen die Einkünfte daraus Mindest-Versorgungsleistungen des Staates, die dazu verwendet werden können, die Bevölkerung sozial ruhig zu stellen. Zugleich aber sichert die Rentenökonomie die Aufrechterhaltung der Abhängigkeit der entsprechenden Staaten vom industrialisierten Norden. Durch die Verhinderung einer Industrialisierung wird auch die Entstehung eines nationalen Bürgertums und politisch selbstbewusster Organisationen der Lohnarbeitenden vermieden. Im Falle der Petro-Despotien am Golf kann durchaus angenommen werden, dass diese Politik gezielt verfolgt wird: Soweit vor allem im Dienstleistungsbereich menschliche Arbeit notwendig ist, wird diese von ausländischen Lohnsklaven erbracht. Zugleich wird jede produktive Tätigkeit durch Einheimische behindert. Bedarfsgüter jeder Art werden importiert. So erklärt sich das Paradox, dass die reichsten Staaten der Welt zugleich die unterentwickeltsten sind.

Die Herrscher der Golf-Despotien aber finden sich zugleich unter den wichtigsten Akteuren an den Finanzbörsen. Es gibt kaum ein wichtiges Unternehmen weltweit, an dem sie nicht Beteiligungen hielten. Das die Weltwirtschaft dominierende neoliberale Konzept entspricht passgenau den auch islamistischen Ideologien zugrunde liegenden Vorstellungen von Freihandel. Der Westen dürfte keine Schwierigkeiten haben, sich mit solchen Partnern zu arrangieren, was er zumindest in der Vergangenheit hinreichend bewiesen hat. Die vom IS eroberten und kontrollierten Gebiete liegen an den Nahtstellen der Ölproduktion und vor allem wichtiger geplanter und bestehender Pipelines. Ein Arrangement mit den fälschlicher Weise »Gotteskrieger« genannten Milizen und Banden ist also durchaus

denkbar, die »Hilflosigkeit« gegenüber den türkischen Mittelsmännern des Ölexports deutet bereits in diese Richtung.

Die Gefahr auch für die Rohstoffsicherheit des Westens liegt auf politischer Ebene: Wenn sich ethnische und vor allem religiöse Ordnungs- und Identitätsvorstellungen durchsetzen, wird der Nahe und Mittlere Osten nicht mehr jenes Mosaik von neben- und miteinander lebenden ethnischen und vor allem konfessionellen Gemeinschaften in bestehenden Staaten sein, als welcher er eineinhalb Jahrtausende existierte. Die Herstellung ethnisch und religiös homogener Herrschaftsräume mit einer an (extremistischen) religiösen Vorstellungen orientierten Staatlichkeit wird auf Jahrzehnte zu blutigen Konflikten, Vertreibungen und Völkermord führen. Inwieweit diese das Hauptinteresse des Westens, die Energiesicherung gefährden, bleibt dahingestellt. Die Sicherung der Pipelines und ihrer Alimentierung aus den Fördergebieten dürfte dann die eigentliche Herausforderung darstellen, die erwiesenermaßen schon immer vor dem feierlich vorgetragenen Bekenntnis zu Menschenrechten rangierte. Wer dann die »neue Ordnung« dominiert, dürfte von sekundärer Bedeutung sein: Der bellizistische Menschenrechtsdiskurs wird nur aktiviert, wenn es um Interessen geht. Mit den Herrscherhäusern der al Saud, der as-Sabah, der al Khalifa, der al Thani und wie sie alle heißen, kann der Westen sehr gut leben – warum sollte das mit den »Gotteskriegern« nicht möglich sein, wenn sie sich erst einmal staatlich konstituiert haben, ihre Ordnung sich als »stabil« erweist und die Zufuhr »unserer« Rohstoffe gesichert ist?

Nach den Kriegen in Afghanistan, Irak, Libyen, Mali und vor allem dem noch andauernden Krieg in Syrien, den Staatszerfallsprozessen in Somalia und Jemen scheint es unwahrscheinlich, dass die Rückkehr zu den alten säkularen und territorialen Ordnungen der vor hundert Jahren in Sèvres aufgeteilten Region noch möglich ist. Die Geister, die die westlichen Kanzleien gerufen haben, dürfte die Welt so schnell nicht wieder loswerden.

Reza Nourbakhch-Sabet

Wasser, Krieg und Ökozid im südlichen Mesopotamien

Der Titel des vorliegenden Beitrags mag reißerisch anmuten, doch die Geschichte der Madan, die auch Marsch-Araber bezeichnet werden, eignet sich nicht nur als Stoff für ein abenteuerliches Drama, sondern auch als Lehrbuchbeispiel eines Ökozids. Die Madan/Marsch-Araber leben im Süden Iraks, am Zusammenfluss von Euphrat und Tigris. Sowohl die dort ansässige Bevölkerung mit ihrer einzigartigen Subsistenzökonomie, als auch die ökologische Bedeutung machte die 20.000 Quadratkilometer große Sumpflandschaft zu einem der wichtigsten Feuchtgebiete der Welt. Über tausende Jahre zogen Veränderungen nur sehr langsam ins Sumpfland – bis ins Jahr 1991. Im darauffolgenden Jahrzehnt verwandelten sich 90 Prozent des Feuchtgebietes in eine ausgedörrte Wüstenlandschaft. Ein Ökosystem wurde vorsätzlich zerstört und die dort lebende Bevölkerung zu großen Teilen ihrer Lebensgrundlage beraubt. Im Folgenden sollen nicht nur wesentliche Aspekte zur Geschichte der Madan und der südirakischen Sumpflandschaft dargestellt, sondern auch polit-ökologische Fragestellungen aufgeworfen werden, die in den gängigen Erzählweisen oft unterbelichtet bleiben. So führt beispielsweise das Hinterfragen der »Einzeltäter-These«, nach der das Baath-Regime unter Saddam Hussein im Alleingang die Sümpfe trocken legen ließ, und die kritische Auseinandersetzung mit Problemen beim Restaurieren der Sümpfe auch zur aktuellen Situation im Irak. Der Bau von Staudämmen und die damit verbundene Entnahme von Wasser aus Euphrat und Tigris durch Nachbarstaaten wie die Türkei stellen den Irak vor massive

Schwierigkeiten. Der durch den Klimawandel verschärfte Konflikt um die Ressource Wasser verkörpert ein mindestens genauso großes Problem wie die Eroberungen von Staudämmen durch Schergen des »Islamischen Staates«, die Wasser als Waffe einsetzen.

Im Sumpf

Hinter dem Begriff »Sumpfland« steht eine eindrucksvolle Landschaft am Zusammenfluss von Euphrat und Tigris. Man stelle sich Schilf vor, viel Schilf, das über sieben Meter hoch wächst. Dazwischen liegen Seen, Sümpfe und Wasserläufe, die nur wenige Meter tief sind und in und an denen zahlreichen bedrohte Vogel- und Amphibienarten wie der Basra-Rohrsänger (*Acrocephalus griseldis*) und die Marmelente (*Marmaronetta angustirostris)* leben.[255] Der britische Forscher Wilfred Thesinger, der 1950 die Sümpfe besuchte, beschreibt die Klangkulisse der Region eindrucksvoll: »Von allen Seiten – es war, als würden die Sümpfe atmen – ertönten die Stimmen der zahllosen Frösche, ein durchdringender Klang, der so anhaltend ist, daß man ihn bald schon nicht mehr wahrnimmt«.[256] Für einige Millionen Vögel sind die Sümpfe permanentes Zuhause. Ebenso viele nutzen die Möglichkeit hier zum Zwischenstopp zwischen Sibirien und Afrika. Mit diesem Bild im Kopf lässt sich vielleicht besser verstehen, dass die UNO das irakische Marschland als »eines der weltweit wichtigsten Feuchtgebiete« und als »Biodiversitäts-Hotspot mit globaler Bedeutung«[257] beschreibt.

In den 1950er Jahren bestand das Feuchtgebiet aus drei unabhängigen, jedoch aneinander angrenzenden Sümpfen, dem Hammar-, dem Qurna- und dem Hawizeh-Sumpf. Das damit größte Feuchtgebiet der Erde umfasste eine Fläche von ca. 20.000 Quadratkilometer, was ungefähr einem Viertel der österreichischen Staatsfläche entspricht. In den 1950er Jahren lebten hier 400.000 Menschen – viele davon in einer Jahrtausende alten Subsistenzweise.

Die aus Schilf bestehenden Hütten (Mudhif) wurden zum Teil auf schwimmenden Inseln gebaut. Um ihre materielle Lebensgrundlage zu sichern, wurde gefischt, gejagt und auf den vor allem im Norden befindlichen, bebaubaren Flächen auch Getreide angebaut. Aus dem gespaltenen Schilfrohr flochten die Bewohner Matten, die zum Teil in Basra zum Verkauf angeboten wurden. Die auch für den Transport verwendeten Kanus sah man genau so oft, wie die für diese Gegend charakteristischen Wasserbüffel (Bubalus anrne), die als Arbeitstiere »fast amphibisch leben«[258]. Diese Arbeitsweise lässt sich schon auf Jahrtausende alten sumerischen Reliefs finden. Es wird geschätzt, dass die Sümpfe und die weiter nördlich gelegenen ackerbaulich genutzten Gebiete die Marsch-Araber seit ungefähr 7.500 Jahren beheimaten.[259]

So verklärt und romantisierend »Westler« auf diese traditionelle Lebensweise blicken mögen, so geringschätzig wird von vielen anderen Irakern auf die Madan herabgeblickt. Ein Grund dürfte die althergebrachte Arbeitsweise sein, die als veraltet und rückschrittlich gilt. Trotz ihres geringen sozialen Status spielten die Marsch-Araber eine nicht unwesentliche ökonomische Rolle. Laut Schätzungen fangen sie rund zwei Drittel der im Irak konsumierten Fische.[260] Die Abgeschiedenheit und die Unzugänglichkeit der Sümpfe führten dazu, dass die Marsch-AraberInnen mit nur wenig Einfluss von außen konfrontiert waren. Doch dieses idyllisch verklärte Bild ist bei genauerer Betrachtung brüchig, nicht nur aufgrund der mangelnden Infrastruktur, sondern auch weil die Sümpfe als Kriegskulisse für den Iran-Irak-Krieg zu internationaler Berühmtheit gelangten.

»Battle of the Marshes«

Die Flüsse Euphrat und Tigris vereinigen sich 50 Kilometer vor dem Persischen Golf zum Schatt al-Arab, der im persischen Arvandrud genannt wird. Die Region rund um diesen Fluss war einerseits schon historisch von Bedeutung, da die umliegenden Sümpfe im 9. Jahrhundert zum strategisch wichtigen Rückzugsgebiet im »einzig

nennenswerten Sklavenaufstand im mittelalterlichen Islam« gehörten.[261] Andererseits spielte sich in dieser Region auch vor ca. 4500 Jahren der erste Wasserkrieg der Geschichte ab.[262] In der jüngeren Geschichte lieferte der ungeklärte Grenzkonflikt um den Schatt al-Arab den offiziellen Grund für den von 1980 bis 1988 andauernden Krieg zwischen Iran und Irak. Dahinter lagen irakische Ambitionen, sich die ölreiche iranische Provinz Khuzestan mit ihrer vorwiegend arabischen Bevölkerung einzuverleiben. Abgesehen davon befürchtete Saddam Hussein, der wie Ayatollah Khomeini 1979 an die Macht kam, die Vorbildwirkung der iranischen Revolution auf den gesamten Nahen Osten. Gleichzeitig erschien der postrevolutionäre Iran als ein politisch und militärisch leichtes Opfer. Hervorzuheben ist auch die religiöse Komponente. Da die Bevölkerung im Süden des Irak schiitisch geprägt ist, kam es zu einer Charme-Offensive der sunnitischen Führung von Saddam Hussein im Kampf gegen die schiitischen Truppen des Iran. Politisches Unterfutter bildete eine ideologische Ausrichtung, die sich auf die nationalistisch ausgerichtete Befreiung Arabistans und der damit gemeinten Gebiete in Khuzestan im Iran bezog. Hiermit war Hussein erfolgreich, denn auch die schiitischen Madan zogen gegen die ebenfalls schiitischen iranischen Truppen in den Kampf.

Nach anfänglichen Gebietsgewinnen geriet der ursprünglich von irakischer Seite als Blitzkrieg angelegte Feldzug ins Stocken. Die strategisch wichtige iranische Stadt Khorramshar mit ihrem Ölhafen liegt nur 40 Kilometer östlich von Basra und wurde im September 1980 von irakischen Truppen eingenommen. Als die Stadt 1982 von iranischer Seite zurückerobert wurde und ein Wendepunkt des Krieges erreicht war, unterbreitete Saddam Hussein Ayatollah Khomeini ein Friedensangebot, das dieser zurückwies. Die in die Offensive gekommenen iranischen Streitkräfte drangen in Folge über den Hawizeh-Sumpf in irakisches Territorium vor. Dieser Sumpf, der vom Tigris und dem im Iran entspringenden Karkheh gespeist wird, liegt direkt an der Grenze. Dabei setzte die iranische Führung auf amphibische Kriegsführung mit Schnellboten. Das Ziel war, das »Majnoon«-Ölfeld zu erobern. »Majnoon« bedeutet auf Arabisch »verrückt« und spielt auf die unglaubliche Menge an Erdöl

an, die sich in diesem Ölfeld befinden. Im Englischen gehört es zur Kategorie »super-giant« und fasst um die 38 Millionen Barrel an Rohöl, die es zu einem der größten Felder weltweit macht.[263]

Auch in diesem »battle of the marshes« konnte keine der beiden Seiten langfristig die Oberhand gewinnen. So kann der Kampf in den Sümpfen als Sinnbild für den gesamten Iran-Irak Krieg herangezogen werden. Bei einer unglaublich hohen Opferanzahl v.a. auf iranischer Seite schaffte es keine der beiden Kriegsparteien, eine militärische Entscheidung herbeizuführen. Das iranische Regime hat versucht, die militärische Unterlegenheit durch die schiere Quantität an Soldaten zu ersetzen. Die genaue Anzahl der Todesopfer ist bis heute umstritten. Konservative Schätzungen gehen von 367.000 Toten aus, 262.000 auf iranischer und 105.000 auf irakischer Seite. Aber es gibt auch Schätzungen, die die Todesopfer insgesamt mit einer Million angeben.[264] In diesem zermürbendem Krieg spielten die südirakischen Sumpflandschaften nicht nur als Einfallstor für iranische Soldaten eine Rolle, sondern auch für irakische Dissidenten, die in den unzugänglichen Gebieten Unterschlupf fanden.

Die Aufstände von 1991

Nur knapp nach dem ersten Golfkrieg wurde das Baath-Regime nach der Besetzung von Kuwait im Jahre 1990 von den USA und ihren Verbündeten angegriffen und vernichtend besiegt. Kurz vor der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens mit den USA versuchte die bunt gemischte irakische Opposition die instabilen Verhältnisse für sich zu nutzen. Eine Rebellion überzog das Land. Sie nahm ihren Anfang in der Nähe von Basra, das am Schatt al-Arab liegt, und gewann eine solche Dynamik, dass bis Mitte März 1991 ca. 60 Prozent des Irak in den Händen der Aufständischen waren.[265] Die Madan, die im ersten Golfkrieg noch an der Seite des Regimes gegen den Iran kämpften, beteiligten sich ebenfalls am Aufstand. Vor allem der Bahadili-Stamm brachte sich in die Erhebung ein. Spätestens nach dem Attentat auf Saddam Husseins

Sohn Uday im Dezember 1996, fielen sie bei Saddam Hussein endgültig in Ungnade.

Die Vorgangsweise der Rebellen, mit der sie die Städte unter ihre Kontrolle brachten, war ähnlich: Auf Massendemonstrationen folgten Besetzungen von Regierungsgebäuden und Geheimdienstzentralen sowie die Erstürmung von Gefängnissen.[266] Die USA spielten ein doppeltes Spiel: einerseits rief George Bush sen. die irakische Bevölkerung dazu auf, Saddam Hussein zu stürzen, andererseits versagte er aus Angst vor einer Kooperation zwischen Schiiten im Süden des Irak und dem Iran dem Aufstand die Unterstützung.[267]

Ökozid

Saddam Hussein war bekannt für seine unnachgiebig brutale Verfolgung von Regimegegnern. Die Anfal-Operation im Norden Iraks fand vor allem aufgrund des Giftgasangriffs auf Halabdscha Eingang in deutschsprachige Medien.[268] Ein vergleichsweise unterbelichtetes Kapitel stellt der Ökozid im Südirak dar. Mit den Aufständen von 1991 war das Baath-Regime unter Saddam Hussein mit der größten internen Kraftprobe in seiner zwölfjährigen Herrschaft konfrontiert. Doch die mangelnde organisatorische, taktische und politische Koordination der Rebellen führte dazu, dass der Aufstand militärisch besiegt wurde.[269] Die unmittelbare Reaktion von Seiten des Regimes lief in bewährter Manier ab. Es kam zu Hinrichtungen auf offener Straße, zu Massenverfolgungen und zur Erschießungen von flüchtenden Zivilisten. Dabei wurden sogar Kampfhubschrauber eingesetzt, die sich in der von USA und England durchgesetzten sogenannten Flugverbotszone ungehindert bewegen konnten. Nachdem ca. 30.000 Regimegegner in die Sümpfe geflohen waren, ordnete Saddam Hussein die Trockenlegung der mesopotamischen Sümpfe an und ließ riesige Kanalbauten errichten.

Saddam Hussein war nicht der erste, der sich mit Wassermanagement-Projekten auseinandersetzte.[270] Die ersten Bauarbeiten für die Entwässerungskanäle begannen schon im Jahr

1953. Die ursprünglichen Pläne dafür lieferte der britische Ingenieur Frank Haigh. Sie zeichnen sich durch für die damalige Zeit typische technokratische Modernisierungsvorstellungen aus, nach denen die Natur vom Menschen kontrolliert werden muss. Haigh wollte das Wasser von Euphrat und Tigris umleiten, um es für die Landwirtschaft des Irak nutzbar zu machen. Saddam Husseins Projekt hinterließ ausgetrocknete Landstriche mit dicken Salzkrusten. Hierbei ging es um nichts weniger als einen Ökozid. Er wollte die Vertreibung und Vernichtung der in den Sümpfen ansässigen Bevölkerung über den Umweg der Natur.

Die Fertigstellung des ersten Kanals, des sogenannten »dritten Flusses«, der später auch den Namen »Saddam-Fluss« erhielt, ließ auf sich warten. In den 1980er Jahren während des ersten Golfkrieges beschleunigte die Regierung den Bau, um die amphibischen Angriffe aus dem Iran, die über die Sümpfe mit Schnellbooten erfolgten, abwehren zu können. Erdölfunde waren ein wichtiger Grund, weshalb die Entwässerungsarbeiten des Hammar-Sumpfs bereits 1985 anfingen. Ein weiterer Bauschub erfolgte nach den Aufständen von 1991. Im Folgejahr gelang es, den Kanal, der diesen Sumpf endgültig entwässerte, auf einer Länge von ca. 560 Kilometer fertigzustellen.[271] Nach dem »Saddam-Fluss« wurden auch andere Kanäle mit absurd klingenden Namen gebaut. So schleust der »Mutter aller Schlachten«-Kanal das Wasser südlich um die Sumpfgebiete herum. Der »Wohlstands«-Kanal führt Wasser aus dem Tigris und seinen Zuläufen und mündet in den Euphrat kurz vor dem Schatt al-Arab. Bis ins Jahr 2000 wurden ca. 93 Prozent des Sumpflandes trockengelegt.[272] Der einzig verbleibende Teil des Feuchtgebiets liegt an der Grenze zum Iran und wurde aus dem iranischen Karkheh gespeist, auf den der Irak keinen Zugriff hatte.

Mit dem Verlust der Feuchtgebiete kam es auch zu einem Verlust von wichtigen ökosystemischen Dienstleistungen wie etwa dem Bereitstellen von Bewässerungs- und Trinkwasser sowie von Nahrung. In den Feuchtgebieten bauten die Madan/Marsch-Araber Reis, Hirse, Früchte und Gemüse an und nutzen das Ökosystem für ihren Viehbestand, die Fischerei und Aquakulturen. Aber auch als Quelle für Rohstoffe wie Schilf, Rohöl und Arzneipflanzen spielte

die umgebende Landschaft eine lebenswichtige Rolle. Nicht zu vergessen sind die regulierenden Funktionen für Klima, Hydrologie und Erosion.[273]

Parallel zur Austrocknung der Sümpfe wurde die Bevölkerung zur Flucht gezwungen. Dörfer wurden unter anderem mit Napalm bombardiert, umstellt, angegriffen und mit Bulldozern niedergewalzt, materielle Besitztümer niedergebrannt. Verwundeten Madan wurde medizinische Hilfeleistung verwehrt. Letztendlich versuchte man die Bevölkerung auszuhungern, indem der Transport von Nahrung, Arzneimitteln und Treibstoffen verboten wurde. Schmugglern von Lebensmitteln blühte häufig die Todesstrafe. Dass eine langfristig Vertreibung das Ziel war, bewiesen die Schergen des Baath-Regimes durch das Vergiften des umgebenden Wassers mit Chemikalien und dem Legen von Wasser- und Landminen.[274] Boten die Sümpfe 1991 noch 250.000 Marsch-Araber ein Zuhause, leben heute nur noch ca. 20.000 in den Sümpfen.[275] Die Geschichte der Madan stellt somit ein trauriges Beispiel für einen Ökozid dar.

Politische Ökologie

Die Frage nach der Verantwortung für dieses ökologische Desaster scheint bei der Durchsicht von Medienberichten schnell geklärt. Etwas zugespitzt lautet der allgemeine Tenor folgendermaßen: Hussein ist alleine für den Niedergang des Sumpflandes zuständig. Nach der Befreiung des Irak muss die internationale Staatengemeinschaft sich ihrer moralischen Aufgabe stellen und den »Naturzustand« in den Sümpfen wiederherstellen. Besonders unverblümt liest sich das beispielsweise bei den Versuchen von Seiten des neokonservativen Lagers der USA, das Schicksal der Madan für sich zu instrumentalisieren und damit den Krieg gegen den Irak zu rechtfertigen. Launig und unverblümt schreiben Cory L. Shreckengost und Paul Kengor, ProfessorInnen am Grove City College, in einem Kommentar, dass die Umweltbewegung, die auch in der Antikriegsbewegung aktiv war, George W. Bush doch zum »Man of the Year« machen und ihm für die Befreiung des Irak von

seinem »Öko-Monster« Hussein danken sollte.[276] Dieser Versuch des Greenwashings hält bei genauerer Betrachtung keiner Überprüfung stand. So berichtet das UNEP (2003) kurz nach Kriegsende, dass sich durch die kriegsbedingten Schäden im Abwasser- und Elektrizitätssystem, gepaart mit der zunehmenden Verschmutzung, die Umweltsituation im Irak verschlechtert hätte.[277] Unter der Klimawirkung der brennenden Ölfelder sowie den ökologischen und gesundheitlichen Folgeschäden nach dem Einsatz von abgereichertem Uran in der Munition der Alliierten werden auch zukünftige Generationen noch leiden.[278]

Mit der Personifizierung der Schuldfrage wird häufig verabsäumt, den Blick über die Staatsgrenzen des Irak zu wagen. Denn folgt man Euphrat und Tigris stromaufwärts, finden sich noch weitere Gründe für den Niedergang des Sumpflandes: Die gigantischen Wassermanagement-Projekte der Türkei. Schon in den 1920er Jahren entstanden die ersten Ideen für das türkische Südostanatolien-Projekt (türkisch: *Güneydoğu Anadolu Projesi,* GAP). Dieses riesige regionale Entwicklungsprojekt schädigt bis heute die Hydrologie der irakischen Sümpfe. Auch wenn sich der Abschluss des Projekts verzögert, an dessen Ende 22 Staudämme sowie 19 Wasserkraftwerke und Bewässerungsanlagen stehen sollen, sind die Folgen des GAP schon lange Realität. Seit den 1950er Jahren nahmen die Frühjahrsüberschwemmungen, die für das Überleben der Marschländer essenziell waren, deutlich ab.[279] Aber die bisher größten Auswirkungen zeigte der 1992 fertiggestellte Atatürk-Staudamm. Dieser gigantische Damm ist derzeit der neuntgrößte Staudamm der Welt, dessen Stausee am Euphrat die doppelte Fläche von Wien umfasst. Welchen genauen Anteil türkische oder auch syrische Wassermanagement-Projekte an der Zerstörung der Sümpfe hatten, bleibt eine schwer zu beantwortende Streitfrage.[280]

Die Renaturierung – ein erfolgreiches Comeback der Natur?

Was hat es zu bedeuten, wenn vom Menschen zerstörte Ökosysteme vom Menschen wieder aufgepäppelt werden? In der theoretischen Debatte finden sich auf der einen Seite Gegner von Ökosystem-Renaturierungen, die der Meinung sind, dass Renaturierungen nur eine weitere Form menschlicher Dominanz seien, bei denen ein technizistisches Naturverständnis vorherrscht. Auf der anderen Seite wird auch »eine vom Menschen geschaffene (künstliche) Natur als natürlich und vollwertig«[281] angesehen. In der Praxis wird oft ein pragmatischer Ansatz gewählt, so auch im Fall der südirakischen Sümpfe. Hier haben Teile der lokalen Bevölkerung und Vertreter von Umweltschutzorganisationen die Dämme zerstört. Sie fluteten die ehemals ausgetrockneten Landstriche und es dauerte nicht lange, bis die Schilfsamen, die sich noch im Boden befanden, wieder zu sprießen begannen. Das Sumpfgebiet breitete sich wieder auf 40 Prozent der ursprünglichen Sumpflandschaft aus. Auf den ersten Blick stellt das einen umwerfenden Erfolg dar. Doch je nach Zielsetzung wird dieses Comeback unterschiedlich eingeschätzt. Nach Azzam Alwash, dem Sprecher von »Nature Iraq«, einer der NGOs, die erheblich am Wiederaufbau der Sümpfe beteiligt waren, sind die Renaturierungen erfolgreich. Die Vogelwelt nimmt die renaturierten Gebiete gut an und viele gefährdete Arten haben hier wieder einen Lebensraum gefunden. Seit dem Sommer 2013 sind die Marschländer zum ersten Nationalpark in der Geschichte des Irak geworden.[282] Gerade im Hinblick auf frühere Einschätzungen, inwieweit die Sümpfe überhaupt wiederhergestellt werden können, ist der derzeitige Zustand überraschend gut.

Einer kritischen Begutachtung unterzogen, fallen jedoch einige Probleme auf. Sowohl in den Böden des Sumpflandes wie auch im Wasser kommt es seit längerem zu einer zunehmenden Versalzung. Dafür sind drei Hauptgründe zu nennen: Die flussaufwärts liegenden Staudämme führen zu einer Versalzung des in die Sümpfe kommenden Wassers. Durch den niedrigen Wasserstand in den Sümpfen landet das brackige Wasser aus dem Schatt al-Arab in den Sümpfen. Letztlich sind die Folgen der Trockenlegung in den erhöhten Salzgehalten im Boden bis heute nachwirkend.[283] Darüber hinaus nahm die Filterleistung der Sümpfe ab, wodurch die

Schwermetallbelastung im Wasser zunahm.[284] Generell kann man davon sprechen, dass sich die Wasserqualität deutlich verschlechtert hat.[285] Ebenso stellt die Reduktion der Wassermenge, die in die Sümpfe kommt, für die Restaurierung ein erhebliches Problem dar. Im Vergleich zum Stand vor 1990 bekommt der Irak ca. ein Drittel weniger Wasser. Regelmäßige Überschwemmungen, die für das Funktionieren des Ökosystems essenziell sind, bleiben aus. Auf beide Probleme will Azzam Alwash, der prominenteste Vertreter von »Nature Iraq« und Goldman-Preis-Gewinner, eine Antwort gefunden haben. Er schlägt den Bau von beweglichen Schleusentoren vor, mit denen Wasser in den Sümpfen gespeichert werden kann und künstliche Hochwasser simuliert werden können. Die Kosten würden sich auf 75 bis 100 Millionen Dollar belaufen. Der Wasserbauingenieur und Umweltaktivist hofft dadurch 75 Prozent des ursprünglichen Feuchtgebiets wiederherstellen zu können.[286] Es ist augenscheinlich, dass der Irak in absehbarer Zeit diese Summe an Geld nicht aufbringen wird können. Gleichzeitig stellt sein Vorschlag ein Paradebeispiel für einen technizistischen Zugang zur Natur dar.

Doch ob selbst eine erfolgreiche Renaturierung des Marschlandes zu einer Rückkehr der Madan, der ehemaligen Bewohner, führt, bleibt fraglich. Denn das Leben in den Sümpfen ist auch »ein Leben, das durch Armut, Krankheiten, Stammeskriege und häufig einen frühen Tod gekennzeichnet ist.«[287] Es gibt nahezu keine Gesundheitsversorgung und einen weitverbreiteten Analphabetismus. Die Infrastruktur ist zerstört oder völlig verfallen und die Folgen der Zerstörung und der Verschmutzung der Umwelt sind allgegenwärtig.[288]

Die Konflikte um und mit Wasser bleiben bestehen

Heute sind die Sumpflandschaften vor allem durch massiven Wassermangel bedroht. Dabei stellen die Auswirkungen des Klimawandels und der Rückgang an Wasser, das von Euphrat und Tigris transportiert wird, die wichtigsten Gründe dar. Diese

Situation kann aber auf den gesamten Irak umgelegt werden. Eine diesbezüglich brisante Studie wurde von der NASA über das Einzugsgebiet von Euphrat und Tigris durchgeführt, die eine schleichende Austrocknung zeigt.[289] Jährlich verliert die Region 20 Billionen Liter an Grundwasser. Damit weist das Gebiet an Euphrat und Tigris eine der schnellsten Austrocknungsraten weltweit auf. Ein mindestens genauso großes Problem wie der Wassermangel stellt die Eroberung von Staudämmen durch Milizen des sogenannten Islamischen Staates dar, die Wasser als Waffe einsetzen.

a) Klimawandel und Wasserknappheit

In Bezug auf den Klimawandel besitzt der Irak im Vergleich zur restlichen Region eine der größten Verwundbarkeiten. Bereits heute sind Extremwetterereignisse wie Sandstürme deutlich häufiger und intensiver als in der Vergangenheit.[290] Die durchschnittliche Niederschlagsmenge nimmt ab und die Wüstenbildung wird beschleunigt. Mittlerweile bedroht die Desertifikation knapp 54 Prozent des Landes.[291] Wenn der Rückgang des Wasservolumens nicht aufgehalten wird, könnten sowohl Euphrat als auch Tigris bis 2040 ausgetrocknet sein.[292] Die Auswirkungen des Klimawandels und ein Rückgang an Wasser, das über Flüsse in den Irak gelangt, schränken das Angebot bei gleichzeitig steigender Nachfrage ein. Die Bevölkerung des Irak wächst, vor allem in den Städten. Gleichzeitig benötigt die Industrie immer mehr Wasser, allen voran die Erdölbranche. Bereits heute führt der Wassermangel in der Industrieproduktion, im Tourismus und im Energiesektor zu höheren Arbeitslosigkeitsraten und einer Zunahme von Armut, Unterernährung und Ernährungsunsicherheit.[293] In diesem Zusammenhang drängt sich der Vergleich mit Syrien auf. Dort befeuerte der Wassermangel nach einer Dürre den Aufstand gegen Assad.

b) Ilısu-Staudamm

Aufgrund der allgemeinen Wasserknappheit der Region verschärfen sich die Konflikte um Wasser. Einerseits kommt es zu innerstaatlichen Nutzungskonflikten, andererseits werden regionale Nachbarstaaten für den Wassermangel im Irak verantwortlich gemacht. Die Türkei entnimmt bereits seit den 1950er Jahren immer mehr Wasser aus dem Tigris. Hinzu kommt, dass der derzeit im Bau befindliche Ilısu-Staudamm[294] die Befürchtungen im Irak nährt, in Zukunft noch weniger Wasser zu bekommen. Studien gehen davon aus, dass nach der Fertigstellung des Ilısu-Staudamms ca. die Hälfte des Wassers aus dem Tigris entnommen sein wird, bevor er den Irak erreicht.[295] Von türkischer Seite wird ins Feld geführt, dass der Wassermangel im Irak hausgemacht sei. Sie verweist auf den massiven Anstieg an offiziellen und inoffiziellen Brunnenbohrungen im Einzugsgebiet von Euphrat und Tigris.[296] Eine Lösung dieses Konflikts zeichnet sich derzeit nicht ab. Häufig werden technische Erneuerungen vorgeschlagen.[297] Diese werden bei der Beantwortung dieses Problems aber alleine nicht ausreichen. Die implizit aufgeworfene Frage nach Besitzverhältnissen bei Allgemeingütern, wie z.B. grenzüberschreitenden Flüssen, bleibt schwer zu lösen und wurde bis heute durch internationales Recht nicht geregelt. Bisherige bilaterale Verhandlungen zwischen der Türkei und dem Irak über fixe Zusagen führten zu keinen nachhaltigen Ergebnissen. Es bleibt aber zu hoffen, dass sich die von Erika Weinthal und anderen aufgestellte These bewahrheitet: Verglichen mit allen anderen natürlichen Ressourcen haben gemeinsam genutzte Gewässer das größte Potenzial für zwischenstaatliche Kooperation.[298]

c) »Islamischer Staat« und Wasser

Die oben genannte These wirkt leider zu optimistisch, wenn man sich die Lage im Irak seit der IS-Offensive 2014 vor Augen führt. So stellen die Staudamm-Projekte nicht nur eine Bedrohung für die Sumpflandschaft dar, sondern auch durch ihr Potenzial als strategische Waffe – wie am Beispiel des »Islamischen Staates«

gesehen werden kann. Anfang 2013 eroberten die Kämpfer des IS den Tabqa-Staudamm in Syrien. Der dazugehörige Assad-Stausee wurde ziemlich entleert. Ob die Türkei noch mehr Wasser zurückgehalten hat oder vom IS versucht wurde, den Output von Elektrizität zu maximieren, ist nicht eindeutig geklärt. Ab Mai 2013 versuchte der IS scheinbar wieder, den Stausee zu füllen. Der daraus resultierende Elektrizitätsengpass führte zu Stromausfällen im nahe gelegenen Aleppo.[299] Im Jahr 2014 setzte der IS aber auf eine qualitativ höhere Eskalationsstufe. Nach der Einnahme des Falludscha-Staudammes im April 2014 verschloss der IS die Staumauern. Es wird angenommen, dass so versucht wurde, den stromabwärts gelegenen schiitischen Städten Karbala und Najaf den Wasserhahn abzudrehen. Auf der anderen Seite der Staumauer führte diese Aktion zu Überschwemmungen auf ca. 500 Quadratkilometer. Es handelte sich dabei vorwiegend um Ackerland. Das überschwemmte Land diente den IS-Kämpfern als Schutzzone gegen die irakischen Truppen. Anfang April wurde der Falludscha-Staudamm wieder geflutet. Diese Aktion kann als Angriff mit Wasser gegen die irakische Armee interpretiert werden, die versuchte, die Talsperre zurückzuerobern. Die Flut der gewaltigen Wassermassen reichte bis an die Außenbezirke Bagdads. 1.700 Familien, die an dieser Flussstrecke lebten, wurden zur Flucht gezwungen.[300]

Bei Redaktionsschluss dieses Buches Anfang 2015 sind die Staudämme im Irak umkämpft. So wurde der größte Staudamm im Irak, der Mosul-Staudamm im Sommer 2014 vom IS besetzt – kurz darauf aber von der kurdischen Peschmerga wieder zurückerobert. Der Staudamm ist in den Augen vieler Experten eine tickende Zeitbombe. Die Grundsubstanz der 131 Meter hohen Staumauern besteht aus wasserlöslichen Materialien, unter anderem aus Gips und Kalkstein. Deshalb pressen seit der Bauphase in den frühen 1980er Jahren Betonpumpen Zement in die entstehenden Hohlräume – 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche. In den Händen des IS entwickelte sich der Staudamm zu einer Waffe mit verheerendem Potenzial. Ohne Wartungsarbeiten würde der Damm nur ca. drei Monate der erodierenden Wirkung der Wassermassen

standhalten. Aber auch eine aktive Sprengung durch die Terrormiliz wird befürchtet. In diesem Fall käme es zu einer Flutwelle mit unbeschreiblicher Wucht. Entlang des Tigris würde sie eine Spur der Verwüstung ziehen und selbst im 60 Kilometer südlich gelegenen Basra hätte sie noch eine Höhe von geschätzten 20 Metern. Auch Bagdad würde die Flut noch hart treffen. Dort würde der Tigris um geschätzte 4,6 Meter ansteigen. Eine halbe Million Menschen könnten in diesem Szenario ums Leben kommen, wovor bereits 2006 vom US-Inspektor für irakische Bauwerke gewarnt wurde.[301]

Zeittafel

10.8.1920 Nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches wurde das Mandat über Mesopotamien durch den Völkerbund auf Großbritannien übertragen.

23.8.1921 Krönung von Faisal I. (Faisal Ibn Hussein), Irak wird zur Monarchie.

1925 Erdölkonzession an die Turkish Petroleum Company (spätere Iraq Petroleum Company).

10.10.1922 Erster Anglo-irakischer Vertrag, der Großbritannien für einen Zeitraum von 20 Jahren die Verwaltung des Irak zusprach. Im Zuge des Vertrages von 1926 wird das Ende der britischen Mandatszeit bis 1932 festgelegt.

30.6.1930 Letzter Anglo-irakischer Vertrag ebnet den Weg zur irakischen Unabhängigkeit, verpflichtet aber Irak und Großbritannien zu außenpolitischer und militärischer Zusammenarbeit.

3.10.1932 Irak wird eine unabhängige, konstitutionelle Monarchie.

7.-11.8.1933 Massaker von Semile, bei dem mehrere tausend assyrischer Christen im Nordirak von Regierungstruppen getötet werden.

8.9.1933 Faisal I. wird stirbt in Bern. Sein Sohn Ghazi tritt die Nachfolge an.

4.4.1939 König Ghazi I. stirbt bei einem Autounfall.

22.3.1945 Irak wird Mitglied der Arabischen Liga.

21.11.1945 Irak wird in die UNO aufgenommen.

Jänner 1948 Vertrag von Portsmouth, eine Neuauflage des Anglo-irakischen Vertrags von 1930, wird abgeschlossen. Der Einfluss der Briten wird für weitere 20 Jahre prolongiert.

20.1.1948 Al-Wathbah-Aufstand in Bagdad.

1952 Die Regierung von Nuri as-Said wird vom Militär gestürzt.

1954 Nuri as-Said übernimmt wieder die Macht.

1955 Irak unterzeichnet den Bagdad-Pakt, auch »Central Treaty Organization« genannt, einen militärischen Beistandspakt mit Großbritannien, Türkei, Iran, Pakistan.

14.2.1958 Irak gründet mit Jordanien die »Arabische Föderation«.

14.7. 1958 »Juli-Revolution«: »Freie Offiziere« unter der Führung von Abdel Karim Qasim stürzen König Faisal II. und rufen die Republik aus.

24.7.1958 Der Begründer der Baath-Partei, Michel Aflaq, kommt in Bagdad an.

1959 Austritt aus dem Bagdad-Pakt.

1.5.1959 Massendemonstration der Kommunistischen Partei Iraks. Über 500.000 Menschen nehmen an dem Demonstrationszug teil.

7.10.1959 Fehlgeschlagener Mordanschlag auf Qasim, der von einer Kommandotruppe der Baath-Partei organisiert wurde. Ihr gehört auch Saddam Hussein an, der anschließend nach Syrien und dann weiter nach Ägypten flüchtet.

14.9.1960 Die OPEC (Organisation erdölexportierender Staaten) wird gegründet. Von Anfang an dabei: Irak, Iran, Kuwait, Saudi-Arabien und Venezuela.

1961 Der britisch kontrollierten Iraq Petroleum Company wird die Konzession entzogen. Aufstand der Kurden unter der Führung von Mustafa Barzani.

25.6.1961 Irak erhebt öffentlich Anspruch auf Kuwait.

3.7.1961 Britische Streitkräfte treffen in Kuwait ein und wollen das Emirat gegen den Irak verteidigen.

8.2.1963 »Ramadan-Revolution«: Die Baath-Partei organisiert gemeinsam mit Abdel Salam Arif einen Putsch gegen Qasim, der anschließend hingerichtet wird. Saddam Hussein kehrt aus seinem Exil zurück.

18.11.1963 Abdel Salam Arif stürzt die Regierung der Baath-Partei.

13.4.1966 Abdelrahman Arif wird Nachfolger seines verstorbenen Bruders Abdel Salam Arif.

17.7.1968 Machtübernahme der Baath-Partei. Es wird eine Regierung unter Ahmed Hassan Al-Bakr gebildet.

11.3.1970 Kurdische Teilautonomie wird beschlossen.

8.4. 1972 Irak und die Sowjetunion schließen einen 15-Jahresvertrag für künftige Kooperationen ab.

1.6.1972 Verstaatlichung der Iraq Petroleum Company

20.3.1973 Irak besetzt zwei kuwaitische Grenzposten, zieht sich aber aufgrund des internationalen Drucks wieder zurück.

17.7.1973 Die Kommunistische Partei des Irak unterzeichnet einen Pakt mit der Baath-Partei und wird damit Mitglied der von Baath geführten »Progressiven Nationalen Front«.

6.3.1975 Das Algier-Abkommen wird von Irak und Iran unterzeichnen. Damit erhalten die Iraner die Kontrolle über den Seeweg Schatt al-Arab und müssen dafür ihre Unterstützung der kurdischen Rebellen im Nordirak stoppen.

11.10.1978 Ayatollah Khomeini wird aus dem Irak abgeschoben.

16.7.1979 Saddam Hussein wird Präsident des Irak und Oberbefehlshaber der Streitkräfte.

17.9.1980 Irak kündigt das Algier-Abkommen.

22.9.1980 Irakischer Einmarsch im Iran. Beginn des Irak-Iran-Kriegs (Erster Golfkrieg).

7.7.1981 Israel bombardiert den noch in Bau befindlichen irakischen Atomreaktor Osirak.

30.6.1982 Rückzug des Irak aus iranischem Gebiet.

1.3.1984 Einsatz von Giftgas durch den Irak im Iran bestätigt.

20.7.1987 Der UN-Sicherheitsrat verabschiedet die Resolution 598, in dem ein Waffenstillstand zwischen Irak und Iran gefordert wird.

16.3.1988 Giftgasangriff auf die kurdische Stadt Halabdscha mit 5.000 Toten.

20.8.1988 Ende des Irak-Iran-Krieges.

18.7.1990 Der irakische Außenminister Tarek Aziz beschuldigt Kuwait vor der Arabischen Liga, irakisches Öl gestohlen zu haben.

31.7.1990 Treffen irakischer und kuwaitischer Repräsentanten in Saudi-Arabien. Einen Tag später werden die Gespräche abgebrochen.

2.8.1990 Irak marschiert in Kuwait ein.

25.8.1990 UN-Sicherheitsrat verabschiedet die Resolution 665 zur Durchsetzung eines Embargos gegen den Irak.

28.8.1990 Kuwait wird zur 19. irakischen Provinz erklärt.

13.9.1990 UN-Sicherheitsrat verabschiedet die Resolution 666, die trotz Embargos Lebensmitteltransporte unter internationaler Kontrolle ermöglicht.

12.1.1991 US-Kongress beschließt die militärische Intervention, um den Irak aus Kuwait zu vertreiben.

17.1.1991 Beginn der US-geführten Operation »Desert Storm«, des zweiten Golfkriegs.

27.2.1991 Unter US-Führung erklären die Alliierten Kuwait für befreit.

März 1991 Aufstände gegen Saddam Hussein von Schiiten im Süden und Kurden im Norden des Irak.

Mai 1991 UNSCOM beginnt mit der Überwachung und Zerstörung der chemischen und biologischen Waffen des Irak.

Dezember 1996 Das Oil-For-Food-Programm startet.

23.2.1998 UN-Generalsekretär Kofi Anan und der irakische Außenminister Tarek Aziz unterzeichnen Abkommen zur Beilegung des Konflikts.

31.10.1998 Irak beendet die Zusammenarbeit mit UNSCOM.

14.11.1998 UN-Inspektoren dürfen nach dem Einlenken Saddam Husseins ihre Arbeit fortsetzen.

16.12.1998 Operation »Desert Fox«: US-Luftangriffe gegen den Irak.

20.12.1998 USA erklären Operation »Desert Fox« für beendet.

Jänner 1999 Waffeninspektor Scott Ritter wirft dem Leiter der UNSCOM Spionage für die USA vor.

19.2.1999 Schiitische Demonstrationen gegen Saddam Hussein, nachdem der Großayatollah as-Sadr bei einem Attentat getötet wurde.

nach 11.9.2001 US-Präsident George W. Bush setzt den Irak auf die Liste der sogenannten »Achse des Bösen«.

8.11.2002 UN-Sicherheitsrat beschließt die Resolution 1441. Damit wird dem Irak die letzte Gelegenheit für eine bedingungslose Kooperation in Hinblick auf die Entwaffnung gegeben.

8.12.2002 Übergabe eines 12.000 Seiten umfassenden Berichts zum irakischen Massenvernichtungsprogramm an die UNO.

5.2.2003 Der ehemalige US-General, Außenminister Colin Powell legt dem UN-Sicherheitsrat Geheimdienstinformationen über angebliche Verstöße des Irak gegen die Resolution 1441 vor.

20.3.2003 Beginn des Irakkriegs (dritter Golfkrieg). Eine »Koalition der Willigen« greift unter der Führung der USA massiv im Irak ein. Unterdessen finden weltweit Massendemonstrationen gegen den Krieg statt.

1.5.2003 Irak steht unter Besatzung.

April 2004 Schlacht um die sunnitische Stadt Falludscha.

17.10. 2004 Das Zarqawi-Netzwerk erklärt sich zu Al-Qaida im Irak (AQI).

30.1.2005 Anerkennung der »Autonomen Region Kurdistan« durch die irakische Verfassung.

6.4.2005 Der Kurde Dschalal Talabani wird vom Parlament zum Staatspräsidenten gewählt.

5.10.2005 Neue Verfassung wird per Volksentscheid angenommen.

15.12.2005 Erste Wahlen nach neuer Verfassung. Nuri al-Maliki wird Ministerpräsident.

27.12.2005 Osama bin Laden erkennt AQI an und erklärt Abu Musab az-Zarqawi zu seinem Stellvertreter im Irak.

16.3.2006 Baker-Kommission soll im Auftrag des US-Kongresses die Situation im Irak beurteilen.

2006/2007 Bürgerkrieg zwischen Schiiten und Sunniten bricht aus. Die wesentlichen Protagonisten sind dschihadistische Gruppen, Vertreter der alten Baath-Armee, schiitische Milizen, irakische- und US-Streitkräfte. Umbenennung von »Al-Qaida in Irak« zu »Islamischer Staat in Irak« (ISI).

14.9.2007 Präsident Bush kündigt teilweisen Rückzug aus dem Irak an.

4.3.2010 Parlamentswahlen: Das iraqiya-Bündnis von Iyad Allawi geht als stärkste Kraft hervor, kann jedoch lange Zeit keine Koalition zustande bringen.

Mai 2010 ISI erklärt Abu Bakr al-Baghdadi zu ihrem neuen Chef.

21.12.2010 Nuri al-Maliki wird als Ministerpräsident bestätigt.

18.12.2011 Offizieller Abzug der US-Truppen.

11.2.2012 Al-Qaida-Führer Aiman az-Zawahiri ruft Muslime in den Nachbarländern Syriens zum Kampf gegen das Assad-Regime auf. ISI wird im syrischen Bürgerkrieg aktiv und ändert den Namen auf »Islamischer Staat in Irak und Großsyrien« (ISIS).

15.10.2013 Im PLoS Medicine-Magazin wird eine Studie zu den Kriegsopfern zwischen 2003 und 2011 veröffentlicht, die von 405.000 Toten auf irakischer Seite ausgeht.

Jänner 2014 ISIS-Kämpfer stürmen Falludscha und Ramadi in der westirakischen Provinz al-Anbar.

18.4.2014 ISIS sagt sich von Al-Kaida los.

30.4.2014 Parlamentswahlen: Nuri al-Malikis Rechtsstaatskoalition geht als stärkste Kraft hervor.

Juni 2014 Einnahme Mosuls durch ISIS.

12.6.2014 Kurden nehmen die umstrittene Erdölstadt Kirkuk ein, nachdem sich die irakische Armee im Zuge der ISIS-Offensive zurückgezogen hat.

29.6 2014 Abu Bakr al-Baghdadi ruft Kalifat in den eroberten Gebieten in Irak und Syrien aus. Seitdem nennt sich seine Organisation »Islamischer Staat« (IS).

8.8.2014 Erstmals Luftangriffe der USA gegen Stellungen des IS im Irak.

14.8.2014 Rücktritt von Nuri al-Maliki. Sein Nachfolger wird Haidar al-Abadi.

15.9.2014 Eine internationale Allianz gegen den »Islamischen Staat« sagt dem Irak Unterstützung zu.

26.9.2014 Britisches Parlament stimmt für Beteiligung an Luftangriffen gegen IS-Stellungen im Irak.

30.9.2014 UNESCO spricht von kultureller Säuberung in IS-kontrollierten Gebieten.

6.10.2014 Der iranische General Kassem Suleiman besucht kurdische Peschmerga-Kämpfer im Nordirak. Ein gemeinsames Vorgehen gegen den IS soll koordiniert werden.

8.10.2014 Das kanadische Parlament billigt den Militäreinsatz im Rahmen der Anti-IS-Koalition im Irak.

14.10.2014 Amnesty International veröffentlicht einen Bericht über Menschenrechtsverbrechen im Irak, kritisiert wird dabei die Rolle schiitischer Milizen.

19.10.2014 Angelobung der neuen irakischen Regierung.

07.11.2014 USA schicken weitere 1.500 Soldaten in den Irak.

14.11.2014 Irakische Armee erobert die strategisch wichtige Raffineriestadt Baiji vollständig zurück.

22.11.2014 USA kündigen die Bewaffnung sunnitischer Stämme im Irak an, damit diese selbst gegen den IS vorgehen können.

5.12.2014 Einigung im Öl-Export-Streit zwischen der irakischen Zentralregierung und der kurdischen Regionalregierung.

6.12.2014 Iran bestätigt Luftangriffe auf IS-Stellungen im Irak.

17.12.2014 Deutschland schickt 100 Soldaten in den Irak. Dabei handelt es sich um eine Ausbildungsmission zur Unterstützung der irakischen Armee und der kurdischen Peschmerga.

21.12.2014 Kurden können das Sinjar-Gebirge teilweise zurückerobern.

5.1.2015 Erster IS-Angriff gegen einen saudischen Grenzposten.

Literaturliste

Abdul-Jabar, Faleh (Ed.): Ayatollahs, Sufis and Ideologues. State, Religion, and Social Movements in Iraq. London 2002

Abdul-Jabar, Faleh: Tribes & Power: Nationalism & Ethnicity in the Middle East. London 2002

Abdul-Jabar, Faleh: The Shi'ite Movement in Iraq. London 2005

Al-Ansari, Nadhir A.; Management of Water Resources in Iraq. Perspectives and Prognoses. Engineering, Vol. 5, No. 8, 2013

Ali, Tariq: Bush in Babylon. Die Re-Kolonialisierung des Irak. Kreuzlingen/München 2003

Al-Maarofi, Sama et al., Mesopotamian Marshlands. Salinization Problem. Journal of Environmental Protection. Vol. 3, No. 10, 2012

Al-Saboonchi, Azhar A. et al.: Assessment of Environmental Changes in the Iraqi Marshes by Index of Biological Integrity. In: Journal of Environmental Protection. Vol. 3, No. 7, 2012

Anderson, Liam / Stansfield, Gareth: Crisis in Kirkuk. The Ethnopolitics of Conflict and Compromise. Philadelphia 2009

Balcı, Ali: Energized Neighbourliness. Relations between Turkey and the Kurdish Regional Government. SETA Analysis, No. 9, September 2014

Batatu, Hanna: The Old Social Classes and the Revolutionary Movements of Iraq: A Study of Iraq´s Old Landed and Commercial Classes and of its Communist, Baathists and Free Officers. Princeton 1978

Barrett, Roby: Intervention in Iraq, 1958-59, in: The Middle Institute Policy Brief, No.11 April 2008

Bell, Alexander: Peak Water. How We Built Civilisation on Water and Drained the World Dry. Edinburgh 2012

Bozdağlıoğlu, Yücel: Turkish Foreign Policy and Turkish Identity. A Constructivist Approach. New York 2003

Brentjes, Burchard: The Armenians, Assyrians and Kurds: Three Nations, one fate? Richi Press 1997

Brauns, Nikolaus / Kiechle, Brigitte: PKK – Perspektiven des kurdischen Freiheitskampfes – Zwischen Selbstbestimmung, EU und Islam, Stuttgart 2010

Brauns, Nikolaus / Tsalos, Dimitri (Hg.): Naher und Mittlerer Osten: Krieg, Besatzung, Widerstand, Bonn 2007

Brown, Michael E.: The Nationalization of the Iraqi Petroleum Company in International Journal of Middle East Studies, Vol. 10. Nr.1, Februar 1979

Campbell Ende, Werner / Steinbach, Udo / Laut, Renate (Hg.) (2005): Der Islam in der Gegenwart. München 2005

Cagaptay, Soner: Evans, Tyler, Turkey's Changing Relations with Iraq. Kurdistan Up, Baghdad Down. In: Policy Focus. Washington 2012

Davidson, Christopher: After the Sheiks: The coming collapse of the Gulf Monarchies. London 2012

El-Sayed El-Shazly, Nadia: The Gulf Tanker War: Iran and Iraq's Maritime Swordplay. London 1998

Energy Intelligence: International Oil Daily 2.1.2015

Engelhardt, Marc: Heiliger Krieg – Heiliger Profit. Afrika als neues Schlachtfeld des internationalen Terrorismus. Berlin 2014

Eurasisches Magazin 06/2009

Fischer Weltalmanach 2015: Irak

Franz, Kurt: Kompilation in arabischen Chroniken. Die Überlieferung vom Aufstand der Zanǧ zwischen Geschichtlichkeit und Intertextualität vom 9. bis ins 15. Jahrhundert. Berlin 2004

Greenspan, Alan: The Age of Turbulence. New York 2007

Gürbey, Gülistan: The effects of the Islamist advance in Iraq on the Kurds. In: Orient – Deutsche Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur des Orients, IV/2014

Guilliard, Joachim: Auch im Irak wächst eine Protestbewegung – Gewerkschaften sind eine wesentliche Säule. In: Inamo Heft 65, Berlin 2011

Guilliard, Joachim: Irak: Wie weiter nach dem gescheiterten Krieg? In: Luedtke, Ralph-M. / Strutynski, Peter (Hrsg.): Von der Verteidigung zur Intervention. Beiträge zur

Remilitarisierung der internationalen Beziehungen«, Kasseler Schriften zur Friedenspolitik Bd. 14, 2007

Hale, William: Turkey, The Middle East and the Gulf Crisis. In: International Affairs (Royal Institute of International Affairs 1944-), Vol. 68, 1992

Hersh, Seymour M.: Moving Targets – Will the counter-insurgency plan in Iraq repeat the mistakes of Vietnam? Newsweek, 8.12.2003

Hiro, Dilip: The Longest War. The Iran-Iraq Military Conflict. New York 1991

Hirsh, Michael/Barry, John: »The Salvador Option« – The Pentagon may put Special-Forces-led assassination or kidnapping teams in Iraq, Newsweek, 8.1.2005

HRW: Briefing Paper: The Iraqi Government Assault on the Marsh Arabs. New York 2003

HRW: Genocide in Iraq. The Anfal campaign against the Kurds; A Middle East Watch Report. New York 1993

Huntington, Samuel P., The Clash of Civilizations? In: Foreign Affairs, Summer 1993

Hussain, Najah A./Richardson, Curtis J.: Restoring the Garden of Eden. An Ecological Assessment of the Marshes of Iraq. In: Bio Science 56 (6), 2006

International Crisis Group: Anything but Politics: The State of Syria's Political Opposition. Middle East Report, 17.10.2013

International Herald Tribune: Gulf War. Unconvincing Grief, 19.3.1985

Issa, Chaukeddin: Das Yezidentum - Religion und Leben. Oldenburg 2007

Jones, Adam, Genocide. A Comprehensive Introduction. London 2010

Kiechle, Brigitte: Das Kriegsunternehmen Irak – Eine Zwischenbilanz, Stuttgart 2006

Klein, Naomi: Rebuilding Iraq? It's privatization in disguise, The Nation, 13.4. 2003

Kneissl, Karin: Der Energiepoker – wie Erdöl und Erdgas die Weltwirtschaft beeinflussen. 2. Auflage München 2008

Kneissl, Karin: Der Grenzbegriff der Konfliktparteien im Nahen Osten. Dissertation an der Universität Wien. September 1991

Lawrence, Quil: Invisible Nation – How the Kurds' Quest for Statehood is sharpening Iraq and the Middle East. New York 2008

Lenczowski, George: Oil and State in the Middle East. New York 1960

Leukefeld, Karin, Unterwegs zum Kalifat. In: Neues Deutschland, 12.9.2014

Lewis, Philip et al.: Effect of Armed Conflict on Health of Marsh Arabs in Southern Iraq. In: The Lancet, Vol. 381, Issue 9870, 2013

Longriff, Stephen Hemsley: Iraq- 1900 to 1950. A Political, Social and Economic History. London 1953

Longriff, Stephen Hemsley: Oil in the Middle East – its discovery and development. London 3. Auflage 1968

Matthees, Kevin / Seufert, Günter: Erdoğan und Öcalan verhandeln. Paradigmenwechsel in der türkischen Kurdenpolitik und neue Strategie der PKK, SWP-Aktuell 25, April 2013

McDowall, David: A Modern History of the Kurds. First published 1996. London/New York 2004

McDowall, David: A Modern History of the Kurds, 3. Ed., London 2005

Mohamed, Abdul-Razak M. et al.: Ecological and biological aspects of fish assemblage in the Chybayish marsh, Southern Iraq. In: Ecohydrology & Hydrobiology 12 (1), 2012

Muttitt, Greg: Mission Accomplished for Big Oil? – How an American Disaster Paved the Way for Big Oil's Rise -- and Possible Fall -- in Iraq, TomDispatch, 23.8.2012

Ochsenschlager, Edward L.: Iraq's Marsh Arabs in the Garden of Eden. Pennsylvania 2014

Öcalan, Abduallah: Jenseits von Staat, Macht und Gewalt, Köln 2010

Oehring, Otmar / Giesel, Hermann: Die Bedeutung der Kurden, Länderbericht der

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., September 2014

Ötsch, Walter / Kapeller, Jakob: Neokonservativer Marktradikalismus. Das Fallbeispiel Irak. In: Internationale Politik und Gesellschaft 2/2009

Park, Bill: Strategic Location, Political Dislocation: Turkey, United States, and Northern Iraq. In: Middle East Review of International Affairs, Vol. 7, No. 2, 2003

Patriotische Union Kurdistan (PUK): Kurdistan-Irak – Historische Erblast der Saddam-Diktatur und Streben nach Selbstbestimmung, Freiheit und Demokratie. Berlin 2008

Posch, Walter: Irak unter Saddam Hussein. Das Ende einer Ära? Landesverteidigungsakademie (Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Studien und Berichte, 13), Wien 2002

Robins, Philip: Turkish foreign policy under Erbakan, Survival: Global Politics and Strategy, Nr. 39, Vol. 2, 1997

Ruf, Werner, Internationaler Jihadismus: Neue militärische Entrepreneure? In: Inamo Nr. 75, Berlin 2013

Ruf, Werner: Revolution und Konterrevolution in Nahost: Vom arabischen Frühling zum islamistischen Winter? In: Edlinger, Fritz / Kraitt, Tyma (Hg.): Syrien. Hintergründe, Analysen, Berichte. Wien 2013

Scholz, Jochen: Worum es geht. Die geopolitische Konstante auf dem eurasischen Kontinent. In: Thoden, Ronald / Schiffer, Sabine (Hg.): Ukraine im Visier. Russlands Nachbar als Zielscheibe geostrategischer Interessen. Frankfurt/Main 2014

Schroetter, Susanne et.al.: Einfluss von Parametern der Bodenfruchtbarkeit und Düngung auf den Uran-Transfer. In: Haneklaus, Silvia et al. (Hg.): Recent advances in agricultural chemistry. Landbauforschung, Sonderheft 286, Braunschweig 2005

Seyder, Ferhad Ibrahim: The IS War in Kurdistan, in: Orient – Deutsche Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur des Orients, IV/2014

Sissakian, Varoujan K. et al.: Sand and dust storm events in Iraq. Natural Science. Vol.5, No.10, 2013

von Sponeck, H.C.: A Different Kind of War – the UN Sanctions Regime in Iraq. Berhahn 2006

Stein, Aaron: For Turkey, it's all about regime change in Syria. 2014

Steinberg, Guido: Die neue Kurdenfrage – Irakisch-Kurdistan und seine Nachbarn, SWP-Studien 2011/S 12, Mai 2011

Steinberg, Guido: Der Irak und der syrische Bürgerkrieg, SWP-Aktuell 46, August 2013

Strohmeier, Martin / Yalcin-Heckmann, Lale: Die Kurden – Geschichte, Politik, Kultur. München 2000

Suermann, Harald : Christen im Irak. In: Müller, Andreas (Hg.): Das Kreuz unter dem Halbmond. Münster 2014

Thesinger, Wilfred: Wüste, Sumpf und Berge. Köln 2000

UN Blue Book Series, Vol.IX, 1996

UNEP: Desk Study on the Environment in Iraq. Nairobi 2003

UNEP: The Mesopotamian Marshlands. Demise of an Ecosystem. Division of Early Warning and Assessment. United Nations Environment Programme. Nairobi 2001

UN Integrated Water Task Force for Iraq: Managing Change in the Marshlands: Iraq's Critical Challenge. UN White Paper 2011

Voss, Katalyn A. et al.: Groundwater depletion in the Middle East from GRACE with implications for transboundary water management in the Tigris-Euphrates-Western Iran region. Water Resources Research, Vol. 49, Issue 2, 2013

Wieland, Carsten: Syrien und Irak: Panarabische Paradoxien und der Bankrott des Baathismus. In: Edlinger, Fritz / Kraitt,Tyma: Syrien. Hintergründe, Analysen, Berichte. Wien 2013

Yergin, Daniel: The Prize – The Epic Quest for Oil, Money and Power. New York 1991

Internetquellen

Alexander, Anne/Assad, Simon: www.isj.org.uk/?id=52

Allison, Christine: www.iranicaonline.org/articles/yazidis-i-general-1

Amnesty International UK: www.amnesty.org.uk/iraq-rise-militia-rule#.VMWPgkva9d2

Al Sharq: http://alsharq.blogspot.co.at/2006/11/unhcr-schleichender-exodus-im-irak-34.html

Bayerische Landeszentrale für politische Bildung: www.blz.bayern.de/blz/web/irak/geschichte.html

Bechev, Dimitar: www.aljazeera.com/indepth/opinion/2014/12/putin-erdogan-partnership-conven-20141227165377730.html

Blasche, Björn: www.tagesschau.de/ausland/irak-567.html

Britannica: www.britannica.com/EBchecked/topic/521598/Conference-of-San-Remo

Çandar, Cengiz: www.al-monitor.com/pulse/originals/2013/11/erdogan-barzani-kurdistan-diyarbakir-political-decision.html#

Carnegie: http://carnegieendowment.org/2003/02/05/thinking-big-democratizing-middle-east/

CIA: www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/iz.html

Cimen, Devris: http://civaka-azad.org/kurdischer-staat-cui-bono-wem-nutzt-es/

Clark, Peter/Magee, Sean: www.amarfoundation.org/Publications

Davutoğlu, Başbakan: www.radikal.com.tr/politika/basbakan_davutoglu_nester_atma_zamani_gelmisti-1242570

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH: http://liportal.giz.de/irak/gesellschaft/

Defence Planning Guidance: www.pbs.org/wgbh/pages/frontline/shows/iraq/etc/wolf.html

Director of National Intelligence: www.dni.gov/index.php/about/organization/global-trends-2030

Dirik, Dilar: http://kurdishquestion.com/insight-research/analysis/sengal-islamic-state-kurdish-in-dependence-western-hypocrisy-and-the-failure-of-the-nation-state-paradigm/198-sengal-islamic-state-kurdish-in-dependence-western-hypocrisy-and-the-failure-of-the-nation-state-paradigm.html

Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen: www.ekd.de/ezw/Lexikon_3046.php

Ezidische Akademie: www.ezidische-akademie.de/de/vortraege/42-vortraege/86-die-religionsgemeinschaft-der-mandaeer-in-der-heutigen-zeit.html

Fisk, Robert: www.zmag.org/weluser.htm

Gaub, Florence / Pawlak, Patryk: www.iss.europa.eu/uploads/media/Alert_34-Sykes-Picot_and_Syria.pdf

Guilliard, Joachim: www.ossietzky.net/7-2010&textfile=963

Harding, Luke/Hawramy, Fazel/Moslawi, Mohammad: www.theguardian.com/world/2014/jul/18/new-militant-group-replaces-isis-mosul

Hermann, Rainer: www.faz.net/aktuell/politik/ausland/irak-massengraeber-ohne-zahl-1293669.html

Hürriyet: www.hurriyet.com.tr/yazarlar/25151746.asp

Hürriyet: www.hurriyetdailynews.com/turkish-fm-wary-of-weapons-assistance-to-iraq-falling-into-pkk-hands.aspx?pageID=238&nID=71440&NewsCatID=338

Hürriyet: www.hurriyetdailynews.com/almost-400-people-arrested-due-to-oct-6-7-kobane-unrest.aspx?pageID=238&nID=74289&NewsCatID=341

Khilkhal, Shukur: www.al-monitor.com/pulse/originals/2014/11/iraq-holidays-disrupt-economy.html

Ignatius, David: www.washingtonpost.com/opinions/david-ignatius-foreign-nations-proxy-war-creates-syrian-chaos/2014/10/02/061fb50c-4a7a-11e4-a046-120a8a855cca_story.html

Iraq online: www.w3iraq.com/etymology.php

Irin: www.irinnews.org/report/21721/iraq-fayli-kurds-face-difficult-return

Jabar, Faleh A.: www.merip.org/mer/mer176/why-uprisings-failed

Kienast, Verena: www.springermedizin.at/artikel/33842-es-war-voelkermord

Maass, Peter: www.nytimes.com/2005/05/01/magazine/01ARMY.html?_r=2&

Middle East Quarterly: www.meforum.org/3838/israel-kurds

Muttitt, Greg: www.carbonweb.org/showitem.asp?article=57&parent=4&link=Y&gp=3

Naggar, Mona: http://de.qantara.de/inhalt/frauenrechte-im-nordirak-zeit-zum-umdenken

Natali, Denise: www.al-monitor.com/pulse/originals/2014/11/turkey-krg-client-state.html

New Scientist: www.newscientist.com/article/mg21929285.000-garden-of-eden-to-become-iraqi-national-park.html#.Uf9TU5LVBx4

Oguzlu, Tarik: www.foreignpolicy.org.tr/documents/books/turkomans.pdf

Pearce, Fred: http://e360.yale.edu/feature/mideast_water_wars_in_iraq_a_battle_for_control_of_water/2796/

Pew Research Center: www.pewresearch.org/fact-tank/2014/08/20/who-are-the-iraqi-kurds/

Pew Research Center: www.pewresearch.org/fact-tank/2014/08/12/iraqi-yazidis-hazy-population-numbers-and-a-history-of-persecution/

Ramadani, Sami: www.theguardian.com/commentisfree/2014/jun/16/sectarian-myth-of-iraq

Reinke, Sarah: www.gfbv.it/3dossier/me/mandaeer.html

Ridgeway, James: www.villagevoice.com/issues/0317/mondo1.php

Scribd: http://de.scribd.com/doc/9651/Rebuilding-Americas-Defenses-PNAC

Tol, Gönül: http://foreignpolicy.com/2013/01/29/turkeys-krg-energy-partnership/

Uni-Kassel: www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Kaukasus/pipeline.html

Wilken, Dörthe: www.botanik.uni-greifswald.de/fileadmin/laoek/theses/2008/2008_Wilken.pdf.

World Directory of Minorities and Indigenous People: www.minorityrights.org/5726/iraq/iraq-overview.html

WRMEA: www.wrmea.org/2004-march/pipeline-or-pipe-dream-the-kirkuk-haifa-scheme.html

Die AutorInnen

Liselotte Abid, 1949 in der Nähe von Wien geboren, studierte Publizistik, Kommunikationswissenschaften und Arabistik. Sie lebte mehrere Jahre in Afghanistan. Seit 1993 arbeitet sie als freie Mitarbeiterin beim ORF-Hörfunk und war Lehrbeauftragte für Islamische Religionspädagogik an der Universität Wien. 2001 erschien von ihr das Buch »Journalistinnen im Tschador. Frauen und gesellschaftlicher Aufbruch im Iran«.

Ali-Cem Deniz, 1988 in Adapazarı/Türkei geboren, arbeitet als Journalist für das Radio FM4. Er beschäftigt sich unter anderem mit aktuellen politischen Entwicklungen in der Türkei und im Nahen Osten. An der Universität Wien hat er Internationale Entwicklung mit Schwerpunkt Kulturwissenschaften studiert.

Nikolaus Brauns, Jahrgang 1971, studierte neue und alte Geschichte, Literatur und Buchwissenschaft in München. Er war ab 1997 Korrespondent für die Tageszeitungen Junge Welt und Neues Deutschland und anschließend als freier Autor zu den Schwerpunkten Türkei/Kurdistan tätig. Seit Januar 2007 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abgeordneten Ulla Jelpke (Die Linke) im Deutschen Bundestag. Zuletzt ist von ihm erschienen: »Naher und mittlerer Osten – Krieg, Besatzung, Widerstand« (2007).

Joachim Guilliard, Jahrgang 1958, studierte Physik und ist seit den 1980er Jahren in der deutschen Friedensbewegung aktiv. 2001 gründete er die »Initiative gegen das Irak-Embargo« und wurde zusammen mit Hans-Christof von Sponeck deren Sprecher. Im selben Jahr erschien das von im mitherausgegebene Buch »Der Irak – Ein belagertes Land«. Seit 2009 betreibt er den Blog »Nachgetragen«.

Karin Kneissl, geboren 1956 in Wien, ist Expertin für den Nahen und Mittleren Osten, für Völkerrecht und Energiewirtschaft. Sie studierte Jus und Arabistik in Wien und war während der 1990er Jahre im diplomatischen Dienst. Seit 1998 ist sie freischaffend tätig, u.a. als unabhängige Korrespondentin, Lehrbeauftragte und Autorin. Zuletzt erschien von ihr »Mein Naher Osten« (2014).

Myassa Kraitt wurde 1985 in Kirkuk/Irak geboren. Sie studierte Kultur- und Sozialanthropologie an der Universität Wien mit Schwerpunkt Geschlechterverhältnisse in islamischen Traditionen. Zurzeit arbeitet sie in einem Heim für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Wien, dem Zentrum für Folter- und Kriegsüberlebende und dem Familienzentrum der Caritas.

Tyma Kraitt, geboren 1984 in Bagdad, lebt seit ihrer frühen Kindheit in Österreich. Sie studierte Philosophie an der Universität Wien und war ab 2009 freie Mitarbeiterin der Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen sowie Redakteurin von »International – Die Zeitschrift für internationale Politik«. 2013 erschien der von ihr (zusammen mit Fritz Edlinger) herausgegebene Band »Syrien: Hintergründe, Analysen, Berichte« im Promedia-Verlag (2. Auflage in Planung).

Reza Nourbakhch-Sabet, 1979 in Uromieh/Iran geboren, studierte soziale Ökologie in Wien. Er arbeitet in der Erwachsenenbildung und ist nebenberuflich als freier Journalist tätig. Im Rahmen der Arbeitsgruppe Naher und Mittlerer Osten beschäftigt er sich mit gesellschaftspolitischen Entwicklungen in den Ländern des sogenannten Arabischen Frühlings.

Werner Ruf, geboren 1937 in Sigmaringen/Baden-Württemberg, ist Politologe und Friedensforscher. Er studierte Politikwissenschaft, Soziologie, Geschichte und Romanistik und absolvierte mehrjährige Forschungsaufenthalte in Nordafrika. Von 1982 bis 2003 lehrte er an der Universität Kassel mit den Schwerpunkten internationale und

intergesellschaftliche Beziehungen. 2012 ist von ihm das Buch »Islam – Schrecken des Abendlandes« erschienen.

Hans-Christof von Sponeck, geboren 1939 in Bremen, stand mehr als 30 Jahre in Diensten der UNO und leitete ab 1998 das Programm »Öl für Lebensmittel« im Irak. Im Februar 2000 trat er von seinem Posten zurück, weil er die Aushungerung und Verelendung der irakischen Zivilbevölkerung nicht länger mittragen wollte. Er ist Autor mehrerer politischer Sachbücher, darunter »Ein anderer Krieg – Das Sanktionsregime der UNO im Irak« (2005).

Anmerkungen

1. Siehe www.w3iraq.com/etymology.php

2. Am 3. Oktober 1932 endete das britische Völkerbundmandat, Irak wurde ein unabhängiger Staat.

3. Vgl. Irak abandons nationwide Census, BBC News, 17.08.2009, http://news.bbc.co.uk/2/hi/8204550.stm

4. Vgl. CIA: The World Factbook, www.cia.gov/library/

5. Siehe Fischer Weltalmanach 2015: Irak

6. Ebd.

7. Vgl. CIA: The World Factbook, a.a.O.

8. Ebd.

9. Siehe Bayerische Landeszentrale für politische Bildung, o.O. 2004, www.blz.bayern.de/blz/web/irak/geschichte.html

10. CIA: The World Factbook, a.a.O.

11. Ebd.

12. Siehe Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), http://liportal.giz.de/irak/gesellschaft/

13. Siehe Mohamed, Besheer: Who are the Iraqi Kurds? www.pewresearch.org/fact-tank/2014/08/20/who-are-the-iraqi-kurds/

14. Vgl. www.minorityrights.org/5726/iraq/iraq-overview.html

15. Siehe Khilkhal, Shukur: Iraq's one too many Holidays, www.al-monitor.com/pulse/originals/2014/11/iraq-holidays-disrupt-economy.html

16. Vgl. Abdul-Jabar, Faleh: The Genesis and Development of Marja'ism versus the State. S. 61-89 in: Abdul-Jabar, Faleh (Ed.): Ayatollahs, Sufis and Ideologues. State, Religion and Social Movements in Iraq. London 2002

17. Zur politischen Rolle der schiitischen Geistlichkeit siehe: Luizard, Jean-Pierre: The Nature of Confrontation between the State and Marja'ism: Grand Ayatollah Muhsin al-

Hakim and the Ba'th. In: Abdul-Jabar, Faleh (Ed.), a.a.O.

18. Vgl. Aziz, Talib: The Political Theory of Muhammad Baqir Sadr. S. 231-244 in Abdul-Jabar, Faleh (Ed.), a.a.O.

19. Vgl. Babakhan, Ali: The Deportation of Shi'is During the Iran-Iraq War: Causes and Consequences. S. 183-210 in: Abdul-Jabar, Faleh (Ed.), a.a.O.

20. Siehe Blasche, Björn: Kampf gegen IS im Irak – Welche Rolle spielen Stammeskrieger? ARD, 20.10.2014, www.tagesschau.de/ausland/irak-567.html

21. Ebd.

22. Siehe Oguzlu, Tarik: The Turkomans of Iraq as a Factor in Turkish Foreign Policy – Socio-Political and Demographic Perspectives. Foreign Policy Institute, Ankara 2001, www.foreignpolicy.org.tr/documents/books/turkomans.pdf

23. Siehe »Araber und Turkmenen beklagen Vertreibungskampagne«, 2.10.2010, http://derstandard.at/1285199836058/Araber-und-Turkmenen-beklagen-Vertreibungskampagne

24. Siehe Shourush, Sami: The Religious Composition of the Kurdish Society: Sufi Orders, Sects and Religions. S. 115, in: Abdul-Jabar, Faleh (Ed.), ebd.

25. Siehe Hakim, Helkot: Kurds, Islam and State Nationalism. S. 46, in: Abdul-Jabar, Faleh (Ed.), a.a.O.

26. Hakim, Helkot, a.a.O., S. 46

27. Balakian, Peter: The Burning Tigris: The Armenian Genocide and America's Response. New York 2004, S. 54f.

28. Vgl. Dagher, Sam: Crash in Iraq kills 4 U.S. Soldiers. The New York Times, 26.1.2009

29. Vgl. Harding, Luke/Hawramy, Fazel/Moslawi, Mohammad: New militant group replacing ISIS in Mosul, says city governor. The Guardian 18.7.2014

30. Vgl. Shourush, a.a.O., S. 114 – 139

31. Shourush, a.a.O. S. 115

32. Ebd. S. 124

33. Vgl. Pirash: *Barzan wa harakat al-wa'i al-qawmi al-kurdi*, 1826-1914, S. 24, London 1980, zit. in Shourush, a.a.O. S. 124

34. *Fayli* (Fe'li): Kurdische Volksgruppe mit eigenem Fayli-kurdischem Dialekt, der auch auf der iranischen Seite der Grenze gesprochen wird.

35. Shourush, a.a.O., S. 126

36. Vgl. Iraq: Fayli Kurds face difficult return, www.irinnews.org/report/21721/iraq-fayli-kurds-face-difficult-return, sowie: McDowall, David: A Modern History of the Kurds. I.B. Tauris, London/NY 2004

37. Vgl. Hermann, Rainer: Massengräber ohne Zahl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.10.2005

38. Vgl. Kienast, Verena: Es war Völkermord. Ärztewoche Nr. 14, Wien 3.3.2013

39. Unterschiedliche Angaben, siehe Suermann, Harald: Christen im Irak, S. 132, in: Müller, Andreas (Hg.): Das Kreuz unter dem Halbmond. Münster 2014

40. Vgl. Radio Vatikan: Irak – Ringen um Religionsfreiheit. 1.1.2007

41. Vgl. Müller, Andreas: Das Kreuz unter dem Halbmond. Münster 2014, S. 9

42. Nach Angaben ihrer Oberhäuptern leben im Nordirak zwischen 500.000 und 700.000 Yeziden. Andere Schätzungen nennen niedrigere Zahlen (nach früheren Volkszählungen ein Prozent der irakischen Bevölkerung). Vgl. Henne, Peter / Hackett, Conrad: Iraqi Yazidis – Hazy population numbers and a history of persecution, www.pewresearch.org

43. Vgl. Issa, Chaukeddin: Das Yezidentum - Religion und Leben. Verlag Dengê Êzîdiyan, Oldenburg 2007

44. Vgl. Allison, Christine: Yazidis i. General, *Encyclopædia Iranica*, online edition, 2004, www.iranicaonline.org

45. Ebd.

46. Vgl. Alsohairy, Sabih: Die Religionsgemeinschaft der Mandäer in der heutigen Zeit. Vortrag an der Ezidischen Akademie in Hannover, 28.2.2010 www.ezidische-akademie.de/de/vortraege/42-vortraege/86-die-religionsgemeinschaft-der-mandaeer-in-der-heutigen-zeit.html

47. Vgl. Lexikon der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen: Mandäer, www.ekd.de/ezw/Lexikon_3046.php

48. Reinke, Sarah: Die Mandäer – eine religiöse Minderheit im Nahen Osten. Bozen/Göttingen 2006, www.gfbv.it/3dossier/me/mandaeer.html

49. Ebd.

50. Ausnahmen waren z.B. der christliche Außenminister Saddam Husseins, Tariq Aziz, oder kurzfristig der kurdische General Mustafa Aziz Mahmoud

51. Vgl. Niasseri, Sassan: Massengräber im Irak: Die bittere Wahrheitssuche im Wüstensand. Spiegel Online, 19.5.2005 http:///politik/ausland/massengraeber-im-irak-die-bittere-wahrheitssuche-im-wuestensand-a-355269.html

52. Siehe: UNHCR: »Schleichender Exodus im Irak« – 3,4 Millionen Flüchtlinge. http://alsharq.blogspot.co.at/2006/11/unhcr-schleichender-exodus-im-irak-34.html

53. Siehe: Over 100,000 Iraqis uprooted by collapse of ancient water system – UNESCO, 14.10.2009 http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=32537#.VGjgG2ctBzk

54. Vgl. Stephen Hemsley Longriff, Iraq - 1900 to 1950. A Political, Social and Economic History, London 1953

55. Siehe Conference of San Remo, www.britannica.com/EBchecked/topic/521598/Conference-of-San-Remo

56. Greenspan, Alan: The Age of Turbulence. New York 2007, S. 237 ff

57. Daesh ist die arabische Abkürzung für »Dawla islamiya fi Iraq wa Sham«. Sham ist die alte Bezeichnung für ein mythisches Großsyrien wie auch für die alte arabische Kapitale Damaskus. Diese Bezeichnung lässt einen weiter gefassten Gebietsanspruch auf dem Gebiet des ersten arabisch-islamischen Reichs im 7./8. Jahrhundert erkennen.

58. Longriff, Stephen Hemsley: Oil in the Middle East – its discovery and development. London 3. Auflage 1968, S. 66 ff

59. Kneissl, Karin: Der Energiepoker – wie Erdöl und Erdgas die Weltwirtschaft beeinflussen. 2. Auflage München 2008, S. 14ff

60. Yergin, Daniel: The Prize – The Epic Quest for Oil, Money and Power. New York 1991.,S. 156 ff

61. Kneissl, Karin: Der Grenzbegriff der Konfliktparteien im Nahen Osten. Dissertation an der Universität Wien. September 1991

62. Barrett, Roby: Intervention in Iraq, 1958-59, in: The Middle Institute Policy Brief, No.11 April 2008. S. 12

63. Longriff, Stephen Hemsley: Oil in the Middle East – its discovery and development. London 3. Auflage 1968, S. 195

64. Lenczowski, George: Oil and State in the Middle East, New York 1960, S. 167 ff

65. Der Chef von ENI, Paolo Scaroni, verfasste hierzu einen Aufruf im Wall Street Journal am 19.2.2010: »Remember: their oil, not ours.«

66. Brown, Michael E.: The Nationalization of the Iraqi Petroleum Company in International Journal of Middle East Studies, Vol. 10. Nr.1, Februar 1979, S. 107-124

67. Vgl. http://www.wrmea.org/2004-march/pipeline-or-pipe-dream-the-kirkuk-haifa-scheme.html

68. http://www.meforum.org/3838/israel-kurds

Bengio, Ofra: Surprising Ties between Israel and the Kurds in The Middle East Quarterly, www.meforum. Summer 2014 Vol.21, Nr.3

69. Israel accepts first delivery of disputed Kurdish pipeline oil, 20.6.2014 http://www.reuters.com/article/2014/06/20/us-israel-iraq-idUSKBN0EV0X620140620

70. El-Sayed El-Shazly, Nadia : The Gulf Tanker War: Iran and Iraq's Maritime Swordplay, London 1998

71. International Herald Tribune, Gulf War: Unconvincing Grief, 19.3.1985

72. MEES, Vol.57. No. 51 undNo. 52., 19.12.2014. S. 5f.

73. MEES, Vol.57. No. 49. 5.12.2014. S. 2: Baghdad and the KRG: Peace in Our Time?

74. Energy Intelligence, International Oil Daily 2.1.2015, S.1

75. Davidson, Christopher: After the Sheiks: The coming collapse of the Gulf Monarchies, London 2012

76. Siehe Ali, Tariq: Bush in Babylon. Die Re-Kolonialisierung des Irak, Kreuzlingen/München 2003, S. 45 ff

77. Ebd.

78. Vgl. Gaub, Florence und Pawlak, Patryk: Sykes-Picot and Syria, www.iss.europa.eu/uploads/media/Alert_34-Sykes-Picot_and_Syria.pdf

79. Faisal I. wurde am 23. August 1921 König des Irak, wobei der Staat ab 1925 die Staatsform der konstitutionellen Monarchie erhielt.

80. Vgl. Haj, Samira: The Making of Iraq, 1900-1963: Capital, Power, and Ideology, New York 1997

81. Siehe Alexander, Anne und Assad, Simon: Iraq: The Rise of the Resistance, 2005, www.isj.org.uk

82. Siehe a.a.O.

83. Vgl. Batatu, Hanna: The Old Social Classes and the Revolutionary Movements of Iraq: A Study of Iraq´s Old Landed and Commercial Classes and of its Communist, Baathists and Free Officers, Princeton 1978

84. Siehe Ali 2003: S. 57ff

85. Ebd.

86. Der Unmut über die britische Mandatsmacht war groß. Kriegerische Auseinandersetzungen und blutige Aufstandsbekämpfung in den ersten drei Jahrzehnten unter britischer Kontrolle kostete fast 100.000 Menschen das Leben.

87. 1941 stürzten pro-deutsche Militärs unter der Führung von Raschid Ali al-Gailani die Regierung. Die neuen Machthaber konnten sich nur wenige Wochen halten und wurden durch das Einschreiten Großbritanniens vertrieben. Die Briten übernahmen anschließend wieder die Rolle der Besatzungsmacht im Irak.

88. Siehe Anglo-Iraqi-Treaty 1930, Article 5.: »[…] His Majesty the King of 'Iraq undertakes to grant to His Britannic Majesty for the duration of the Alliance sites for air bases to be selected by His Britannic Majesty at or in the vicinity of Basra and for an air base to be selected by His Britannic Majesty to the west of the Euphrates. His Majesty the King of 'Iraq further authorises His Britannic Majesty to maintain forces upon 'Iraq territory at the above localities in accordance with the provisions of the Annexure of this Treaty on the understanding that the presence of those forces shall not constitute in any manner an occupation and will in no way prejudice the sovereign rights of Iraq.«

89. Der Anglo-Irakische-Vertrag aus dem Jahre 1948 wurde mit der Ausrufung der Republik 1958 außer Kraft gesetzt. Vgl. »Bagdadpakt ohne Bagdad«, www.zeit.de/1958/31/bagdadpakt-ohne-bagdad, zuletzt abgerufen am 23.10.2014

90. Siehe Ali 2003: S.68 ff

91. Vgl. Batatu, Princeton1978: S. 805 ff

92. Vgl. Ali 2003: S. 72 und vgl. Alexander/Assaf, 2005, www.isj.org.uk

93. Vgl. Wieland, Carsten: Syrien und Irak: Panarabische Paradoxien und der Bankrott des Baathismus, in: Edlinger, Fritz und Kraitt,Tyma: Syrien. Hintergründe, Analysen, Berichte, Wien 2013, S. 89ff

94. Vgl. Grausamkeit und Stärke. Saddam verwandelte den Irak in eine kulturelle Wüste, www.nzz.ch /aktuell/startseite/article8NR67-1.208663

95. Vgl. Wieland, Carsten in: Edlinger/Kraitt (Hg.), Wien 2013

96. Siehe Ali 2003, S. 101ff

97. Zu Zeiten der Verstaatlichung 1972 betrugen die Einkünfte aus der Ölindustrie 575 Mio. US-Dollar, im darauf folgenden Jahr waren es bereits dreimal so viel und 1974 schon 5,7 Mrd. US-Dollar, wobei ein wesentlicher Faktor für diesen Boom auch der hohe Erdölpreis infolge des Arabisch-Israelischen Krieges von 1973 war. Siehe Alexander/Assaf, 2005, www.isj.org.uk

98. Ramadani, Sami: The Sectarian Myth of Iraq, The Guardian 16.6.2014

99. Hussein im Gespräch mit Per Wästberg, Der Spiegel vom 23.7.1979

100. Siehe Ali, Kreuzlingen/München 2003: S. 113

101. Irak – Nur Scherben, 13.8.1979, Der Spiegel 33/1979

102. UNSC resolution 661, 1990

103. UNSC resolution 1483, 2003

104. Laut WHO soll im Jahre 1990 die tägliche Kalorienzufuhr pro Person vor August noch 3.000 kcal betragen haben und bis zum Jahresende auf 1.300 kcal zurückgegangen sein.

105. Der damalige UN-Generalsekretär Pérez de Cuellar schickte jeweils Marti Athisaari und Prinz Sadruddin Aga Khan im Februar und Juni 1991 im Rahmen von Delegationen in den Irak, siehe: The UN Blue Book Series, Vol.IX, 1996, S. 38, 56-60

106. UN Charter, Chapter 1: Purposes and Principles

107. UN Blue Book Series, Vol.IX, 1996, S. 59

108. D. Cortright and G.A. Lopez »The Sanctions Decade, Assessing UN Strategies in the 1990s, 2000, S. 37, Lynne Rienner, 2000, im Original: »Political animosity between Iraq and the West […] prevented the development of a bargaining dynamic and unnecessarily prolonged both the political crisis and the agony of the Iraqi people.«

109. UNSC resolution 661, 1990

110. UNSC resolution 687, 1991

111. UNSC resolution 687, 1991, 12 UNSC-Mitglieder inklusive der fünf permanenten stimmten für diese Resolution. Kuba stimmte dagegen, Jemen und Ekuador enthielten sich.

112. UNSC resolution 1284, 1999, 11 UNSC-Mitglieder stimmten für diese Resolution, drei permanente Mitglieder (China, Frankreich, Russland) und Malaysia enthielten sich.

113. Das US-Repräsentantenhaus beschloss dieses Gesetz mit 360 gegen 38 Stimmen, der US-Senat unterstütze das Gesetz unisono und US-Präsident Clinton unterzeichnete es am 31. Oktober 1998.

114. Das Abkommen wurde am 20. Mai 1996 in New York vom irakischen Botschafter Abdul Anbari und dem UN-Rechtsberater Hans Corell unterzeichnet.

115. UNOCHA und UNOIP wurden beide von Untergeneralsekretären der Vereinten Nationen geführt. An der Spitze des UNOCHA stand Viero Sergio de Mello, der 2003 bei einem Bombenattentat gegen ein UN-Gebäude in Bagdad getötet wurde. De Mello teilte dem Autor des vorliegenden Textes 1999 in New York mit, dass er selbst auch nie verstanden hatte, weshalb das OIP nicht zu einem Teil des OCHA gemacht wurde.

116. Am 14. April 1995 nahm der UNSC die Resolution 986 an, »um den ›humanitären Anforderungen‹ der irakischen Bevölkerung gerecht zu werden«.

117. UNSC resolution 1284, 17. Dezember 1999

118. Statement im Chatham House in London vom »Minister for Middle East Affairs« im britischen Außenamt, Peter Hain, 7. November 2000.

119. Siehe von Sponeck, H.C.: A Different Kind of War – the UN Sanctions Regime in Iraq, Berhahn 2006, S. 111-113

120. »Saddam Hussein's Iraq« lautet der Name eines Dokuments, das vom US-State Department im September 1999 vorbereitet wurde und eine Reihe inkorrekter Informationen, verkürzter Deutungen und Halbwahrheiten beinhaltete. Richtigstellungsversuche seitens der UNO in Bagdad waren wirkungslos.

121. Der UNSC gründet spezielle Sanktionskomitees für alle Länder unter UN-Sanktionen, z.B. Liberia, Haiti, Iran etc.

122. US-State Department: »Saddam Hussein's Iraq«, 1999

123. Die US-Regierung war für 95% der blockierten Gegenstände verantwortlich. Impfstoffe, Chemikalien für die Wasserreinigungen, Elektrizitätsausrüstungen wurden aus »technischen Gründen« oder wegen der Möglichkeit einer militärischen Nutzung zurückgehalten.

124. In der Regel benötigten Hilfsmittel, die keine Nahrungsmittel waren, ein Jahr um ihr Ziel im Irak zu erreichen.

125. In den späten 1990er Jahren betrug die Kindersterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren 132 von 1.000.

126. Bei den Einheiten handelte es sich um 1. UN-Special Commission (UNSCOM)/ UN-Monitoring, Verification and Inspections Commission (UNMOVIC), 2. UN-Special Human Rights Rapporteur, 3. UN-Compensation Commission und 4. UN-Office of the Humanitarian Coordinator for Iraq.

127. I) 2,2 Prozent der irakischen Öleinnahmen wurden vom UNSC für die Gesamtkosten der UNO beiseitegelegt. Die Mittel, welche der UNO zur Verfügung gestellt wurden, waren mehr als tatsächlich gebraucht wurde.

II) Während die UN-Büros in Bagdad mit Top-Computer-Modellen ausgestattet waren, musste das irakische Gesundheitsministerium beispielsweise auf eine manuelle Verwaltung zurückgreifen, da Computer im Rahmen der Sanktionen nicht erlaubt waren. Bei einer Gelegenheit wurden UN-Büros in Bagdad von den Vereinten Nationen in New York damit beauftragt, funktionierende (!) EDV-Geräte zu zerstören, um Platz für neuere Modelle, die auf westlichen Märkten erhältlich waren, zu machen.

128. UNSC resolutions 687, 1991 & 1284, 1999

129. Der damalige russische Botschafter Sergej Lawrow, und US-Botschafterin Madeleine Albright, beide später Außenminister, unterzeichneten im Namen ihrer Staaten.

130. Reuters, 27 March 2007, im Original: »How ironic is it that the same policy that is supposed to disarm Iraq of its weapons of mass destruction has itself become a weapon of mass destruction.«

131. Fisk, Robert: »Anti-Colonial War, America's war of ›liberation‹ may be over. But Iraq's war of liberation from the Americans is just about to begin«, April 17, 2003. ZNet

132. »An Anti-Colonial War Against The Americans May Have Already Begun«, Interview von Amy Goodman mit Robert Fisk, 22.2.2003, https://zcomm.org/

133. Klein, Klein: Rebuilding Iraq? It's privatization in disguise, The Nation, 13.4.2003

134. James Ridgeway, Corporate Colonialism Companies . . . March!, Mondo Washington, April 23-29, 2003 http://www.villagevoice.com/issues/0317/mondo1.php

135. Mittlerweile wird der Umfang der nachgewiesenen Öl-Reserven von der OPEC mit 143 Mrd. Barrel angegeben. Da die Hälfte der potenziellen Vorkommen noch nicht erforscht ist, werden über 220 Mrd. unter dem irakischen Sand vermutet.

136. Dick Cheney, Institute of Petroleum, London1999, www.resilience.org

137. Defence Planning Guidance 1992,
siehe http://www.pbs.org/wgbh/pages/frontline/shows/iraq/etc/wolf.html

138. Juhasz, Antonia: On The Bush Agenda: Invading the World, One Economy at a Time, Democracy Now!, 25.4.2006

139. Iraq's economic liberalization: Let's all go to the yard sale. If it all works out, Iraq will be a capitalist's dream, The Economist, 25.9.2003

140. Vgl. Ötsch, Walter/Kapeller, Jakob: Neokonservativer Marktradikalismus. Das Fallbeispiel Irak, in: Internationale Politik und Gesellschaft 2/2009, S. 40-55

141. Guilliard, Joachim: Kontrollierte Plünderung – Die Ökonomie des Irak-Krieges, junge Welt, 5.6.2008

142. Iraq's Closed Factories, The Ground Truth in Iraq, 15.1.2009 & U.S. Falters In Bid to Boost Iraqi Business, Washington Post, 24.8.2007

143. Chandrasekaran, Rajiv: »Attacks Force Retreat From Wide-Ranging Plans for Iraq«, *Washington Post,* 28.12.2003

144. Guilliard, Joachim: Auch im Irak wächst eine Protestbewegung – Gewerkschaften sind eine wesentliche Säule, inamo Heft 65, Frühjahr 2011

145. Muttitt, Greg: »Crude Designs: The Rip-Off of Iraq's Oil Wealth«, PLATFORM, November 2005

146. US groups miss out as Shell, Lukoil and CNPC snap up Iraqi oil deals, Financial Times, 14.12.2009

147. Muttitt, Greg: Mission Accomplished for Big Oil? – How an American Disaster Paved the Way for Big Oil's Rise -- and Possible Fall -- in Iraq, TomDispatch, 23.8.2012

148. Iraq – back in the flow – Western groups revive production, but bureaucracy and stingy contracts drive majors to Kurdistan, Financial Times, 16.12.2012

149. Chevron Makes Oil Exploration Deal in Iraqi Kurdistan, New York Times, 19.7.2012

150. Chevron Acquires Interest in Kurdistan Concessions, Agreement provides Chevron 80 percent interest in contracts covering two blocks in the Kurdistan Region of Iraq, Chevron, 19.7.2012

151. Costs of War Project, Watson Institute for International Studies at Brown University, 14.3.2013, Iraq war costs U.S. more than $2 trillion: study, Reuters, 14.3.2013, siehe auch: US »shock and audit« over Iraq expenses, Al Jazeera, 27.3.2013

152. »Official History Spotlights Iraq Rebuilding Blunders«, New York Times, 14.12.2008

153. Cockburn, Patrick: A »fraud« bigger than Madoff – Senior US-Soldiers investigated over missing Iraq reconstruction billions, in Independent, 16.2.2009

154. Eine grobe tabellarische Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben bietet die CPA unter http://www.cpa-iraq.org/budget/DFI_26jun2004.xls

155. »Fuelling suspicion: the coalition and Iraq's oil billions«,

156. Guilliard, Joachim: Kontrollierte Plünderung – Die Ökonomie des Irak-Krieges, a.a.O.

157. Juhasz, Antonia a.a.O.

158. »Poverty in Iraq is disastrous«, AKnews, 20.2.2012

159. »The country is one of the most insecure places in the world for children«, basiert auf der eindrucksvollen Präsentation: Iraq: A New Beginning – Building the Future of Iraq – Iraq Regional Comparison, UNICEF, 5.7.2011

160. Findings launched of major survey of children and women in Iraq, Survey finds 32 per cent of children in Iraq – 5.3 million – are deprived of many basic services and rights, UNICEF, 12.12.2012

161. Iraqi Unemployment Falls to 16%, Alsumaria TV, 6.6.2012.

162. Iraq traces poverty rates during first quarter of 2012, AKnews (Kurdistan News Agency), 23.4.2012

163. Iraq to Increase Electricity Imports From Iran, Serri Says, Bloomberg, 26.2.2012

164. Iraq only producing one third of its electricity needs, Azzaman , 28.8.2012

165. Mahmood, Mona / Maggie O'Kane: Ein Mann fürs ganz Grobe, 2013, www.freitag.de

166. Hersh, Seymour M.: Moving Targets – Will the counter-insurgency plan in Iraq repeat the mistakes of Vietnam?, Newsweek, 8.12.2003

167. Hirsh, Michael / Barry, John: »The Salvador Option« – The Pentagon may put Special-Forces-led assassination or kidnapping teams in Iraq, Newsweek, 8.1.2005

168. Peter Maass, The Way of the Commandos, New York Times, 1.5.2005. Ausführlich behandelt in der IMI-Studie 2005/03 »Der ›neue Irak‹«

169. Hirsh, Michael / Barry, John: Newsweek a.a.O.

170. Siehe »War and Occupation in Iraq« a.a.O. und Joachim Guilliard: Irak: Wie weiter nach dem gescheiterten Krieg? In: Luedtke, Ralph-M. / Strutynski, Peter (Hg.): Von der

Verteidigung zur Intervention. Beiträge zur Remilitarisierung der internationalen Beziehungen, Kasseler Schriften zur Friedenspolitik Bd. 14, 2007

171. Guilliard, Joachim: Die kulturelle Säuberung Iraks, Ossietzky 7-2010, 03.04.2010

172. Von Sponeck, Hans, zitiert nach Joachim, Guilliard: Sie kulturelle Säuberung Iraks, a.a.O.

173. Halliday, Dennis, zitiert n. Joachim Guilliard: Die kulturelle Säuberung Iraks, a.a.O.

174. U.S. Plans to Evacuate Many Embassy Workers, New York Times, 15.6.2014

175. Iraq: The rise of militia rule, Amnesty International UK, 14.10.2014

176. Vgl. Al-Ali, Nadje Sadiq/Pratt, Nicola (Hg.): What Kind of Liberation? Women and the Occupation of Iraq, Berkeley, 2009

177. Siehe Al-Azzawi, 2011, siehe www.educideiraq.org

178. Heinrich Böll Stiftung, siehe http://lb.boell.org/en/2014/03/03/iraqi-women-and-national-personal-status-law-statehood-participation

179. Vgl. Haifa Zangana,
siehe www.theguardian.com/commentisfree/2014/mar/14/jafari-law-iraqi-violation-women-rights-marital-rape

180. Al-Ali, Nadje Sadiq/Pratt, Nicola (Hg.): What Kind of Liberation? Women and the Occupation of Iraq, Berkeley 2009, S.27

181. Vgl. a.a.O.

182.
Vgl. https://apps.americanbar.org/rol/publications/iraq_personal_status_law_1959_english_translation.pdf

183. Engl.: Supreme Council for Islamic Revolution in Iraq

184. Vgl. Fadaam & Mahdani, www.irfwp.org/2009/11/when-religions-loose-sight-of.html

185. Siehe: www.iraqicivilsociety.org/archives/2751

186. Al-Ali, Nadje Sadiq/Pratt, Nicola (Hg.): Iraq, Berkeley 2009, S.139

187. Das dschafaritische Recht basiert auf der Rechtsschule des sechsten schiitischen Imams al-Sadeq Dschafar, der im Jahr 143 (nach christlicher Zeitrechnung: 765) gestorben ist,

188. Zangara, Haifa: www.theguardian.com/commentisfree/2014/mar/14/jafari-law-iraqi-violation-women-rights-marital-rape

189. www.un.org/documents/ga/res/48/a48r104.htm

190. Vgl. Strohmeier, Martin/Yalcin-Heckmann, Lale: Die Kurden - Geschichte, Politik, Kultur. München 2000, S.140

191. Patriotische Union Kurdistan (PUK): Kurdistan-Irak – Historische Erblast der Saddam-Diktatur und Streben nach Selbstbestimmung, Freiheit und Demokratie, Berlin 2008, S. 55

192. Vgl. Steinberg, Guido: Die neue Kurdenfrage – Irakisch-Kurdistan und seine Nachbarn, SWP-Studien 2011, Mai 2011, S. 10

193. Amnesty International: Report - Hope and Fear - Human Rights in the Kurdistan Region of Iraq. O.O. 2009

194. Frauenrechte im Nordirak, http://de.qantara.de/inhalt/frauenrechte-im-nordirak-zeit-zum-umdenken

195. Kronauer, Jörg: Tankstelle Kurdistan, junge Welt, 25. August 2014

196. Peker, Emre / Kent, Sarah / Parkinson, Joe: Der schwere Weg der Kurden zur Ölmacht, The Wall Street Journal, 26. Juli 2014

197. Ebd.

198. Hürriyet Daily News, 10.11.2014

199. Vgl. Natali, Denise: Turkey´s Kurdish client state, 14.11.2014, http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2014/11/turkey-krg-client-state.html

200. Bradley, Matt / Kent, Sarah /Adnan, Ghassan: Irak und Kurdistan schließen Öl-Exportpakt, Wall Street Journal, 3.12.14

201. Die Welt, 6. 7. 2014

202. Deutsch Türkisches Journal, 5.7.2014

203. Vgl. Brauns, Nick: Komplott gegen den Irak?, junge Welt 7.7.2014.

204. Vgl. Ehrich, Issio: Land in Sicht? Der Weg zum Kurdenstaat ist lang, n-tv, 20.8.2014

205. Zur kurdischen Debatte siehe: Cimen, Devris: Kurdischer Staat – »Cui Bono?« Wem nützt es?, http://civaka-azad.org/kurdischer-staat-cui-bono-wem-nutzt-es/; Dirik, Dilar: Sengal – Islamic State, Kurdish (In)Dependence, Western Hypocrisy, and the failure of the nation-state paradigm, http://kurdishquestion.com/insight-research/analysis/sengal-

islamic-state-kurdish-in-dependence-western-hypocrisy-and-the-failure-of-the-nation-state-paradigm/198-sengal-islamic-state-kurdish-in-dependence-western-hypocrisy-and-the-failure-of-the-nation-state-paradigm.html

206. www.dni.gov

207. In: Brauns Nikolaus/Tsalos, Dimitri (Hg.), Naher und Mittlerer Osten: Krieg, Besatzung, Widerstand, Bonn 2007, S. 205-209

208. Vgl. Van Wilgenburg, Wladimir: Die Türkei entscheidet, taz 1.7.2014

209. Interview im Tages Anzeiger, 17.6.2014

210. Natali, Natali: Turkey´s Kurdish client state, 14.11.2014, http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2014/11/turkey-krg-client-state.html

211. Steinberg, Guido: Der Irak und der syrische Bürgerkrieg, SWP-Aktuell 46, August 2013, S. 8.

212. Vgl. Balcı, Ali: Energized Neighbourliness. Relations between Turkey and the Kurdish Regional Government. SETA Analysis, No. 9, September 2014

213. Özdil, Yılmaz: Yeni Türkiye! In: Hürriyet,
siehe http://www.hurriyet.com.tr/yazarlar/25151746.asp

214. Vgl.Bozdağlıoğlu, Yücel: Turkish Foreign Policy and Turkish Identity. A Constructivist Approach. New York 2003, S.8, 113-115

215. Vgl. Hale, William: Turkey, The Middle East and the Gulf Crisis. In: International Affairs (Royal Institute of International Affairs 1944), Vol. 68, No. 4, 1992, S. 679-692

216. Vgl. Philip Robins: Turkish foreign policy under Erbakan, Survival: Global Politics and Strategy, Nr. 39, Vol. 2, 1997, S. 82-100

217. Vgl. Park, Bill: Strategic Location, Political Dislocation: Turkey, United States, and Northern Iraq. In: Middle East Review of International Affairs, Vol. 7, No. 2, 2003, S. 1

218. Ebd.

219. Cagaptay, Soner; Evans, Tyler, Turkey's Changing Relations with Iraq. Kurdistan Up, Baghdad Down. In: Policy Focus, The Washington Institute for Near East Policy, 2012

220. Vgl. Balcı, Ali, a.a.O., No. 9.

221. Tol, Gönül: Turkey's KRG energy partnership, 2013, siehe
http://foreignpolicy.com/2013/01/29/turkeys-krg-energy-partnership/

222. Hürriyet Daily News, Turkish FM wary of weapons assistance to Iraq falling into PKK hands, 2014, siehe: http://www.hurriyetdailynews.com/turkish-fm-wary-of-weapons-assistance-to-iraq-falling-into-pkk-hands.aspx?pageID=238&nID=71440&NewsCatID=338

223. Hürriyet Daily News, Almost 400 people arrested due to Oct 6-7 Kobane unrest, 2014, siehe: http://www.hurriyetdailynews.com/almost-400-people-arrested-due-to-oct-6-7-kobane-unrest.aspx?pageID=238&nID=74289&NewsCatID=341

224. Vgl. Davutoğlu, Ahmet, Stratejik Derinlik. Istanbul 2011, Küre Yayınları

225. Çandar, Cengiz: Erdogan-Barzani »Diyarbakir encounter« milestone, 2013, siehe http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2013/11/erdogan-barzani-kurdistan-diyarbakir-political-decision.html#

226. Cagaptay, Soner; Evans, a.a.O.

227. Ebd.

228. Radikal, Başbakan Davutoğlu: Neşter atma zamanı gelmişti, 2014, siehe http://www.radikal.com.tr/politika/basbakan_davutoglu_nester_atma_zamani_gelmisti-1242570

229. Stein, Aaron: For Turkey, it's all about regime change in Syria, 2014

230. Bechev, Dimitar, Putin and Erdogan: Partnership of convenience? 2014, siehe http://www.aljazeera.com/indepth/ opinion/2014/12/putin-erdogan-partnership-conven-20141227165377730.html

231. Ottaway, Marina: Thinking Big: Democraticing the Middle East, http://carnegieendowment.org/2003/02/05/thinking-big-democratizing-middle-east/

232. Rebuilding Americas Defenses – PNAC, http://de.scribd.com/doc/9651/Rebuilding-Americas-Defenses-PNAC

233. Siehe dazu den erschütternden Bericht von Frank Sommerfeld (Marburg): http://www.sueddeutsche.de/kultur/irak-museum-nur-die-mongolen-waren-schlimmer-1.431190

234. Eine erste offizielle Ankündigung des Programms machte der damalige US-Außenminister Colin Powell in einer Rede am 12. Dezember 2003, in der er feststellten, dass die USA »fest an der Seite des Wandels, der Reform und einer modernen Zukunft des Mittleren Ostens« stünden, siehe http://carnegieendowment.org/2003/02/05/thinking-big-democratizing-middle-east/

235. Eurasisches Magazin 06/2009

236. Bisher sind die Gas exportierenden Länder relativ lose im *Gas Exporting Countries Forum* (GECF) organisiert. Dem Forum gehören Algerien, Ägypten, Äquatorial Guinea, Bolivien, Iran, Libyen, Nigeria, Qatar, Russland, Trinidad und Tobago sowie Venezuela an. Zusammen kontrollieren sie ca. 70% der Welt-Gas-Reserven.

237. www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/kaukasus/pipeline.html

238. Scholz, Jochen: Worum es geht. Die geopolitische Konstante auf dem eurasischen Kontinent. In: Thoden, Ronald/Schiffer, Sabine (Hg.), Ukraine im Visier. Russlands Nachbar als Zielscheibe geostrategischer Interessen, Frankfurt/Main 2014, S. 89–107

239. Diese Problematik wurde bereits angesprochen in Ruf, Werner: Revolution und Konterrevolution in Nahost: Vom arabischen Frühling zum islamistischen Winter? In: Edlinger, Fritz/Kraitt, Tyma (Hg.): Syrien. Hintergründe, Analysen, Berichte, Wien 2013, S. 157–174, hier S. 168.

240. Siehe Ruf a. a. O., insbesondere S. 167–170.

241. Allerdings muss hier festgehalten werden, dass von den 28 Mitgliedstaaten der NATO gerade einmal 14 an dem Krieg teilnahmen.

242. Huntington, Samuel P., The Clash of Civilizations? In: Foreign Affairs, Summer 1993, S. 22–49

243. Ruf, Werner, Internationaler Jihadismus: Neue militärische Entrepreneure? In: Inamo Nr. 75, Herbst 2013, S. 61–67

244. Zur Vielzahl der Akteure siehe: International Crisis Group: Anything but Politics: The State of Syria's Political Opposition. Middle East Report, 17. Oktober 2013

245. Ignatius, David, Foreign nations' proxy war in Syria creates chaos. In: the Washington Post, 2. Oktober 2014 http://www.washingtonpost.com/opinions/david-ignatius-foreign-nations-proxy-war-creates-syrian-chaos/2014/10/02/061fb50c-4a7a-11e4-a046-120a8a855cca_story.html

246. Engelhardt, Marc, Heiliger Krieg – Heiliger Profit. Afrika als neues Schlachtfeld des internationalen Terrorismus, Berlin 2014

247. Achourouk (tunesische Tageszeitung), 28. Mai 2013

248. Todenhöfer, Jürgen, Es gibt keine gemäßigten Rebellen mehr. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Mai 2013, S. 10

249. Vgl. Terrormiliz IS hat schon mehr als 30.000 Kämpfer, http://www.handelsblatt.com/politik/international/cia-bericht-terrormiliz-is-hat-schon-mehr-als-30-000-kaempfer/10691272.html

250. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. November 2014, S. 1.

251. Die Daten stammen sowohl aus Geheimdienstquellen wie von einschlägigen Think Tanks, siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. August 2014.

252. Leukefeld, Karin, Unterwegs zum Kalifat. In: Neues Deutschland, 12. September 2014, S. 2

253. Ebd.

254. Frankfurter Rundschau vom 9. Juli 2011, http://www.fr-online.de/politik/panzer-deal-regierung-nennt-saudi-arabien--stabilitaetsanker-,1472596,8652296.html

255. http://www.iucnredlist.org/details/22680339/0; Hussain, Najah A./Richardson, Curtis J.: Restoring the Garden of Eden. An Ecological Assessment of the Marshes of Iraq. In: Bio Science 56 (6), 2006, S. 477-489

256. Thesinger, Wilfred: Wüste, Sumpf und Berge, Köln 2000, S. 166

257. UNEP: The Mesopotamian Marshlands. Demise of an Ecosystem. Division of Early Warning and Assessment. United Nations Environment Programme, Nairobi 2001, S. 9

258. Thesinger, Wilfred, Wüste, Sumpf und Berge, Köln 2000, S. 168

259. Ochsenschlager, Edward L.: Iraq's Marsh Arabs in the Garden of Eden, Pennsylvania 2014

260. Mohamed, Abdul-Razak M. et al.: Ecological and biological aspects of fish assemblage in the Chybayish marsh, Southern Iraq. In: Ecohydrology & Hydrobiology 12 (1), 2012, S. 65-74

261. Franz, Kurt: Kompilation in arabischen Chroniken. Die Überlieferung vom Aufstand der Zanǧ zwischen Geschichtlichkeit und Intertextualität vom 9. bis ins 15. Jahrhundert, Berlin 2004, S. 29: Die afrikanischen Sklaven, die Zandsch, erhoben sich erfolgreich gegen ihre »Herren«, die Abbasiden. Im Rahmen dieses Aufstandes gelang es ihnen sogar, die Stadt Basra zu erobern. Dabei war der Selbstorganisierungsgrad der Aufständischen beachtlich – sie schafften es in der Nähe von Basra eigene Verwaltungsstrukturen wie ein Militärkommando und Gerichte zu betreiben. Bis heute existieren unterschiedliche Interpretationen in Bezug auf die soziale Zusammensetzung des Aufstands. Klassenkämpferische Lesarten, die die Zandsch und andere unterdrückte Gruppen als

Hauptakteure in den Mittelpunkt stellen, stehen Auffassungen entgegen, die den zumeist persisch-stämmigen Führungszirkel um Ali bin Muhammed betonen.

262. Nachdem die Sumerer in Mesopotamien als erste in der Menschheitsgeschichte den Schritt zu einer Hochkultur schafften, dauerte es nicht mehr lange, bis der König von Umma einen Anschlag auf den zur Bewässerung der Felder in Lagaš erbauten Kanal beauftragte. Wassermassen aus dem Euphrat wälzten sich unkontrolliert über die Felder in Lagaš. (Vgl. Bell, Alexander: Peak Water. How We Built Civilisation on Water and Drained the World Dry, Edinburgh 2012. Der Grund für den Lagaš-Umma Krieg, der von ca. 2500 bis 2450 v. Chr. andauerte, lag im Streit um Zugang zu Wasser, das für die Bewässerung der Felder damals, wie auch heute knappes Gut ist.)

263. Siehe http://www.offshore-technology.com/projects/majnoon-field/

264. Hiro, Dilip: The Longest War. The Iran-Iraq Military Conflict,New York 1991

265. Posch, Walter: Irak unter Saddam Hussein. Das Ende einer Ära? Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Studien und Berichte 13, Wien 2002

266. *Jabar, Faleh* A.: Why the Uprisings Failed. MER 176, 1992, siehe www.merip.org,

267. Vgl. *Jabar* 1992; Posch 2002

268. HRW, Genocide in Iraq. The Anfal campaign against the Kurds; A Middle East Watch Report. New York 1993

269. Vgl. Jabar 1992

270. Die Region im fruchtbaren Halbmond besitzt eine lange Tradition an Wassermanagement-Projekten. Der Nimrod-Staudamm wurde schon ca. 6000 v. Chr. am Tigris gebaut. Der Erddamm, der mit Holz und Schilf verstärkt wurde, maß eine für damalige Verhältnisse beträchtliche Größe von 12 Metern. Der dazu gehörige Nahrawan-Kanal verteilte das Stauwasser auf den Feldern, auf denen es zur Bewässerung eingesetzt wurde und das Rückgrat des mesopotamischen Wohlstands darstellte. Vgl. Jansen, Robert B., Dams and Public Safety. Dept. Of the Interior, Water and Power Resources Service. 2011

271. Vgl. www.independent.co.uk/news/world/iraqi-push-to-complete-strategic-third-river-1580538.html

272. Vgl. UNEP, 2001: The Mesopotamian Marshlands. Demise of an Ecosystem. Division of Early Warning and Assessment.

273. UN Integrated Water Task Force for Iraq, Managing Change in the Marshlands: Iraq's Critical Challenge, UN White Paper 2011.

274. Vgl. UNEP: Human Rights Watch Briefing Paper: The Iraqi Government Assault on the Marsh Arabs, 2003,
siehe http://www.hrw.org/legacy/backgrounder/mena/marsharabs1.htm

275. Jones, Adam: Genocide. A Comprehensive Introduction. London 2010.

276. Vgl. Greens AWOL On Iraq: Why the silence on the Marsh Arabs?
24.6.2003, http://www.nationalreview.com/articles/207305/greens-awol-iraq-paul-kengor

277. UNEP: Desk Study on the Environment in Iraq, Nairobi 2003

278. Schroetter, Susanne et.al.: Einfluss von Parametern der Bodenfruchtbarkeit und Düngung auf den Uran-Transfer. In: Haneklaus, Silvia et al. (Hg.): Recent advances in agricultural chemistry. Landbauforschung, Sonderheft 286, Braunschweig 2005, S. 95–106

279. Vgl. UNEP, 2003 a.a.O.

280. Clark, Peter/Magee, Sean: The Iraqi Marshlands. A Human and Environmental Study. The AMAR International Charitable Foundation, 2001,
siehe http://www.amarfoundation.org/Publications

281. Wilken, Dörthe: Umweltethische Begründungen und praktisches Akteursverständnis in der Ökosystemrenaturierung. Diplomarbeit. Universität Greifwald 2008, S. 9,
siehe http://www.botanik.uni-greifswald.de/fileadmin/laoek/theses/2008/2008_Wilken.pdf

282. Vgl. http://www.newscientist.com/article/mg21929285.000-garden-of-eden-to-become-iraqi-national-park.html#.Uf9TU5LVBx4

283. Al-Maarofi, Sama et al.: Mesopotamian Marshlands. Salinization Problem. Journal of Environmental Protection, Vol. 3, 2012, No. 10, S. 1.295-1.301

284. Al-Maarofi, Sama et al: Desiccation versus Re-Flooding: Heavy Metals Mobilization – Part 1. In: Journal of Environmental Protection, Vol. 4, No. 8, 2013, S. 27-36,
siehe www.scirp.org

285. Al-Saboonchi, Azhar A. et al.: Assessment of Environmental Changes in the Iraqi Marshes by Index of Biological Integrity. In: Journal of Environmental Protection, Vol. 3, No. 7, 2012. S. 681-688

286. Hammer, Joshua: Smithsonian Magazine 2006,

287. Übersetzt nach Hussain, Najah A./Richardson, Curtis J.: Restoring the Garden of Eden. An Ecological Assessment of the Marshes of Iraq, 2006

288. Lewis, Philip et al.: Effect of Armed Conflict on Health of Marsh Arabs in Southern Iraq. In: The Lancet, Vol. 381, Issue 9870, 2013, S. 959-961

Cole, Juan: Marsh Arab Rebellion :Grievance, Mafias and Militias in Iraq. Fourth Wadie Jwaideh Memorial Lecture, Bloomington, Department of Near Eastern Languages and Cultures, Indiana 2008, S. 1-31.

In den Interviews von Inga Rogg in der Neuen Zürcher Zeitung im Oktober 2014 (http://www.nzz.ch/international/kampf-um-garten-eden-1.18395175) zeigt sich auch, dass viele Madan der Zerstörung nicht nachweinen. Einige der noch im Sumpfland lebenden Madan wollen wegziehen, andere tauschen die Wasserbüffel gegen pflegeleichtere Kühe und die traditionellen Schilf- durch Betonhütten aus. Darauf angesprochen antwortet eine Frau: »Das neue Mudhif ist großartig. Es lässt sich viel leichter putzen.«

289. Voss, Katalyn A. et al.: Groundwater depletion in the Middle East from GRACE with implications for transboundary water management in the Tigris-Euphrates-Western Iran region, Water Resources Research, Vol. 49, Issue 2, 2013, S. 904-914

290. Sissakian, Varoujan K. et al.: Sand and dust storm events in Iraq. Natural Science, Vol.5, No.10, 2013, S. 1084-1094

291. UN Country Team Iraq, Climate Change in Iraq Fact Sheet, 2012, siehe http://iq.one.un.org/

292. Al-Ansari, Nadhir A.: Management of Water Resources in Iraq. Perspectives and Prognoses, Engineering, Vol. 5, No. 8, 2013, S. 667-684

293. United Nations, Water in Iraq Factsheet, 2013, siehe http://www.jauiraq.org/documents/1866/Water-Factsheet.pdf

294. Der Ilısu-Staudamm weist erstaunliche Parallelen zum Atatürk-Staudamm auf – leider auch in seinen fatalen Konsequenzen. Wie beim Atatürk-Staudamm wird mit Hasankeyf eine archäologisch bedeutsamen Stadt geflutet werden und es wird wohl auch zu Zwangsumsiedlungen kommen. In der Region müssen 60.000 Menschen dem gigantischen Staudamm-Projekt Platz machen. Dabei haben zwischenzeitlich Proteste dazu geführt, dass sich wichtige Partner des Projekts, auch aus Österreich und Deutschland, aus dem Projekt zurückzogen. Besonders beeindruckend war der gemeinsame Protest von Madan, die dem Tigris flussaufwärts folgten, um mit Bewohnern aus Hasankeyf zusammen zu protestieren. Doch mittlerweile fand die türkische Regierung andere Financiers. Laut der Website

www.hasankeyfmatters.com haben die meisten Bewohner Hasankeyfs nun dem Verkauf ihrer Grundstücke zugestimmt und die Bauarbeiten haben begonnen. Zwar gibt es noch relativ kleine lokale Proteste, doch der Untergang des v. a. von Kurden bewohnten Hasankeyfs scheint beschlossene Sache.

295. Al-Ansari, Nadhir; Knutsson, Sven, Toward prudent management of water resources in Iraq, Journal of Advanced Science and Engineering Research 1, 2011, S. 53-67

296. Vgl. Voss, Katalyn A. et al.: Water Resources Research, Vol. 49, Issue 2, 2013, a.a.O.

297. Ein nachhaltiger Umgang mit Wasser ist nötig. Auf technischer Ebene wird hier zum Beispiel eine Modernisierung der Bewässerungstechnik gefordert. Traditionelle Bewässerungsmethoden, die große Flächen unter Wasser setzen, haben den Nachteil, dass Aufgrund der hohen Oberfläche viel Wasser verdunstet. Deshalb wird eine Umstellung auf die investitionsintensive Tröpfchenbewässerung verlangt.

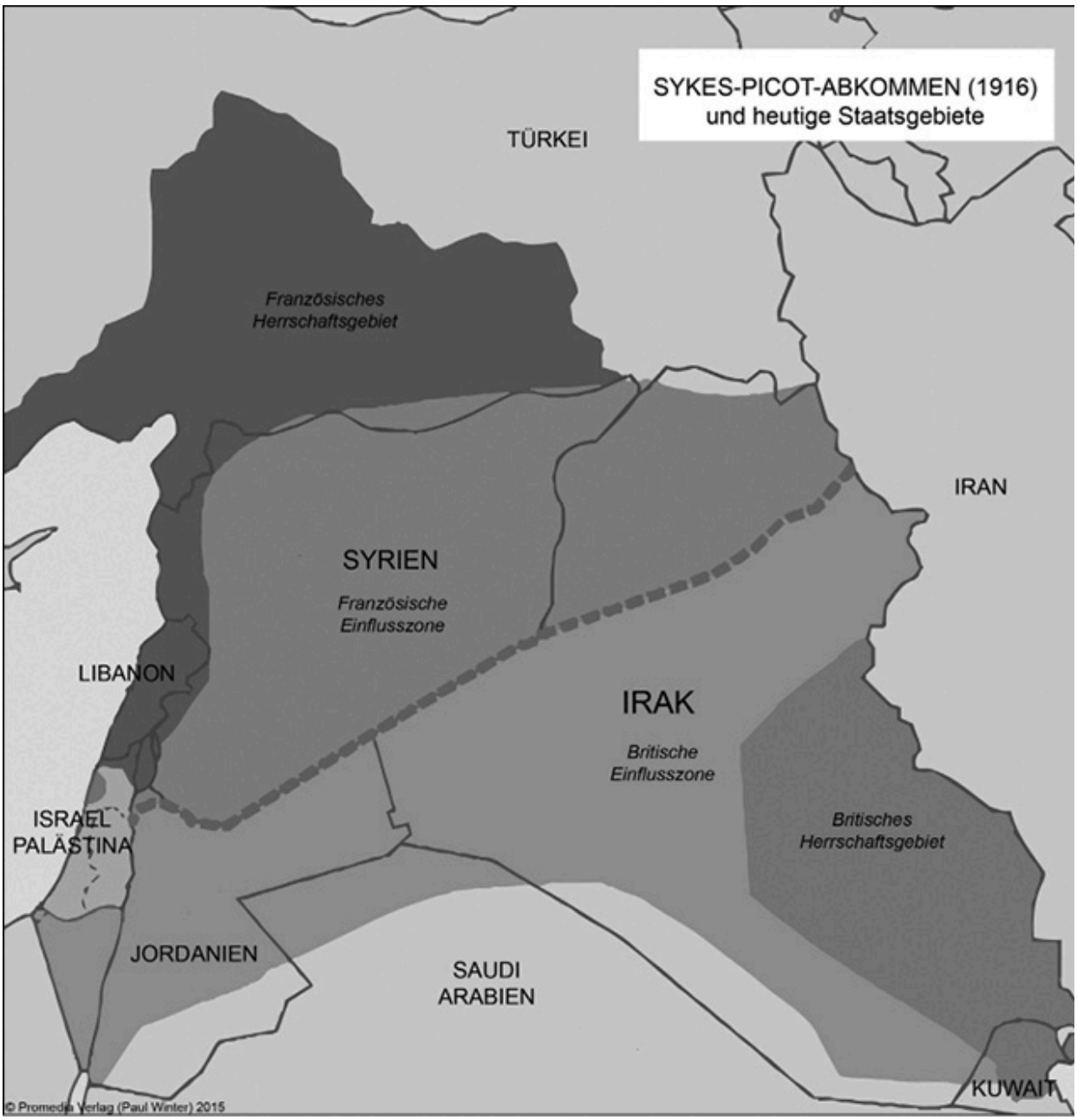
298. Weinthal, Erika et al. (Hg.): Water and post-conflict peacebuilding. New York 2014

299. Pearce, Fred. Mideast Water Wars: In Iraq, a Battle for Control of Water, Yale environment 360, 2014,
siehe: http://e360.yale.edu/feature/mideast_water_wars_in_iraq_a_battle_for_control_of_water/2796/

300. Mohanad Hage Ali: ISIS‘ path of destruction drains Iraq and Syria’s water supplies. Al Arabiya News 2014,
sieh: http://english.alarabiya.net/en/perspective/analysis/2014/06/21/ISIS-path-of-destruction-drains-Iraq-and-Syria-s-water-supplies.html

301. Paley, Amit R.: Iraqi Dam Seen In Danger of Deadly Collapse, 2007,
siehe http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/10/29/AR2007102902193.html

Landkarten


SYKES-PICOT-ABKOMMEN (1916)
und heutige Staatsgebiete
TÜRKEI
Französisches
Herrschaftsgebiet
IRAN
SYRIEN
Französische
Einflusszone
LIBANON
IRAK
Britische
Einflusszone
ISRAEL
PALÄSTINA
Britisches
Herrschaftsgebiet
JORDANIEN
SAUDI
ARABIEN
KUWAIT
© Promedia Verlag (Paul Winter) 2015


IRAK
Republiksgründung
1958
TÜRKEI
SYRIEN
IRAN
JORDANIEN
SAUDI ARABIEN
KUWAIT
Mosul
Erbil
Sulaymaniya
Kirkuk
Tigris
Euphrat
Samarra
Bagdad
Ar-Rutba
IRAK
Karbala
Al-Kut
Nadschaf
Nasiriyah
Basra
Um Qasr
© Promedia Verlag (Paul Winter) 2015


IRAK
„AUTONOME REGION KURDISTAN"
EINFLUSSGEBIET DES ISLAMISCHEN STAATES
Anfang 2015
TÜRKEI
SYRIEN
AUTONOME REGION KURDISTAN
Mosul
Erbil
Sulaymaniya
ISLAMISCHER STAAT
(zentrales Operationsgebiet)
Kirkuk
Tigris
IRAN
Samarra
Euphrat
Bagdad
Ar-Rutba
IRAK
Karbala
Al-Kut
Nadschaf
JORDANIEN
Nasiriyah
Basra
Um Qasr
SAUDI ARABIEN
KUWAIT
© Promedia Verlag (Paul Winter) 2015

Weitere E-Books von Promedia

Bärbel Danneberg: **Eiswege**. Nach dem Suizid des Partners zurück ins Leben

Martin Balluch: **Tierschützer. Staatsfeind.** In den Fängen von Polizei und Justiz

Martin Balluch: **Der Hund und sein Philosoph**. Plädoyer für Autonomie und Tierrechte

Matthias Martin Becker: **Mythos Vorbeugung**. Warum Gesundheit sich nicht verordnen lässt und Ungleichheit krank macht

Noam Chomsky: **Die Herren der Welt.** Essays und Reden aus fünf Jahrzehnten

Germinal Civikov: **Der Milošević-Prozess**

Fritz Edlinger (Hg.): **Libyen**. Hintergründe, Analysen, Berichte

Fritz Edlinger/Tyma Kraitt (Hg.): **Syrien**. Hintergründe, Analysen, Berichte

Pirmin Fessler/Stefan Hinsch: **Wie funktioniert Wirtschaft?** Eine kritische Einführung

Laura C. Göbelsmann: **Jenseits des Grüns**. Cornwall und seine industrielle Vergangenheit

Bernhard Heinzlmaier/Philipp Ikrath: **Generation Ego**. Die Werte der Jugend im 21. Jahrhundert

Hannes Hofbauer/David X. Noack: **Slowakei**. Der mühsame Weg nach Westen

Hannes Hofbauer: **Die Diktatur des Kapitals**. Souveränitätsverlust im postdemokratischen Zeitalter

Ulrike Keller (Hg.): **Reisende in Südafrika (1497-1990)**. Ein kulturhistorisches Lesebuch

Victor Kocher: **Terrorlisten**. Die schwarzen Löcher des Völkerrechts.

Stefan Kraft (Hg.): **Wer besitzt das Internet?** Die Freiheit im Netz und das Urheberrecht

Wolfgang Kruse (Hg.): **Die Französische Revolution**. Programmatische Texte von Robespierre bis de Sade

Imad Mustafa: **Der Politische Islam**. Zwischen Muslimbrüdern, Hamas und Hizbollah

Christa Nebenführ (Hg.): **Die Möse**. Frauen über ihr Geschlecht

Fabian Scheidler: **Das Ende der Megamaschine**. Geschichte einer scheiternden Zivilisation

Du-Yul Song/Rainer Werning: **Korea**. Von der Kolonie zum geteilten Land

Peter Strutynski (Hg.): **Töten per Fernbedienung**. Kampfdrohnen im weltweiten Schattenkrieg

Felix Wemheuer (Hg.): **Linke und Gewalt**. Pazifismus, Tyrannenmord, Befreiungskampf

Petra Wild: **Apartheid und ethnische Säuberung in Palästina**. Der zionistische Siedlerkolonialismus in Wort und Tat

Petra Wild: **Die Krise des Zionismus und die Ein-Staat-Lösung**. Zur Zukunft eines demokratischen Palästinas

Walter Wippersberg: **Der Krieg gegen die Raucher**. Zur Kulturgeschichte der Rauchverbote

Moshe Zuckermann: "**Antisemit!**". Ein Vorwurf als Herrschaftsinstrument

Moshe Zuckermann: **Israels Schicksal**. Wie der Zionismus seinen Untergang betreibt.

Unsere E-Books finden Sie auf allen gängigen Plattformen für Ihren jeweiligen Reader.